

Niedersächsischer Landtag

Stenographischer Bericht

62. Sitzung

Hannover, den 20. Oktober 1988

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten	5859	Dr. Riege (SPD)	5874
Tagesordnungspunkt 14:		Dr. Knies,	
Besprechung: Massenarbeitslosigkeit in Niedersachsen und die Arbeitszeit- und Beschäftigungspolitik der Landesregierung — Große Anfrage der Fraktion der Grünen — Drs 11/2733 — Antwort der Landesregierung — Drs 11/3096	5859	Kultusminister	5878
Frau Schreiner (Grüne)	5859, 5873	Kaiser (SPD)	5881
Schnipkoweit,		Lindhorst (CDU)	5882
Sozialminister	5862	Dr. Hansen (Grüne)	5885
Küpker (FDP)	5864	Dr. Hruska (FDP)	5887
Schuricht (SPD)	5866		
Gansäuer (CDU)	5869	Tagesordnungspunkt 16:	
Dr. Riege (SPD)	5873	Besprechung: Auswirkungen der Gentechnologie auf Natur, Landwirtschaft und Nahrungsmittelerzeugung — Große Anfrage der Fraktion der Grünen — Drs 11/2901 — Antwort der Landesregierung — Drs 11/3133	5888
Tagesordnungspunkt 15:		Frau Langendorf (Grüne)	5889, 5900
Besprechung: Schulen für nichtärztliche Heil- und Hilfsberufe — Große Anfrage der Fraktion der SPD — Drs 11/2900 — Antwort der Landesregierung — Drs 11/3100	5874	Dr. Ritz,	
		Minister für Ernährung	
		Landwirtschaft und Forsten	5890
		Frau Tewes (SPD)	5892
		Oestmann (CDU)	5895
		Dr. Hruska (FDP)	5899

Tagesordnungspunkt 17:

Erste Beratung: **Eindämmung von Geldspielgeräten mit Gewinnmöglichkeit in Spielhallen** — Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP — Drs 11/2914 5901

und

Erste Beratung: **Spielhallen** — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 11/3016 5901

Graetsch (FDP) 5901
Bartling (SPD) 5902

Hirche,
Minister für Wirtschaft,
Technologie und Verkehr 5904

Frau Schliepack (CDU) 5906
Frau Schneider (Berenbostel) (FDP) ... 5907

Ausschußüberweisung 5908

Tagesordnungspunkt 19:

Erste Beratung: **Förderung der soziokulturellen Zentren durch das Land Niedersachsen** — Antrag der Fraktion der Grünen — Drs 11/2989 5908

Frau Hammerbacher-Richter
(Grüne) 5909, 5916

Dr. Cassens,
Minister für Wissenschaft
und Kunst 5910

Frau Auerbach (SPD) 5912
Graetsch (FDP) 5914
Wiesensee (CDU) 5915

Ausschußüberweisung 5917

Tagesordnungspunkt 20:

Besprechung: **Wohngeld- und Mietentwicklung** — Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der FDP — Drs 11/2990 — Antwort der Landesregierung — Drs 11/3101 5917

Menges (CDU) 5917, 5934
Schnipkoweit,

Sozialminister 5918, 5924

Plaue (SPD) 5920, 5933

Sikora (CDU) 5926

Mönninghoff (Grüne) 5930

Rehkopf (FDP) 5932

Tagesordnungspunkt 21:

Besprechung: **Innere Sicherheit in Niedersachsen** — Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der FDP — Drs 11/2698 — Antwort der Landesregierung — Drs 11/3155 5934

Rehkopf (FDP) 5935
Hasselmann,

Minister des Innern 5936

Milde (SPD) 5939

Trittin (Grüne) 5943

Sehrt (CDU) 5945

Fischer (Buxtehude) (FDP) 5948

Tagesordnungspunkt 22:

Erste Beratung: **9. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz — Weitere Einschränkungen bei der Arbeitsförderung verhindern** — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 11/3014 5950

Frau Pistorius (SPD) 5950
Schnipkoweit,

Sozialminister 5953

Frau Dr. Dückert (Grüne) 5955

Ausschußüberweisung 5956

Tagesordnungspunkt 23:

Erste Beratung: **Vollständige Erstattung der den Städten und Gemeinden durch die Volkszählung entstandenen Kosten** — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 11/3015 — Berichtigung — Drs 11/3081 5956

Boekhoff (SPD) 5956

Freiherr von Wangenheim (CDU) 5956

Ausschußüberweisung 5957

Nächste Sitzung 5957

Vom Präsidium:

Präsident Dr. Blanke (CDU)
Vizepräsident Ravens (SPD)
Vizepräsident Warnecke (CDU)
Vizepräsident Bosse (SPD)
Vizepräsident Rehkopf (FDP)

Schriftführerin Stoll (CDU)
Schriftführer Brunkhorst (CDU)
Schriftführer Luiken (CDU)
Schriftführer Reinemann (CDU)
Schriftführer Teysen (CDU)
Schriftführerin Auerbach (SPD)
Schriftführerin Lemmermann (SPD)
Schriftführer Milde (SPD)
Schriftführer Neese (SPD)
Schriftführerin Deppe (Grüne)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Dr. Albrecht (CDU)	Staatssekretär Meyer, Staatskanzlei
Minister des Innern Hasselmann (CDU)	Staatssekretär Haaßengier, Staatssekretär Dr. Cromme, Ministerium des Innern
	Staatssekretär Dr. van Scherpenberg, Ministerium der Finanzen
Sozialminister Schnipkoweit (CDU)	Staatssekretär Dr. Freiherr von Richthofen, Sozialministerium
Kultusminister Dr. Knies (CDU)	Staatssekretär Schaeede, Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Hirche (FDP)	Staatssekretär Dr. Wien, Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Dr. Ritz (CDU)	
Minister der Justiz Remmers (CDU)	Staatssekretär Höse, Ministerium der Justiz
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Jürgens (FDP)	Staatssekretär Dr. Diekwisch, Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten
Minister für Wissenschaft und Kunst Dr. Cassens (CDU)	Staatssekretär Dr. Schreiber, Ministerium für Wissenschaft und Kunst
Umweltminister Dr. Remmers (CDU)	Staatssekretär Reinke, Umweltministerium

Beginn: 9.02 Uhr.

Vizepräsident Rehkopf:

Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 62. Sitzung im 23. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 11. Wahlperiode.

Die Beschlußfähigkeit kann ich leider noch nicht feststellen.

Geburtstag hat der Abgeordnete Plaue; er wird 38 Jahre alt.

(Beifall.)

Herr Plaue, wir gratulieren Ihnen herzlich von dieser Stelle aus.

Zur Tagesordnung, meine Damen und Herren: Wir beginnen die heutige Sitzung mit Punkt 14 — Massenarbeitslosigkeit in Niedersachsen und die Arbeitszeit- und Beschäftigungspolitik der Landesregierung — Große Anfrage der Fraktion der Grünen — Drucksache 11/2733. Danach setzen wir die Beratungen ab Punkt 5 in der Reihenfolge der Tagesordnung fort.

Die heutige Sitzung soll gegen 19 Uhr enden.

Hinweisen möchte ich noch auf zwei Musikdarbietungen in der Mittagspause an der Treppe der Portikushalle:

Erstens. Nach Beginn der Mittagspause ab 12.30 Uhr wird ein israelisches Jugendblasorchester aus Holon eine Probe seines Könnens bieten.

Zweitens. Ab 13.30 Uhr wird uns der National Chor RINAT aus Israel mit seinem Können erfreuen.

Beide Darbietungen verdienen sicherlich Ihre Aufmerksamkeit.

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenographischen Dienst bis spätestens morgen mittag um 12 Uhr wird erinnert.

Es folgen geschäftliche Mitteilungen durch den Herrn Schriftführer.

Schriftführer Brunkhorst:

Von der Landesregierung hat sich die Ministerin der Finanzen, Frau Breuel, entschuldigt. Weitere Entschuldigungen liegen nicht vor.

Vizepräsident Rehkopf:

Danke schön. — Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 14 auf:

Besprechung: Massenarbeitslosigkeit in Niedersachsen und die Arbeitszeit- und Beschäftigungspolitik der Landesregierung — Große Anfrage der Fraktion der Grünen — Drs 11/2733 — Antwort der Landesregierung — Drs 11/3096

Für die Besprechung dieser Großen Anfrage stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 60 Minuten zur Verfügung. Den Fraktionen stehen dabei folgende Redezeiten zu: CDU, SPD und Grüne jeweils bis zu 15 Minuten, FDP bis zu siebeneinhalb Minuten.

Ich eröffne die Besprechung. Mir liegt die Wortmeldung von Frau Schreiner vor. Ich erteile Ihnen das Wort, Frau Schreiner.

Frau Schreiner (Grüne):

Guten Morgen, Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Adam [SPD]: Auch guten Morgen!)

Bald zehn Jahre Massenarbeitslosigkeit in Niedersachsen — und kein Ende in den 90er Jahren abzusehen. Allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz trägt auch die Niedersächsische Landesregierung daran ein hohes Maß an Schuld. Das ist Anlaß für uns, diese Große Anfrage einzubringen. Denn trotz unerwartet hoher Wachstumsraten suchen in Niedersachsen mehr als 300 000 Menschen vergeblich einen Arbeitsplatz. In diesem Jahr sind es noch einmal 2 400 Menschen mehr als im Jahr zuvor.

Wer nun die Öffentlichkeit glauben machen will, Wirtschaftswachstum taue als Strategie gegen Massenerwerbslosigkeit, der, Frau Breuel — sie ist nicht hier — oder Herr Hirche, möge doch erklären, wie die astronomisch hohen Wachstumsraten zustande kommen sollen, die zu einer wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nötig wären.

(Beifall bei den Grünen.)

Das ist ja immer auch das Argument der FDP. Dabei sehe ich im übrigen einmal davon ab, daß ein solches Wachstum von der Umwelt überhaupt nicht verkraftet werden könnte. Wenn wir uns die Antworten auf unsere Anfrage anschauen, dann erkennen wir, daß die Landesregierung das Ziel, die Massenerwerbslosigkeit wirksam zu bekämpfen, überhaupt nicht verfolgt; denn dann hätten die Antworten anders aussehen müssen.

Wenn schon die Reduzierung der Erwerbslosenzahlen aus sozialen Gründen nicht ernsthaft verfolgt wird, dann könnte die Landesregierung aber zumindest ein ökonomisches Kalkül in Erwägung

Frau Schreiner

ziehen. Wir haben z. B. nach den Kosten der Erwerbslosigkeit gefragt und darauf Antworten bekommen, die — so muß ich schon sagen — gewissermaßen einer Verarschung gleichkommen.

(Schlotmann [CDU]: Was?)

Als ob wir nicht wüßten, daß sich die Kosten der Erwerbslosigkeit auf verschiedene Träger verteilen! Die Landesregierung antwortet, sie habe die Kosten für das Arbeitslosengeld nicht zu entrichten. Das wissen wir natürlich auch. Anstelle des Schubladendenkens eine gesamtwirtschaftliche Betrachtung anzuregen — das war unser Ziel.

(Beifall bei den Grünen.)

Dazu will ich jetzt einmal einige Zahlen nennen. Diese sind natürlich nur überschlägig und eben nicht auf Niedersachsen bezogen, weil sich die Landesregierung geweigert hat, die entsprechenden Fragen zu beantworten bzw. zu bearbeiten. Auf Länder und Gemeinden entfallen knapp 20 % der Kosten eines oder einer Arbeitslosen. Diese Kosten setzt man mit rund 25 000 DM pro Jahr an. Die Bundesanstalt für Arbeit wird mit etwa 30 % und die Renten- und Krankenversicherung mit gut 20 % dieser Kosten belastet. Der Rest entfällt auf den Bund. Das alles sind Gelder, die z. B. für die Verbesserung der Krankenversorgung, für den Ausbau der Weiterbildung und für andere nützliche Zwecke benötigt werden.

(Beifall bei den Grünen.)

Wenn man da noch einmal 50 % drauflegt, dann kann man eine Person produktiv beschäftigen. Denken wir z. B. an die sozialen Dienste, an die Unterversorgung im Krankenhauswesen oder bei der Versorgung von Älteren oder an den Umweltschutz. Arbeit gibt es wahrhaftig genug in dieser Gesellschaft!

(Beifall bei den Grünen. — Gansäuer [CDU]: Sie ist nur zu teuer; das ist das Problem!)

Und in dieser Situation werden durch die Mittelkürzung bei der Bundesanstalt für Arbeit die Möglichkeiten, über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nützliche Arbeiten zu leisten, noch weiter reduziert.

Meine Damen und Herren! Es ist gut, wenn Erwerbslose selbst die fatale Gleichgültigkeit im Umgang mit der Massenerwerbslosigkeit, die vielfach herrscht, durchbrechen und ihr Recht auf einen bezahlten Arbeitsplatz einfordern, wie es z. B. letzte Woche in Osnabrück geschehen ist, als arbeitslose junge Kolleginnen Go-ins in zwei Schulen veranstalteten. Ich möchte davon ein

bißchen erzählen. Ein Mitglied des Kollegiums der Orientierungsstufe Osnabrück berichtete am Ende der Besetzung, welche gespannte Aufmerksamkeit bei den Sechsklässlerinnen herrschte, als die arbeitslose Lehrkraft ein Gespräch über ihre Arbeitslosigkeit mit den Kindern führte. Unerwartet viele Schüler und Schülerinnen meldeten sich zu Wort, deren Eltern, und damit sie selbst, Betroffene sind. Vergessen wir nicht: Betroffen sind viele Arbeitslose mit ihren Angehörigen. Das kommt dann eben an viel höhere Zahlen heran. Es sind Hunderttausende, bis zu 1 Million in Niedersachsen. Sie sind betroffen von Armut. Sie erleiden vielfach Depressionen. Sie werden isoliert; denn nach wie vor stellt die Arbeit nach einem Wort von Sigmund Freud für die Menschen die stärkste Bindung zur Realität dar. Das gilt nach wie vor, auch unter dem Schlagwort der sogenannten Freizeitgesellschaft.

(Beifall bei den Grünen.)

Deswegen muß alles darangesetzt werden, die vorhandene Arbeit in sozial gerechter Weise auf alle aufzuteilen, die arbeiten wollen und können.

Die Brutalität der herrschenden Wirtschaftsform zeigt sich nun aber gerade darin, daß sie den Menschen die souveräne Bestimmung über die Arbeitszeit vorenthält. Arbeitszeitverkürzung haben wir ja bereits, allerdings überwiegend unter dem Diktat der Arbeitgeber, und zwar erstens in Form von Erwerbslosigkeit, also Verkürzung der Arbeitszeit auf Null — das ist die vorherrschende Form —, und zweitens in Form von Teilzeitarbeit, einer Arbeitszeitverkürzung, die bekanntlich ohne Lohnausgleich vonstatten geht, dafür aber mit Produktivitätsgewinn für die Arbeitgeber. Deren Interessen — das zeigt die Antwort der Landesregierung ganz deutlich — werden gerade auch von der Ministerin Breuel völlig einseitig vertreten.

Ich kann es natürlich verstehen, daß unserer neoliberalen Finanzministerin diese Form der Arbeitszeitverkürzung sehr sympathisch ist. Wir als Grüne finden es dann allerdings doch schon unverfroren, wenn sie diese Form der Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich auch noch als Königsweg zur sogenannten Vereinbarkeit von Beruf und Familie anpreist, für beide Geschlechter wohlgerne. Aber einmal davon abgesehen, daß bei den alleinerziehenden Frauen sowieso niemand da ist, mit dem Erwerbs- und Kindererziehungszeit geteilt werden könnten, besteht doch eine freie Entscheidungsmöglichkeit darüber — ich zitiere jetzt —, „wer von beiden wieviel Familienarbeit bzw. Erwerbsarbeit leistet“, bei den

meisten Elternpaaren gar nicht, weil auf das halbe Gehalt des Hauptnährers — das ist ja meistens der Mann — gar nicht verzichtet werden kann. Also bleibt es bei der alten Rollenteilung, wie auch der Blick auf die Statistik lehrt. Auf Teilzeitarbeitsplätzen finden wir zu über 90 % Frauen. Sie werden, sind sie zum Beispiel Beamtinnen, für Teilzeitarbeit oder auch für Beurlaubungen, die sie auch unter dem Gesichtspunkt der Schaffung neuer Arbeitsplätze beantragen, zusätzlich noch bestraft. Denken wir beispielsweise an eine Lehrerin, die 25 Jahre voll beschäftigt plus etliche Jahre auf halber Stelle arbeitet, so steht sie sich bei der Versorgung schlechter als die Kollegin oder der Kollege, die nach 25 Jahren direkt in Pension gehen.

Wir haben von der Landesregierung erfragt, wie sie zu diesem Problem und zu den sonstigen Benachteiligungen durch Teilzeit, beispielsweise gerade im Schuldienst, steht. Aber die Landesregierung denkt überhaupt nicht daran, hier für mehr Gerechtigkeit zu sorgen; das ist klipp und klar in der Antwort ausgedrückt. So lieb und teuer ist ihr die Teilzeitarbeit. Für Sonntagsreden über eine Besserstellung dieser Personengruppe, eben der Frauen, gibt es ja praktischerweise Frau Süßmuth.

(Beifall bei den Grünen.)

Wer eine partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit will, der oder die muß auch bereit sein, das sogenannte Normalarbeitsverhältnis gründlich umzugestalten.

(Beifall bei den Grünen. — Döring [CDU]: Haben Sie etwas gegen diese Frauen?)

Es gibt ein enormes frauenspezifisches Interesse am Sechs-Stunden-Tag. So haben beispielsweise Frauen in der IG Metall ihre Gewerkschaft aufgefordert, die Arbeitszeitverkürzung weiter als tarifpolitisches Ziel zu verfolgen, um in näherer oder mittlerer Zukunft zum Sechs-Stunden-Tag zu kommen.

(Gansäuer [CDU]: Zum Null-Stunden-Tag!)

— Zum Sechs-Stunden-Tag, habe ich ganz deutlich gesagt!

(Gansäuer [CDU]: Zum Null-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich! Das wäre doch eine gute Sache!)

— Sie haben überhaupt nichts verstanden, Herr Gansäuer!

(Beifall bei den Grünen.)

Konstruktive Vorschläge zur Arbeitszeitverkürzung — jetzt hören auch Sie gut zu, Herr Gan-

säuer — sind seit längerer Zeit in der Diskussion, auch erste konkrete Umsetzungen. So gibt es beispielsweise einen Tarifvertrag der Gewerkschaft HBV mit dem Beamtenheimstättenwerk. Für die 5 000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist vereinbart worden, zum 1. Juni 1989 die wöchentliche Arbeitszeit von jetzt 39 auf 35 Stunden zu verkürzen. Zugleich werden die Beschäftigungseffekte, die sich natürlich ergeben, in Form von Beschäftigungsgarantien festgeschrieben. Das heißt, mit diesem Tarifvertrag besteht die Chance, 300 neue Kollegen und Kolleginnen beim Beamtenheimstättenwerk anzustellen. Nicht zu vergessen ist noch eine größere Zahl von Auszubildenden, für die Übernahmegarantien abgegeben wurden.

Im Gegenzug haben die Arbeitnehmer vereinbart, daß es längere Betriebslaufzeiten gibt; das ist gewissermaßen kundenfreundlich. Die zu erwartenden Gehaltssteigerungen sind geringer ausgefallen, und die höheren Gehaltsgruppen erhalten eine prozentual geringere Gehaltserhöhung. Meine Damen und Herren, dies ist ein Vertrag, der Schule machen sollte; leider ist er viel zu wenig bekannt.

(Beifall bei den Grünen.)

Dies ist ein nachprüfbares und präzises Instrument für Neueinstellungen.

Einen Schritt in diese Richtung hat dieses Jahr auch die Gewerkschaft ÖTV unternommen. Darüber haben wir bereits im Sommer gesprochen. Es muß noch einmal deutlich gesagt werden, daß es den Beschäftigten darum ging und auch heute noch darum geht, daß die finanziellen Mittel, die durch die doch sehr viel geringeren Tariferhöhungen frei geworden sind, zu Einstellungen arbeitsloser Kollegen und Kolleginnen genutzt werden. Die Bereitschaft der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, einen Beitrag zur Minderung der Erwerbslosigkeit zu leisten, ist durchaus vorhanden. Wenn aber das Land versucht, diese Bereitschaft kaputtzumachen, indem es das finanzielle Opfer der Beschäftigten schamlos zur Finanzierung unsozialer Profilierungsprojekte, wie z. B. Steuerreform und ähnliches, ausnutzt — wie anders ist die Weigerung zu verstehen, Arbeitszeitverkürzungen durch Neueinstellungen zu kompensieren; dabei hat sich gerade auch Frau Brüel besonders hervorgetan —, so betreibt es ganz massiv Entsolidarisierung.

(Beifall bei den Grünen.)

Allein mit den Mitteln, die für die Tariferhöhungen im Haushalt 1988 eingeplant waren — das

Frau Schreiner

sind rund 100 Millionen DM — könnten — überschlägig gerechnet — rund 1 600 Lehrer und Lehrerinnen eingestellt werden. Das wäre ein teilweiser Ausgleich für die im Jahre 1989 anstehende Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung für diese Gruppe und natürlich auch für andere Gruppen im öffentlichen Dienst. Wie anders als durch Neueinstellungen will eigentlich die Landesregierung diese den Lehrern und Lehrerinnen zustehende Arbeitszeitverkürzung ausgleichen? Wir haben dazu bis heute von der Landesregierung nichts gehört. Es bleibt gewissermaßen ihr Geheimnis. Angesichts der platten Weigerung, für einen vernünftigen Altersaufbau in den Schulen zu sorgen — das ist es ja, was mit dem Einstellungsstopp und auch mit der mittelfristigen Finanzplanung bewirkt wird — und angesichts des schlichten Leugnens des unwiderlegten Einstellungsbedarfs in den nächsten zehn Jahren — das betont auch noch einmal die Antwort der Landesregierung — ist man fassungslos. Das ist eine Weigerung, Politik zu machen, oder es ist gerade dadurch Politik.

(Beifall bei den Grünen.)

Die Landesregierung entblödet sich in ihrer Antwort noch nicht einmal, uns zu versichern, „daß auch in Zukunft die Unterrichtsversorgung an den niedersächsischen Schulen sichergestellt bleibt“, was immer das heißen mag. Aber mit welchen Mitteln denn?

Gestern las ich in einer Pressemitteilung aus dem Kultusministerium, daß die Überlegungen zur Arbeitszeitverkürzung für Lehrer in Niedersachsen ebenso konkret seien wie in anderen Bundesländern. Meine Damen und Herren, das muß sich frau einmal auf der Zunge zergehen lassen. „Ebenso konkret“ heißt nämlich „überhaupt nicht konkret“; in den anderen Ländern ist das leider auch nicht konkret. Ich danke dafür, daß uns die Landesregierung das so klar gesagt hat.

(Beifall bei den Grünen.)

Aus Zeitgründen habe ich nicht die Auswirkungen des Tarifabschlusses auf die anderen Landesbereiche behandeln können. Wenn man in die Antwort der Landesregierung guckt, dann stellt man fest: Fehlanzeige. Es sind auf unsere sehr differenzierten Fragen praktisch überhaupt keine Antworten gegeben worden.

Sie werden es mir als Bildungspolitikern hoffentlich nachsehen, daß ich den sehr sensiblen und zukunftsbezogenen Bereich des Schulwesens besonders akzentuiert habe. Darauf entfällt ja auch der Löwenanteil des gesamten Personalhaushalts des Landes.

Zusammengefaßt lautet unser Resümee zur Politik der Landesregierung in Sachen Massenerwerbslosigkeit und Arbeitszeitpolitik: Sie drückt sich vor der Verantwortung. Sie betreibt Entsolidarisierung und steuert u. a. auf eine katastrophale Unterversorgung im Bildungsbereich zu. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Rehkopf:

Frau Kollegin Schreiner, zu Beginn Ihrer Ausführungen haben Sie einen Begriff aus der Gesäßgeographie gebraucht.

(Frau Schreiner [Grüne]: „Gewissermaßen“ habe ich gesagt!)

Ich bitte Sie, hier künftig ein bißchen mehr Anstand walten zu lassen.

(Zustimmung bei der CDU.)

Die Große Anfrage wird durch den Herrn Sozialminister Schnipkoweit beantwortet. Ich erteile ihm das Wort.

Schnipkoweit, Sozialminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Große Anfrage der Fraktion der Grünen ist von meiner Kollegin Frau Breuel ausführlich beantwortet worden. Die schriftliche Antwort liegt Ihnen vor. Da Frau Breuel an der Plenarsitzung nicht teilnehmen kann, möchte ich einen kurzen Einstieg in die Große Anfrage machen.

Seit ihrem Tiefstand 1983 ist die Zahl der Erwerbstätigen in der Bundesrepublik um 850 000 gestiegen. Ohne den Einfluß der geburtenstarken Jahrgänge, die zunehmende Erwerbstätigkeit der Frauen und vor allem das nicht vorhersehbare Problem der Integration von über 300 000 seit 1985 eingewanderten Aussiedlern und Zuwanderern hätte das zu einem fühlbaren Abbau der bis heute immer noch hohen Zahl von Arbeitslosen geführt.

(Küpker [FDP]: Sehr wahr!)

Das nominale Wachstum in der niedersächsischen Wirtschaft betrug 1987 3,5 % und liegt in diesem Jahr voraussichtlich bei 4 %. Die konsequente Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und der Landesregierung hat zu einem lang anhaltenden Aufschwung geführt, der sich auch 1989 fortsetzen wird. Immer wieder erhobene Zweifel an dieser günstigen Wirtschaftsentwicklung haben sich

nicht bestätigt. Es zeigt sich heute vielmehr, daß reales Wirtschaftswachstum mehr bewirkt als jedes staatliche Beschäftigungsprogramm.

(Sehr richtig! und Beifall bei der CDU.)

Den besonderen Bedingungen der Arbeitsmärkte auch in Niedersachsen wird auf diese Weise am besten Rechnung getragen. Undifferenzierte Lösungen läßt der Arbeitsmarkt nicht zu. Auch in Niedersachsen können wir mittlerweile in einigen Bereichen der Wirtschaft trotz hoher Arbeitslosigkeit einen Mangel an Facharbeitern und eine zunehmende Zahl nicht besetzter Ausbildungsplätze feststellen. Hiervon kann sich jeder anhand der Stellenanzeigen in den Zeitungen überzeugen. Wir brauchen deshalb günstige Rahmenbedingungen und gezielte arbeitsmarktpolitische Initiativen.

(Zustimmung von Küpker [FDP].)

Die Bilanz der Landesregierung kann sich hierbei sehen lassen. Die Zahl der ABM-Beschäftigten hat in den letzten sechs Jahren um fast 20 000 zugenommen. Die Beschäftigungsinitiative der Landesregierung hat mit ihren verschiedenen Programmen seit 1985 bisher bereits über 33 000 Menschen geholfen. Für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bei Landesbehörden hat das Land allein 1987 und 1988 zusammen 11,8 Millionen DM bereitgestellt. Die verstärkte Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bei Dritten wird auch 1988 mit 15 Millionen DM unterstützt. In bezug auf die unterstützenden Maßnahmen des Bundes verweise ich nur auf die Qualifizierungsoffensive der Bundesanstalt für Arbeit, die im Landesarbeitsamtsbezirk Niedersachsen/Bremen von 1982 bis 1987 die Eintritte in Maßnahmen der Fortbildung und Umschulung um 57 000 und somit um 177 % gesteigert hat. Die Ausgaben hierfür haben sich auf 970 Millionen DM erhöht. Im Zusammenwirken vieler einzelner Schritte können wir jedenfalls feststellen, daß die Arbeitslosenquote in Niedersachsen heute nicht nur niedriger als in Bremen ist — dort beläuft sie sich auf 15 %; in Hamburg beträgt sie 12 % und im Saarland 11,3 % —, sondern auch unter derjenigen in Nordrhein-Westfalen liegt.

Bei allen Anstrengungen der öffentlichen Hand darf jedoch nicht übersehen werden, daß der Staat nicht Hauptträger der Arbeitsmarktpolitik ist. Seine Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik hat stets nur stützenden Charakter für die Anstrengungen der Wirtschaft, von Unternehmen und Gewerkschaften. Die Zahl der Arbeitsplätze in der Landesverwaltung kann sich deshalb auch

nicht allein an den Bedingungen des Arbeitsmarktes orientieren. Finanzielle Rahmenbedingungen, insbesondere die Notwendigkeit, zugunsten von Arbeitsplätzen in der Wirtschaft zu investieren, haben Vorrang.

Das Land Niedersachsen nimmt im Ländervergleich in bezug auf den Bestand seiner Beschäftigten eine Spitzenstellung ein. Man muß mal sehen, wie gut wir dastehen. Auch angesichts der demographischen Entwicklung führt daher kein Weg daran vorbei, Anpassungsmaßnahmen vorzunehmen. Ich verweise darauf, daß das keine isolierte niedersächsische Entwicklung ist, sondern auch in den sogenannten reichen Ländern — wie Bayern und Baden-Württemberg — und in sozialdemokratisch geführten Ländern — wie Nordrhein-Westfalen, Bremen und Hamburg — ist man weiterhin bemüht, die Zahl der Stellen im öffentlichen Dienst zu reduzieren. Von einer Ausweitung der Beschäftigung beim Land können keine Impulse für die Lösung der Arbeitsmarktprobleme im allgemeinen erwartet werden. Wegen der für den öffentlichen Dienst vereinbarten Arbeitszeitverkürzung und deren Folgewirkungen hat die Landesregierung Gespräche mit den Gewerkschaften aufgenommen. Sie wird das Ergebnis dieser Gespräche in ihre Überlegungen einbeziehen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang erneut darauf hinweisen, daß es nach unserer Auffassung in der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit keine Tabus, aber auch keine Patentrezepte gibt. Die Landesregierung setzt in ihrem eigenen Bereich insbesondere auf Strategien zur individuellen Verkürzung der Arbeitszeit und zur gerechteren Verteilung des vorhandenen Arbeitsvolumens auf einen größeren Personenkreis. An der Tatsache, daß die Teilzeitarbeitsquote im Bundesgebiet bei 13 %, in den skandinavischen Ländern aber bei 24 bis 28 % liegt, erkennt man, welches Potential noch vorhanden ist. Bei Verwirklichung aller Teilzeitwünsche der Arbeitnehmer, die auch von den Betrieben für möglich gehalten werden, könnten rund 1,5 Millionen neue Arbeitsplätze entstehen. An dieser Größenordnung wird deutlich, wie berechtigt es ist, die Förderung der Teilzeitarbeit in den Vordergrund zu stellen.

Dies gilt insbesondere auch für den öffentlichen Dienst. In Niedersachsen sind die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Teilzeitarbeit von Landesbediensteten geschaffen worden. Zur weiteren Förderung der Teilzeitarbeit hat die Landesregierung im Bundesrat eine Gesetzesinitiative eingebracht,

Schnipkoweit

die Möglichkeiten zur Beurlaubung im öffentlichen Dienst aus familiären und aus arbeitsmarktpolitischen Gründen zu erweitern. Ich begrüße in diesem Zusammenhang auch die von der Bundesregierung vorgesehene Förderung des gleitenden Übergangs in den Ruhestand. Die Möglichkeit, bei Teilzeitarbeit gleitend in den Ruhestand zu gehen, ist nach meiner Auffassung sozialpolitisch seit langem überfällig gewesen. Ich begrüße auch die Tarifverträge z. B. der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, die für ältere Arbeitnehmer in der Zigarettenindustrie Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung geschaffen hat.

Meine Damen und Herren! Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist nach wie vor eines der wichtigsten Themen. Aber — ich sage das noch einmal — sie ist nicht nur eine Forderung an die Bundesregierung oder an die jeweiligen Landesregierungen, sondern wir alle sind aufgefordert, wir selbst, die Arbeitgeber, die Gewerkschaften und jeder Beteiligte. Ich sage hier ganz deutlich: Wenn wir nicht bereit sind, mehr zu teilen — und zwar nicht nur Frauen, auch Männer, die dies wollen, müssen die Möglichkeit haben, Teilzeitarbeit zu machen —,

(Frau Schreiner [Grüne]: Das ist illusorisch!)

dann werden wir das Problem nicht in den Griff bekommen. Wenn ich sehe, daß in der Bundesrepublik Deutschland noch 1,5 Milliarden Überstunden gemacht werden, dann weiß ich, daß ein Teil davon notwendig ist, aber längst nicht jede Überstunde ist notwendig. Deshalb sind auch wir gefordert, Arbeitgeber, Gewerkschaften, Betriebsräte, Personalräte, für Abhilfe zu sorgen.

(Beifall bei der CDU. — Dr. Riege [SPD]: Medizinische Kliniken in Hannover!)

Ich möchte noch einmal zusammengefaßt deutlich machen: Wir sind, jeder für sich, aufgefordert, unseren Beitrag zu leisten und nicht nur zu meinen, diese böse Landesregierung habe schuld. Da Herr Dr. Riege hier einen Zwischenruf gemacht hat, kann ich nur sagen: Der Sprecher der SPD kann mir anschließend mit beantworten, warum ausgerechnet der DGB in Niedersachsen in dieser Zeit eine erhebliche Zahl von Stellen bei den hauptamtlichen Kräften einsparen will.

(Beifall bei der CDU.)

Ich meine, wenn die Arbeitslosigkeit ein so gewaltiges Problem ist, dann müßte man doch ein paar Leute mehr einstellen, um die Arbeitslosen vernünftig beraten zu können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Frau Wettig-Danielmeier [SPD]: Weil es

die Arbeitslosigkeit gibt und die Gewerkschaftsbeiträge sinken! So einfach ist das! — Weitere Zurufe.)

Vizepräsident Rehkopf:

Ich danke dem Herrn Minister für die Beantwortung der Großen Anfrage, vor allem dafür, daß er für die Kollegin Breuel diese schwierige Aufgabe übernommen hat. — Das Wort hat der Kollege Küpker [FDP].

Küpker (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Große Anfrage der Fraktion der Grünen ist, wie wir gehört haben, geradezu verdienstvoll. Die Landesregierung und auch die Koalitionsfraktionen können nämlich jetzt gut antworten. Diese Situation hatten wir schon einmal, als wir die Große Anfrage der SPD-Fraktion zur Wirtschaftslage in Niedersachsen diskutierten.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Bloß, es ändert sich leider nichts!)

Große Anfragen sind vor allen Dingen auch lange Anfragen; aber zu den Grünen kann man sagen: De fragt dat Kalv von de Kuh av!

Meine Damen und Herren! Wer fragt, bekommt Antworten; gute Antworten! Wer viel fragt, bekommt auch viele gute Antworten. Auf jeden Fall werden hier die Unterschiede in den Standpunkten zwischen den Regierungsfractionen und der Opposition, aber auch innerhalb der Opposition klargelegt. Die SPD — das wissen wir — ist für Planung. Aber die Grünen sind sogar für Vorplanung. Sie wollen heute schon von der Landesregierung den Lehrerberuf für die Schulkinder im Jahre 2000 wissen, die überhaupt noch nicht gezeugt sind.

(Beifall bei der FDP und der CDU. — Frau Schreiner [Grüne]: Das ist doch Quatsch!)

Meine Damen und Herren, ein Weiteres. In schönster Naivität und Blauäugigkeit — darf ich einmal sagen — werden im Vorspann der Großen Anfrage Behauptungen aufgestellt und Sachverhalte verdreht, als nähmen sie eingetretene Entwicklungen gar nicht zur Kenntnis. Die Grünen und die SPD sind längst dabei, zum Beispiel die Steuermehreinnahmen zu verteilen, die sich in diesem Jahr aufgrund einer kontinuierlichen, zähen, aber letztlich erfolgreichen Wirtschafts- und Steuerpolitik eingestellt haben.

(Lindhorst [CDU]: Genau!)

Wir ernten jetzt die ersten Früchte aus der ersten und zweiten Stufe der Steuerreform und setzen daher getrost auch auf positive Auswirkungen der dritten Stufe ab 1990.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Bisher sehen wir nur faule Äpfel!)

Die SPD und die Grünen haben nie wahrhaben wollen, was die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bewirkt, was sie an Schubkräften freisetzt

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

und was sich auch auf die Beschäftigungslage auswirkt.

(Frau Schreiner [Grüne]: Haben wir mehr oder weniger Beschäftigungslose?)

Ich möchte den Satz in der Antwort von Frau Breuel noch einmal kräftig unterstreichen, der da lautet: „Anhaltendes Wirtschaftswachstum, Preisstabilität, spürbare Zunahme der Kaufkraft der privaten Haushalte, günstigeres Geschäfts- und Konsumklima gingen mit expandierenden Personaldispositionen in der Wirtschaft einher.“ Ich füge hinzu: Viele Firmen hätten bereits mehr Arbeitskräfte eingestellt, wenn sie sie bekommen könnten. Es fehlt an Fachkräften, es fehlt ein Stück Mobilität auf dem Arbeitsmarkt. Oft wird es zu leichtgemacht, arbeitslos zu bleiben.

(Frau Schreiner [Grüne]: Zum Beispiel im Lehrerbereich, im Hochschulbereich, in der Altenpflege? — Weitere Zurufe. — Glocke des Präsidenten.)

Auf jeden Fall zeigt die Anlage zu der Antwort auf die Große Anfrage, daß die Zahlungen an Arbeitslosengeld und für Arbeitslosenhilfe im Landesarbeitsamtsbezirk Niedersachsen/Bremen deutlich rückläufig sind. So schlecht kann die Politik von Bundesregierung und Landesregierung also nicht gewesen sein.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Dennoch sind wir bereit, alle Aspekte zu diskutieren, Lösungsansätze zu finden, Wiedereingliederungshilfen zu gewähren und die Aus- und Fortbildung zu unterstützen.

Ganz deutlich sage ich, daß es aber einen Bereich gibt, in den die Regierung gar nicht eingreifen soll, nämlich in die Tarifpolitik. In dieser Hinsicht muß man doch einmal über den Tellerrand hinausschauen und die mittelfristigen Perspektiven mit beurteilen und in die Entscheidung einbeziehen.

Im Bereich der Gesetzgebung ist in den letzten Jahren allerlei getan worden, um zu einer Flexibi-

lisierung auf dem Arbeitssektor zu kommen. Der Katalog — Sie kennen das — reicht von Arbeitszeitvorschriften über Teilzeitangebote bis hin zu den ganzen Bildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten. Viele Arbeitnehmer können gut auf diesem Klavier spielen; sie kennen sich gut aus. Das gilt allerdings auch — das sage ich ebenso deutlich — für etliche Unternehmer. Dabei denke ich zum Beispiel an die Möglichkeit befristeter Arbeitsverträge. Wie diese Möglichkeit zum Teil schamlos ausgenutzt worden ist, war und ist auch nicht nach unserer Mütze.

Meine Damen und Herren! In der Großen Anfrage wird insbesondere die Landesregierung als Arbeitgeberin angesprochen, und zwar nicht nur für 160 000 Personen. Wir haben auch nach der Streichung von 6 000 Stellen viel mehr Landesbedienstete. Denken Sie nur an den Titelgruppenbereich. Die Grünen unterstellen, daß mögliche Arbeitszeitverkürzungen in neue Stellen umgemünzt werden könnten. Das ist aber unmöglich! Auch Sie müßten eigentlich die Situation des Landeshaushalts allmählich kennen.

(Frau Schreiner [Grüne]: Die ist doch gemacht!)

Die Grünen möchten mehr Einstellungen beim Land und vor allem eine deutliche Reduzierung der Arbeitszeit. Die Landesregierung soll sogar — so steht es in der Großen Anfrage — bei Tarifverhandlungen Vorreiter spielen. Da Sie vorgerechnet haben, daß es in diesem Jahr gegenüber dem Etatanschlag zu Minderausgaben von 100 Millionen DM im Personalbereich gekommen ist, so ist dazu festzustellen, daß dies aufgrund der Verschuldungssituation des Landes dringend notwendig war. Sie haben ausgeführt, davon könnten 1 600 Stellen insbesondere für Lehrer besetzt werden. Das mag zwar allenfalls für ein Jahr gelten, aber die Lehrer haben wir dann bis zu ihrer Pensionierung, und das kostet dann jährlich diese 100 Millionen DM mit den weiteren Steigerungen!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Meine Damen und Herren! Auch die Grünen sollten wissen, daß die Personalkosten fast 50 % des Landesetats ausmachen. Wir müssen alle Spielräume nutzen, um hiervon herunterzukommen, damit noch Geld für Investitionen, aber auch für Bildung, Kultur und vielfältige soziale Zwecke bleibt. Deswegen sind wir Liberale so dahinterher, den Landeshaushalt über Aufgabenabbau, Aufgabenverlagerung und Privatisierung zu entlasten.

Küpker

Die Grünen sagen, mehr Beschäftigung spart Arbeitslosengeld, Sozialhilfe usw. Das ist zum Teil richtig; die Landeskasse aber hat wenig davon. Die Grünen sprechen sogar eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Wochenstunden an, die doch wohl bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich vorgenommen werden soll, da sonst viele untere Einkommensgruppen unter das Niveau der Sozialhilfe für Familien fallen würden. In der Tat kämen wir dann in Bereiche größter Armut. Wir haben jetzt schon das Problem, daß etliche Gehälter im öffentlichen Dienst und Einkommen aus Sozialhilfe verdammt nahe beieinanderliegen. Wie sie das aber alles finanzieren wollen, das sagen unsere grünen Kollegen nicht. Offensichtlich wollen sie jetzt die Belastbarkeit der Unternehmen und der Unternehmer austesten.

(Zuruf von Gansäuer [CDU].)

Eines muß ganz klar sein: Je höher die Tarifabschlüsse gerade im öffentlichen Dienst sind, um so stärker wird der Druck in bezug auf Rationalisierung, was im öffentlichen Dienst bedeutet, daß Druck auf den Stellenbestand ausgeübt wird.

(Gansäuer [CDU]: So ist es!)

Unsere Politik hierzu ist total anders. Wir wollen, daß die Wirtschaft floriert. Wir schaffen das über eine Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Die Steuerreform kommt dazu gerade richtig. Es kann mehr eingestellt werden, und dann fließen auch mehr Steuern in die öffentliche Kasse. Dann kann das Land die Lehrer bezahlen und die öffentlich Bediensteten ordentlich besolden, die zur Erfüllung der Landesaufgaben benötigt werden. Nur so läßt sich unseres Erachtens die hohe Arbeitslosigkeit abbauen.

So betrachtet, meine Damen und Herren, stimmen wir der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage zu. Von der Landesregierung wird nichts versäumt, und die arbeitsmarktpolitische Linie stimmt.

Wenn nun die Grünen fragen, welchen Beitrag die Landesregierung in den 90er Jahren zu leisten gedenkt, dann meinen sie doch offensichtlich, daß diese Landesregierung aus CDU und FDP dann noch im Amt ist.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Bruns [Reinhausen] [SPD]: Haben sie das gefragt?)

Ich denke, sie wird dann auch das Richtige und das Nötige tun. Viel wichtiger aber ist, daß diese Landesregierung jetzt etwas tut, und das ist der Fall. — Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Bruns [Reinhausen] [SPD]: Herr Küpker, im Märchen heißt das immer „Prahlhans“, wenn man so etwas sagt! — Gegenruf von Lindhorst [CDU]: Wir werden mit euch noch Schlitten fahren!)

Vizepräsident Rehkopf:

Das Wort hat der Kollege Schuricht [SPD].

Schuricht (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als ich die Ausführungen von Herrn Schnipkoweit gehört habe, dachte ich, ich säße hier im falschen Landtag und wäre in Bayern; denn da hätte man das sagen können. Die Ausführungen des neuen Ministerpräsidenten Streibl, der gestern abend im Fernsehen in aller Öffentlichkeit sagte, er sei glücklich, Ministerpräsident in einem Lande zu sein, in dem er so viele Krankenhäuser bauen könne, wie er nur wolle, haben mich schon in Erstaunen versetzt.

(Döring [CDU]: Eine solche Regierung kann Sie auch in Erstaunen versetzen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es muß für die Landesregierung und die sie tragenden politischen Parteien aus CDU und FDP schon beschämend sein, daß die Landesregierung durch eine Große Anfrage dazu gezwungen werden muß, diesem Hohen Hause und vor allem den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Lande endlich Rechenschaft über ihre Aktivitäten oder, besser ausgedrückt, ihre Passivität im Kampf gegen die — ich betone: — Massenarbeitslosigkeit abzulegen.

Des weiteren muß es für Sie, meine Damen und Herren aus der Regierungsfraktion, geradezu schmerzlich sein, wenn Sie in aller Öffentlichkeit Bilanz ziehen sollen. Einige Stichworte genügen, um die sozial- und wirtschaftspolitische Inkompetenz dieser Landesregierung zu dokumentieren.

(Zuruf von der CDU: Wer hat Ihnen das denn aufgeschrieben?)

Das ist das Phänomen des wirtschaftlichen Wachstums einerseits und die stagnierend hohe Zahl der Sockelarbeitslosigkeit andererseits. Wir müssen uns die Frage stellen, ob sich die These bestätigt hat, die in den 60er und 70er Jahren sagte: Wachstum gleich Vollbeschäftigung. Nein, eher das Gegenteil ist der Fall. Auch in Niedersachsen nimmt die Arbeitslosigkeit weiter zu, und das vor allem in den strukturschwachen Gebieten wie zum Beispiel Ostfriesland oder dem sogenannten

Zonenrandgebiet. Davon besonders betroffen sind Frauen, Schwerbehinderte, angeschlagene Menschen, bei denen die Industrie die Selektion schon lange durchgeführt hat. Hinzu kommen die Menschen aus dem Osten, die hoffnungsvoll in diese Republik kommen und die nach langer Zeit des Wartens wahrscheinlich bitter enttäuscht sind; denn — Herr Kollege Lellek hat es gestern gesagt — 60 % sind ohne Ausbildung und der deutschen Sprache nicht mächtig, was die Schwierigkeiten in diesem Bereich erhöht.

(Zustimmung von Bruns [Reinhausen] [SPD]. — Gansäuer [CDU]: Sehr richtig! Gar kein Widerspruch!)

Nein, meine Damen und Herren, irgend etwas ist faul an Ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Logik. Das läuft nicht rund, und dann hilft auch kein noch so optimistisches Lächeln eines Ministerpräsidenten, mag es auch die sogenannten Selbstheilungskräfte des Marktes in Verzückung bringen. Doch Politik, konstruktive Landespolitik zum Wohle der hier lebenden Menschen, ist das nicht, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der SPD)

das Lächeln nicht und schon gar nicht das, was Sie als politisch Verantwortliche seit Jahren praktizieren. Das ist keine Krisenregulierungspolitik, nein, das ist eine Krisenverschärfungspolitik. Sie sind nicht Bekämpfer der Arbeitslosigkeit, sondern Sie verursachen zusätzliche Arbeitslosigkeit.

(Beifall bei der SPD.)

Wie, das möchte ich Ihnen ganz kurz an zwei Beispielen verdeutlichen:

(Döring [CDU]: Das ist nicht Schuricht, das ist schaurig!)

Das ist erst mal Ihre sogenannte Wirtschaftsförderungspolitik. Ihre Wirtschaftsförderungspolitik ist weltmeisterlich, wenn es darum geht, eine staatliche Subventionspolitik zur Schaffung von Industriedenkmälern umzusetzen. Bedauerlich ist nur, daß alle diese Industriedenkmäler nicht älter als zehn Jahre sind. ICI in Wilhelmshaven, Nordferro in Emden, Mobil Oil in Wilhelmshaven,

(Lindhorst [CDU]: Alles Arbeitsplätze, die wir geschaffen haben!)

Becker-Chemie in Brake und wie sie alle heißen

(Gansäuer [CDU]: Buschhaus durch Schröder!)

sind mehr oder weniger verrostete Industrierüsten.

(Küpker [FDP]: Waren Sie mal bei ICI? — Gansäuer [CDU]: Neue Heimat!)

Das, meine Damen und Herren, waren Steuergelder unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, die Sie mit vollen Händen aus dem Fenster geworfen haben, um Ihren Traum von der Ansiedlung eines Großkonzerns zu realisieren. Das war ein Alptraum, meine Damen und Herren. Das war jedem bewußt, aber Sie haben es trotzdem getan. Dieses Geld, das Sie verschwendet haben, hätten Sie besser für ganz andere Projekte nutzen sollen, z. B. für mehr Städtebau und Dorfsanierung, für den Bodenschutz im Emsland,

(Beifall bei der SPD)

für den Gewässerschutz — siehe die bedrohte Nordsee —, für die Lärmbekämpfung — siehe die überlasteten Straßen —, für die Luftreinhaltung — siehe Buschhaus und Preussag —, für die Qualifizierung und Bildung, für die Verbesserung des Gesundheitssystems und für eine sinnvolle, phantasievolle Freizeitgestaltung. Wenn Sie eine Wirtschaftspolitik nach sozialen, ökologischen und wirtschaftlich vernünftigen Kriterien umgesetzt hätten, wären wir heute nicht in der prekären Situation, daß die 900 Millionen DM von Bonn und die 1,4 Milliarden DM von den anderen Ländern, die über den Länderfinanzausgleich in Ihre Kassen gewandert sind, keinen einzigen Arbeitsplatz langfristig sicherten, geschweige denn schafften. Das war und ist eine gigantische Verschwendung gesellschaftlichen Reichtums, meine Damen und Herren von der FDP und der CDU, die Ihnen in Anbetracht der erbärmlichen Situation von weit über 300 000 arbeitslosen Menschen in Niedersachsen die Röte ins Gesicht steigen lassen sollte und die Sie zumindest dazu veranlassen mußte, über Ihre Wirtschaftsförderungspolitik intensiv nachzudenken.

(Döring [CDU]: Gucken Sie sich mal die Umfrage in Berlin an, wer dann rot werden mußte!)

Lassen Sie mich noch ganz kurz zu einem zweiten Punkt kommen, der in der Anfrage der Fraktion der Grünen großes Gewicht hat, nämlich der Verantwortung der Landesregierung als Arbeitgeber. Nun kommt von Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, wieder die alte Leier, daß Sie als verantwortlicher Arbeitgeber ja gerne einstellen würden, es Ihnen aber leider an der finanziellen Ausstattung fehlt; man möchte ja gerne, aber Ihnen sind ja die Hände gebunden. Wenn Sie der Meinung sind, daß Ihnen die Hän-

Schuricht

de gebunden sind: Haben Sie sich eigentlich schon die Frage gestellt, wer Ihnen angeblich die Hände gebunden hat? Es sind nicht, wie Frau Breuel am 19. August dieses Jahres in der „Welt“ feststellte, die Gewerkschaften mit ihrer angeblich starren Haltung in bezug auf flexibilisierte Tarifverträge. Nein, es sind nicht die Gewerkschaften, die bemüht sind, einheitliche Tarifgebote und Abschlüsse zu sichern, um damit ein Süd-Nord-Gefälle innerhalb der Bundesrepublik zu verhindern und dazu beizutragen, daß die wichtigste Stütze unserer Konjunktur, der private Verbrauch, auch weiterhin arbeitsplatzsichernd greifen kann. Nein, es ist auch nicht die durchgesetzte Arbeitszeitverkürzung, die die Pleiteflut und die scheinbare Wettbewerbsunfähigkeit erzeugt oder den Standort Bundesrepublik Deutschland gefährdet. Nein, meine Damen und Herren, Sie sind es selber! Ihre Politik selbst verhindert eine Arbeitsplatzbeschaffung. Sie sind es, die einer zutiefst unsozialen und wider alle Vernunft praktizierten Politik zum Durchbruch verhelfen.

(Beifall bei der SPD. — Döring [CDU]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Es ist die von CDU, CSU und FDP getragene Bundesregierung, die uns durch ihre Steuerpolitik täglich vorführt, wie man Arbeitsplätze in den USA, in China oder in der Schweiz sichert und schafft, indem die Bundesregierung der Kapitalflucht tatenlos zusieht. Es werden Gewinne oder Übergewinne aus unternehmerischer Tätigkeit ins Ausland abgeführt, böswillig könnte man sagen: enteignet. Sie enteignen die Arbeitnehmer in dieser Republik, indem Sie das von diesen erwirtschaftete Vermögen den Konzernspitzen zur freien Verfügung überlassen.

(Beifall bei der SPD.)

Sie sind es, die den Klassenkampf schüren und eine Systemveränderung betreiben, die in der Geschichte der Bundesrepublik nicht ihresgleichen hat.

(Zurufe von der CDU.)

Sie sind die Vernichter der Vollbeschäftigung.

(Zurufe von der CDU. — Glocke des Präsidenten.)

Meine Damen und Herren von der CDU und von der FDP, das, was Sie Steuerreform, Gesundheitsreform, Novellierung des AFG und eventuell Rentenreform nennen, trägt entschieden dazu bei, daß sich unsere arbeitsmarktpolitischen Möglichkeiten auch als öffentliche Arbeitgeber zunehmend verschlechtern.

Statt dafür zu kämpfen, daß der Jäger 90 nicht gebaut wird und somit finanzielle Mittel für die Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie für die Erledigung von Landesaufgaben, zum Beispiel im Umweltschutz oder in der Kinder- und Jugendziehung, freigesetzt werden,

(Dr. Glaser [CDU]: Wer, meinen Sie, baut den Jäger 90? — Döring [CDU]: Was hat das mit Niedersachsen zu tun?)

schauen Sie völlig hilflos zu, wie Ihre Felle einer sinnvollen Arbeitsmarktpolitik davonschwimmen.

(Beifall bei der SPD.)

Statt nein zur Steuerreform zu sagen, herrscht auf Ihrer Bank Schweigen. Statt eines Nein zur Novellierung des AFG herrscht stille Akzeptanz hinsichtlich der weiteren Vernichtung der Möglichkeiten der Bundesanstalt für Arbeit, die demnächst überhaupt kein Instrumentarium für eine regionale Beschäftigungspolitik mehr haben wird.

(Kuhlmann [CDU]: Das liest er alles Wort für Wort ab! Nicht zu fassen!)

Statt aufzuschreien, wenn die Unternehmensverbände noch mehr Profite auf Kosten von breiten Teilen der Bevölkerung abschöpfen wollen, lehnen Sie sich selbstgefällig in Ihren Sesseln zurück.

(Zustimmung bei der SPD und bei den Grünen.)

Sie setzen Ihren Parteifreunden von der Mittelstandsvereinigung keinen entschiedenen Widerstand entgegen, die das beste Rezept aller Zeiten für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit erfunden zu haben glauben, indem sie alle, die länger als drei Jahre arbeitslos sind, aus der Statistik herauschmeißen. — Welch ein Zynismus und welche Menschenverachtung Ihrer Partei, meine Damen und Herren von der CDU!

(Beifall bei der SPD. — Zustimmung bei den Grünen. — Zurufe von der CDU.)

Nein, ein Fazit fällt mir nicht ein. Sie als Landesregierung haben auf ganzer Linie versagt. Ich befürchte, daß Sie trotz der vielfältigen Anregungen, die Sie nicht nur durch diese Debatte erfahren, nicht klüger werden oder nicht klüger werden wollen.

Da die Menschen in diesem Land nicht auf Ihre Einsicht warten können, was zum Beispiel die langen Gesichter mancher Stadtväter und -mütter

angesichts der Ebbe in den kommunalen Kassen beweisen,

(Kuhlmann [CDU]: Opas und Omas haben Sie vergessen!)

ist es zwingend notwendig, daß dieses Land Niedersachsen wieder eine mutige, zukunftsorientierte, dem Wohl der in unserem Land lebenden Menschen verpflichtete Landesregierung bekommt.

(Beifall bei der SPD.)

Deshalb Schluß mit Ihrer Politik, meine Damen und Herren! Treten Sie von dieser Regierung, von dieser Bühne ab. — Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD. — Lachen bei der CDU.)

Zum Schluß, meine Damen und Herren: Herr Schnipkoweit, Stellenabbau im DGB ist die konsequente Folge der Massenarbeitslosigkeit.

(Beifall bei der SPD. — Lachen bei der CDU. — Kuhlmann [CDU]: Da würde sich sogar Karl Marx im Grabe umdrehen! — Weitere Zurufe von der CDU.)

Vizepräsident Rehkopf:

Das Wort hat der Kollege Gansäuer.

Gansäuer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Schurreit, das, was Sie eben ausgeführt haben, kann man Ihnen eigentlich nur dann nachsehen, wenn man davon ausgeht, daß Sie das Redemanuskript mit der Musterrede für Funktionäre für die Aktionswoche des DGB verwechselt haben.

(Beifall bei der CDU.)

Die Rede eines Abgeordneten im Niedersächsischen Landtag war das nicht.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Und was hören wir jetzt?)

Meine Damen und Herren, noch einige Vorbemerkungen dazu. Das gesamte europäische Ausland, die Industriestaaten, die wirtschaftswissenschaftlichen Institute aller politischen Farben attestieren der Bundesrepublik Deutschland, daß sie sich in einem hervorragenden Konjunkturoberlauf befindet, um das uns die Volkswirtschaften der Welt rund um den Globus beneiden.

(Frau Schreiner [Grüne]: Jawohl! — Zurufe von der SPD.)

Trotzdem erklärt der Kollege Schurreit, das laufe nicht rund und wir seien nicht Kämpfer gegen die Arbeitslosigkeit, sondern wir seien sozusagen die Verursacher der Arbeitslosigkeit.

(Plaue [SPD]: Natürlich seid ihr das! — Zustimmung bei der SPD.)

Weil ich ja weiß, Herr Kollege, daß ich mich auf Ihre merkwürdigen Einlassungen — wenn ich so sagen darf — verlassen kann, gehe ich auf die Ursachen der Arbeitslosigkeit gern noch ein und frische Ihr Gedächtnis ein bißchen auf. Das ist in den letzten Jahren ja etwas kurz geraten, nicht?

(Beifall bei der CDU. — Unruhe.)

Meine Damen und Herren, eine Bemerkung aber noch vorweg. Da erklärt der Kollege Schurreit,

(Zurufe: Schuricht!)

man könnte doch viele Gelder, die — nach seiner Lesart — offensichtlich im Lande herumliegen, für Stadtsanierung und Dorferneuerung einsetzen. — 1976, als wir die Regierungsverantwortung in diesem Lande übernommen haben, hat die SPD überhaupt noch nicht gewußt, was Dorferneuerung ist! Herr Kollege Schurreit, ich füge noch eine Bemerkung hinzu.

(Zurufe: Schuricht! — Weitere Zurufe. — Unruhe.)

— Herr Bruns, bleiben Sie ruhig!

(Frau Schreiner [Grüne]: Wollen Sie einmal von 1988 reden?)

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Kollege Gansäuer, ich darf Sie einmal unterbrechen. — Der Kollege, der vor Ihnen gesprochen hat, heißt „Schuricht“.

(Anhaltende Unruhe.)

Gansäuer (CDU):

1975, Herr Schuricht — Entschuldigung —, hat die damalige Landesregierung den Versuch gemacht,

(Anhaltende große Unruhe)

die Mittel für die Stadtsanierung sogar ganz zu streichen.

(Zempel [SPD]: Hören Sie auf zu reden, Mann! — Unruhe.)

Das ist die Vergangenheit, die Sie zu vertreten haben!

Dann haben Sie erklärt, es sei Ebbe in den kommunalen Kassen. Meine Damen und Herren, ha-

Gansäuer

ben sich denn die Steuereingänge des ersten halben Jahres bei der SPD überhaupt noch nicht herumgesprochen?

(Zuruf von der CDU: Nein!)

Hat sich nicht herumgesprochen, daß wir 14 % mehr Steuereinnahmen im ersten Halbjahr 1988 haben?

(Zuruf von der CDU: Die pennen doch!)

Da können Sie doch nicht erklären, es sei Ebbe in den kommunalen Kassen! Es ist vielmehr richtig, daß die SPD nicht mit Geld umgehen kann!

(Beifall bei der CDU.)

Aber Ebbe in den kommunalen Kassen haben wir nicht.

(Zempel [SPD]: Alter Quatschkopf! — Unruhe.)

Weil mich die Zwischenrufe der Kollegen von der SPD natürlich immer ermuntern und begeistern, meine Damen und Herren, will ich dann doch noch auf die Ursache der Arbeitslosigkeit eingehen; denn es ist ja auch ganz wichtig, daß wir daraus lernen, was in den vergangenen Jahrzehnten in dieser Hinsicht möglicherweise falsch gemacht worden ist.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Sagen Sie doch lieber „Jahrhunderte“!)

Es kann gar kein Zweifel daran sein, daß die Geschichte der Arbeitslosigkeit mit 1969 beginnt,

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Fangen Sie doch bei Bismarck an!)

mit der unseligen Formulierung von Willy Brandt nämlich, die — damalige — Bundesregierung wolle die Belastbarkeit der Wirtschaft testen. Dann folgte der Versuch der Sozialdemokraten, die Situation auf diesem Gebiet zu verbessern, eine Situation, die bereits Anfang der 70er Jahre in eine halbe Million Arbeitslose einmündete. Aus dieser Zeit ist mir gerade in diesen Tagen noch eine Anzeige der SPD untergekommen.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Wenn Sie so gut sind, warum haben Sie das in dreizehn Jahren nicht abgeschafft?)

— Nun hören Sie einmal genau zu, Herr Bruns.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Wie lange regieren Sie?)

In dieser Anzeige steht:

„Die CDU ist bereit, eine Arbeitslosenquote von 2 % in Kauf zu nehmen. Jeder Deutsche soll wissen, was das bedeuten würde: eine halbe Million Arbeitslose, Existen-

zangst, Radikalismus. Dazu darf es nicht kommen. Sorgen Sie dafür, daß Sozialdemokraten weiter regieren. Dann bleiben die Arbeitsplätze sicher.“

(Zustimmung von Bruns [Reinhausen] [SPD].)

Meine Damen und Herren, wie sicher die Arbeitsplätze dann geblieben sind, haben wir 1982 erlebt, obwohl die Sozialdemokraten in der Zwischenzeit, nämlich in den 70er Jahren, 17 Konjunkturprogramme mit einem Investitionsvolumen von rund 50 Milliarden DM aufgelegt haben.

(Zuruf von Frau Wettig-Danielmeier [SPD].)

Die Krönung all dessen, was in dieser Zeit stattgefunden hat, die angesichts der Fehlwirkungen auf den Arbeitsmarkt hoffentlich nie wiederkommen wird, ist eine Rede von Gerhard Schröder aus dem Jahre 1979. In dieser Rede hat er sich zur damaligen Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung geäußert.

(Zuruf von Schörshusen [Grüne].)

Er hat damals gesagt: Es ist ein Skandal, daß Partei und Regierung sich damit abzufinden scheinen, daß es eine Sockelarbeitslosigkeit an der Millionengrenze gibt. — Meine Damen und Herren, Herr Schröder hat 1979 also gesagt, es sei ein Skandal, daß es eine Million Arbeitslose gebe. Wie empfand er denn eigentlich die Situation 1982, als es zwei Millionen Arbeitslose gab?

(Frau Wettig-Danielmeier [SPD]: Sie können ja nicht rechnen!)

Wie empfinden Sie denn heute eigentlich die Situation? Finden Sie das im Rückblick denn keinen Skandal mehr, meine Damen und Herren?

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Und heute? Was ist denn heute?)

Ich bleibe dabei: Ihr Gedächtnis hat sich rapide verkürzt, nachdem Sie aus der Regierungsverantwortung entwichen sind.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Was ist denn heute?)

— Herr Bruns, bleiben Sie doch ruhig! Ich komme noch zur Situation heute.

(Oestmann [CDU]: Du mußt etwas leiser werden!)

Ich bin ja immer dankbar, Herr Kollege, daß Sie hier sitzen, wenn ich rede, weil ich dann Veranlassung habe, durch Ihre Zwischenrufe animiert,

auf Themen einzugehen, auf die ich sonst gar nicht eingehen würde.

(Zuruf von Bruns [Reinhausen] [SPD].)

Was heute ist, will ich Ihnen gern erklären.

Meine Damen und Herren, von 1969 bis 1982 — Herr Kollege Bruns, nun hören Sie genau hin —

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Nein!)

hat es in der Bundesrepublik Deutschland den Verlust von mehr als 1 Million Arbeitsplätzen gegeben. Von 1983 bis heute sind in der Bundesrepublik Deutschland präzise 873 000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Das ist meine Antwort auf Ihre Einlassung von eben.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, die Wahrheit ist — ich habe es hier schon mehrmals gesagt; ich wiederhole es an dieser Stelle noch einmal —: Das Ende der SPD-geführten Bundesregierung bedeutete auch eine Phase, in der insbesondere die sozial Schwachen und die Arbeitnehmer die Benachteiligten dieser Politik waren.

(Beifall bei der CDU.)

Eine schrumpfende Wirtschaft bewirkte 2 Millionen Arbeitslose, reale Einkommensverluste der Arbeitnehmer, sinkende Rentnereinkommen und leere Rentenkassen, wie wir alle wissen.

Nun, seit dieser Zeit hat es eine Menge Anstrengungen, die begleitet waren von ständiger Kritik insbesondere durch die Sozialdemokraten, gegeben, um die Situation zu verbessern. Ich sagte schon eingangs, daß heute die gesamte internationale Wirtschafts- und Finanzwelt der Bundesregierung und der Bundesrepublik Deutschland bescheinigt, daß sie auf dem richtigen Weg ist und daß sie auf dem Gebiet der Konsolidierung der Wirtschaft und der Finanzen erhebliche Erfolge errungen haben. Es kann gar kein Zweifel daran bestehen, daß uns die vorhandene Arbeitslosigkeit nicht gleichgültig machen darf; denn hinter den etwas mehr als 2 Millionen Arbeitslosen verbergen sich Menschenschicksale. Keine Fraktion in diesem Hause darf für sich in Anspruch nehmen, daß nur sie allein sich diesen Problemen widmet; denn ich denke, daß wir alle unbeschadet unterschiedlicher Konzepte ganz generell der Meinung sind, daß dies die größte wirtschafts- und gesellschaftspolitische Herausforderung darstellt, vor der wir bisher gestanden haben. Aber: Es kann auch kein Zweifel daran bestehen, daß es keine Patentrezepte gibt. Niemand von uns hat sie in der Tasche. Gerade der SPD-Parteitag in Münster, Herr Bruns, hat ja bewiesen, daß auch die Sozialdemokraten eine heftige Auseinander-

setzung darüber führen, welches denn der richtige Weg zum Abbau der Arbeitslosigkeit ist. Nun ersparen Sie es mir bitte, daß ich noch Zitate von diesem SPD-Parteitag anführe, dessen Protokoll mir vorliegt. Ich akzeptiere, daß die Sozialdemokraten bei dieser Gelegenheit um den richtigen Weg ernsthaft gerungen haben, um die Situation auf dem Arbeitsmarkt und um die Situation der 2 Millionen Arbeitslosen zu verbessern, wenngleich ich mit den Ergebnissen — ich hätte beinahe gesagt: naturgemäß — nicht einverstanden sein kann.

Meine Damen und Herren, es wird aber immer so getan, als seien 2 Millionen Arbeitslose 2 Millionen Arbeitslose, als sei sozusagen dieser Block von Arbeitslosen einer, den man insgesamt beurteilen müsse und nicht differenziert beurteilen sollte. Was mich insbesondere in den letzten Wochen gewundert hat, ist, daß wir beispielsweise in Niedersachsen in Gebieten mit sehr hoher Arbeitslosigkeit — ich erinnere an den Besuch unseres Arbeitskreises Wirtschaft vor kurzem in Ostfriesland — Betriebe haben, die dringend und händeringend nach Arbeitskräften nachfragen. Ich erinnere mich an einen Schlossereibetrieb. Ich denke z. B. daran, daß wir in einer Region wie Lüchow-Dannenberg, in der es ebenfalls eine hohe Arbeitslosigkeit gibt, einen Landwirtschaftsbetrieb haben, der seit geraumer Zeit 14 Arbeitskräfte sucht und nicht findet. Heute morgen ist mir ein Schreiben eines Metallbaubetriebes aus Eschershausen auf den Tisch gekommen. Im Raum Eschershausen beträgt die Arbeitslosigkeit 14 %. Dieser Betrieb steht seit Wochen in Kontakt mit der Arbeitsverwaltung und auch mit dem Durchgangslager Friedland und sucht händeringend Schlosser, Monteure, Tischler, Zeichner und Industriekaufleute.

(Zuruf von Dr. Hansen [Grüne].)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Tatsache — ich könnte weitere anführen — belegt doch, daß die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland in der Tat differenziert beurteilt werden muß.

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Gansäuer, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Hansen zu?

Gansäuer (CDU):

Nein, ich habe leider zu wenig Zeit. Sonst gerne. — Die Arbeitslosigkeit muß in der Bundesrepublik vor allem auch deshalb differenziert betrach-

Gansäuer

tet werden — dies hat ja auch der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit wiederholt deutlich gemacht —, weil ein sehr großer Teil dieser 2 Millionen Arbeitslosen nicht die Qualifikation aufweist, die notwendig ist, damit sie vermittelt werden können.

(Zuruf von Frau Dr. Dückert [Grüne].)

— Ja, Frau Dückert, ich will es Ihnen ganz genau sagen. Der Präsident hat immerhin von 650 000 gesprochen. — Sie wissen auch sehr genau, daß etwa 600 000 der 2 Millionen Arbeitslosen gar keine Arbeitslosenunterstützung erhalten und überhaupt nicht dazu berechtigt sind.

(Dr. Hansen [Grüne]: Das ist doch schlimm genug!)

— Ja, sicherlich ist das schlimm genug. Daß sie keine Arbeitslosenunterstützung bekommen, belegt aber doch, daß sie nicht aus einem Arbeitsverhältnis kommen.

(Zuruf von Frau Schreiner [Grüne].)

— Nun will ich es Ihnen mal ganz deutlich sagen, gnädige Frau: Ein durch Arbeitszeitverkürzung in Stuttgart freigewordener Ingenieurarbeitsplatz nützt dem arbeitslosen Werftarbeiter in Emden leider nichts. Das ist die Situation, vor der wir in der Bundesrepublik Deutschland stehen.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Hildebrandt [FDP].)

Ich hoffe, daß Sie anhand dieses Beispiels einmal kapieren, was ich meine und worum es in aller nächster Zeit geht.

Eines ist sicher, meine sehr verehrten Damen und Herren, pauschale Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich sind eben nicht das richtige Mittel. Ich glaube, der Streit darüber ist auch müßig; denn weite Teile derer, die dieses Mittel immer hochgehalten haben, wissen inzwischen, daß dieses Mittel untauglich ist. In Wahrheit geht diese Erkenntnis ja weit hinein auch in die Kreise des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der SPD.

Meine Damen und Herren! Ich wünschte mir, die Oppositionsfractionen erkannten an — das darf ich ergänzend zu dem sagen, was Minister Schnipkoweit hierzu ausgeführt hat —, daß sich die Landesregierung in den vergangenen Jahren bemüht hat, durch den Förderfonds, der jetzt ein Volumen von 500 Millionen DM erreicht hat, durch das Darlehensprogramm, durch das Technologieprogramm und durch viele andere Dinge, die Wirtschaftsstrukturen in Niedersachsen auf das nächste Jahrtausend einzurichten und den

Rückstand gegenüber den süddeutschen Ländern aufzuholen. Ein Beleg dafür, daß es hierbei kaum Alternativen gibt, war die letzte Haushaltsberatung im Wirtschaftsausschuß vor etwa einer Woche. Da hat die SPD beantragt, 41 Millionen DM mehr an Haushaltsmitteln vorzusehen. Bei einem Gesamtvolumen von rund 1,8 Milliarden DM sind das 2 %, die die SPD mehr ausgegeben haben möchte.

(Zuruf von Frau Dr. Dückert [Grüne].)

— Ich stelle also an dieser Stelle fest, Frau Dückert, daß die Sozialdemokraten mit der Verwendung von 98 % der Mittel im Wirtschaftsetat einverstanden sind. Ein besseres Kompliment können sie unserer Wirtschaftspolitik eigentlich kaum machen.

(Beifall bei der CDU. — Senff [SPD]: Herr Gansäuer, Sie sagen bewußt die Unwahrheit! — Gegenrufe von der CDU. — Unruhe.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Das positive Verhandlungsergebnis, das Ernst Albrecht in Bonn erreicht hat, nämlich 650 Millionen DM Strukturhilfe, ist ein Ergebnis,

(Anhaltende Unruhe — Glocke des Präsidenten)

das uns Chancen eröffnet, wenn wir dieses Geld nicht verkleckern, sondern wirklich für zukunfts-trächtige Industrieansiedlungen und für zukünftige Forschungsförderung ausgeben.

(Zuruf von der SPD.)

Wir hoffen, daß gerade mit Blickrichtung auf den Gemeinsamen Markt 1992 die Bundesregierung die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft weiter verbessern wird. Ich will an dieser Stelle und zum Schluß gar nicht verhehlen, daß wir als Christliche Demokraten hoffen, daß der Dialog zwischen den Tarifpartnern hinsichtlich der Bemühungen aller Beteiligten, die Arbeitslosigkeit zurückzudrängen, verstärkt wird. Wir hoffen auch, daß der Dialog zwischen den Gewerkschaften und der Bundesregierung wieder aufgenommen werden kann und versachlicht wird; denn die Knüppelschwingerei von der einen oder der anderen Seite nützt keinem, unserer Wirtschaft nicht und den Arbeitslosen auch nicht. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Vizepräsident Rehkopf:

Das Wort hat die Kollegin Schreiner für eine knappe Minute.

Frau Schreiner (Grüne):

Lassen Sie mich ein paar Bemerkungen zum Schluß machen. Herr Gansäuer, „keine Patentrezepte“ ist ja nun wirklich ein Spruch, der so wahr wie platt ist. Wir haben in unserer Anfrage ein differenziertes Bündel von Möglichkeiten angefragt. Darauf hat die Landesregierung mit einer erschreckenden Phantasielosigkeit geantwortet.

Wir machen uns in der Tat Gedanken darüber, wie man beispielsweise durch eine andere Tarif- und Gehaltsstruktur Mittel freimachen kann, um neue Kräfte einstellen zu können.

(Gansäuer) [CDU]: Das ist Sache der Tarifpartner!

Dabei wollen wir natürlich nicht eine Strategie verfolgen, die Frau Breuel vorschlägt, nämlich eine Strategie der kalkulierten Teilzeit sowie der Abwertung und der Minderbewertung von Arbeitsplätzen, mit denen man überhaupt nicht leben kann.

(Oestmann [CDU]: Das sehen viele Menschen ganz anders!)

Das wollen wir hier eindeutig klarstellen. Aber natürlich wären uns Eingriffe in die Gehaltsstruktur bei den höheren Gruppen — so sage ich einmal — durchaus sympathisch, um Mittel zu bekommen. Auch das möchte ich eindeutig klarmachen.

(Beifall bei den Grünen.)

Wir sind da sozusagen nicht so viereckig und geradeaus.

Gerade weil das so ist, ist es natürlich absurd — hier wird über Arbeitskräfte geklagt, die nicht zur Verfügung stehen —, in dieser Situation die Mittel der BfA für Weiterbildung so zusammenzuzustreichen, wie das passiert.

(Beifall bei den Grünen.)

Ich weiß gar nicht, was man sich dabei denkt.

Nun, Herr Küpker, zu Ihren Einlassungen. In einem Bildungsbereich kann man nicht so vorgehen, wie Sie sich das wünschen. Sie wünschen sich sozusagen für alle Bereiche den Markt. Aber beim Bildungsbereich ist schon jetzt klar: Die Kinder, die heute geboren sind, gehen in sechs oder sieben Jahren zur Schule. Dafür kann man bereits jetzt planen. Dafür gibt es sehr solide Planungen, die auch vom Kultusministerium bestätigt worden sind. Wir wissen auch, wann Menschen, die jetzt in Beschäftigung stehen, 65 Jahre alt sein werden. Das kann man sich ausrechnen. Dazu braucht man überhaupt kein Planungsfetischist zu sein. Auch dafür kann man Vorsorge treffen.

Aber das tut die Landesregierung überhaupt nicht. Sie weigert sich, zur Kenntnis zu nehmen, daß Kinder, die geboren sind, auch beschult werden müssen, und daß Leute, die jetzt angestellt sind, in Pension gehen werden. Das ist das, was wir verlangen, und das ist wohl das mindeste.

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Rehkopf:

Frau Schreiner, jetzt sind zweieinhalb Minuten herum. Danke schön.

Frau Schreiner (Grüne):

Ja.

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Rehkopf:

Das Wort hat der Kollege Dr. Riege.

Dr. Riege (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herrn Gansäuer möchte ich eine Sache ins Stammbuch schreiben, von der er vielleicht nichts weiß. Das verstehe ich ja. Herr Gansäuer, ich meine die Dorferneuerung. Als Kurt Partzsch und die Hessische Landesregierung noch Dorfgemeinschaftshäuser en masse gebaut und damals in Praxis Dorferneuerung betrieben hatten,

(Jahn [CDU]: Dorferneuerung? — Lachen bei der CDU — Jahn [CDU]: Das ist ja zum Totlachen, so etwas zu erzählen!)

Herr Gansäuer, da sind Sie noch zur Schule gegangen. Das will ich Ihnen ehrlich sagen, davon haben Sie keine Ahnung; das wissen Sie nicht. Von daher können Sie heute so reden, wie Sie reden.

(Jahn [CDU]: Das war Dorferneuerung? Das erzählen Sie anderen!)

Aber eines will ich Ihnen zum Nachdenken mitgeben. Auch uns hat die große Zahl der Arbeitslosen in den Jahren 1981 und 1982 sehr geschmerzt, Herr Gansäuer. Damals aber hatten wir ein weltwirtschaftliches Tief, ein konjunkturelles Tief auch in der Bundesrepublik Deutschland und in der modernen Industriegesellschaft. Heute, in einer Zeit, in der Hochkonjunktur herrscht, in der Wachstum schon seit einigen Jahren Realität in der Wirtschaft ist

(Lindhorst [CDU]: Dank der CDU!)

— nicht dank der CDU, sondern das ist weltwirtschaftliche Realität —, müssen wir leider feststel-

Dr. Riege

len, daß es unter einer CDU/FDP-Regierung in der Bundesrepublik 500 000 Arbeitslose mehr gibt. Ich finde, das spricht Bände, und das spricht gegen Ihre Fähigkeit, Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen.

(Beifall bei der SPD. — Sandkämper [CDU]: Dafür haben wir ja auch mehr Beschäftigte!)

Herr Gansäuer, wer bestreitet, daß die Kommunen, die Gemeinden und Kreise, unter einer schlimmen Geldnot leiden,

(Zuruf von Gansäuer [CDU])

der kennt die Wirklichkeit in unseren Städten und Gemeinden nicht,

(Gansäuer [CDU]: Ich war 17 Jahre lang Ratsherr, Herr Kollege!)

der muß erst einmal Nachhilfeunterricht in kommunaler Selbstverwaltung nehmen.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Dr. Riege, Herr Lindhorst möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

Dr. Riege (SPD):

Das geht jetzt nicht. Ich habe zuwenig Zeit; das wissen Sie ja.

(Lindhorst [CDU]: Sie sind nur zu feige!)

Wer permanent gegen unser Programm „Arbeit und Umwelt“ polemisiert, wer Städtebauförderungsmittel und damit auch Dorferneuerungsmittel kürzt, wer Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen kürzt — davon wird heute nachmittag oder morgen noch die Rede sein —, wer sich in der Landesregierung weigert, Arbeitsloseninitiativen, Arbeitslosenzentren zu fördern, um die Menschen dort zu unterstützen, wer sich auf Bundesebene weigert, entsprechende Finanzierungsprogramme zur Arbeitsbeschaffung zu unterstützen, wer die Bundesanstalt für Arbeit in einer solchen Weise mit fremden Aufgaben belastet, wie sie jetzt belastet wird, mit Aufgaben, die ihr eigentlich gar nicht zukommen, wer — wie Sie — auch im Landesbereich eine solche Masse von bezahlten Überstunden toleriert — ich denke nur an Landeskrankenhäuser und medizinische Kliniken —, der hat nach meiner Auffassung wirklich das Recht verwirkt, für die Arbeitslosen in Niedersachsen zu sprechen.

(Beifall bei der SPD.)

Wenn Herrn Gansäuer das Protokoll vorliegen wird, dann wird er wissen, was die SPD will und was sie in Münster beschlossen hat, nämlich das Programm „Arbeit und Umwelt“, finanziert durch eine Ergänzungs- und Arbeitsmarktabgabe, die Stärkung der öffentlichen Investitionen, die Fortführung, die Stärkung und den Ausbau der Qualifizierungsoffensive, die Umstellung unseres Steuersystems und eine Arbeitszeitstrategie, die meines Erachtens diese Bezeichnung auch verdient. Was Sie z. B. mit einer Arbeitszeitordnung aus dem Jahre 1924 machen, die vorsintflutlich ist und zum Teil noch stark mit nationalsozialistischem Gedankengut befrachtet ist, ist nicht in Ordnung. Wenn Sie sich die Ergebnisse von Münster ansehen, dann werden Sie feststellen: Der einzige Garant dafür, daß Massenarbeitslosigkeit in der Zukunft beseitigt werden kann, das sind die Sozialdemokraten, unser Programm und die Gewerkschaften.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Rehkopf:

Meine Damen und Herren! Ich stelle fest, daß damit die Große Anfrage erledigt ist.

Wir können jetzt auch die Beschlußfähigkeit des Hauses feststellen.

Ich rufe nunmehr Punkt 15 der Tagesordnung auf:

Besprechung: **Schulen für nichtärztliche Heil- und Hilfsberufe** — Große Anfrage der Fraktion der SPD — Drs 11/2900 — Antwort der Landesregierung — Drs 11/§100

Für die Besprechung dieser Großen Anfrage stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 60 Minuten zur Verfügung. Den Fraktionen stehen davon folgende Redezeiten zu: der CDU bis zu 15 Minuten, der SPD — mit Einbringung — bis zu 22,5 Minuten, den Grünen und der FDP jeweils bis zu 7,5 Minuten.

Herr Dr. Riege bringt die Große Anfrage ein. Bitte schön, Herr Dr. Riege!

Dr. Riege (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mehr als 12 000 junge Menschen besu-

chen in Niedersachsen Schulen für nichtärztliche Heilberufe, zumeist sind es Alten- und Krankenpflegeschülerinnen und -schüler, in der Regel junge Frauen und Mädchen. Im praktischen Teil ihrer Ausbildung erbringen sie wertvolle Leistungen für Kranke, Behinderte und alte Menschen und damit, so meine ich, für unsere gesamte Gesellschaft, und dafür müssen wir ihnen dankbar sein.

(Beifall bei der SPD.)

Außer in der Krankenpflege erhalten sie dafür keine oder nur eine Vergütung, die an Ausbeutungsverhältnisse früherer Jahrhunderte erinnert. Darüber hinaus stand mit dem famosen Gesetz von Herrn Blüm, zu Unrecht „Gesundheitsreformgesetz“ genannt, sogar die Schulgelderhebung für eine Krankenpflegeausbildung vor der Tür. Wir halten das alles für ungerecht und unsinnig, denn ohne die Arbeitskraft der jungen Pflegeschülerinnen und -schüler, so wissen wir alle, würden in vielen Heimen, in vielen Krankenhäusern und in vielen anderen Einrichtungen unseres Landes die Lichter ausgehen, wäre die Patientenversorgung beendet, und wir könnten im Grunde genommen viele dieser Einrichtungen schließen. Gott sei Dank müssen wir das nicht, weil die Schülerinnen und Schüler da sind und Lücken füllen.

Die jetzigen Regelungen, vor allem in der Altenpflege, wirken sich leider praktisch wie eine soziale Zugangssperre für weniger Begüterte aus, wenn man einmal alle Aufwendungen zusammenzählt, die am Ausbildungsort entstehen. Ich meine jetzt Schulgeld und Aufwendungen für Bücher, Fahrten, Unterkunft und Verpflegung. Wir halten es für ein Unding, daß trotz des hohen Pflegebedarfs in der Zukunft und trotz der vielen Faktoren, die eigentlich für einen Mehrbedarf und nicht für einen Wenigerbedarf an Pflege sprechen, die Ausbildung zur Altenpflegerin, zum Heilerziehungspfleger oder zum Morphologieassistenten vor größeren finanziellen Hürden steht als die Ausbildung in einem vergleichbaren akademischen Beruf. Es will uns einfach nicht in den Kopf, daß Kinder aus sozial schwachen Familien leichter Arzt, Zahnarzt oder auf anderem Gebiet Akademiker werden können als Altenpfleger. Dieser Zustand kann nicht sinnvoll sein.

(Beifall bei der SPD.)

Wer sich einmal die Tatsache vor Augen hält — wir werden das auch heute nachmittag besprechen —, daß wir mehr Pflege brauchen — ich nenne nur den zukünftigen Altersaufbau, die abnehmende Pflegekraft der Familie, die Zunahme

alterspsychiatrischer Leiden; ich will auch die Zustände in unseren Krankenhäusern und Altenpflegeheimen anführen —, der stellt fest, daß wir in Einzelfällen vor einer grauenhaften Realität stehen. Wir werden das heute nachmittag noch hören.

Wer sich einmal den Klagen der Schwestern und Pfleger — ich meine jetzt nicht die Funktionäre, Herr Lindhorst, sondern ich meine die Leute, die vor Ort die Arbeit leisten — stellt — wir haben das am Montag getan —, der muß erkennen, daß das Wort von dem Pflegenotstand eben nicht eine Erfindung irgendwelcher mit theoretischer Ideologie befrachteten Menschen ist, sondern daß wir diesen Pflegenotstand leider in einigen Einrichtungen sowohl des Landes als auch der Kommunen, der Freigemeinnützigen und der Privaten zu beklagen haben. Man kann nicht sagen, daß hier ein Anreiz für junge Menschen gegeben wäre — insofern steht das auch in einem Zusammenhang —, diesen Beruf zu ergreifen. Das heißt, sowohl aus sozialen Gründen als auch aus materiellen Gründen, aber auch aus der Art und Weise heraus, wie diese Arbeit heute letztlich von vielen zu erledigen ist, meinen wir, daß dieser Beruf nicht besonders attraktiv ist. Wir müßten eigentlich dafür sorgen, daß die Attraktivität dieser Ausbildung wächst und nicht schlechter wird.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Dr. Hansen [Grüne].)

Dankenswerterweise hat uns der Herr Kultusminister die Antwort auf unsere Große Anfrage bereits zukommen lassen. Er wird sie uns allen hier in seiner bekannten hochsprachlichen Abgehoheit zuteil werden lassen.

(Lindhorst [CDU]: Nicht vorgreifen!)

Wir alle werden das von dem niedersächsischen Kultuskatheder herab vernehmen.

(Lindhorst [CDU]: Dafür hole ich Sie in die Realität zurück!)

Herr Minister, so sehr wir in vielen Punkten mit Ihnen einig sind, so wenig paßt mir diese schulrechtssystematische Kühle Ihrer Antwort.

(Oestmann [CDU]: Wir werfen Ihnen Ihre Art auch nicht vor!)

Auf die tatsächlichen menschlichen Probleme gehen Sie nach meiner Auffassung zuwenig ein. Darum möchte ich in schlichten Worten kurz die SPD-Position darstellen.

(Hildebrandt [FDP]: Haben Sie eine?)

Dr. Riege

Erstens. Nach unserer Auffassung haben Schülerinnen und Schüler in Schulen für nichtärztliche Heilberufe genauso wie andere junge Menschen in Berufsschulen und genauso wie junge Studenten und Studentinnen, die keine Studiengebühren zahlen, grundsätzlich Anspruch auf Schulgeldfreiheit. Eine soziale Zugangssperre darf es also nicht geben.

(Beifall bei der SPD.)

Zweitens. In der praktischen Ausbildung haben diese Schülerinnen und Schüler genauso wie jeder andere Auszubildende, der im Betrieb praktisch tätig ist, einen Anspruch auf Vergütung oder Praktikantenentschädigung.

Drittens. Es besteht auch ein Anspruch auf ausreichende fachliche Anleitung und Betreuung. So geht es zum Beispiel nicht an, daß Schülerinnen, wie wir gehört haben, in niedersächsischen Landeskrankenhäusern der Jugendpsychiatrie sich selbst anleiten müssen, weil es an Fachkräften und Unterrichtsschwestern fehlt oder weil diese keine Zeit haben. Die SPD vertritt diesbezüglich die Position, daß die vorgeschriebene EG-Norm, d. h. eine Unterrichtskraft auf 15 Schüler, erfüllt werden muß.

Viertens. Die Anrechnung von Schülerinnen und Schülern auf Vollzeitkräfte in der Pflege bei der Personalbemessung von heute 6 : 1 muß endlich aufhören. Das geht nicht mehr so weiter. Es muß Schluß damit sein, daß die Personallücken an Krankenhäusern und Altenheimen mit Schülern geschlossen werden. Sofort muß vor allem die Ausbeutung dieser Schüler als Nachtwachen ein Ende haben. Es geht nicht so weiter, daß man, wenn man keine Nachtwachen zur Verfügung hat, mit ein paar billigen Pfennigen die Schülerinnen und Schüler für die Nachtwachen heranzieht. Dies ist nicht Sinn der Ausbildung in diesem Bereich.

(Lindhorst [CDU]: Können Sie konkrete Beispiele dafür nennen, Herr Dr. Riege?)

— Ja, die sind uns gesagt worden.

Fünftens. Die enge Verbindung zwischen Theorie und Praxis in der Pflegeausbildung sollte erhalten bleiben. Eine Verschulung empfehlen wir nicht.

Sechstens. Die Ausbildung ist qualitativ zu verbessern, z. B. durch eine dreijährige Ausbildungszeit in der Altenpflege.

Wenn Einigkeit über diese Punkte besteht, sollten wir uns auch über die Schulrechtssystematik oder überhaupt über die Rechtssystematik unterhalten. Wir sind uns einig, daß § 17 Abs. 4 a Satz 2 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes ge-

strichen und durch die zuvor geltende Regelung ersetzt werden soll. Nun sehe ich schon, wie freudig der Herr Kultusminister hierhereilen wird. Herr Schnipkoweit hat das schon vorgezogen. Ich will an diesem Beispiel auch einmal deutlich machen, wie unseriös Regierungspolitik verkauft wird. Da schreibt Herr Blüm in sein Gesundheitsreformgesetz, in den 14-Milliarden-DM-Sparkatalog: 200 Millionen DM sollen durch Herausnahme des theoretischen Teils der Krankenpflegeausbildung aus dem von Krankenkassen zu bezahlenden Pflegesatz gespart werden. — Dagegen erfolgt ein Sturmloch der Länder; klar, denn sie sehen auf sich 200 Millionen bis 300 Millionen DM zukommen, die für diese theoretische Ausbildung gezahlt werden müssen, sei es von den Ländern, sei es von den Kommunen, wahrscheinlich auch von den Schulgeldern der Krankenpflegeschülerinnen und Krankenpflegeschüler. Nachdem nun der Koalitionsausschuß von CDU und FDP gesagt hat: „Um Gottes willen! Wir dürfen dieses famose Gesundheitsreformgesetz nicht in den Vermittlungsausschuß gehen und am Einspruch der Länder scheitern lassen!“, wird diese Maßnahme zurückgenommen. Was geschieht? — Herr Minister Schnipkoweit verkauft das als soziale Großtat des Landes Niedersachsen. Das kommt mir so vor wie ein Arbeitgeber, der am 1. Dezember sagt: Lohnkürzung ab 1. Januar. Weihnachten verkündet er: Lohnkürzungen finden nicht statt. Anschließend läßt er sich als sozialer Mensch, als der größte soziale Mensch aller Zeiten, feiern. Dies, glaube ich, ist etwas, was nicht geht.

(Minister Schnipkoweit: Das habe ich nicht nötig!)

Herr Schnipkoweit, Sie sollten vielleicht in Zukunft etwas genauer sagen, daß es nur die Rücknahme einer Maßnahme ist, die von Ihnen — von der CDU und von der FDP in der Bundesregierung — geplant war.

(Zuruf von Lindhorst [CDU].)

Ich denke auch, daß wir uns, nachdem die Sache vom Bundesrat abgewehrt worden ist, einig sind — — —

(Lindhorst [CDU]: Warum deswegen noch Zeit verplempern?)

— Da gibt es noch viel zu reden, Herr Schnip — — — „Herr Schnipkoweit“, hätte ich beinahe gesagt. Die kleinere Ausgabe davon!

(Heiterkeit. — Oestmann [CDU]: Das war aber nicht als Beschimpfung gedacht? — Lindhorst [CDU]: Herr Dr. Riege, war das ein Lob?)

Ich meine nämlich, daß der Status der Schülerinnen und Schüler in der Altenpflege, in Hebammenschulen, in der Heilerziehungspflege und vielen anderen Berufen, die in der Ziffer 6 Ihrer Antwort genannt worden sind, auf den Status der Krankenpflegeausbildung, der Gott sei Dank jetzt wieder gerettet worden ist, gehoben werden muß. Das erfordert zumindest die Einbeziehung der Altenpflegesschulen, der Heilerziehungspflegesschulen und ähnlicher Schulen in die Finanzierungsregelung des § 129 des Niedersächsischen Schulgesetzes hinsichtlich der Kosten, die nicht über Pflegesätze abgerechnet werden können. Ich ziehe dazu analog die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 8. April 1987 heran. Ich denke, daß es notwendig ist, hier etwas zu tun. Nun höre ich, daß man diesen verfassungswidrigen Zustand zur Kenntnis nimmt und ihn wenigstens teilweise beseitigen möchte. Die Landesregierung will das Problem offensichtlich so angehen, daß die bisherigen Hilfen an die Schulen so gestaltet werden, daß gewissermaßen ein Schulgeldnachlaß bei Altenpflegesschulen von 118 DM im Monat und bei Heilerziehungspflegesschulen von 90 DM im Monat erreicht werden kann.

Diese angepeilte Regelung — sie ist noch nicht beschlossen — hat drei Schönheitsfehler, zu denen Sie, Herr Kultusminister, vielleicht einmal Stellung nehmen sollten. Das Schulgeld für Altenpflegesschulen beträgt, wie Sie wissen — ich habe eine Übersicht über die Höhe hier —, im Schnitt 368 DM im Monat. 118 DM sind allenfalls ein Drittel davon. Das heißt, zwei Drittel bleiben außen vor. Dazu müßten Sie etwas sagen.

Außerdem müßten Sie etwas dazu sagen, daß die Hilfen an die Schulen und nicht an die Schülerinnen und Schüler selbst gehen. Das heißt, es ist nicht ohne weiteres ein direkter Übergang dieser Hilfen zur Verringerung des Schulgeldes gegeben. Eine verbindliche Pflicht zur Weitergabe besteht nicht. Sie müssen sich dazu äußern, wie Sie das erreichen wollen.

Schließlich müssen Sie sich noch dazu äußern, was Sie ab 1990 machen wollen, denn insoweit ist alles offen.

(Köneke [SPD]: Wieso 1990? Dann tut sich nicht mehr viel!)

— Diese Landesregierung wird 1990 möglicherweise jedenfalls noch vom 1. Januar bis zum 1. Mai etwas zu sagen haben, wenn sie nicht zuvor durch alle möglichen Sachen weggeschwemmt worden ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD. — Lachen bei der CDU. — Jüttner [SPD]: Von der Schneeschmelze!)

Der Kultusminister muß zumindest sagen, was in diesem halben Jahr geschehen soll. Vielen Dank, daß ich darauf aufmerksam gemacht wurde, daß es sich nur um ein halbes Jahr handelt.

(Jahn [CDU]: So läuft die Zeit weg!)

Eine Angleichung der Altenpflege an die Krankenpflege sollte auch bei den Praktikanten- und Ausbildungsvergütungen erreicht werden; zum Beispiel durch Änderung der Praktikantenrichtlinien der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, zum Beispiel aber auch durch Aufstockung des Landesplafonds für die Altenhilfe zum Zweck der Pflegesatzabrechnung in der Sozialhilfe. Wenn nämlich eine Abrechnung über die Pflegesätze möglich ist, können die Altenpflegeschülerinnen und -schüler auch auf diese Ebene angehoben werden. Da das aber nicht zu Lasten der Einrichtungen gehen darf, muß ein Ausgleich über eine Aufstockung des Landesplafonds geschaffen werden.

Ich halte es schlichtweg für eine Art von Ignoranz, daß die Landesregierung zumindest in der schriftlichen Antwort dargelegt hat, keinerlei Anlaß zu Einflußnahmen — so heißt es hier — zu sehen. Ich meine, in dieser Hinsicht fehlt Ihnen schon das ausreichende Problembewußtsein.

(Zustimmung von Groth [SPD].)

Denken Sie nur einmal an den Anmeldeandrang bei den Schulen, denken Sie nur an die Berufsfucht. Das müßte doch die Alarmglocken schrillen lassen. Es kann doch nicht so weit kommen, daß, wie uns am Montag ein Mitglied des ÖTV-Hauptvorstandes sagte,

(Lindhorst [CDU]: Die wissen genau Bescheid!)

— die wissen offenbar besser Bescheid als Sie, Herr Lindhorst; das ist jedenfalls klar! —

(Beifall bei der SPD)

ernsthaft von den Gesundheitspolitikern im Bund, von Ihren Mitstreitern, Kommilitonen — „Genossen“ darf man dazu ja nicht sagen; das will ich auch nicht —

(Oestmann [CDU]: Der Begriff ist aber nicht geschützt!)

die Anwerbung von Leiharbeitnehmern aus Irland und von anderswo erwogen wird. Die Anwerbung von Leiharbeitnehmern kann doch wohl nicht der Sinn sein. Ich meine vielmehr, daß es

Dr. Riege

doch eines der reichsten Länder der Erde fertigbekommen müßte, in diesem Bereich eine anständige und vernünftige Ausbildung anzubieten, die attraktiv genug ist und auch Anreiz genug bietet, um junge Menschen hierfür gewinnen zu können.

(Lindhorst [CDU]: Stichwort Irland!)

So sehr wir also die Landesregierung bei ihrer sogenannten Bundesratsinitiative unterstützen, so sehr beklagen wir ihr Nichtstun oder Fast-Nichtstun auf anderen Gebieten. Ich meine, Sie sollten hier mehr Mut zeigen, um dieses heiße Eisen anzupacken. Die Ausbildung dieser vielen jungen Menschen in der Pflege ist eine so wichtige Sache der Landespolitik, daß sie nicht als Nebensache behandelt werden kann.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Rehkopf:

Die Große Anfrage wird beantwortet durch den Kultusminister, Herrn Professor Knies.

Dr. Knies, Kultusminister:

Herr Präsident! Verehrte Damen, meine Herren! Ich versuche, mich einer erdenschweren Sprache zu befleißigen, Herr Dr. Riege, damit sie bei Ihnen ankommt. Die Große Anfrage der Fraktion der SPD kommt der Landesregierung alles andere als ungelegen; denn die Anfrage gibt ihr Gelegenheit, Ihnen, meine Damen und Herren, und auch der Öffentlichkeit gegenüber darzulegen und zu belegen, daß die Landesregierung dem wichtigen Thema der Ausbildung zu den nicht-ärztlichen Heil- und Hilfsberufen weit mehr als nur die gebührende Aufmerksamkeit gewidmet hat und weiter widmet und sie schon gar nicht als eine Nebensächlichkeit betrachtet und behandelt, wie Sie das in Ihrem letzten Satz glaubten sagen zu sollen.

Wir sind uns ja einig: Die Ausbildung zu den Pflegeberufen ist ein wichtiges Thema. In einer Gesellschaft, die immer älter und immer kinderärmer wird — genau das tut unsere Gesellschaft —, wird die Pflege in den Krankenhäusern und den Heimen in Zukunft unausweichlich eine noch wichtigere und weiterreichende Rolle spielen, als sie es heute schon tut. Solche Pflege muß zweierlei zugleich sein: Sie muß fachlich-professionell und einfühlsam-liebevoll sein. Beides muß man können, beides muß man lernen. Beides verlangt also eine gute Ausbildung.

Die Fragen der Ausbildung zu den nicht-ärztlichen Heil- und Hilfsberufen sind wichtig. Sie sind auch außerordentlich komplex und kompliziert. Herr Dr. Riege, das wird mir niemand eher und niemand mehr zugeben als die Fragesteller selbst oder diejenigen, die sich in Ihrer Fraktion mit diesem Thema befaßt haben bzw. befassen mußten: Auch Fachleute auf diesem Feld haben ihre Schwierigkeiten, sich im verwirrenden Geflecht höchst verwickelter Sach- und Rechtslagen immer zurechtzufinden. Davon bleibt niemand verschont, weder Sie als Fragesteller noch wir in bezug auf unsere Antwort. Da gibt es verwandte, aber dann doch wieder höchst unterschiedliche Berufs- und Qualifikationsstrukturen. Da stoßen Bundes- und Landeszuständigkeiten zusammen; da gibt es aufeinander nicht recht abgestimmte rechtliche Regelungen des Bundes und des Landes; da gibt es sehr unterschiedlich gewachsene Gegebenheiten. Da gibt es schließlich auch noch die Finanzprobleme der Krankenkassen und aller öffentlichen Hände, von denen Sie bezeichnender-, aber nicht überraschenderweise wieder einmal nicht gesprochen haben. Das überlassen Sie den Gesundheits- und den Finanzpolitikern in den Ländern, in denen Sie die Regierung haben; die sprechen dann dort darüber. Sie sind in dieser Angelegenheit keineswegs weiter als Niedersachsen; Niedersachsen ist da keineswegs in der Nachhut.

Wer sich auf diesem Gelände politisch bewegt, der muß sich also auf einen langen Hindernislauf einstellen; mit flotter Gangart ist da überhaupt nichts zu erreichen. Deswegen finde ich es besonders erfreulich, Herr Dr. Riege, daß sich für die Ausbildung zu den Krankenpflegeberufen jetzt eine gute Entwicklung abzeichnet. Wie Sie wissen — Sie haben das auch in Ihrem Beitrag angedeutet, als Sie meinten das ein wenig ironisieren zu sollen —, werden die Ausbildungskosten — genau müßte ich sagen: bei den in § 2 Abs. 1 a des Krankenhausfinanzierungsgesetzes genannten Berufen; das wäre aber abgehobene Sprache; das lasse ich; also sage ich ungenau, aber verständlich: — bei den Krankenpflegeberufen derzeit voll über die Pflegesätze finanziert. Nach geltender Gesetzeslage soll dies aber nur bis zum 31. Dezember 1988 gelten; danach, also ab dem 1. Januar 1989, sollen die Kosten des wie immer zu definierenden theoretischen Teils der Ausbildung nicht mehr über die Pflegesätze abgerechnet und finanziert werden. Wer aber ab dem 1. Januar 1989 diesen Kostenteil der Ausbildung tragen und zu finanzieren hat, läßt das Krankenhausfinanzierungsgesetz — aus guten verfassungsrechtlichen Gründen übrigens — offen.

(Groth [SPD]: Dem Sie zugestimmt haben!)

Jetzt komme ich zu einem Thema, Herr Riege, das mir nach Ihrer Einlassung natürlich besonderes Vergnügen macht. So einfach können Sie sich die Sache nicht machen: Weder die befristete Geltung der Vollfinanzierung ist eine Erfindung dieser Bundesregierung, noch ist die Sache so simpel, daß man sagen könnte, da gibt es in Bonn die bösen Buben um Herrn Blüm

(Kaiser [SPD]: Nicht nur Buben!)

— und die bösen Bübinnen um Herrn Blüm —, sondern dies ist ein Thema, bei dem sich ein ganz typischer Bund-Länder-Konflikt abspielt. Es hat in den Beratungen im Arbeits- und Sozialausschuß des Bundestages — darauf darf ich Ihre besondere Aufmerksamkeit lenken — eine Allparteienkoalition von dem Ausschußvorsitzenden Eger (SPD) über die CDU/CSU-Fraktion, über die Sozialpolitiker der FDP-Fraktion bis hin zu denen der Fraktion der Grünen gegeben, die den niedersächsischen Gesetzesantrag, der zum Antrag des Bundesrates erhoben worden ist, abgelehnt hat. Das können Sie nicht so einfach und so geschmackvoll polemisch beschreiben mit: Das ist die Kunst, wie man in Bonn Regierungspolitik macht, sondern das sind ganz andere und schwierigere Konstellationen. Das Problem ist von Ländersseite und von der Seite des Bundesrates, in dem das im übrigen gerade kein parteipolitisches Problem ist, viel schwieriger zu bewältigen.

(Dr. Riege [SPD]: Ich habe doch gesagt, daß die Länder das sind!)

Wir sollten, finde ich, auch in diesem Landtag bei der Einigkeit in der Einschätzung bleiben, damit wir auch die letzte Etappe in unserem Bemühen, eine dauerhafte und gute Lösung zugunsten der Krankenhausschulen, zugunsten der Träger dieser Schulen und damit zugunsten der Ausbildungsbereitschaft und der Ausbildungswilligen und letztlich auch zugunsten der Patienten und Pflegebedürftigen zu finden, mit Erfolg durchsetzen.

Ich sage noch einmal: In Bonn gingen alle miteinander lange Zeit wie selbstverständlich davon aus, es seien die Länder, die ab dem 1. Januar 1989 die Kosten dieses Ausbildungsteils zu tragen hätten. Ich will auch hier mit allem Nachdruck betonen, weil auch dies in Bonn geflissentlich in Vergessenheit geraten ist, daß die Länder dieser Auffassung immer und in aller Form widersprochen haben. Es wären die Träger der Krankenhausschulen, also

die Träger der Krankenhäuser gewesen, auf die diese Kosten ab dem 1. Januar 1989 zugekommen wären, und dies wäre eine allseits nicht erwünschte Konsequenz. Deshalb hat Niedersachsen im Bundesrat die Initiative für eine Änderung des KHG ergriffen. Diese Initiative hat die Unterstützung von neun anderen Ländern gefunden und ist deswegen glücklicherweise keine Frage der parteipolitischen Couleur. Sie ist auch keineswegs — auch das möchte ich sagen — zu spät gekommen, sondern vielmehr genau zum richtigen Zeitpunkt, weil sie in einen sachlichen und parlamentarischen Zusammenhang mit dem Entwurf des Gesundheitsreformgesetzes gebracht werden konnte. Meine Damen und Herren! Die Niedersächsische Landesregierung hat aber nicht nur diese Gesetzesinitiative ergriffen. Sie hat sich auch innerhalb und außerhalb der parlamentarischen Beratungen nachdrücklich für den Erfolg dieses Gesetzentwurfs eingesetzt. Dabei stießen wir auf viele Schwierigkeiten, auf Zögern und auf Widerstände. Es waren Widerstände — ich habe das vorhin schon im einzelnen belegt —, die sich in einer Allparteienkoalition gezeigt und niedergeschlagen haben. Wir haben bei unseren Bemühungen aber auch viel Unterstützung erfahren, vor allen Dingen durch kommunale wie freigemeinnützige Krankenträger und durch die Kirchen.

Bei dieser Sachlage ist es um so erfreulicher, daß sich nach den abschließenden Beratungen der Koalition in Bonn zum Komplex Gesundheitsreform nun ein Erfolg für die Gesetzesinitiative des Bundesrats abzeichnet. Ich berichte das nicht auf der Grundlage von Hörensagen oder Bonner Koalitionsgeflüster. Ich berichte das auf der Grundlage einer offiziellen und öffentlichen Äußerung des Bundesministers für Gesundheit.

Meine Damen und Herren! Was wird mit dieser sich abzeichnenden Lösung praktisch erreicht?

Erstens. Die volle und umfassende Finanzierung der Ausbildung zu den Krankenpflegeberufen wird dauerhaft gesichert. Die immer wieder verlängerten Fristen für den Auslauf der Vollfinanzierung der Ausbildung über die Pflegesätze hatten und haben ein Element der Unsicherheit in dieses Gebiet gebracht.

(Dr. Hansen [Grüne]: Unerträglich!)

Das konnte der Ausbildungsbereitschaft der Krankenträger nicht gerade förderlich sein. In diesem Jahr haben sich die Unsicherheiten im Hinblick auf das Damoklesschwert des 31. De-

Dr. Knies

zember bei den Trägern zu akuten Besorgnissen gesteigert und lautstark geäußert — verständlicherweise. Ich habe das bei der Kundgebung sehr unmittelbar zur Kenntnis nehmen können, die die Niedersächsische Krankenhausgesellschaft veranstaltet hat. Verschwindet nun aufgrund unserer Bemühungen die Befristung der Vollfinanzierung der Ausbildung im Gesetz, dann gibt es für die Träger Planungssicherheit. Das wird ihre Ausbildungsbereitschaft festigen und steigern. Das ist auch nötig und gut so.

Zweitens. Wichtig ist für uns vor allem auch, daß die einheitliche und ganzheitliche Ausbildung zu den Krankenpflegeberufen nicht in Gefahr gerät. Die Rechnung und Erwartung des Bundes — nicht der Bundesregierung allein — war, die theoretische Ausbildung zu den Krankenpflegeberufen sei deshalb eine Landesaufgabe und also auch eine vom Land zu leistende Aufgabe, weil theoretische Ausbildung mit berufsschulischer Ausbildung gleichzusetzen sei. Diese auf den ersten Blick manchen blendende Gleichung ist ein verfassungsrechtlicher Denk- und Rechenfehler. Vor allem aber: Wären die Länder dieser Erwartung des Bundes nachgekommen, dann wären sie ausgerechnet mit Gesetzen des Bundes in Konflikt geraten, nämlich mit dem Krankenpflegegesetz und mit dem Hebammengesetz aus dem Jahr 1985. Denn in diesen Bundesgesetzen ist vorgeschrieben, daß die Ausbildung zu den Krankenpflegeberufen einheitlich und ganzheitlich ist und gerade nicht in einen theoretischen Lernort Schule und in einen praktischen Lernort Krankenhaus unterteilt ist. Die Anwendbarkeit des Berufsbildungsgesetzes und damit der üblichen dualen Struktur auf diese Ausbildung wird im Gesetz ausdrücklich ausgeschlossen.

Alle Krankenhausträger legen Wert darauf, daß dieser integrale Charakter der Ausbildung zu den Krankenpflegeberufen erhalten bleibt. Ich habe mit großer Aufmerksamkeit sowie mit großer Befriedigung und Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß sich die sozialdemokratische Fraktion nachdrücklich für diese integrale und ungeteilte Ausbildung zu den Krankenpflegeberufen einsetzt. Das nehmen wir gern und dankbar zur Kenntnis.

Die Kirchen sehen in diesem Punkt übrigens ihr Selbstverständnis und ihre verfassungsrechtlich abgesicherte Autonomie berührt. Auch deswegen war das gerade für die Kirchen eine so entscheidende Frage.

Meine Damen und Herren, ich will nur noch einige Bemerkungen zur Ausbildung in den Heil-

und Pflegeberufen machen, die im Krankenhausfinanzierungsgesetz nicht genannt sind, bei denen die Ausbildung also nicht über Pflegesätze von Krankenkassen finanziert werden kann, bei denen es keine Solidargemeinschaft von Versicherten gibt, welche die Kosten auch der Ausbildung tragen kann. Die Ausbildung zu vier dieser Berufe, nämlich zum Altenpfleger, zum Heilerziehungspfleger, zum Heilerziehungshelfer und zum Morphologieassistenten,

(Zuruf von Frau Schreiner [Grüne])

wurde zwar in das Niedersächsische Schulgesetz einbezogen. Dabei blieben aber — daran werden Sie sich erinnern — die Regelungen ausgenommen, durch die dem Land über das hinaus, was es für die Schulen bereits an Zuwendungen gewährt, zusätzliche Kostenverpflichtungen entstanden wären. Für die Morphologieassistenten wirkte sich diese Herausnahme aus den Finanzhilfeb Bestimmungen des Schulgesetzes nicht negativ aus, weil die Ausbildung in Niedersachsen zur Zeit allein an einer Schule und dort kostenfrei durchgeführt wird.

Für die Landesregierung war und ist es klar, daß die den Schulen für Heilerziehungspfleger, Heilerziehungshelfer und Altenpfleger bisher gewährte Hilfe noch nicht voll ausreichend ist. In den kommenden Jahren wird vor allem der Bedarf an Altenpflegern und Altenpflegerinnen anwachsen. Die Sorge, daß ohne eine weitere finanzielle Unterstützung des Staates der erforderliche Nachwuchs nicht gesichert werden kann, teilen wir mit Ihnen. Diese Sorge ist ja auch nicht von der Hand zu weisen. Um den Altenpflegeschulen schnell zu helfen, hatte die Landesregierung schon im letzten Jahr — auch dies will ich doch noch einmal in Erinnerung rufen — die bisher gewährte freiwillige Zuwendung an die Träger von damals 300 DM pro Schüler auf 735 DM pro Schüler angehoben, also mehr als verdoppelt. Ab 1989 wird die Landesregierung darüber hinaus die freiwilligen Zuwendungen des Landes stufenweise so weit erhöhen, daß zum Schluß eine Schulgeldfreiheit für die Ausbildung zum Altenpfleger, Heilerziehungspfleger und Heilerziehungshelfer praktisch weitestgehend erreicht werden kann. Wir werden uns, Herr Dr. Riege, mit unseren Zuschüssen an dem sogenannten gewichteten Mittel des derzeitigen Schulgeldes ausrichten. Gerade bei den großen und wichtigen Ausbildungsträgern kann dann eine volle Kostenfreistellung der Schüler erreicht werden. Das wird nicht ohne Wirkung und Auswirkung auf die Schulträger bleiben, die jetzt noch überdurchschnittliche Schulgelder erheben.

Was nicht in Betracht kommen kann, ist, daß das Land einfach blind das Schulgeld des jeweiligen Trägers erstattet, also dem einen 135 DM pro Schüler, dem anderen 500 DM pro Schüler und dem dritten am Ende dann 900 DM pro Schüler,

(Zuruf von Kaiser [SPD])

gerade wie er es macht und haben will. Das mögen sich zwei andere Länder leisten können, für die das zutrifft, was einer ihrer Finanzminister jüngst gesagt hat: Auch sein Land sei zwar arm — wie Sie wissen, gibt es in Deutschland nur arme Länder —, aber das auf einem sehr hohen Niveau.

(Heiterkeit bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, wir in Niedersachsen — das gilt aber nicht nur für uns — können uns eine solche Freigebigkeit nicht leisten.

(Dr. Riege [SPD]: Reich auf niedrigem Niveau, was?)

Wir halten eine solche Lösung aber auch nicht für gerecht.

Am Rande möchte ich noch folgendes erwähnen, weil Sie, Herr Dr. Riege, diesen Punkt angesprochen haben: Auch eine Einbeziehung der Altenpflegeschulen in die Privatschulfinanzierungsregelungen unseres Schulgesetzes könnte weder rechtlich noch faktisch eine volle Schulgeldfreiheit garantieren. Das Privatschulfinanzierungssystem unseres Schulgesetzes geht umgekehrt davon aus, daß es öffentliche Zuschüsse gibt, aber privates Schulgeld erhoben wird. Im Haushaltsplanentwurf hat die Landesregierung für 1989 Mittel in Höhe von fast 1 Million DM für die Finanzierung dieser zusätzlichen Zuschüsse bereitgestellt.

Ihre Bemerkungen zu der Frage eines rechtlichen Anspruches will ich doch noch dahingehend ein bißchen ins Lot rücken, daß die Rechts- und Prozeßlage bisher so ist, daß es einen Musterprozeß gegeben hat, der die erste Instanz durchlaufen hat. Bei dem Verwaltungsgericht Braunschweig hat das Land obsiegt, das die Auffassung vertreten hat, daß es einen solchen Finanzierungsanspruch nicht gebe. Mit dieser Auffassung sind wir in der ersten Instanz — sage ich noch einmal — zunächst einmal durchgedrungen. Das wollen wir doch auch einmal festhalten.

Zu unseren Vorhaben haben die Koalitionsfraktionen die notwendigen politischen Entscheidungen getroffen. Die notwendigen Verwaltungsregeln sind im Kultusministerium fast fertig vorbereitet. Von der weiteren Entwicklung der Schüler-

zahlen und der Finanzlage des Landes wird es abhängen, ob die volle Entlastung in zwei oder in drei Schritten vorgenommen werden kann.

(Kaiser [SPD]: Von einem oder zweien war vorhin die Rede!)

— Den ersten Schritt machen wir ja. Dann muß uns erst noch eine ganze Reihe von anderen Ländern folgen, die diesen ersten Schritt noch nicht vollzogen haben. Niedersachsen ist in dieser Sache zwar nicht der Vorreiter — das kann es sich auch gar nicht leisten —, es befindet sich aber auch keineswegs im unteren Tabellendrittel oder gar am Schluß. Niedersachsen befindet sich im oberen Tabellendrittel mit einer Lösung mit Augenmaß.

Meine Damen und Herren, Niedersachsen ist mit dieser Lösung mit Augenmaß ein großes Stück dem Ziel nähergekommen, diese Ausbildungen für die Jugendlichen attraktiver zu machen und sie ihnen zu zumutbaren Bedingungen zugänglich zu machen. Landesregierung und Koalition beweisen damit, daß wir auch in finanziell schwierigen Zeiten das Notwendige tun. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Vizepräsident Rehkopf:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat nun der Kollege Kaiser.

Kaiser (SPD):

Herr Minister, so sehr wir Ihre Bundesratsinitiative begrüßen, so nachdrücklich müssen wir aber auch darauf hinweisen, daß Sie damit allenfalls den Status quo sichern und nicht Schritte in Richtung Verbesserung der Ausbildung tun. Dies nur einleitend.

Ich will mich auf das Thema Schulgeldfreiheit beschränken, das Sie erwähnt haben. Sie haben gesagt, Sie könnten sich das nicht leisten. Wenn Sie aber allein das Geld eingespart hätten, das einer von einem finanzkräftigen Träger in Niedersachsen eingerichteten Privatschule über den Haushalt hinaus zugewiesen wird, dann hätten Sie für die nächsten zwei Jahre schon Geld genug, um diesen Schülern das Schulgeld zu erstatten.

(Klare [CDU]: Welchen meinen Sie denn?)

— Das ist die Firma Nixdorf, wenn Sie es unbedingt wissen wollen. Ich dachte aber, daß Sie das wissen. — Sie haben in Ihrer Antwort auf die

Kaiser

Große Anfrage im Hinblick auf die Kosten für die Ausbildung zum Altenpfleger und zur Altenpflegerin gesagt, daß die Landesregierung beabsichtige, die finanzielle Situation der Schüler und Schülerinnen an Schulen in privater Trägerschaft für Altenpflege, Heilerziehungspflege und Heilerziehungshilfe zu verbessern. Herr Knies, so allmählich müssen Sie mit dieser Entscheidung aber überkommen. Sie wissen doch, daß der Sozialauschuß einschlägige Eingaben der Landesregierung zur Berücksichtigung überwiesen hat. Sie wissen auch, daß die SPD diese Frage im Kultusausschuß zum Thema gemacht und die entsprechenden Summen beantragt hat. Ihre Freunde aus der Koalition haben diese Anträge allerdings abgelehnt. Im Haushaltsausschuß steht dieses Thema noch auf der Liste. Ich hoffe sehr, daß diesem Thema endlich einmal die Bedeutung beigemessen wird, die es verdient hat.

Ich möchte noch einmal in aller Deutlichkeit darauf hinweisen, worum es hier geht. Es geht um die Mädchen und Jungen, die Heilerziehungshelferin oder Heilerziehungshelfer bzw. Altenpflegerin oder Altenpfleger werden wollen. Herr Knies, Sie sprachen von Altenpflegern. Falls Sie es nicht wissen: 90 % sind junge Frauen. Das nur, um das einmal ganz klar zu sagen. Nicht „Altenpfleger“, „Altenpflegerinnen“ wäre korrekter gewesen.

(Beifall bei der SPD.)

Es geht schließlich um die Heilerziehungspfleger. Diese Schülerinnen und Schüler sind aufgrund der derzeitigen Situation der Träger gezwungen, Schulgeld in der Größenordnung von zwischen 180 und 585 DM monatlich zu zahlen. Demgegenüber sind z. B. die Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger sowie die Schwestern in einer besseren Situation. Sie bezahlen nicht nur kein Schulgeld, sondern sie bekommen auch noch eine Ausbildungsvergütung. Über die rechtssystematische Geschichte will ich hier nicht lamentieren. Aber wenn Sie schon eine weitergehende Gleichstellung oder Verbesserung nicht wollen oder nicht erreichen können, dann stellen Sie doch bitte schön zumindest sicher, daß kein Schulgeld mehr bezahlt werden muß.

(Beifall bei der SPD.)

Warum dies so sein muß, hat Herr Riege deutlich gemacht.

Es gibt einen großen Bedarf — den Sie auch nicht bestritten haben — an Nachwuchs in diesem Bereich, es gibt für die Betroffenen eine hervorragende Arbeitsplatzchance, und es handelt sich

— das will ich als Drittes ausdrücklich noch einmal hinzufügen — um qualifizierte Ausbildungsplätze, insbesondere für Mädchen, für die wir ja nun weiß Gott nach allem, was wir wissen, besondere Anstrengungen unternehmen müssen. Betroffen sind insgesamt etwa 1 700 Schülerinnen und Schüler, davon allein rund 1 150 angehende Altenpflegerinnen und Altenpfleger. Die Kosten beliefen sich nach unserer Schätzung auf etwa 5 Millionen DM jährlich. Bei gutem Willen und der Bereitschaft, auch einmal einen Antrag der Opposition zu akzeptieren, wäre dies leistbar. Wir fordern Sie dazu auf.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Rehkopf:

Das Wort hat der Kollege Lindhorst (CDU).

Lindhorst (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte meine kurzen Ausführungen in zwei Abteilungen gliedern. Zum einen möchte ich etwas zum Verfahren und zum zweiten etwas zum Inhalt sagen. Ich schicke dies voraus, damit ich keine Zwischenfragen von Herrn Bruns bekomme.

Zum Verfahren. Der Präsident hat bekanntlich beklagt, daß wir für diese Plenarwoche zu viele Großen Anfragen gestellt haben. Ich muß ganz ehrlich sagen, Herr Dr. Riege, ich hatte erst gedacht: Mein Gott, jetzt stellt die SPD eine Große Anfrage zu diesem Thema; was wird da wohl Neues kommen? Dann habe ich das durchgelesen und war wirklich enttäuscht; denn das alles haben wir in den letzten zwei Jahren in aller Breite behandelt. Wir wissen auf jede Frage eine Antwort. Wir wissen ganz genau, was da kommt. Ich bin wirklich der Meinung, daß diese Anfrage in einem anderen Rahmen vernünftiger hätte gestellt werden können. Ich meine nicht das Thema; denn das Thema, das dahintersteht, ist ernst genug. Zu der Art und Weise, in der die SPD das wieder gemacht hat, kann ich aber nur sagen, daß sie sich wie ein Papiertiger verhält;

(Zurufe von der SPD)

denn zehn der 13 Fragen, die Sie gestellt haben, betreffen ein bekanntes Thema. Ich nehme Ihnen nicht übel, daß Sie Ihre Fragen schon Ende August schriftlich fixiert haben

(Dr. Riege [SPD]: Das nehmen Sie uns nicht übel?)

— nein, das nehme ich Ihnen nicht übel! — und daß das Ergebnis dieser Fragen erst in den letzten

14 Tagen auf den Tisch gekommen ist. Ich nehme Ihnen aber übel, daß Sie nicht den Mut gehabt haben zu sagen: Wir kürzen das ab, stellen fest, daß das Ergebnis stimmt. — Denn dieses Land hat als Stimmführer im Bundesrat erreicht, daß die Ausbildung der Krankenpfleger und -pflegerinnen wieder voll in das Konzept hineinpaßt, daß nichts verändert wird, daß der alte Zustand wiederhergestellt worden ist.

(Zustimmung von Jansen [CDU]. — Dr. Riege [SPD]: Aber mehr auch nicht als der alte Zustand!)

— Herr Dr. Riege, das ist die ganze Antwort auf Ihre zehn Fragen!

(Dr. Riege [SPD]: Nein, nein; das stimmt nicht!)

Sie hätten Ihre Anfrage auf die Frage verkürzen können, was die Landesregierung wann warum wie getan hat, damit die Krankenpflegeausbildung weiterhin wie bisher finanziell geregelt wird. Bums, aus! Statt dessen machen Sie so ein Brimborium, indem Sie sich mit zehn Fragen unter anderem danach erkundigen, was die Landesregierung 1984 und 1981 gesagt hat und wie sie damals zu dem Gesetz gestanden hat.

(Kirschner [SPD]: Kommen Sie doch endlich zur Sache!)

— Sie haben doch keine Ahnung davon, wann ich zur Sache komme!

(Heiterkeit bei der CDU.)

Sie haben im ganzen letzten halben Jahr hier im Landtag nichts gesagt und machen jetzt auf einmal so einen dummen Zuruf.

(Dr. Riege [SPD]: Es ist auch wirklich nicht zu erkennen, wann Sie zur Sache kommen!)

Wir haben es erreicht — dafür bin ich diesem Land und dieser Landesregierung dankbar —, daß die theoretische und die praktische Ausbildung der Krankenschwestern, der Krankenschwesternhelferinnen, der Krankenpfleger usw., die Ausbildung all derjenigen, die im Krankenhaus tätig sind, wie bisher geregelt wird. Alle Kassandrurufe der SPD im letzten Vierteljahr haben sich nicht bewahrheitet. Wieder einmal mußten Sie erleben, daß die CDU das getan hat, was Sie jetzt im nachhinein verlangen. Wir machen das nur nicht so laut, wie Sie das immer tun.

(Beifall bei der CDU. — Dr. Riege [SPD]: Das sind doch keine Kassandrurufe; das steht im Gesetz!)

Sie hätten sich heute hier hinstellen müssen, Herr Dr. Riege, und sagen müssen: Schönen Dank, lie-

be Landesregierung, daß du das erreicht hast.

(Trittin [Grüne]: Wir können ihr ja die Füße küssen, wie das Herr Fuchshuber wollte!)

Statt dessen beklagen Sie wieder einmal, daß das und das nicht ist.

Die wesentliche Frage — das ist der andere Teil Ihrer Anfrage — betrifft die Altenpfleger. Nun habe ich gedacht, dazu komme vielleicht was Neues. Ich habe das durchgelesen. Daraufhin habe ich mir gesagt: Nimm dir doch bitte schön die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage von Herrn Dr. Hruska vom 19. Juli 1988 zur Hand. Darin hatte der Kollege eine ganze Latte von Fragen zur Ausbildung der Altenpfleger in Niedersachsen gestellt, und auf die dezidierten Fragen hat die Landesregierung dezidiert geantwortet. Da steht alles drin. Sie müssen das nur nachlesen. Trotzdem hat die SPD-Fraktion die Unverschämtheit, hier erneut eine Große Anfrage zu stellen. So, meine Damen und Herren, machen wir dieses Parlament kaputt, wenn wir das, was wir längst alles schon gefragt haben, hier jedesmal wieder aufkochen.

(Widerspruch bei der SPD. — Beifall bei der CDU.)

Aber ich will das gar nicht so negativ sehen. Ich bin der SPD-Fraktion andererseits dankbar dafür, daß wir wieder einmal die Möglichkeit erhalten, uns selbst darzustellen, unsere Politik zu loben, das, was wir hier erreicht haben.

Nun zu dem wesentlichen Punkt, der bei uns, Herr Dr. Riege, ja gar nicht strittig ist, nämlich die weitere Ausbildung und Vergütung der Altenpflegerinnen und Altenpfleger. Das ist doch der eigentliche Kernpunkt. Darüber haben wir uns zwei Jahre lang ausgiebig auch im Ausschuß unterhalten. Dazu gibt es eine Antwort auf die Kleine Anfrage von Herrn Dr. Hruska. Da ist nur die Frage zu stellen — das ist der Knackpunkt —: Wann wird das Land die volle Schulgeldfreiheit für die Altenpfleger in Niedersachsen erreichen?

(Dr. Riege [SPD]: Und die Ausbildungs- und Praktikantenvergütung!)

Wie Sie alle wissen — das muß ich an dieser Stelle auch noch einmal erwähnen —, haben wir in Niedersachsen in 33 Altenpflegeschulen 1 400 Schüler; die verursachen jeweils Kosten von rund 960 DM je Ausbildungsplatz. Das ist nämlich der Betrag, den die Arbeitsverwaltung für die Umschulung bereitstellt. Wir haben hier allerdings das Faktum — das ist mißlich —, daß die einen

Lindhorst

Altenpflegeschüler ihre Umschulung vom Arbeitsamt bezahlt bekommen, während die anderen das aus der eigenen Tasche bezahlen müssen. Das finden wir schlecht; das haben wir immer gesagt.

Wir finden es auch schlecht, daß die Altenpflegeschülerinnen und Altenpflegeschüler ein Schulgeld zwischen 180 und 585 DM — nicht 960 DM, Herr Dr. Riege — zahlen müssen; das ist ein Durchschnitt von 386 DM. Ich stimme Ihnen voll und ganz zu und habe das immer wieder auch im Ausschuß gesagt — ich wiederhole das hier bewußt, damit wir auch das Gemeinsame unterstreichen —: Es kann nicht angehen, daß ein Arzt und ein Zahnarzt ihre Ausbildung frei haben und daß die Altenpfleger ihre Ausbildung selber bezahlen müssen. Das muß einmal ganz deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der CDU. — Dr. Riege [SPD]: So ist es!)

Wir wissen, wie wichtig gerade dieser Beruf ist, wenn wir nur daran denken, daß wir allein in Niedersachsen 1 Million Einwohner haben, die über 65 Jahre alt sind. Wir haben 500 000 Einwohner, die älter als 75 Jahre sind, und wir haben 280 000 Einwohner, die sogar älter als 80 Jahre sind, d. h. die eventuell — eventuell, sage ich — der Schwerstpflege unterliegen.

Gestatten Sie mir noch einen anderen Vergleich: Von 1950 bis 1986 ist die Zahl der 90- bis 95jährigen um sage und schreibe 737 % gestiegen. Das verdeutlicht, wie wichtig dieser Beruf für unsere Gesellschaft ist. Das unterstreichen wir alle. Deshalb muß gehandelt werden. Deswegen müssen wir etwas tun. Deswegen wollen wir auch, daß mehr Schüler ausgebildet werden; denn auch wir haben in der Tat die Sorge, daß dieser Bereich in Zukunft nicht so sehr belegt wird, daß wir also nicht genügend Altenpflegerinnen und Altenpfleger haben werden.

Nun kommt der Antrag der SPD-Fraktion: Macht mal die volle Schulgeldfreiheit! Dazu kann ich Ihnen sagen: Auf dem Weg dahin werden wir Sie unterstützen. Natürlich wollen auch wir, will meine Fraktion die volle Schulgeldfreiheit. Trotzdem muß hier nüchtern und klar gesagt werden: Wir müssen uns aber auch an die finanziellen Möglichkeiten halten, die dieses Land hat. Wir sind im Grunde stolz darauf, daß wir einen ersten Schritt — ich betone das: einen ersten Schritt — zur vollen Schulgeldfreiheit getan haben, indem wir im nächsten Jahr ungefähr 1 Million DM für diese Ausbildung zur Verfügung stellen. 1990 werden es etwas über 2,1 Millionen DM sein. Ich

hoffe, daß darüber hinaus weitere Mittel zur Verfügung stehen werden.

Zu der Ausbildungsvergütung allerdings, Herr Dr. Riege, habe ich noch kein Konzept.

(Vizepräsident Bosse übernimmt den Vorsitz.)

Da gehe ich auch nicht konform mit Ihnen, daß wir eine Ausbildungsvergütung schaffen werden. Sie müssen doch einfach die Möglichkeiten sehen, die wir haben.

(Dr. Riege [SPD]: Praktikantenregelung!)

— Ja, die Praktikanten! — Wollen wir das voll aus unserem Säckel, aus unserem Landeshaushalt, zahlen, oder wollen wir das wieder, wie das bei der Krankenpflegeausbildung der Fall ist, über den Pflegesatz abwälzen? Wenn Sie das wollen, bitte schön! Aber dann hätten Sie das in Ihren sechs Grundsätzen klar sagen müssen.

(Dr. Riege [SPD]: Ich habe das gesagt!)

— Ich habe es mir mitgeschrieben; Sie haben es nicht gesagt! Also halte ich fest — — —

(Dr. Riege [SPD]: Ich habe gesagt, wir müssen den Landesplafond erhöhen, damit die Pflegesatzerhöhung von den Einrichtungsträgern bezahlt werden kann!)

— Gut. Dann nehme ich das hier zur Kenntnis. Sie wollen also die Ausbildungsvergütung auf den Pflegeschlüssel umlegen, d. h. die Leute in den Heimen müssen das in Zukunft zahlen. Ich nehme das hier ganz ohne Wertung zur Kenntnis. Ich erinnere daran, daß das Land Niedersachsen schon in diesem Jahr die Zahlungen für Altenpflegeschülerinnen und -schüler mit 735 DM pro Jahr gegenüber dem Jahr 1986 fast verdoppelt hat. Wir geben in diesem Jahr 432 833 DM aus. Das muß gesagt werden, damit es nicht heißt, das Land tue gar nichts. Wir haben den Zuschuß von 200 DM pro Jahr und Schüler auf 735 DM erhöht. Das ist schon ein Erfolg, auch wenn es in der Tat weiter verbessert werden kann.

Wir haben ein Problem bei der Ausbildung der Altenpflegeschülerinnen und -schüler. Wenn es so unterschiedliches Schulgeld von 180 DM bis 585 DM gibt, dann muß auch einmal bei den einzelnen Schulen nachgefragt werden — diese Frage stellen wir ganz bewußt an das Ministerium; darauf muß in den nächsten Wochen eine Antwort gegeben werden —: Warum ist das so unterschiedlich? Wir haben darauf noch keine Antwort bekommen. Die Antworten „Die haben andere finanzielle Ressourcen“ oder „Bei dem einen ist das so, und bei dem anderen ist das so“, reichen nicht aus. Wir müssen hineinleuchten und fra-

gen: Warum ist das bei dem einen teurer als bei dem anderen? Hier müßte auch im Privatbereich eine gewisse Einheitlichkeit vorhanden sein. Nur dann kann das erreicht werden, was wir mit diesem ersten Schritt tun wollen, nämlich daß dieses Schulgeld, das wir ab 1989 zahlen, wirklich den Schülern und nicht den Schulen zugute kommt. Das ist eine wesentliche Sache.

(Dr. Riege [SPD]: Das verlangen wir doch die ganze Zeit! Aber Sie können das doch nicht sicherstellen!)

— Deshalb betone ich noch einmal diese Position.

(Dr. Riege [SPD]: Ich denke, Sie haben Antworten auf alle Fragen!)

— Nein, Herr Dr. Riege, ich bin leider kein Landespolitiker, der immer Antworten auf alle Fragen hat. So gut bin ich nicht; das sage ich ganz ehrlich. Sie sind so gut. Ich weiß, Sie können zu jedem Thema etwas sagen. Dafür sind Sie auch in der Opposition. Ich kann das nicht sagen. Ich kämpfe darum, daß die gestellten Fragen beantwortet werden. Aber ich kann nicht aus der Lämäng heraus sagen: Wir wissen das alles besser. Wir kämpfen noch.

(Wernstedt [SPD]: Sie können da vorn auch chinesisch reden, die hören doch gar nicht zu!)

Der Minister hat vorhin gesagt: Wer sich auf diesem Gelände bewegt, der kann mit einer flotten Gangart nichts erreichen. Ich sage Ihnen: Wir von der CDU-Fraktion und insbesondere diejenigen, die sozialpolitisch tätig sind, werden diesen Karren weiterhin peu à peu ziehen. Wir hoffen, daß wir zu einem guten Ergebnis kommen, aber das dauert. Herr Dr. Riege, auf Ihre Alternative warte ich. Wenn Sie wirklich den Mut haben, Ihre Großen Anfragen und Ihre kleinen Petitionen umzumünzen, dann stellen Sie doch bei den Haushaltsberatungen den Antrag, 15 Millionen DM einzustellen, um volle Schulgeldfreiheit für diese Schüler zu erreichen. Dort können Sie Farbe bekennen, und darauf warten wir.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Bosse:

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Hansen. Bitte sehr!

Dr. Hansen (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich vermisste in der Antwort der Landesregierung auf

die Große Anfrage der SPD-Fraktion vor allem eine Auskunft darüber, welche gesellschaftspolitische Brisanz in der Frage steckt, die die SPD-Fraktion aufgeworfen hat. Herr Kollege Lindhorst, man mag sich darüber streiten, ob die Große Anfrage das richtige Instrument ist, aber ich halte für sehr wichtig, daß wir alle an dieser Stelle einmal deutlich machen — ich möchte es deutlich machen —, daß der Pflegenotstand in den Krankenhäusern und in den Heimen, über den wir morgen, was die aktuelle Situation betrifft, sprechen werden, vor allem auch einen Aspekt hinsichtlich der mittleren und der längeren Zukunft hat, wenn wir sehen, wie der Zustrom junger Leute in diese Schulen für diese Berufe nachläßt und wie die Fluktuation in diesen Berufen aussieht. Ich habe in der Antwort der Landesregierung ein Gespür für diese politische Brisanz vermisst. In der Rede von Herrn Minister Knies ist es etwas deutlicher gewesen. Ich muß bemängeln, daß in der Antwort der Landesregierung an zwei oder drei Stellen diese Floskel „Die Landesregierung sieht keine Veranlassung, daß ...“ vorkommt. Ich finde, es ist allerhöchste Veranlassung gegeben, jetzt zu Entscheidungen darüber zu kommen, wie die Zukunft der Ausbildung für die nichtärztlichen Heilberufe aussehen soll. Darin sehe ich die politische Bedeutung.

Herr Minister Knies hat von der komplizierten rechtlichen Landschaft gesprochen, in der sich dieses Thema bewegt, und er sagte, daß man dort nicht zu schnellen Entscheidungen kommen kann. Wohl wahr, es ist kompliziert. Aber man kann es auch anders sehen, und der Landesrechnungshof hat es anders gesehen. Er hat in der Drucksache 2570 moniert, daß die Landesregierung nach wie vor kein Konzept hat und daß das, was an Förderung jedenfalls im Bereich einiger Berufsgruppen geschieht, nach einem nicht durchschaubaren Konzept erfolgt, daß also teilweise eine Projektförderung, teilweise eine institutionelle Förderung, teilweise eine Anteilsfinanzierung, teilweise eine Festbetragsfinanzierung usw. abläuft. Das ist also ein Durcheinander von verschiedenen Förderungsprojekten, die sich historisch entwickelt haben. Ich meine, hier müßten endlich die rechtlichen Möglichkeiten für einheitliche Finanzierungsformen geschaffen werden.

Ich möchte nun kurz auf den Bereich Krankenpflegeausbildung eingehen. Eines vermisste ich heute; aber mir fehlt die Zeit, es ausführlich darzulegen. Augenblicklich geht es um ein Finanzierungsproblem. Die Bundesregierung ist in dem

Dr. Hansen

unsäglichen Gesundheitsreformgesetz auch da kräftig eingestiegen. Wie man auf einmal seit der vergangenen Woche hört, gibt es wohl eine Koalitionsvereinbarung — mehr nicht —, im Gesundheitsreformgesetz diesen Passus doch zu streichen und nicht 300 Millionen DM zu Lasten der theoretischen Ausbildung für die Krankenpflegeberufe einzusparen. Noch ist nichts durch. Das Gesundheitsreformgesetz ist ja beinahe so spannend wie Denver: Immer wieder etwas Neues. Aber Schnulze bleibt Schnulze, oder Mist bleibt Mist. Mal sehen, was daraus wird.

(Zustimmung bei den Grünen und bei der SPD.)

Aber das hat noch einen anderen Aspekt. Es geht vor allem auch um die Novellierung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes von 1981. Das geht ja auf Bestrebungen zurück, die noch viel älter sind. Meine Damen und Herren von der SPD, wir können es uns nicht so einfach machen und sagen: Wir stehen nicht mehr zu dem, was damals Sinn dieser Bestrebungen war. Der Anlaß ist nämlich der, daß es im Grunde eine staatliche Aufgabe ist, für die schulische Ausbildung finanziell zu sorgen.

(Dr. Riege [SPD]: Finanziell!)

Die Landesregierung macht in ihrer Antwort daraus: Sie müßte dann auch betreiben. — Nein, sie soll gar nicht betreiben, sondern sie soll finanzieren. Das ist sehr kompliziert. Aber schon seit 1971 hat es erste Referentenentwürfe in dieser Richtung gegeben. 17 Jahre lang haben also die regierenden Parteien — jetzt muß ich alle einschließen außer uns — in Bund und Ländern dieses Problem wie eine heiße Kartoffel hin- und hergeschoben, und zwar zu Lasten der Schulen, der Schülerinnen und Schüler und damit letztlich zu Lasten der Patienten, die von diesen Schülerinnen und Schülern später, wenn sie ausgebildet sind, gepflegt werden sollen.

(Zustimmung bei den Grünen.)

Wir sollten diesen Aspekt, der damals drinsteckte — nämlich daß schulische Ausbildung nicht immer weiter privatisiert werden kann, daß das im Grunde auch nicht auf die Solidargemeinschaft der Versicherten abgewälzt werden kann —, im Kopf behalten. Herr Minister, deshalb — und nicht, glaube ich, aus Bund-Länder-Gerangel — hat nicht nur der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, den Sie zitiert haben, sondern auch der Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit in Bonn unter der Vorsitzenden Frau Wilms-Kegel von der Fraktion der Grünen entsprechend abgestimmt. Wir sollten diesen Aspekt

nicht außer acht lassen. Aber möglicherweise gibt es jetzt eine Regelung im Gesundheitsreformgesetz, nicht im Krankenhausfinanzierungsgesetz.

Nun zu dem anderen Teil. Ich greife dabei nur die Berufsgruppe der Altenpflegerinnen heraus. In der Tat brauchen wir Altenpflegerinnen. Wir brauchen mehr Altenpflegerinnen, wir brauchen besser ausgebildete und länger ausgebildete Altenpflegerinnen, und wir brauchen eine besser strukturierte praktische Ausbildungsphase. Das alles will ich jetzt nicht vertiefen. Wenn wir das wollen, kann es aber doch nicht wahr sein, daß die Finanzierung der Ausbildung weiterhin den Schülerinnen überlassen bleibt.

(Zustimmung bei den Grünen.)

Ich muß sagen, das, was das Land Niedersachsen momentan ins Auge faßt, ist allenfalls ein Trostpflasterchen, nur eine ganz sparsame Entlastung. Hier kann ich nur noch einmal das zitieren, was der Landesrechnungshof moniert, daß endlich ein Konzept einer Ausbildungsförderung vorgelegt werden muß.

Der Ausschuß für Sozial- und Gesundheitswesen des Landtages hat der Landesregierung eine entsprechende Petition zur Berücksichtigung überwiesen. Ich möchte noch einmal deutlich sagen, wie ich diese Petition verstanden habe. Ich habe die Behandlung dieser Petition so verstanden, daß der Ausschuß einstimmig, so wie es die Petenten gemeint haben, der Meinung ist, die Landesregierung solle sich darum bemühen, daß nicht nur die Schulgeldfreiheit, Herr Kollege Lindhorst, sondern auch die Ausbildungsvergütung eingeführt wird. Das war der Inhalt der Petition, und der haben wir einstimmig zugestimmt.

(Dr. Riege [SPD]: Und die dreijährige Ausbildung auch!)

— Und die dreijährige Ausbildung auch. Ich habe eben schon gesagt: Wir dürfen nicht immer nur vom Geld sprechen, sondern wir müssen auch über die Qualität der Ausbildung sprechen.

(Trittin [Grüne]: Da hat dem Lindhorst wieder keiner gesagt, wie er abstimmen soll!)

Das bedeutet natürlich, daß man sich Gedanken darüber macht, wie Herr Lindhorst eben gefragt hat, wie die Ausbildungsvergütung finanziert werden soll. Ich meine, das muß aus dem Pflegegesetz kommen. Dazu ist es interessant, daß die Landesregierung in ihrer Antwort sagt, das gehe nicht, weil wir nicht das Pflegerisiko abgedeckt hätten, weil sich der Gesetzgeber nach wie vor

darum drückt, das Pflegerisiko abzudecken. Wohl wahr, Herr Minister! Darum gibt es — sicherlich auch aus vielen anderen Gründen — die dringende Notwendigkeit, endlich dazu zu kommen, für das Pflegerisiko eine gesetzliche Regelung zu finden.

(Zustimmung bei den Grünen. — Dr. Riege [SPD]: Nicht nur für das ambulante!)

Die Grünen haben vor drei oder vier Jahren schon einen Antrag eingebracht. Im Gesundheitsreformgesetz wird etwas geregelt, was mit dem jetzigen Thema gar nichts zu tun hat, Herr Kollege Riege.

Meine Damen und Herren, ich will zum Schluß kommen. — Daraus ergibt sich die Forderung an die Landesregierung, tätig zu werden und die Voraussetzungen zu schaffen, damit möglichst bald zunächst einmal die Regelung für die Krankenpflege weiter gilt und die Sicherheit da ist; das ist im Augenblick das Aktuellste und Wichtigste. Weniger aktuell, aber genauso dramatisch ist die Aufgabe, für die Zukunft der übrigen nichtärztlichen Heilberufe und für die Ausbildung in diesen Berufen zu sorgen. Dazu gehört u. a. auch, den Landesplafond zu erhöhen. Dazu gehört, endlich zu einer Pflegesicherung zu kommen. Dazu gehört, daß endlich das Kultusministerium, der Schulminister, für den Teil, der vom Landesrechnungshof meines Erachtens zu Recht sehr massiv kritisiert worden ist, seine Schulaufgaben macht.

(Beifall bei den Grünen)

Vizepräsident Bosse:

Herr Kollege Dr. Hruska, Sie haben jetzt das Wort.

Dr. Hruska (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als letzter Redner in der Aussprache über die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion kann ich feststellen, daß es in der Beurteilung der Situation in den vier hier im Hause vertretenen Fraktionen mehr Übereinstimmungen als Differenzen gibt. Das ist schon eine Feststellung wert, da wir uns bei anderen Themen grundsätzlicher unterscheiden und grundsätzlicher streiten. Ich möchte die Punkte, in denen wir übereinstimmen, kurz nennen.

Zunächst einmal ist bei jeder Fraktion das Problembewußtsein vorhanden, daß wir in der Zukunft mehr und besser ausgebildete Altenpflege-

rinnen, Heilerziehungspflegerinnen und überhaupt Personal in den Berufen der Krankenpflege und Altenpflege brauchen, als es in der Vergangenheit der Fall war. Insbesondere bei den Altenpflegerinnen ist ein wachsender Bedarf vorhanden.

Wir sind uns außerdem in allen Fraktionen einig, daß die Gefahr besteht, daß der Nachwuchs in diesen Berufen nicht in dem erforderlichen Maße vorhanden sein könnte, wenn die Finanzierung für die Ausbildung in den bisherigen Formen weiterbesteht. Bei den Menschen, die sich für diesen Beruf entscheiden, ist ein großes Maß an sozialem Engagement vorhanden. Aber das soziale Engagement allein reicht bei finanziellen Hürden nicht immer aus, um sich für den einen oder anderen dieser Berufe zu entscheiden.

Wir sind uns auch darüber einig — das haben schon verschiedene Redner gesagt —, daß die unterschiedlichen Finanzierungsmodelle bei den verschiedenen Ausbildungen nicht auf Dauer tragbar sind und daß wir zu einer gerechteren Verteilung der Finanzierung kommen müssen.

Für meine Fraktion sage ich auch ausdrücklich, daß es unverständlich ist, daß die Ausbildung zum Arzt durch geführenfreies Studium ermöglicht wird, während für die Ausbildung zum Altenpfleger Schulgeld zu zahlen ist. Diese Ungerechtigkeit kann man auf verschiedenen Wegen beseitigen. Ich habe mich heute gefreut, als ich in der Presse gelesen habe, daß wir Unterstützung durch die Finanzministerin dieses Landes in unserem Anliegen erfahren, wieder Studiengebühren einzuführen; allerdings immer mit sozialer Absicherung für diejenigen, die sie nicht bezahlen können. Daß die Ausbildung zum Arzt kostenlos ist, während die Altenpflegeschülerinnen ihre Ausbildung selbst finanzieren müssen, ist sicherlich nicht richtig. Ich glaube, auch in dieser Hinsicht stimmen wir überein.

Herr Minister Knies hat bereits deutlich gemacht, daß wir hier in diesem Hause als Vertreter des Landes hinsichtlich der Finanzierungsregelung auch darin übereinstimmen, daß der theoretische Teil der Ausbildung nicht herausgenommen werden soll. Herr Hansen hat gesagt, was in der letzten Woche von CDU und FDP beschlossen worden sei, nämlich § 17 Abs. 4, nach dem das Auslaufen dieser Finanzierung für Ende 1988 vorgesehen ist, zu streichen, sei nur eine Koalitionsvereinbarung und nicht mehr.

(Dr. Riege [SPD]: Das nützt doch nichts! Er muß doch geändert werden!)

Dr. Hruska

— Das sollte auch nicht als Wohltat oder Weihnachtsgeschenk deutlich werden, wie Sie es dargestellt haben. Vielmehr ist in der Besprechung deutlich geworden, daß dies kein Parteienkonflikt ist — ich bin bei der Aufzählung unserer gemeinsamen Interessen und unserer gemeinsamen Ansichten —, sondern daß dies eben ein Konflikt zwischen Bundesinteressen und Länderinteressen ist.

(Zurufe von Dr. Riege [SPD] und Dr. Hansen [Grüne]: Nicht nur!)

In dieser Hinsicht stehe ich mit meinen Kollegen aus der FDP-Fraktion im Bundestag genauso in der Diskussion wie Sie mit Ihren Kollegen. Hier bestand hinsichtlich der Finanzierung ein Abgrenzungsproblem zwischen den Ländern und dem Bund. Insofern haben sich die Länder durchgesetzt. Das können wir — bei der Aufzählung der Gemeinsamkeiten — auch wieder begrüßen. Wir haben festzustellen, daß wir das so regeln wollen.

Ich habe auch keine unterschiedliche Meinung dazu gehört, daß das nicht nur ein finanzielles Problem, sondern auch ein Ausbildungsstrukturproblem ist. Wir sind uns alle einig darin, daß die ganzheitliche, einheitliche Ausbildung weiterbestehen soll und nicht in einen theoretischen und einen praktischen Teil aufgeteilt werden soll. Auch in dieser Hinsicht haben wir Gemeinsamkeiten.

Allerdings gibt es auch Differenzen, und zwar Differenzen in der Frage, wie die volle Schulgeldfreiheit zu realisieren ist. Herr Lindhorst hat es gesagt, Sie haben es gesagt, Herr Riege, und ich betone auch für meine Fraktion, daß wir für die Altenpflegerinnen die volle Schulgeldfreiheit erreichen wollen. Dem steht aber im Wege, daß wir dies nur über eine ungerechte und ungleiche Bezuschussung der einzelnen Schulen erreichen könnten, wenn diese von unterschiedlichem Schulgeld ausgehen. Ich meine, hier müssen wir den Weg gehen, den der Minister genannt hat, nämlich daß wir — ausgehend von dem Durchschnittsbetrag — die Schulen bezuschussen, damit sie dieses als Schulgeldfreiheit für die Schüler weitergeben können.

Was die Ausbildungsvergütung angeht, so mag es hier unterschiedliche Meinungen geben. Ich möchte für die FDP sagen, ich sehe es so, daß dort, wo in der Ausbildung tatsächlich Arbeit geleistet wird, die sonst von anderen geleistet werden müßte, eine Ausbildungsvergütung in Betracht zu ziehen ist, wie auch immer sie finanziert werden soll; da stimme ich mit Herrn Hansen

überein. Wenn wir eine gesetzliche Absicherung des Pflegerisikos im Alter haben, wird es uns leichter möglich sein, diese Arbeitsleistung, die von den Altenpflegeschülerinnen erbracht wird, zu finanzieren. Es ist eigentlich nicht einzusehen, warum eine Altenpflegeschülerin, wenn sie ein Viertel der Arbeit einer ausgebildeten Altenpflegerin leistet, nicht auch den Anspruch auf Vergütung für eine Viertelarbeitskraft haben sollte, die sonst zusätzlich eingestellt werden müßte. Die Schwierigkeit besteht in der Finanzierung; das ist richtig. Deshalb will im Augenblick niemand an diese Aufgabe herangehen.

Ich möchte zusammenfassend folgendes sagen: Die Gemeinsamkeiten sind hier größer als die Unterschiede. Wenn es Unterschiede gibt, dann sind sie nicht grundsätzlicher Natur, sondern darauf zurückzuführen, daß es schwierig ist, in dem — wie es der Minister richtig gesagt hat — Gestrüpp der verschiedenen Regelungen — da kann uns der Landesrechnungshof noch so viele Vorschläge machen; es ist ein Gestrüpp, das man nicht und das schon gar nicht ein einzelnes Land von heute auf morgen durchforsten kann — zu einer gerechten Finanzierung zu kommen; auch da sind wir uns einig. Wir sollten uns aber zusammensetzen und versuchen, einen gemeinsamen Weg zur Lösung des Problems zu finden.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Bosse:

Weitere Wortmeldungen zu Tagesordnungspunkt 15 liegen mir nicht vor. Ich stelle demgemäß fest, daß die Große Anfrage erledigt ist.

Ich rufe dann den Tagesordnungspunkt 16 auf:

Besprechung: Auswirkungen der Gentechnologie auf Natur, Landwirtschaft und Nahrungsmittelerzeugung — Große Anfrage der Fraktion der Grünen — Drs 11/2901 — Antwort der Landesregierung — Drs 11/3133

Für die Besprechung dieser Großen Anfrage stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 60 Minuten zur Verfügung, wobei den Fraktionen folgende Redezeiten zustehen: der CDU, der SPD und den Grünen jeweils bis zu 15 Minuten, der FDP bis zu siebeneinhalb Minuten.

Wir beginnen die Besprechung mit der Einbringung der Großen Anfrage durch die Kollegin Frau Langendorf. Bitte schön!

Frau Langendorf (Grüne):

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Der Einstieg in eine weitere neue Technik, nämlich die Gentechnologie, ist derzeit in vollem Gange. Bei der Atomenergie, der vorletzten Technikwende, machen wir derzeit die bittere Erfahrung der Zauberlehrlinge, die die Geister, die sie riefen, nun in Gestalt des Atommülls nicht mehr loswerden. Beim Einstieg in die Gentechnik hätten wir heute die Chance, diese schmerzhaft Erfahrung der Zauberlehrlinge nicht noch einmal machen zu müssen.

(Beifall bei den Grünen.)

Die Grünen standen ursprünglich allein, als sie im Rahmen der Gentechnologie-Enquetekommission des Bundestages nicht nur die Chancen und Risiken der Gentechnologie untersuchen wollten, sondern vor allem die Frage bearbeiten wollten, ob wir diese neue Technik eigentlich brauchen. Dies war der Ausgangspunkt des Sondervotums, das die Grünen im Rahmen dieser Kommission gemacht haben.

Inzwischen läuft die Debatte über die Notwendigkeit und die Nichtnotwendigkeit, über die Chancen und Risiken der Gentechnologie vor allem bei den kritischen Wissenschaftlern, den Kirchen und anderen gesellschaftlichen Gruppen, aber nur am Rande in den Parlamenten. Der Niedersächsische Landtag ist nur einmal in der 10. Wahlperiode mit diesem Thema befaßt gewesen. In Niedersachsen läuft das anders: Da wird das nicht im Parlament diskutiert, sondern da werden Fakten geschaffen. Die Vorgänge um Invitron, die zweite Sache, daß ein weiteres Labor heimlich genehmigt worden ist — nämlich Bissendorf —, und die lange Liste der gentechnischen Labors, die wir in der Antwort auf unsere Anfrage finden, zeigen, daß die Entwicklung in Niedersachsen in vollem Gange ist, ohne daß das Parlament einmal eingeschaltet worden ist.

Die Landesregierung hängt sich derzeit in Gestalt des Ministerpräsidenten Albrecht mit einer Bundsratsinitiative gegen die Menschenzüchtung aus dem Fenster. Es ist kein Problem, dagegen zu sein, denn es wird sicherlich noch eine Weile dauern, bis es soweit ist. Wir wollen aber die wesentlich näher liegenden Aspekte der Veränderung der Natur, der Veränderung unserer Lebensmittel und der Veränderung der Landwirtschaft untersuchen und haben deswegen diese Anfrage gestellt. Wir befürchten nämlich, daß das Land Niedersachsen mit seiner intensiven Landwirtschaft ein bevorzugtes Experimentierfeld für den Einsatz der Gentechnologie in der Landwirtschaft wird.

Ich kann Ihnen heute schon sagen, daß unser Fazit der Antworten der Landesregierung lautet: Eigentlich ist kein drängendes Problem zutage getreten, das im Rahmen der Gentechnologie in der Landwirtschaft gelöst werden muß, und aus unserer Sicht besteht keine Notwendigkeit des Einsatzes.

(Beifall bei den Grünen.)

Die Antworten der Landesregierung auf unsere Große Anfrage sind — mit Verlaub — entlarvend bis dummdreist. Die Landesregierung verhält sich wie die drei Affen, die nichts sehen, nichts hören und nichts sagen.

(Oestmann [CDU]: Worauf stützen Sie dieses Urteil?)

Ich will hier nicht auf alle Antworten eingehen, die meinen Adrenalinpiegel in die Höhe getrieben haben, aber ich kann nur sagen: Es ist schon ein ziemlich starkes Stück, wenn Gentechnologie, d. h. Gott spielen — man kann es auch evolutorisches Pusch nennen —,

(Beifall bei den Grünen)

als Beschleunigung der ganz normalen Züchtung angesehen wird.

Ich möchte nur zu einigen komplexen Stellungnahmen. Der erste betrifft die Frage der Freisetzung von genmanipulierten Organismen. Inzwischen liegt im Bundesgebiet der erste Antrag auf eine Freisetzung von genmanipulierten Pflanzen vor, nämlich von Petunien, die aufgrund eines Maisgens wunderschön ziegelrot blühen. Worüber im Rahmen dieser ganzen Debatte nicht gesprochen wird, ist, daß mit dieser Eigenschaft des roten Blühens aus technischen Gründen auch eine Antibiotikaresistenz übertragen wird, die sich in der Natur unter Umständen über Bodenmikroorganismen verbreiten könnte. Das könnte bedeuten, daß wichtige Heilmittel, die wir heute kennen, aufgrund einer derartigen Spielerei nicht mehr wirksam sind. Das können wir uns ja ungefähr ausmalen. Aber was sagt die Niedersächsische Landesregierung: In Niedersachsen liegt noch kein Freisetzungsantrag vor, und folglich braucht man sich mit der ganzen Geschichte nicht zu befassen und sich auch keine Vorstellungen zu machen, was zu tun ist, wenn eines Tages ein solcher Antrag vorgelegt werden würde.

Richtig dreist wird es dann bei der Antwort auf die Frage 2.6, in der wir danach gefragt haben, welche Beurteilungskriterien der Landesregierung für Freilandexperimente vorliegen. Wir wissen z. B., daß der Landesregierung ein Fragenkatalog

Frau Langendorf

genau mit diesem Zweck vorliegt. Der ist vom Bundesfamilienministerium verschickt worden, und dazu sollte die Landesregierung Stellung nehmen. Die Landesregierung müßte den eigentlich schon beantwortet haben. Aber angeblich weiß sie nichts von Beurteilungskriterien, und wahrscheinlich will sie auch nichts wissen.

Spannend wird es auch bei der Frage 4.8. Wir haben gefragt, ob die Landesregierung der Meinung ist, daß schon ausreichend Sicherheitsforschung betrieben worden ist, um Freisetzungen zustimmen zu können. Dazu kann sie sich zwar nicht äußern und weiß es auch nicht — „da müssen wir noch gucken“ —, aber sie sieht sich derzeit auch nicht in der Lage, sich einem Moratorium, das im übrigen einstimmig vom Europaparlament gefordert worden ist, anzuschließen.

Das gleiche betrifft den Bereich Patentierung von genmanipulierten Organismen. Seit Jahren tobt der Kampf im Pflanzenbereich: Soll es nun weiterhin das Sortenrecht oder die Patentierung geben? Das ist eine Frage, die auf die mittelständischen Saatgutzüchter in Niedersachsen einen unmittelbaren Einfluß haben wird. Außerdem hat das Europäische Patentamt bereits die erste Pflanze patentiert. Auch diesbezüglich sieht sich die Landesregierung nicht genötigt und in der Lage, sich hiermit in irgendeiner Weise zu beschäftigen. Für die Ausweitung des Patentrechts sieht die Landesregierung derzeit keinen Anlaß.

Ich frage mich: Weiß sie nicht, was läuft, oder will sie es nicht wissen?

(Beifall bei den Grünen.)

Wir haben des weiteren gefragt, wie es zum Beispiel mit einer Kennzeichnungspflicht für gentechnologisch veränderte Produkte — wir denken insbesondere an Nahrungsmittel — steht, um den Verbraucherinnen und Verbrauchern die Entscheidung zu überlassen, ob sie sich Risiken aussetzen wollen oder nicht. Auch die Antwort auf diese Frage muß man sich auf der Zunge zergehen lassen. Für die Landesregierung ist dies — ich zitiere — „erst spruchreif, wenn derartige Produkte tatsächlich erzeugt werden können“. Ich frage nur: Haben wir nicht im letzten Jahr den Fall gehabt, daß ein nicht zugelassenes „Arzneimittel“, nämlich das gentechnologisch erzeugte Rinderwachstumshormon BST, in Niedersachsen getestet worden ist und diese Milch in den Handel gelangt ist?

(Hört, hört! bei den Grünen.)

Wir beschäftigen uns hier auch mit einem anschlagsrelevanten Thema. Ich möchte daran erin-

nern, daß zwei Frauen, Ingrid Strobel und Ulla Penselin, wegen kritischer Beschäftigung mit der Gentechnologie ohne Beweise verhaftet und lange Zeit in Haft gehalten wurden.

Unter Hinweis darauf, daß es Anschläge auf gentechnische Institute gegeben hat, sieht sich die Landesregierung nicht in der Lage, diese Institute in der Antwort auf unsere Frage im einzelnen zu nennen.

(Aha! bei den Grünen.)

Ich finde, es ist schon ein ziemlich starkes Stück, fragende Abgeordnete in die Nähe von Terroristen zu rücken.

Ich untermaure meinen Vorwurf, daß dies ein Anschlag auf das Fragerecht der Abgeordneten ist, durch eine ähnliche Antwort auf eine andere Frage. Wir haben gefragt, in welchem Ausmaß privaten Unternehmen Landesmittel zur Unterstützung von gentechnologischen Arbeiten gewährt worden sind. Über die Verwendung der Landesmittel hat dieses Parlament zu entscheiden. Die Landesregierung sieht sich aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht in der Lage, hierauf zu antworten.

(Aha! bei den Grünen.)

Ich kann nur sagen: Diese Bilanz unterstützt und bestätigt die Erkenntnis, daß der weitere Schritt in den Sicherheitsstaat ein Preis für jede neue Technik ist.

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Bosse:

Die Große Anfrage der Fraktion der Grünen wird für die Landesregierung vom Minister für Ernährung, Landwirtschaft, und Forsten beantwortet. Bitte sehr, Herr Dr. Ritz!

Dr. Ritz, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte aus der Sicht der Landesregierung zusammenfassend einiges zum wesentlichen Inhalt der Großen Anfrage der Fraktion der Grünen sagen.

Ich möchte zunächst aber auf Ihre kritische Einführung eingehen, Frau Kollegin Langendorf. Wir können diese Haltung aus Ihrer Sicht sogar verstehen. Aber wenn Sie so kritisch an die Antworten herangehen, wäre es redlich, einmal zu überlegen, ob diese Gegenstände für die Behand-

lung im Rahmen einer Großen Anfrage wirklich geeignet sind.

(Frau Langendorf [Grüne]: Das ist ja unglaublich!)

Wenn Sie der Landesregierung 62 Einzelfragen vorlegen und erwarten, daß diese Fragen innerhalb eines bestimmten Zeitraums zu Ihrer vollen Zufriedenheit beantwortet werden,

(Kempmann [Grüne]: Sie geben selbst zu, daß die Fragen nicht beantwortet sind! Das finde ich okay!)

laufen wir Gefahr, wichtige Themen nur noch oberflächlich zu beraten. Ferner werden bei dieser Form von Großen Anfragen so weite Teile der Landesverwaltung nur für die Beantwortung gebunden, daß oft für wichtige Fragen keine Zeit bleibt. Ich kann Ihnen sagen, daß allein mit den vier Großen Anfragen, die zur Zeit in meinem Ressort vorliegen, rund 30 % der Bediensteten über Wochen permanent beschäftigt werden. Wir müssen uns wirklich fragen, ob das Sinn macht und ob es nicht besser ist, ein so diffiziles Thema — ich sage das nur, damit wir einmal darüber nachdenken — etwa im Rahmen eines Antrags zu behandeln, um auch im Ausschuß Gelegenheit zu haben, die Dinge vertiefend zu erörtern.

(Frau Langendorf [Grüne]: Das sind doch politische Fragen, die derzeit anstehen! Die beantworten Sie doch nicht für uns! Dazu müssen Sie doch eine Haltung haben!)

Meine Damen und Herren! Ich komme nun zu den Fragen. Es besteht kein Zweifel daran, daß es hinsichtlich der Grundfragen der Beurteilung der Gentechnologie unterschiedliche Auffassungen gibt. Die Gentechnologie ermöglicht eine gezielte Neukombination des genetischen Materials von Lebewesen. Als neues wissenschaftliches Instrument zur Nutzung der Natur im Dienste des Menschen eröffnet sie auch vielfältige Chancen. Von ihr werden z. B. wichtige Erkenntnisse in der biologischen und medizinischen Grundlagenforschung, Beiträge zur Entwicklung energiesparender und umweltfreundlicher Produktions- und Entsorgungsverfahren sowie nicht zuletzt Züchtungsschritte im Bereich der Pflanzenproduktion und des Pflanzenschutz- sowie des Düngemittleinsatzes erwartet. Andererseits besteht jedoch die Befürchtung, daß von genetisch veränderten Organismen nicht kalkulierbare Gefahren für die Umwelt ausgehen können. Die mit den möglichen Auswirkungen der Gentechnologie verbundenen Chancen und Risiken sind keine spezifisch niedersächsischen Probleme, sondern

müssen bundes-, EG-, ja eigentlich weltweit diskutiert und gelöst werden.

Der Bericht der vom Bundestag eingesetzten Enquete-Kommission liefert hierzu eine umfassende wissenschaftlich fundierte Beratungsgrundlage. Ich kann Ihnen versichern, daß die Ergebnisse der Erörterungen in den Bundestagsausschüssen von der Landesregierung sorgfältig ausgewertet und, soweit dies sinnvoll und rechtlich zulässig ist, unverzüglich in landesrechtliche Maßnahmen umgesetzt werden. Auch einer Bundratsinitiative des Landes Baden-Württemberg, die darauf abzielt, daß die grundlegenden sicherheits- und ordnungsrechtlichen Fragen der Gentechnologie in einem Bundesgesetz geregelt werden, steht die Landesregierung aufgeschlossen gegenüber. Das entspricht auch ihrer Position, die sie ja mit dem eigenen Gesetzesantrag zur Änderung des Grundgesetzes in den Fragen der Humangenetik eingenommen hat.

Nun zu einigen Einzelfragen. Ich kann auf die 62 Fragen hier wirklich nur zusammenfassend eingehen.

(Oestmann [CDU]: Es sind viel mehr als 62!)

Im Bereich der Pflanzenproduktion würde der Einsatz genetischer Methoden den Züchtungsfortschritt beschleunigen. So könnten z. B. Resistenzen bzw. Toleranzen gegenüber biotischen oder abiotischen Faktoren erzeugt sowie das Nährstoffausschlußverfahren und -aufnahmevermögen bestimmter Kulturpflanzen erheblich verbessert werden. Dadurch ließe sich die Gefahr einer Nährstoffauswaschung minimieren. Die in der Frage 1.5 angesprochene Wunderpflanze wird es allerdings sicherlich nicht geben. Ich lese die Frage einfach einmal vor, weil man sich das auf der Zunge zergehen lassen muß.

(Frau Langendorf [Grüne]: Aber Sie argumentieren genau damit!)

Da heißt es:

„Hält es die Landesregierung für wahrscheinlich, daß es eines Tages eine Pflanze geben wird, die gleichzeitig sich selbst düngt, resistent ist gegen Umwelteinflüsse und Agrargifte, eine optimale Nährstoffzusammensetzung aufweist und dies bei stabilen Höchstserträgen?“

Da fehlt eigentlich nur noch: eine Pflanze, die auch selbst sät und selbst erntet.

(Zustimmung bei der CDU.)

Dr. Ritz

Dann würde ich fragen: Glauben Sie an das Paradies auf Erden, oder wollen Sie uns auf den Arm nehmen?

(Frau Langendorf [Grüne]: Aber Sie argumentieren doch damit!)

— Nein, das tun wir eben nicht.

(Zuruf von Frau Langendorf [Grüne].)

— Nein. — Es besteht doch gar kein Zweifel daran, daß Sie einfach Unterstellungen einbauen. Ich habe vorhin deutlich gemacht — das ist auch im einzelnen auf die Fragen dargelegt worden —, was möglich ist und was illusionär ist. Das kann doch nicht ausschließen, daß man die realistischen Möglichkeiten auch tatsächlich nutzt.

Die Herstellung von Eiweiß, Stärke und anderen Rohstoffen in Fermentern wird auch langfristig nicht als Konkurrenz, sondern lediglich als Ergänzung zur Erzeugung nachwachsender Rohstoffe anzusehen sein. Die Zulassung des Rinderwachstumshormons BST lehnt die Landesregierung ebenso ab wie den Einsatz des Schweinewachstumshormons PST. Auch hierbei — das sage ich ganz deutlich — werden wir uns weltweit auf beachtliche Probleme einzustellen haben. Ich war vor vierzehn Tagen bei der Kommission in Brüssel. Diese sieht mit großer Sorge, daß die Klage der Vereinigten Staaten vor dem Europäischen Gerichtshof zum Einsatz von organischen Hormonen möglicherweise zugunsten der Amerikaner ausgeht, mit all den Problemen, die uns das international bereiten wird. Das zeigt nur wieder einmal, wie wichtig es ist, daß wir über den Tellerrand des Landes sowieso, aber auch der Bundesrepublik hinaus blicken und die Probleme weltweit angehen.

(Dr. Hansen [Grüne]: Und im Parlament beraten!)

Über die Auswirkungen von Freisetzen genetisch veränderter Mikroorganismen müssen noch Erfahrungen gesammelt werden. Derartige Anträge liegen in Niedersachsen gegenwärtig nicht vor. Auf jeden Fall wäre zu gewährleisten, daß solche Vorhaben nur aufgrund eines gesetzlich vorgeschriebenen Prüf- und Genehmigungsverfahrens sowie unter besonderen Auflagen zugelassen werden dürften.

Eine vollständige Antwort zum Fragenkomplex „Forschung und Forschungsförderung“ ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich. Die Rückläufe einer hierzu erfolgten Umfrage in den universitären und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen liegen noch nicht vollständig vor.

Hinsichtlich des Problemkreises „Sicherheitsfragen“ wird der Erlaß einer bundesgesetzlichen Regelung befürwortet. Nähere Ausführungen zur Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Debatte erübrigen sich meiner Überzeugung nach, weil diese selbst in vollem Gange ist, und zwar nicht nur im Bereich der Organisationen, die Sie eben genannt haben, sondern es ist meiner Meinung nach eine sehr breit angelegte Debatte.

(Frau Langendorf [Grüne]: Aber nicht hier im Parlament! Deshalb auch 62 Fragen!)

— Na gut. Ich habe ja auch nichts dagegen. Ich meine aber, daß es nicht notwendig ist, hier nun irgendwelche neuen Debatten in Gang zu setzen. Diese sind auf allen Ebenen schon im Gange.

Ich bin zuversichtlich, daß sich die durchaus ernstzunehmenden Probleme der Gentechnologie mit kritischer Vernunft, Sachverstand und geduldiger Detailarbeit bewältigen lassen. Ich glaube allerdings, daß Aufgeregtheit, emotionale Ängste und vorschnelle Verdikte fehl am Platz sind. Ich meine, daß auch unter diesen Gesichtspunkten bei allem Engagement auch in solchen Fragen die Nüchternheit in der Beurteilung von Chancen und Risiken nicht außer acht gelassen werden sollte. — Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Bosse:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Frau Tewes. Bitte sehr!

Frau Tewes (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich fand Aufzeichnungen von unserem leider viel zu früh verstorbenen Freund und Kollegen Heiner Kreuzer über einen Redebeitrag vom 16. Januar 1985 zum Thema Gentechnologie. Er schrieb — ich zitiere —:

„Es ist zu vermuten und auch zu wünschen, daß in den kommenden Jahren um die Gentechnologie und die damit zusammenhängende wissenschaftliche Forschung eine zunehmend breitere öffentliche Debatte stattfindet.“

Nun, meine Damen und Herren, es hat lange gedauert, bis wir im Parlament wieder darüber reden. Wir sind froh darüber, daß die Grünen diese Große Anfrage gestellt haben. Wir begrüßen das.

(Beifall bei den Grünen.)

Wir fassen das auch als eine umfassende Aussprache auf. Deshalb werden Sie von den Grünen verstehen, daß wir die einzelnen Punkte nicht alle behandeln, die zum Teil auch sehr erheiternd sind. Ich weiß nicht, ob Sie das bei einigen Fragen bewußt so gemacht haben oder nicht. Darauf gehen wir später aber noch ein.

Meine Damen und Herren, die Antwort der Landesregierung ist aber nicht sehr erheiternd. Das wird deutlich, wenn ich nur einmal diesen einen Satz zum Grundsätzlichen — Herr Ritz hat das eben ja schon bestätigt — zitieren darf:

„Gentechnologie ist ein wissenschaftliches Instrument zur Nutzung der Natur im Dienst des Menschen.“

Sie wissen, was diese Aussage bedeutet. Es ist nämlich so, daß wir genau in diesem Bereich nicht im Dienst des Menschen arbeiten dürfen, sondern daß wir die Sonderstellung des Menschen aus diesem Bereich herausnehmen müssen, weil wir damit zuviel Unheil anrichten.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Es ist also die Frage nach der ethischen Betrachtungsweise zu stellen. Ich zitiere einmal Bernd Heydemann, Professor für Ökologie und jetziger Umweltminister in Schleswig-Holstein. Er sagte in einem Interview im „Gen-ethischen Informationsdienst“ — ich zitiere —:

„Wir erleben leider in der Gentechnologie wieder eine einseitige auf die angebliche Sonderstellung des Menschen ausgerichtete Diskussion. Wir benötigen aber eine neue ethische Empfindlichkeit gegenüber der natürlichen Vielfalt und Vernetztheit der Natur, in der wir nicht permanent noch mehr einbrechen dürfen.“

Immerhin: Die Landesregierung äußert Befürchtungen dahingehend, daß von genetisch veränderten Organismen unbeherrschbare Gefahren ausgehen können. Sie haben ja so recht; denn Ihrer Definition zufolge, der ich zustimme, handelt es sich hier um genetisch veränderte Organismen, solche mit neu kombiniertem genetischen Material, das außerhalb erzeugt worden ist und dann in den Wirtsorganismus eingefügt wird und sich von da aus kontinuierlich weitervermehren kann. Wenn das denn so ist, dann liegt doch das Problem auf dem Tisch des Labors und, wenn es freigesetzt wird, in der Natur. Meine Damen und Herren, deshalb ist dieser Bereich 6, die Frage nach der gesellschaftlichen Debatte, so wichtig.

Wir können uns da im Parlament doch nicht ausklinken.

(Beifall bei den Grünen.)

Wir können doch nicht sagen, überall wird genug debattiert. So ist es doch nicht. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam machen, daß auch die 7. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland im Jahr 1987 konkret dazu Stellung genommen hat. Sie fordert nämlich — ich zitiere —

„Die ethische Urteilsbildung ist um so dringlicher, als in der wissenschaftlich-technischen Zivilisation die Eigendynamik neuer Entwicklungen, der Machbarkeitsglaube und kommerzielle Interessen stärker sind als die Orientierung an grundlegenden Werten.“

Das sagt die evangelische Kirche dazu.

(Zurufe von der CDU: Das ist auch richtig!)

— Sehr wohl; wir stimmen dem zu.

Wie ich schon sagte, ist es nicht möglich, auf alle Fragen im einzelnen einzugehen. Erlauben Sie mir aber bitte eine Positionsbeschreibung zu den wichtigsten Bereichen.

Wie sieht die jetzige Lage aus? 800 gentechnische Labors in der Bundesrepublik warten auf grünes Licht für die ersten Freisetzungen. Meine Damen und Herren, dahinter stecken Power, jahrelange Forschung und Unsummen von Geld. Die drücken natürlich, die wollen raus, die wollen ihre Ergebnisse verkaufen, auf den Markt bringen, um den internationalen Konkurrenzkampf aufzunehmen.

Wie reagiert die Politik auf den Druck? Sie von der Landesregierung verweisen auf den Bericht der Enquete-Kommission und auf einige Bundesratsdrucksachen. Aber das ist nicht genug. Sie müssen eine eigene Marschrichtung haben. Sie müssen Forderungen stellen, wenn Sie in Ihrem Bereich nicht an die Wand gedrückt werden wollen. Es ist doch auf diesem Gebiet eine Menge los in diesem Land. Lesen Sie auf Seite 11 des Berichts, wie viele Sicherheitslabors es allein hier gibt! Angesichts dessen können wir uns doch nicht auf die Aussage zurückziehen, daß es bei der Gentechnik Probleme gibt, daß wir dafür aber nicht gerüstet sind, und uns dann einen Teilbereich herausnehmen, der gar nicht so unangenehm ist, in dem man sich gut verkaufen kann, nämlich die künstliche Befruchtung und die gentechnischen Verfahren beim Menschen, und die Diskussion und die Weichenstellung in den ande-

Frau Tewes

ren Bereichen anderen überlassen. Das ist mir wirklich zuwenig.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Dazu ein Beispiel. In der Frage 5.4 heißt es: „Wurden von Niedersachsen aus bereits Anträge auf Patentierung gentechnischer Verfahren und Produkte gestellt?“ Die Antwort der Landesregierung auf Seite 12 lautet: „Dazu liegen der Landesregierung keine näheren Erkenntnisse vor.“ — Mein Gott noch mal, dazu muß man aber Erkenntnisse haben! Anders geht das doch gar nicht.

(Beifall bei den Grünen. — Oestmann [CDU]: Wie soll die Landesregierung in den Besitz dieser Erkenntnisse gelangen?)

Ganz besonders drängend sind die Fragen aus dem Bereich 2 nach dem Sinn, den Bedingungen und den Gefahren der Freisetzung. Es ist schon gesagt worden, daß darüber allgemein heftig gestritten wird. Im Europäischen Parlament wurde am 13. September 1988 ohne eine Gegenstimme im Rahmen des agroindustriellen Forschungsprojekts ECLAIR — das ist Ihnen sicherlich bekannt —, in dem in einem Zeitraum von vier Jahren immerhin 160 Millionen DM ausgespuckt werden sollen, ein Verbot jeglicher Freisetzung ausgesprochen. Einer war verwundert. Das war der Kommissar Narjes. Nun muß eben der Ministerrat beschließen.

Wir sind aber auch daran interessiert, daß es verbindlichere Sicherheitsrichtlinien gibt. Hamburg hat immerhin im Bundesrat und auch in der Umweltministerkonferenz dazu ein paar Fakten gesagt, die wir benötigen.

Erstens. Freisetzungen von Viren und für Menschen oder Nutztiere pathogenen Mikroorganismen und aller vermehrungsfähigen Kleinlebewesen aus dem Genlabor sollen grundsätzlich verboten werden.

Zweitens. Für alle gentechnischen Produkte muß der Nachweis der Unschädlichkeit erbracht werden.

Drittens. Alle gentechnischen Verfahren sollen genehmigungspflichtig werden.

Viertens. Man muß sich Gedanken machen, was man mit dem Biomüll, der da anfällt, macht, unter welchen Sicherheitsvorschriften man den entsorgt. Diese Sicherheitsvorschriften müssen doch dann wenigstens so sein, sagt Hamburg — ich stimme dem zu —, wie bei Experimenten auch.

Wir kommen zur Frage des Moratoriums. Einigkeit herrscht: Fünf Jahre hat die Enquete-Kom-

mission gesagt. Bedauerlicherweise gibt es da einen kleinen Pferdefuß, nämlich daß die zentrale Kommission für biologische Sicherheit Ausnahmen zulassen kann. Dieses zwölköpfige Männergremium des ZKBS grübelt nun über einen Kriterienkatalog nach, wann man der Freisetzung zustimmen könne.

In der Antwort der Landesregierung steht auf Seite 6, daß die Landesregierung zunächst gegen eine Freisetzung von genetisch veränderten Viren ist.

(Frau Langendorf [Grüne]: Viren!)

— Viren, nur Viren! — Es lägen zur Zeit überhaupt keine Anträge vor. Nun gut, in der Bundesrepublik steht die rote Petunia — das wurde schon gesagt — auf der Matte, will raus, will ins Freiland gebracht werden. Die Gefahren hat meine Kollegin bereits geschildert. Da ist doch schon der Punkt. Sollen wir hier ein Moratorium machen, oder ist das überflüssig?

Die Firmenvertreter haben beim Bundeshearing ganz klar und deutlich gesagt, Gefahren seien nicht erkennbar. Der Druck von außen sei groß. Nun ran an den Speck! — Das haben sie so natürlich nicht gesagt, sondern das habe ich gesagt.

(Heiterkeit.)

Dagegen gibt Herr Professor Heydemann zu bedenken, daß die Sicherheitsforschung doch um zehn bis 15 Jahre gegenüber dem zurückliegt, was technisch schon möglich ist. Was bedeutet das denn? Wenn wir einmal die Artenvielfalt betrachten, dann hat es vor 40 Jahren noch 77 000 Arten in Mitteleuropa gegeben. Mittlerweile sind es nur noch 65 000. Wissen Sie, was das bedeutet? Wenn sich aus der Artenvielfalt das Regulationspotential der Natur entwickelt und an irgendeiner Stelle unterbrochen wird, dann ist die Grundlage für diese Entwicklung der Natur unterbrochen. Ich will das an zwei Gefahren festmachen, die es da gibt:

Erstens. Wenn es durch gentechnische Veränderungen im Arteninventar Einbrüche im Ökosystem gibt, dann redet man von dem sogenannten Laufmascheneffekt, d. h. es wird Veränderungen an Pflanzen und in pflanzenverzehrenden Tiergesellschaften geben, und keiner weiß, wie das endet.

Zweitens. Es könnte diesen sogenannten Verdrängungseffekt geben, wenn man Pflanzen eben so resistent macht, egal wogegen, ob gegen Kälte oder sonst etwas, daß sie andere Pflanzen unwiederbringlich in diesem Freilandökosystem schädi-

gen und wegdrängen. Das sagt ja schon der Name. Das waren nur zwei Beispiele.

(Oestmann [CDU]: Aber keine überzeugenden!)

Herr Professor Saedler hat gesagt, bei Großpflanzen, so zum Beispiel der Petunia, sei das nicht so schlimm. Da könne man schiefgegangene Freilandversuche dadurch reduzieren, daß man sie sozusagen wieder einkassiert. Herr Heydemann sagt dazu, schiefgegangene Freilandversuche seien eine unkorrigierbare Tat.

(Beifall bei den Grünen. — Zustimmung von Bruns [Reinhausen] [SPD].)

Das Beispiel aus der Atomindustrie sollte uns zu denken geben. Wir haben doch wirklich Angst davor, daß wir mit diesen Halbwertszeiten nicht fertig werden. Wenn zum Beispiel ein Isotop durch Atommüll mit einer Halbwertszeit von 500 bis 1 000 Jahren auf einer Fläche ist, dann ist diese Fläche so lange radioaktiv belastet. Was machen wir denn nun, wenn da ein genetisch veränderter Mikroorganismus ist? Dann ist das nämlich fast unbegrenzt. Dann können wir nicht mehr auf die 1 000 Jahre warten; dann ist es nämlich passiert. Deswegen fordern wir, daß darüber nachgedacht wird.

Wenn wir diese gentechnische Forschung machen, dann muß zu 50 % auch das Geld für Risikoforschung ausgegeben werden.

(Beifall bei der SPD.)

Erst wenn das geschehen ist, kann freigesetzt oder darüber nachgedacht werden, mit welchen weiteren Dingen man in die Öffentlichkeit geht. Es fehlen außerdem Rechtsmittel, um bestimmte Forschungen vor der praktischen Anwendung zu schützen. Ich möchte nicht von den Risiken am Arbeitsplatz reden, die nämlich auch vorhanden sind. Es gibt einige Beispiele dafür, wie schwierig es sein wird, am Arbeitsplatz durch Arbeitsschutz, den man nicht eingegangen ist, auch eine unbeabsichtigte Freisetzung zu verhindern.

Wie verhält sich eigentlich der Bund? Es ist sehr spannend: Alle fordern ein Bundesgesetz Gentechnik, allerdings mit unterschiedlichen Motivationen. Die einen wollen das Gesetz, um schneller auf den Markt zu kommen, die anderen wollen es, um eine bessere Risikobewertung vornehmen zu können, um mehr Sicherheit zu haben oder um Genehmigungspflichten für die Arbeitsplätze und für die Produktion zu verschärfen. Das Bundeskabinett brütet seit anderthalb Jahren. Das Gesundheitsministerium und das Forschungsministerium sind mittlerweile dafür. Das

Wirtschaftsministerium — das ist äußerst pikant — verhält sich richtig innovationshemmend. Es kann sich nämlich nicht entscheiden. Oder sollte es daran liegen, daß man auf diese Weichmacherschiene EG-Harmonisierung pocht? Ich möchte es nur so in den Raum stellen. Das Landwirtschafts- und das Arbeitsministerium wollen das Gesetz an andere Gesetze angepaßt wissen. Darüber muß man nachdenken. Auf jeden Fall wird überall gedrängelt, aber die Bundesregierung merkt es nicht.

Weil zur Frage der Patentierung schon so wahn-sinnig viel gesagt worden ist, will ich dazu nur noch sagen: Wenn wir erstens an unsere bäuerlichen Familienbetriebe denken, dann werden die alle von den Patentinhabern total abhängig. Zweitens wird es eine Monopolisierung der Hochleistungsrassen geben. Drittens gibt es eine einseitige Konzentration künftiger Forschung, und die klassische Züchtung ist kaputt. Viertens gibt es einen ökonomischen Druck zu Lasten ökologischer Bedenken und Sicherheitsfragen. Fünftens wird sich die Schere — das ist ganz besonders gefährlich — zwischen industriellen Ländern und Entwicklungsländern immer weiter öffnen. Letztlich wird es weniger Information und weniger Öffentlichkeit geben; das ist bei Patentierung logisch.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, deshalb sollten wir so vorgehen, wie Novalis es gefordert hat — ich zitiere —:

„Wenn die Menschen einen Schritt vorwärts tun wollen zur Beherrschung der äußeren Natur durch die Kunst der Organisation und der Technik, dann müssen sie vorher drei Schritte der ethischen Vertiefung nach innen getan haben. Tun sie diese drei Schritte nicht vor dem ersten nach außen, so entsteht aus diesem sogenannten Fortschritt nur namenloses Unglück.“

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Beifall bei den Grünen)

Vizepräsident Bosse:

Herr Kollege Oestmann, Sie sind der nächste Redner.

Oestmann (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte ein paar Vorbemerkungen

Oestmann

machen. Frau Langendorf, ich stimme Ihnen zu, daß dieses Thema der Erörterung in diesem Hause sehr wohl bedurfte. Ich merke aber das folgende kritisch an: Wenn wir unsere Gepflogenheiten kennen — das sollte als bekannt voraussetzen sein —, dann wissen wir, daß wir uns im Plenum nur auf ganz bestimmte ausgewählte Schwerpunktthemen beschränken können. Diese Themen sollten wir nach meiner Meinung aber nicht damit einleiten, daß wir — ich sage es ein bißchen überzogen — eine Seminararbeit in einer Breite vorlegen, die in dieser Breite gar nicht angemessen behandelt werden kann. Es wird sonst über vieles so locker hinweggedacht und geredet — möglicherweise mehr gedacht als geredet oder mehr geredet als gedacht, je nachdem —, und jeder geht mit dem Gefühl hier raus, das Thema sei behandelt worden.

(Frau Langendorf [Grüne]: Das ist der Anfang!)

— Wenn Sie den Anfang wollten, dann kennen Sie dafür auch die geeigneteren Instrumente. Ich hätte Ihnen anempfohlen, uns mit einer Reduktion auf den Kern dieses Themas insgesamt nicht zu überfordern.

Sie haben ja Ihre Position markiert. Was nicht überraschen konnte, war, daß Sie eine Verbindung zu anderen besonderen Risikobereichen unserer Zeit hergestellt haben. „Kernenergie“ ist ein Stichwort. Sie haben dann, wenn ich Sie richtig verstanden habe, gesagt: In Kenntnis dieser Verbindung und der Risikoeinschätzung sehen wir keine Notwendigkeit, Gentechnologie zu betreiben. Habe ich Sie so richtig verstanden? — Ja. Dann darf ich daran die ganz lapidare Frage knüpfen, ob wir, wenn man sich diesen Standpunkt zu eigen machen würde, durch eine Enthaltensamkeit in dieser Frage die Risiken, die Sie zu Recht angesprochen haben — in der Bewertung sind wir gar nicht auseinander —, aus der Welt schaffen würden. Die bloße Tatsache, daß man diese Frage wohl uneingeschränkt mit Nein beantworten kann und das Risiko vorhanden ist, kann uns doch nicht in den Himmel der Glückseligkeit zurückführen, daß wir sagen: Wir aber beteiligen uns an diesen Dingen nicht!, sondern wir müssen das schon als eine generelle Herausforderung auch an uns begreifen. Wenn man diese zugegebenermaßen notwendigerweise etwas verkürzende Betrachtung anstellt, kann das doch nur heißen: Wir können uns hier gar nicht ausklinken, auch wenn wir das möchten, sondern wir müssen uns in der weltweiten Risikogemeinschaft mit bewähren, indem wir mit einer entsprechenden Sensibilität für die Probleme an die Dinge

herangehen, und damit auch — ich muß es jedenfalls für mich sagen — eingestehen, daß wir aus vielerlei Sachzusammenhängen und Sachzwängen heraus an der Anwendung und an der Mitwirkung bei der Gentechnologie gar nicht vorbeikommen. Damit ist eigentlich das Umfeld beschrieben.

Wenn Sie sich in der Fülle der Fragen zum Teil ein bißchen in Nebenaspekte verloren haben, habe ich das nicht zu kritisieren. Ich will ausdrücklich der Bewertung von Frau Tewes zustimmen, daß, wenn man in so sensiblen Bereichen Risiken ahnt und sie zum Teil erkennen kann — ich sage: nur zum Teil erkennen kann —, dies eine hohe Vorleistung auch im ethischen Bereich voraussetzt. Darüber besteht überhaupt kein Streit. Nur, wir können uns nicht mit Verweisungen auf eine ethische Verantwortung aus dem weltweiten Wettbewerb ausklinken.

Es ist sicherlich nachvollziehbar, daß sich die Große Anfrage der Fraktion der Grünen schwerpunktmäßig auf die Anwendung dieser Technik und Technologie im Bereich der Land- und Forstwirtschaft, also auch der Ernährung, bezieht. Es ist richtig, daß hier an allen Seilen gezerrt wird und daß die Dinge, wie Sie gesagt haben, auf den Markt drängen. Daß das Herausforderungen sind und daß uns das über dieses gentechnische Risikopotential hinaus auch im ökonomischen Bereich vor Probleme stellen wird, kann überhaupt nicht bestritten werden. Auch draußen läuft ja die Diskussion, und es wird gesagt: Um Gottes willen, so etwas können wir uns doch gar nicht ins Haus holen, weil es unsere schon vorhandenen ökonomischen Probleme noch einmal potenziert! Die Welt um uns herum besteht aber nicht aus Gruppen und Menschen, die in dieser Frage unsere Auffassung teilen. Von daher werden wir uns — ob uns das paßt oder nicht — auch diesen Herausforderungen stellen müssen.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Sollten wir nicht auf sie einwirken?)

— Natürlich sollen wir auf sie einwirken, Herr Bruns, nur nicht säuerlich moralisierend.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Aber mit einem moralischen Appell wegen der gemeinsamen Verantwortung!)

— Natürlich. Ich würde nicht so weit gehen, wie Sie möglicherweise unterstellen, daß es diese moralischen Skrupel dort nicht gibt. Wir erleben doch zur Zeit ganz hautnah die Diskussion — Herr Minister Ritz hat schon darauf hingewiesen — über die Anwendung von Hormonen in

der Tierhaltung. Man kann ja über die Amerikaner denken, was man will.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Das tun wir auch!)

Aber sie pauschal als verantwortungslose Zeitgenossen hinzustellen und sich mit dieser Frage gar nicht auseinandersetzen zu wollen, ist auch etwas zu kurz gesprungen. Von daher meine ich, da liegt die Herausforderung, der wir uns stellen müssen. Da haben wir unsere Begabung im Moralisch-Ethischen sehr wohl mit einzubringen. Aber die Bemerkung: „Wir halten das insgesamt für so risikobehaftet und sehen im Ergebnis auch gar keine Notwendigkeit, diese Dinge anzuwenden!“ ist, verzeihen Sie, wirklich Wolkenkuckucksheim.

(Zuruf von Frau Langendorf [Grüne].)

— Frau Langendorf, die Welt hat sich doch, wenn ich das so pauschal sagen darf, in der Vergangenheit über eine Fülle von Einzelrisiken bewegt. Ich will damit gar nichts einebnen und nicht den Eindruck erwecken, als sei dies ein Risiko wie jedes andere. Eine gewisse Potenzierung ist schon vorhanden. Deshalb sind die Vorbehalte durchaus begründet.

Frau Tewes, Sie haben die Initiative im Europäischen Parlament angesprochen. Ich muß mich jetzt auf ein paar Dinge beschränken. Deshalb kann ich darauf, so interessant ich das finde, nicht weiter eingehen. Ich möchte einmal, da derjenige, der diesen Begriff immer im Mund hat, oft gar nicht reflektiert, was „Gentechnologie“ eigentlich ist, kurz darauf eingehen; verzeihen Sie, ich möchte nicht belehrend wirken. Man versteht darunter ein Verfahren zur Isolierung genetischen Materials zur Bildung neuer Kombinationen und zur Wiedereinführung und Vermehrung der neu kombinierten Nukleinsäuren in eventuell neuer und unnatürlicher Umgebung. Da kommen genau die Fragen zur Freisetzung, die hier schon beschrieben worden sind. Daß hiermit bzw. mit der Umschreibung der Gentechnologie Chancen und Gefahren verbunden sind, versteht sich von selbst. Übrigens sind wir uns dessen sehr wohl bewußt. Schließlich war das auch der Hintergrund für die Initiative der Landesregierung zur Änderung des Grundgesetzes mit dem Ziel, die Zuständigkeit für Gesetze zur künstlichen Befruchtung und zu gentechnischen Verfahren beim Menschen ausschließlich dem Bund zu übertragen. Damit sollte verhindert werden, daß es in der Bundesrepublik zu einer Rechtszersplitterung kommt, die eine umfassende Gesetzgebung zu einem späteren Zeitpunkt nicht mehr zuläßt oder zumindest erheblich er-

schwert. Natürlich dürfen wir hierbei nicht stehenbleiben, sondern müssen der Gentechnologie Grenzen setzen, um Leben, Gesundheit, Menschenwürde und die Integrität des Menschen zu schützen.

Diese Klarstellung macht aber auch deutlich, daß wir Gentechnik nicht rundherum ablehnen, zumal uns in der Landwirtschaft — damit komme ich auf den Bezug zu Ihrer Großen Anfrage zu sprechen — durchaus auch Chancen daraus erwachsen. Wer eine Vorstellung davon hat, wie vor einigen Jahren noch durch langwierige Selektionszüchtungen bestimmte Eigenschaften herausgefiltert wurden, kann sich eine Vorstellung davon machen, welch ein großer Aufwand zum Vorhalten der Paarungslinien vonnöten war, um das gewünschte Ziel zu erreichen. Die gewünschte Genkombination auf dem klassischen Wege der Züchtung zu erreichen war eher ein Zufall, während wir heute mit den gentechnischen Verfahren auf ein — z. B. für die Resistenz gegenüber bestimmten Krankheitserregern — interessantes Gen hinarbeiten können, die Risiken immer im Hinterkopf, aber auch die Möglichkeiten. Dies eröffnet nämlich die Möglichkeit, auch Dinge einzuschränken. Einschränken heißt auch, Kosten zu sparen, und heißt auch, aus vielen leidvollen Erfahrungen gewachsen, umweltschonender wirtschaften zu können. Ich meine, daß diese Zielrichtung, die Erhöhung der Krankheitsresistenz im weiteren Sinne, auch zur Qualitätsverbesserung beiträgt.

(Bruns [Emden] [SPD]: Sie reden jetzt wahrscheinlich von Tieren?)

— Nein, von Pflanzen. Schönen Dank für den Hinweis, Herr Bruns; ich war vorher beim Menschen.

Auch auf diesem Sektor ergeben sich viele Möglichkeiten, um beispielsweise mit weniger Konservierungsmitteln eine längere Haltbarkeitsdauer zu erzielen. Dies fördert insgesamt die Qualität der Produkte oder — ich will es vorsichtig sagen — kann sie fördern, macht sie wettbewerbsfähiger im internationalen Wettbewerb mit relativ hohem Standard.

(Bruns [Emden] [SPD]: Herr Oestmann, darf ich eine Frage stellen?)

— Bitte schön, Herr Bruns!

Bruns (Emden) (SPD):

Warum meinen Sie, daß wir das alles haben müssen?

Oestmann

Oestmann (CDU):

Herr Bruns, ich will meine persönliche Bewertung dazu vornehmen. Ich persönlich bin kein Fortschrittsfetischist, aber ich bin Realist. Noch bin ich der Meinung, daß der Mensch global versuchen wird, alles zu machen, was er kann. Er wird in Verfolg dieses Strebens auch schrecklich vieles, vom eigentlich Elementaren her betrachtet, Unnützes für sich schaffen,

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Unnützes geht ja noch!)

auch schon ins Ungleichgewicht zwischen Nutzen, Unnutz und Risiko kommen.

(Mönninghoff [Grüne]: Und was ist Aufgabe der Politik?)

— Darüber reden wir ja hier. Wir haben vorhin kontrovers über die Frage diskutiert, ob wir in diesem Moment, wenn wir darüber reden, das geeignete Instrument dafür haben. Reden nützt nichts, Herr Mönninghoff, es muß entschieden werden. Aber entschieden werden muß auf der Grundlage eines möglichst breiten Konsenses. Es ist in der Politik gelegentlich hilfreich, wenn nicht alles mit Hauen und Stechen gehen muß.

Auf die Frage von Herrn Bruns kann ich nur sagen: Ich glaube nicht daran, daß es zu einer Beschränkung in der Entwicklung kommt, indem man sagt: Vernünftigerweise haben wir eigentlich jetzt genug.

(Bruns [Emden] [SPD]: Was würden Sie denn wünschen, Herr Oestmann, wenn Sie sich durchsetzen könnten?)

— Ich bin eigentlich schon zufrieden mit dem, was da ist, wenn ich das einmal so primitiv sagen darf. — Aber ich weiß, daß uns unsere Welt in fünf oder zehn Jahren

(Herbst [CDU]: Neugierde!)

— Stichwort „Neugierde“, aber auch anderes — Dinge anbieten wird, die wir dann auch machen werden, die wir heute noch nicht kennen, die wir dann aber wieder als selbstverständlich hinnehmen werden. Ich sehe aber, wenn Sie so wollen, auch kein praktikables Instrument, um mit administrativen Mitteln diese Entwicklung generell zu stoppen.

Ich muß zum Schluß kommen, meine Damen und Herren. Sonst würde ich gern noch etwas näher darauf eingehen.

Vizepräsident Bosse:

Herr Oestmann, der Kollege Fischer möchte Sie etwas fragen.

Oestmann (CDU):

Womit habe ich das verdient, Herr Fischer?

(Heiterkeit.)

Fischer (Buxtehude) (FDP):

Herr Oestmann, teilen Sie meine Auffassung — vielleicht sind wir darin ja einer Meinung —, daß es gerade in diesem Bereich eine ethisch-moralisch begründete Grenze gibt, die wir sehr deutlich machen müssen, und daß wir aus diesen Vorstellungen heraus neue Überlegungen anstellen müssen?

(Frau Tewes [SPD]: Auch die der Selbstbeschränkung!)

Oestmann (CDU):

Einverstanden. Wir können diese ethisch-moralischen Grenzen aber doch nur in einem — sagen wir einmal — möglichst breiten Konsens bestimmen wollen.

(Mönninghoff [Grüne]: Sie müssen sie konkret bestimmen und dürfen nicht abwiegeln! — Weitere Zurufe.)

— Ich wiegele — aus Ihrem Verständnis vielleicht — nur insoweit ab, als ich sage, daß ich die Position, die Frau Langendorf für ihre Fraktion hier markiert hat, in der Tat für unrealistisch und auch nicht für mehrheitsfähig halte.

(Frau Langendorf [Grüne] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

— Verzeihen Sie, jetzt lasse ich keine Fragen mehr zu. — Täuschen wir uns also nicht! Insgesamt sehe ich in den gentechnologischen Methoden keine entscheidenden Beiträge zur Lösung der derzeitigen agrarpolitischen Probleme. Das war mein Gedanke vorhin. Eher gehe ich davon aus, daß diese Verfahren, soweit sie primär nur eine Leistungssteigerung zur Folge haben, angesichts unserer Überschussituation die Problemlage in bestimmten Bereichen noch verschärfen. Nur das ist wiederum kein hinreichender Ablehnungsgrund, um — ich sage das einmal so — die Entwicklung verbieten zu wollen.

Der Minister hat in seiner Antwort auf die Große Anfrage zum Beispiel hervorgehoben, daß in der Anwendung von BST auch kein Ansatz zur Lösung der agrarpolitischen Probleme gesehen wird. Die Agrarministerkonferenz lehnt vielmehr eine Zulassung deutlich ab. Ob sie sich damit aber auf Dauer durchsetzen wird, bleibt abzuwarten. Wir

stehen in einem internationalen Wettbewerb, den wir mit unserer eigenen Position beeinflussen müssen, nicht indem wir unreflektiert auf Fortschritt setzen, sondern indem wir, wie wir wohl einvernehmlich sagen können, diese ethisch-moralische Grenze sehen und fixieren. Aber wir werden diese Grenze nur realisieren können, wenn wir — ich sage das einmal so pathetisch — die Menschheit insgesamt davon überzeugen können. Daran sind zur Zeit leider erhebliche Zweifel geboten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU. — Frau Tewes [SPD]:
Aber das ist unsere Aufgabe!)

— Einverstanden.

Vizepräsident Bosse:

Der Kollege Dr. Hruska ist der nächste Redner.

Dr. Hruska (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Gentechnologie bietet uns die Möglichkeit, in kürzerer Zeit und in einer größeren Variationsbreite das zu erreichen, was der Mensch mit der Züchtung zu seinem eigenen Nutzen schon seit Tausenden von Jahren versucht.

(Schörshusen [Grüne]: Das ist eine sehr vereinfachende Auffassung!)

— Herr Oestmann hat schon darauf hingewiesen, daß wir bei der Fülle von Problemen, die Sie in Ihrer Großen Anfrage aufgeworfen haben, im Rahmen der Besprechung notwendigerweise gezwungen sind, das alles ein wenig vereinfachend darzustellen. Das haben Sie durch die Art, die Sie gewählt haben, selbst herausgefordert. — Die Gentechnologie bietet die Möglichkeiten, die die Züchtung bisher geboten hat, aber eben schneller und mit einer größeren Variationsbreite. Es gibt auf diesem Gebiet keine anderen Vorgänge als die, die auch in der Natur selbst durch Mutationen und ähnliches entstehen können.

(Zuruf von Frau Deppe [Grüne].)

Das heißt — das gebe ich ja zu —, daß hier etwas auf eine kurze Zeit konzentriert wird.

(Frau Tewes [SPD]: Das ist die Gefahr!)

Es wird konzentriert mit größeren Risiken — das ist alles richtig —, aber das sind praktisch Vorgänge, die auch sonst in der Natur so ablaufen können. Da der Mensch nun die Kräfte, die sonst in der Natur wirken, von sich aus zu steuern versucht, hat er natürlich auch die Verpflichtung, der moralisch-ethischen Verantwortung gerecht zu werden.

Dabei gehe ich allerdings nicht so weit zu sagen, daß der Mensch die Gentechnologie nicht menschenorientiert zu seinem Nutzen anwenden darf, so, wie er das bei der Züchtung ja auch immer menschenorientiert zu seinem Nutzen getan hat, und zwar nicht nur menschenorientiert, sondern durchaus auch im individuellen Interesse. Wenn Sie einmal im Alten Testament nachlesen, wie Jakob seinen Schwiegervater mit den schwarzen, weißen und gefleckten Schafen um einige hundert Schafe betrogen hat, wie man das vielleicht nennen könnte, dann ist dies schon praktisch Züchtung im eigenen Interesse gewesen. Das ist seit Jakobs Zeiten so gewesen, und man wird es wahrscheinlich auch bei dem modernen Menschen nicht herausbekommen, daß solche Genmanipulationen oder Züchtungserfolge für den eigenen Nutzen verwendet werden. Darin sehe ich aus ethischer Sicht nichts Verwerfliches. Solange der Mensch die Natur in dem Maße für sich gebraucht, wie er versucht, sie für die nachfolgenden Generationen und allgemein in ihrem Bestand zu erhalten, besteht aus ethischer Sicht durchaus ein zu rechtfertigendes Interesse des Menschen, so zu verfahren. Hinzu kommt, daß durch die Nutzung der Gentechnologie möglicherweise an vielen Stellen beides einfacher und schneller miteinander verbunden werden kann, nämlich die Natur zu nutzen, ohne sie zu schädigen, aber auch im Bereich des Naturhaushalts andere, viel stärker schädigende Dinge zu vermeiden und damit die Natur zu schützen.

Ich habe möchte aber noch folgendes sagen: Wir werden in der Zukunft nicht ohne Gentechnologie und ohne daß wir uns darüber Gedanken machen, weiterarbeiten können. Herr Oestmann hat gesagt, er ist mit dem zufrieden, was heute ist. Ich glaube, unabhängig davon, ob der eine oder andere damit zufrieden ist oder nicht, wird sich das weiterentwickeln. Wir sind allerdings verpflichtet, die mit dem größeren Nutzen korrelierenden größeren Risiken zu beachten. Das ist für uns eine wichtige Aufgabe, die im Rahmen der Besprechung dieser Großen Anfrage zu betonen ist.

(Zustimmung von Fischer [Buxtehude] [FDP].)

Die Übertragung antibiotikaresistenter Gene bei der Petunie ist aber auch nur ein Beispiel dafür, was in der Natur auch durch andere Entwicklungen immer wieder deutlich wird. Vor allem bei den Lebewesen, die sich in schneller Generationenfolge entwickeln, entstehen antibiotikaresistente Formen. Dieses Wissen zu nutzen, aber

Dr. Hruska

gleichzeitig die Risiken einzuschränken, muß unsere Aufgabe sein.

Wer ein absolutes Nein sagt, läuft auch Gefahr, sich mit den Risiken nicht genügend zu beschäftigen. Deswegen meine ich: Für uns wird es kein absolutes Nein geben. Für uns wird es darum gehen, unter ethischen Maßstäben die Gentechnologie zum Nutzen für den Menschen, aber auch zum Nutzen der Natur weiterzuentwickeln, aber bei dieser Weiterentwicklung stärker die Risiken zu sehen und nicht nur optimistisch allein auf den Nutzen zu achten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsident Bosse:

Frau Kollegin Langendorf, Sie haben noch einmal das Wort. Die Redezeit, die Ihnen zur Verfügung steht, ist Ihnen bekannt.

Frau Langendorf (Grüne):

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Zunächst möchte ich mich für den Nachhilfeunterricht, wie wir Anfragen zu formulieren haben, bedanken. Dies ist aber nur symptomatisch für die Flachheit dieser Debatte. Ich kann nur sagen: Offensichtlich sind wir mit unserer Anfrage richtig gekommen, weil sich sehr viele in diesem Parlament offensichtlich noch nicht mit der Dimension dieser Problematik beschäftigt haben.

Was den Fragenumfang betrifft: Ich hätte es auch gern kürzer gehabt. Auf der anderen Seite sind die Fragen orientiert an den massiven politischen Problemen, die im Augenblick anstehen und zu denen wir uns hier eine Meinung bilden müssen.

(Beifall bei den Grünen.)

In dieser Debatte ist auch bestätigt worden, daß es einen massiven ökonomischen Druck gibt, mit der Gentechnologie endlich auf den Markt zu kommen; von allen möglichen Interessengruppen wird geschoben und gedrückt. Folglich war eine derartige Behandlung notwendig.

Ich bin im Rahmen dieser Debatte auch in meiner Einschätzung bestätigt worden, daß eigentlich keine Notwendigkeit besteht. Ich kann mich nicht erinnern, daß hier ein einziger Fall genannt worden ist, in dem ganz dringend der Einsatz der Gentechnologie in der Landwirtschaft benötigt wird. Wenn mit der Krankheitsresistenz argumentiert wird — als Beispiel wird immer der Mehltaubefall beim Getreide, eine Pilzerkrankung, genannt —, kann ich nur sagen, daß es auch andere Methoden gibt, den Krankheitsdruck zu verringern: Wenn Getreidefelder weni-

ger dicht besät würden, das Getreide also nicht so eng stehen würde, wäre der Mehltaubefall erheblich geringer.

(Oestmann [CDU]: Geringer, aber mehr auch nicht!)

— Wir haben trotzdem noch Getreideüberschüsse. Offensichtlich scheint es also nichts auszumachen.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Mit Fruchtfolgen kann man auch noch etwas erreichen!)

— Mit Fruchtfolgen auch.

Jetzt noch eine Anmerkung zum Kollegen Dr. Hruska, der gesagt hat, daß es sich hierbei eigentlich nur um eine Fortsetzung der Züchtung handelt. Ich möchte auf ein Problem hinweisen, das wir ebenfalls in der Anfrage angesprochen haben. Der Einsatz der Gentechnologie führt auch zu einer massiven Verringerung des genetischen Potentials. Sie sind Tierarzt, Sie kennen sich da sehr gut aus: Im Rahmen der Züchtung ist in den letzten Jahren folgendes gemacht worden — Stichwort Rinderhaltung —: Bullen werden nicht mehr auf dem Dorf gehalten, sondern es sind Besamungsbullen eingesetzt worden; von einem Bullen werden zehntausend Kühe besamt. Durch den Einsatz der Gentechnologie, nämlich durch Embryotransfer usw., verringert sich auch das genetische Potential der Mutter: Indem von einer Kuh und einem Bullen plötzlich zig Nachkommen erzeugt werden und andere Kühe, die nicht die Milchhochleistung erbringen, dafür aber krankheitsresistenter sind, möglicherweise nicht mehr nachgezüchtet werden, geht das genetische Potential verloren. Von daher handelt es sich nicht um eine Fortsetzung der Züchtung, sondern um einen ganz massiven Sprung.

(Beifall bei den Grünen.)

Noch einmal zu der Frage, ob wir die Genmanipulation überhaupt brauchen. Ich habe der Debatte entnommen, daß gesagt wird, wir wissen zwar noch nicht, wozu das alles gut ist, aber die Welt dreht sich, es geht irgendwie weiter, also tun wir es. Ansatzweise sind die ethisch-moralischen Aspekte angesprochen worden. Dies ist aber auf sehr lockere Weise behandelt worden. Sehr viele Redner im Rahmen dieser Debatte betrachten sich doch als aktive Christen, und außerdem sind wir hier politische Entscheidungsträger! Wenn wir der Meinung sind, daß dies in einen ethisch-moralischen Bereich hineingeht, müssen wir alle, die wir hier sitzen, in der Öffentlichkeit

massiv die Frage aufwerfen: Dürfen wir Gott spielen?; denn nichts anderes tun wir damit.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Vizepräsident Bosse:

Meine Damen und Herren Abgeordneten, weitere Wortmeldungen zur Großen Anfrage der Fraktion der Grünen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Besprechung und stelle fest, daß die Große Anfrage damit erledigt ist.

Wir beginnen jetzt mit der Mittagspause. Sie dauert heute bis 14 Uhr. Die Beratungen werden danach mit der Besprechung der Tagesordnungspunkte 17 und 18 fortgesetzt.

Ich möchte Sie noch darauf hinweisen, daß um 12.30 Uhr das Jugendblasorchester aus Holon in Israel im Foyer des Landtags spielt und um 13.30 Uhr der National Chor RINAT Lieder zum besten gibt. Ich wäre dankbar, wenn Sie den Darbietungen der beiden Gruppen Ihre Aufmerksamkeit schenken.

Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 12.31 Uhr.

Wiederbeginn: 14.18 Uhr.

Vizepräsident Ravens:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die Beratungen mit Verspätung fort. Ich habe Ihr Einverständnis vorausgesetzt und die Mittagspause verlängert,

(Beifall)

weil wir heute mittag Gäste hatten. Der israelische National Chor RINAT war unser Gast. Wir sollten auch an dieser Stelle noch einmal sagen, daß es eine großartige Sache ist, wenn Menschen aus Israel in Chören und Kapellen sowie als Sprecher in dieser Woche in Niedersachsen sind, um mit uns zusammen die Israel-Woche zu feiern. Ich fand schon, daß es wert war, ein bißchen länger zugehört zu haben. Selten hört man so harmonische Töne im Landtag.

(Beifall.)

Die Zeit der Harmonie ist aber jetzt wohl vorbei; denn nun wird es sicherlich disharmonischer werden. Vielleicht aber hat der Chor ein wenig zu einem Harmoniebedürfnis heute nachmittag beitragen.

(Rippich [SPD]: Ja, die Redner sollen singen! — Heiterkeit.)

Der Dirigent, Herr Sperber, hat mich gebeten, Ihnen noch einmal ganz herzlich für die Gelegen-

heit zu danken, hier zu singen. Der Chor hat es wohl verstanden, daß wir unsere Mittagspause verlängert haben, d. h. unsere Beratungen zurückgestellt haben, um ihm zuzuhören. Es hat sich auch gelohnt.

Nun kommen wir wieder zu unserer Tagesordnung. Vereinbarungsgemäß rufe ich die Punkte 17 und 18 gemeinsam auf:

Erste Beratung: Eindämmung von Geldspielgeräten mit Gewinnmöglichkeit in Spielhallen — Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP — Drs 11/2914

Erste Beratung: Spielhallen — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 11/3016

Für die Beratung dieser Anträge stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 45 Minuten zur Verfügung. Die Einbringung kann je Antrag bis zu fünf Minuten dauern. In der Beratung stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zu: der CDU und der SPD jeweils bis zu zehn Minuten, den Grünen und der FDP jeweils bis zu fünf Minuten. — Zunächst hat Herr Graetsch das Wort.

Graetsch (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die steigende Zahl der Spielhallen in den Zentren unserer Städte hat sowohl aus städtebaulichen als auch aus sozialpolitischen Gründen heraus ein bedenkliches Ausmaß erreicht. Kommunale Parlamente, Landtage und der Bundestag haben sich mit diesem Problem in der Vergangenheit bereits des öfteren beschäftigt. Wir müssen dabei wohl erkennen, daß die Novellierung der Spielverordnung aus dem Jahre 1985 nicht die Wirkung erreicht hat, die wir uns damals erhofft haben. Untersuchungen des Deutschen Instituts für Urbanistik zufolge hat trotz dieser Novellierung seit 1985 die Zahl der Konzessionen für Spielhallen weiter deutlich zugenommen. Wir müssen daher insbesondere die Gemeinden bei der Eindämmung dieser — man könnte schon sagen — Flut von Spielhallen unterstützen.

(Zustimmung von Fischer [Buxtehude] [FDP].)

Die vorhandenen baurechtlichen Möglichkeiten der Gemeinden sind weitestgehend ausgeschöpft, insbesondere das Städtebaurecht und die Veränderungssperre. Daher ist eine weitere Verbesserung der städtebaurechtlichen Instrumente notwendig. Der Zeitpunkt, dieses zu verwirklichen,

Graetsch

ist günstig; denn die Novellierung der Baunutzungsverordnung steht ohnehin an.

Ein weiterer Punkt ist die Erfassung der Umsätze bei Geldspielgeräten mit Gewinnmöglichkeit. Hier ist die Einführung einer Zählwerkspflicht aus unserer Sicht heraus dringend geboten;

(Zustimmung von Fischer [Buxtehude] [FDP])

denn auch der Bundesgerichtshof hat bereits in mehreren Urteilen zu verstehen gegeben, daß der bisher pauschal angenommene Faktor 1,5 als umsatzsteuerliche Bemessungsgrundlage zu niedrig sei. Darüber hinaus ist es aus unserer Sicht notwendig, bei den Geldspielgeräten mit Gewinnmöglichkeit die Spielanreize, d. h. die Risiko- und Sonderspiele, zu verringern, um den Geldeinsatz derjenigen, die dort spielen, in Grenzen zu halten, damit sie nicht innerhalb kürzester Frist zu sehr hohen Geldverlusten kommen, die dann mit Sicherheit bei vielen derjenigen, die regelmäßig Spielhallen aufsuchen, zu Folgeproblemen führen.

Unser Antrag beschränkt sich zunächst einmal auf die Spielhallen als solche, d. h. auf die Aufstellung der Geräte, und auf die städtebaulichen Gesichtspunkte. Sicherlich müssen wir erkennen, daß in der Folge der Spielhallen auch sozialpolitisch einiges an Problemen ansteht, insbesondere die Frage, inwieweit Spielsucht tatsächlich als Krankheit zu verstehen ist. Dies ist in der Bundesrepublik im Gegensatz zu den USA nach wie vor strittig. Die Spielsucht wird nicht wie Alkohol oder andere Suchtkrankheiten anerkannt. Ich glaube, daß wir in diesem Problemfeld dem sozialpolitischen Bereich verstärkt Aufmerksamkeit schenken müssen. Wir werden sicherlich auch über die Frage der Definition von Sucht nachdenken müssen. Dies ist aber ein anderer Gesichtspunkt als der, dem wir zunächst in diesem Antrag im Vorfeld Rechnung tragen wollen.

(Adam [SPD]: Sehr wichtig!)

Als viertes haben wir in unseren Antrag die Frage der Altunternehmen aufgenommen. Diesen ist eine Übergangsfrist für die Anpassung an die Spielverordnung von 1985 bis zum Jahre 1996 gewährt worden. Unserer Meinung nach ist dieser Zeitraum viel zu lang. Wir meinen, daß ab 1991 der Übergang vollzogen sein müßte. Ein solch langer Anpassungszeitraum entspricht nicht unserer Vorstellung, die Zahl der Spielhallen nicht weiter auszudehnen. Ferner wollen wir die Mög-

lichkeiten für Eingriffe der Kommunen verstärken, damit die Zuwächse begrenzt werden.

(Zustimmung von Fischer [Buxtehude] [FDP].)

Im wesentlichen für diese vier Punkte erhoffen wir uns eine Bundesratsinitiative des Landes Niedersachsen. Diese vier Punkte sind bereits von anderen Länderparlamenten in unterschiedlicher Form aufgegriffen worden. Wir erhoffen uns davon, daß in diesen Punkten auf Bundesebene eine Neuregelung erfolgt bzw. daß bestehende Gesetze verändert werden, um damit dazu beizutragen, zukünftig die kommerziellen Anreize zur Einrichtung von Spielhallen zu verringern und letztlich damit sowohl städtebaulichen als auch sozialpolitischen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen.

Wir haben im Ausschuß Gelegenheit, die vier Grundforderungen, die wir gestellt haben, zu diskutieren. Ich hoffe, daß es uns gelingen wird, in möglichst großer Einmütigkeit eine Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Herr Kollege Graetsch. — Ich erteile jetzt das Wort dem Kollegen Bartling.

Bartling (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zur Begriffsdefinition: Es geht nicht um Spielbanken, sondern es geht um Spielhallen. Dem Wunsch des Herrn Präsidenten, heute nachmittag ein bißchen Harmonie walten zu lassen, will ich insoweit gerne nachkommen, als die Zielrichtung beider Anträge die gleiche ist. Ob wir in vielen Einzelheiten übereinstimmen, müssen die Ausschußberatungen zeigen. Ich glaube aber, heute kann man da eine Fülle von Übereinstimmung feststellen.

Die Spielautomatenbranche hat aus unserer Sicht in den vergangenen Jahren eine Entwicklung genommen, die kaum vorhersehbar war. Die Automatenbranche hat Teile unserer Innenstädte verändert. Das gilt nicht nur für die großen Zentren, das gilt auch für die Mittelzentren bis hin zu den Kleinstädten.

(Frau Schneider [Berenbostel] [FDP]: Bis auf die Dörfer!)

Wenn Sie sich einmal die Stadtsanierungsgebiete in förmlich festgelegten Sanierungsgebieten anse-

hen, für die es in vielen Fällen kaum Bebauungspläne gibt, gelingt es uns in der Regel nicht, Spielhallen zu verhindern, wenn dort ein Unternehmer eine Spielhalle einrichten will.

Die gegenwärtige Gesetzeslage ermöglicht weder eine korrekte Erfassung der Umsätze von Geldspielgeräten noch der tatsächlichen Gewinne der Branche. Den schwarzen Schafen in dieser Branche, den Steuerhinterziehern, werden durch diese unzureichende Gesetzeslage Tür und Tor geöffnet. So ist in diesem Jahr in Hannover ein Automatenaufsteller zu einer hohen Strafe verurteilt worden. In diesem Verfahren hat sich aber herausgestellt, daß möglicherweise nur ein Teil der tatsächlich hinterzogenen Steuern festgestellt werden konnte. Es ist daher unverzichtbar, daß die Umsätze von Geldspielgeräten durch nicht manipulierbare Zählwerke korrekt erfaßt werden. Nur so kann die Umsatzsteuer in der gesetzlich vorgeschriebenen Höhe erhoben werden. Das ist nicht nur ein Gebot der Steuergerechtigkeit, sondern das kommt letztlich auch dem Haushalt des Landes Niedersachsen zugute.

Für die Gemeinden ist — ich erwähnte das schon — eine sichere Bemessungsgrundlage für die Erhebung der Vergnügungssteuer von besonderer Bedeutung. Seit Jahren ist zu beobachten, daß die Automatenaufsteller gegen Erhöhungen der Vergnügungssteuer für Spielgeräte vor den Verwaltungsgerichten klagen. Diese Klagen haben zwar in der Regel keinen Erfolg, führen aber im Ergebnis dazu, daß Gemeinden vor dem Ausgang eines Musterprozesses mit weiteren Erhöhungen der Vergnügungssteuer äußerst zurückhaltend verfahren. Das ist nur allzu verständlich.

Das Verfahren, Vergnügungssteuern für Geldspielgeräte als Gerätesteuer zu erheben, um lediglich zwischen dem Standort eines solchen Gerätes in einer Gaststätte oder einer Spielhalle zu differenzieren, kann auf Dauer nicht als sachgerecht angesehen werden. Je nach Standort kann es zu sehr unterschiedlichen Bruttospielerträgen der einzelnen Automaten kommen. Das muß zur Wahrung der Steuergerechtigkeit auch bei der Bemessung der Vergnügungssteuer berücksichtigt werden. Deshalb ist es aus unserer Sicht unvermeidlich, daß auch die Bruttospielerträge von Zählwerken erfaßt werden.

Des weiteren sind wir der Auffassung, daß durch die Einführung von Risikospielen bzw. Sonderspielen die Grenzziehung zwischen Geldspielgeräten in Spielhallen und Geldspielautomaten in Spielkasinos immer weiter verwischt worden ist. Eine Eindämmung der immer weiter um sich

greifenden Spielsucht ist kaum vorstellbar, wenn man nicht bei der Begrenzung des an einem Gerät verspielbaren Geldes anfängt.

Dieses Problem hat — Herr Graetsch hat das schon erwähnt — längst nicht nur die Dimensionen, die ich bisher angerissen und in den Vordergrund meiner Argumentation gestellt habe. Wir dürfen nicht vergessen — darüber gibt es heute eigentlich kaum einen Zweifel —, daß Spielhallen schwerwiegende Gefahren vor allem für Jugendliche oder labile Spieler befürchten lassen.

(Beifall bei der SPD.)

Das Vielspielen kann für den einzelnen schädliche pathologische Auswirkungen nach sich ziehen. Um diese Gefahren zumindest eindämmen zu können, müssen wir uns allerdings auch — das ist schon angedeutet worden — dem geltenden Baurecht zuwenden. Das geltende Baurecht ist auf die für die Städte und Gemeinden mit der Ausbreitung von Spielhallen entstandenen Probleme nicht zugeschnitten. Es muß daher sichergestellt werden, daß der Betrieb von Spielhallen nur dort möglich ist, wo er von den Gemeinden ausdrücklich zugelassen worden ist. Es ist den Gemeinden schlechterdings nicht zuzumuten, ihr gesamtes Stadtgebiet zu überplanen, um der Ausbreitung von Spielhallen entgegenzutreten. Ich habe Ihnen das an dem Beispiel der Sanierungsgebiete schon erläutert.

Wir sind der Meinung, daß dieses Problem bundesweit geregelt werden sollte. Sollte es sich herausstellen, daß dies nicht möglich ist, müssen wir darüber nachdenken, ob wir wieder ein niedersächsisches Vergnügungssteuergesetz brauchen, um wenigstens die Einführung von Zählwerken zur exakten Bemessung der Vergnügungssteuer zu ermöglichen. Denkbar wäre in diesem Zusammenhang auch eine Änderung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes.

An die Vertreter der Koalitionsfraktionen appelliere ich, unseren Antrag zu unterstützen. Der von Ihnen eingebrachte Antrag führt — so hat es zumindest den Anschein — im Ergebnis allenfalls dazu, daß durch einen Entschließungsantrag im Bundesrat in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, daß unverzüglich gehandelt werden wird. Passieren wird voraussichtlich unter dem Druck der Automatenlobby wieder nichts. In einem Gesetzgebungsverfahren wird sich herausstellen, wer tatsächlich bereit ist, dieses Problem zu lösen, statt — so hat es manchmal den Anschein — Sonntagsreden zu halten und alles beim alten zu belassen.

Bartling

Ich möchte noch hinzufügen, meine Damen und Herren, daß wir dies nur als einen Einstieg in die Problematik betrachten. Ich habe hier nichts über Spiele oder Geräte gesagt, mit denen Gewalttätigkeiten gegen Menschen dargestellt werden oder die eine Verherrlichung oder Verharmlosung des Krieges zum Gegenstand haben. Auch dies wird ein Thema sein, das wir im Ausschuß mit zu beraten haben.

(Zustimmung bei der SPD.)

Aus all diesen Gründen schlage ich Ihnen vor, daß wir den Antrag zur federführenden Beratung an den Ausschuß für innere Verwaltung überweisen, aber zur Mitberatung an drei weitere Ausschüsse, nämlich an den Ausschuß für Jugend und Sport, an den Ausschuß für Sozial- und Gesundheitswesen und an den Ausschuß für Haushalt und Finanzen.

(Zustimmung bei der SPD.)

Vizepräsident Ravens:

Danke, Herr Kollege Bartling. Habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie eine Änderung des Vorschlags zur Ausschußüberweisung beantragt haben?

(Bartling [SPD]: So ist es!)

Ich werde zu gegebener Zeit darüber abstimmen lassen. — Herr Minister, Sie haben nunmehr das Wort.

Hirche, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Vorab will ich zu dem Thema Ausschußüberweisung — das entscheidet natürlich der Landtag — darauf aufmerksam machen, daß nicht zufällig von seiten der Landesregierung der Wirtschaftsminister dazu Stellung nimmt. Ich hätte die Bitte, daß Sie, ungeachtet der Frage, welcher Ausschuß die Federführung hat, überlegen, ob dieser Gesichtspunkt auch hinsichtlich der parlamentarischen Einordnung Berücksichtigung finden könnte.

Meine Damen und Herren! Zur allgemeinen Situation und zur Problemlage ist von dem Vorredner bei der Einbringung schon etwas gesagt worden. Deswegen möchte ich mich auf die rechtlichen Probleme konzentrieren, ohne im einzelnen noch einmal in die Analyse hineinzugehen. Die Zahl der Spielhallen und Geldspielgeräte ist seit Änderung der Spielverordnung im Dezember 1985 nicht zurückgegangen, sondern hat bundesweit weiter zugenommen. Deshalb werden von allen Seiten zusätzliche Maßnahmen gefordert,

die geeignet sind, den Spielhallenboom einzudämmen. Sie wissen, daß sich das Automatengewerbe gegen diese Forderung wehrt. Es beruft sich auf die Gewerbefreiheit. Ferner weist es darauf hin, daß im Produktionsbereich, aber auch bei den Händlern und Aufstellern Arbeitsplätze verlorengehen könnten.

Die Landesregierung begrüßt die beabsichtigte Diskussion im Landtag zur Klärung der vielen offenen Fragen. Lassen Sie mich deshalb sofort auf die einzelnen Punkte der beiden Entschließungsanträge eingehen.

Erstens. Soweit die Landesregierung aufgefordert wird, im Bundesrat eine Gesetzesinitiative mit dem Ziel zu ergreifen, durch eine Novellierung des Baurechts sicherzustellen, daß Spielhallen nur dort betrieben werden, wo ihre Einrichtung ausdrücklich zugelassen worden ist, ist auf folgendes hinzuweisen: Das Baugesetzbuch ist am 1. Juli 1987 in Kraft getreten. Anlässlich der Beratung des Baugesetzbuches haben Bundesregierung und Bundestag auf die Erforderlichkeit einer umfassenden Überprüfung und Gesamtnovellierung der Baunutzungsverordnung hingewiesen. Dies steht nunmehr an. Die Baunutzungsverordnung ist wesentliche Grundlage für die Ausweisung von Bauflächen und Baugebieten in Bauleitplänen der Gemeinden. Sie regelt die Zulässigkeit von Vorhaben in den Baugebieten. Eine zur Vorbereitung der Verordnungsnovelle eingesetzte Arbeitsgruppe hat sich auch mit der Spielhallenproblematik auseinandergesetzt. Sie schlägt vor, daß die Zulässigkeit von Vergnügungsstätten jeder Art einheitlich geregelt werden soll. Vergnügungsstätten sollen nur in Kerngebieten allgemein zulässig sein, in Gebieten mit gemischter Nutzungsstruktur sowie in Gewerbegebieten nur ausnahmsweise zugelassen werden können und in den anderen Baugebieten wie zum Beispiel in Wohngebieten allgemein unzulässig sein.

Die Diskussion darüber, welche dieser Vorschläge in dem Verordnungsentwurf vom Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau aufgegriffen werden, ist noch im Gange. Deshalb sehe ich derzeit keine Notwendigkeit, einen Entschließungsantrag im Bundesrat einzubringen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß sich der Bundesrat bereits mit der Problematik der städtebaurechtlichen Zulässigkeit von Spielhallen befaßt. Es ist also nicht nötig, einen neuen Vorgang einzuleiten, da diese Frage längst im Bundesrat diskutiert wird. Hierzu haben die Länder den Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Baugesetzbuches mit dem Antrag zugeleitet,

die Einbringung beim Deutschen Bundestag gemäß Artikel 76 Absatz 1 des Grundgesetzes zu beschließen. Nach diesem — vorliegenden — Gesetzentwurf sollen die Gemeinden die Möglichkeit erhalten, bauplanerisch nicht erwünschte Vergnügungsstätten wie Spielhallen auszuschließen oder einzuschränken, ohne daß gleichzeitig auch ein bestimmtes Baugebiet festgesetzt werden muß. Diese Forderung hat ja der Kollege Bartling besonders unterstrichen. Die Möglichkeiten der Gemeinden zur städtebaulichen Abwehr von Spielhallen würden damit verbessert.

Zweitens. Die Landesregierung ist der Auffassung, daß eine baurechtliche Gesetzesinitiative zur Steuerung der Spielhallenentwicklung nicht das alleinige Mittel ist. Für erwägenswert hält sie neben Verbesserungen im Gesetzesvollzug wie etwa einer Beteiligung der Jugendämter am Baugenehmigungsverfahren insbesondere eine Änderung der spielrechtlichen Vorschriften zum Spiel durch eine Verringerung der bei Geldspielgeräten von den Sonder- und Risikospielen ausgehenden besonderen Spielanreize, wie sie mit den vorliegenden beiden Entschließungsanträgen gefordert wird. Im Zusammenhang mit dem Antrag zur Änderung des Baugesetzbuches liegt dem Bundesrat bereits ein entsprechender Entschließungsantrag der Länder vor. Insofern greifen beide Entschließungsanträge eine Thematik auf, die schon in der Beratung ist.

Drittens. Eine gesetzliche Verpflichtung zum Einbau von plombierten Münzzählgeräten in Spielautomaten mit Gewinnmöglichkeit zur vollständigen Erfassung von Umsätzen und Bruttospielerträgen erscheint auf den ersten Blick wünschenswert. In der bisherigen juristischen Diskussion haben jedoch insbesondere verfassungsrechtliche Bedenken dagegen eine große Rolle gespielt. Diese ergeben sich aus dem Umstand, daß eine solche gesetzliche Maßnahme nur eine bestimmte Branche träfe, während die richtige Erfassung der Betriebseinnahmen auch bei anderen Gewerbezweigen problematisch ist, in denen überwiegend Bargeschäfte getätigt werden.

(Mientus [SPD]: Wie ist es mit den Zapfsäulen an den Tankstellen?)

Angesichts der sich für die Automatenaufsteller ergebenden hohen Kosten könnte der Einführung einer Zählwerkspflicht darüber hinaus der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz entgegenstehen. Allerdings haben sich bei den Beratungen im Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages in den letzten Tagen auch einige Argumente zur Unterstützung der im Entschließungsantrag ge-

wünschten Regelung ergeben. Die Frage des verfassungsrechtlichen Für und Wider wird deshalb in den Ausschüssen besonders genau untersucht werden müssen.

Nach Auffassung der Landesregierung gibt es aber auch jenseits der rechtlichen Diskussion einen praktischen Ansatzpunkt. Um für die Zukunft und möglichst umgehend eine zutreffende Umsatzbesteuerung für Aufsteller von Geldspielgeräten zu erreichen, wird das Finanzministerium mit Nachdruck dafür eintreten, daß der für die Umsatzermittlung zur Zeit maßgebende Vervielfältiger von 1,5 auf 2,5 angehoben wird. Im Zusammenhang mit diesem scheinbar technischen Hinweis mache ich darauf aufmerksam, daß die Finanzverwaltung bisher die Schätzung der Summe der in die Geldspielautomaten eingeworfenen Geldmünzen, also des Umsatzes, in der Weise zugelassen hat, daß der bei der Leerung der Automaten vorhandene Kassensinhalt mit 1,5 vervielfacht wird. Da aber nach Mitteilung der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt die ausgeworfenen Gewinne 60 v. H. des Einsatzes betragen und damit der jeweilige Kassensinhalt 40 % der eingeworfenen Geldmünzen ausmacht, kann nur unter Anwendung eines Vervielfältigers von 2,5 auf den vorhandenen Kassensinhalt der wahrscheinlich zutreffende Umsatz festgestellt werden. Auf diesem praktischen Wege würden wir auch die verfassungsrechtlichen Bedenken, die in die gleiche Richtung zielen, umgehen. Wir hätten eine Regelung, die in der Sache auf das gleiche hinausläuft; aber auch darüber muß im einzelnen gesprochen werden.

Viertens. Von einer Abkürzung der für ältere Spielhallen bestehenden Übergangsfrist zur Anpassung an das seit 1985 geltende Spielgewerbe-recht, um schneller zu einer drastischen Reduzierung der in Spielhallen aufgestellten Geldspielautomaten zu kommen, sollte dagegen abgesehen werden. Altunternehmen, in denen zur Zeit noch mehr Geldspielgeräte aufgestellt sind, als seit 1985 zulässig sind, müssen sich innerhalb einer abgestuften Frist von fünf und zehn Jahren auf das geltende Recht einstellen. Eine Abkürzung dieser Frist auf die Hälfte, wie es der Entschließungsantrag fordert, den Herr Graetsch hier eingebracht hat, stößt auf verfassungsrechtliche Bedenken; denn die zehnjährige Übergangsregelung für bestehende Betriebe ist — so das Bundesverfassungsgericht, das hier wichtiger ist als der Bundesgerichtshof, in seinem Beschluß vom 27. März 1987 — als Berufsausübungsregelung im Sinne des Artikels 12 Abs. 1 des Grundgesetz-

Hirche

zes zu beurteilen, für die der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und das Gebot des Vertrauensschutzes zu beachten sind. Auch ist nicht auszuschließen, daß bei einer Abkürzung der Übergangsfrist aufgrund langfristiger Pachtverträge, die für die Altunternehmer dann wirtschaftlich nicht mehr interessant sind, hohe Entschädigungsansprüche entstehen. Meine Damen und Herren, hier ist das politische Wollen, das in diesem Landtag quer durch die Fraktionen sicherlich vorhanden ist, abzuwägen mit den vorhandenen rechtlichen Bedenken. Im Ergebnis kann sich keine politische Willensbildung über verfassungsrechtliche Bedenken hinwegsetzen.

Lassen Sie mich abschließend feststellen: Die Landesregierung begrüßt die Gelegenheit zur Diskussion der Spielhallenprobleme und wünscht sich zugleich, daß sich der zuständige Ausschuß Zeit nimmt, sowohl die praktischen als auch die verfassungsrechtlichen Probleme zu diskutieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Herr Minister. — Das Wort hat nunmehr die Frau Kollegin Schliepack.

Frau Schliepack (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Geldspielgeräte und Spielhallen sind schon seit längerer Zeit im Brennpunkt der Diskussion. So wird diskutiert zwischen der Spielsucht und dem Freizeitmarkt, der Spielhöllenflut und der Gewerbe-freiheit, dem pathologischen Spielgerätenmißbrauch und Unterhaltungsspielen, der Beeinträchtigung des Stadt- und Straßenbildes sowie bauplanungsrechtlicher Zulässigkeit. Je nachdem, auf welcher Seite man steht, bewertet man diese Diskussion.

Die Spielhallenproblematik beschäftigt vor allem Kommunalpolitiker in den Orts-, aber auch in den Gemeinderäten — erst kürzlich sind in allen Gemeinden neue Vergnügungssteuersatzungen erlassen worden —, in den Kreistagen selbstverständlich, aber auch die Abgeordneten im Landtag und im Bundestag. Eine befriedigende Lösung ist bis heute noch nicht gefunden worden. Fest steht, daß die Zahl der Konzessionen für Spielhallen trotz der Novellierung der Spielverordnung in den letzten beiden Jahren deutlich zugenommen hat. Eltern und Jugendschutzbeauftragte, Kirchen, Parteien und gesellschaftspolitische Gruppen sowie Kommunalpolitiker fordern und erwarten festere Bandagen, gesetzliche

Handhaben, um die Überflutung der Städte und Gemeinden mit Spielhallen wirksam eindämmen zu können. Gewerberechtliche Maßnahmen, die eine Ansiedlung von Spielhallen und anderen Vergnügungsbetrieben in bestimmten Bereichen verhindern könnten, sind wegen des durch Artikel 12 GG garantierten Rechts der Berufsfreiheit nur in beschränktem Maße möglich.

Zwar gibt es schon rechtliche Steuerungsinstrumente. Wie aber wirken sie? Die im Jahre 1985 in Kraft getretene Spielverordnung sieht eine sehr großzügige Überleitungsregelung für Betriebe vor, die alte Geräte — noch in Spielboxen — betreiben und heute auf die Quadratmeterlösung eingehen müssen. Für die Umstellung der Geräte — Herausnahme aus den Spielboxen — ist eine Frist bis 1990 vorgesehen. Die Übergangsfrist für die Quadratmeterlösung — höchstens ein Spielgerät auf 15 m² Betriebsfläche — reicht sogar bis zum Jahre 1996. Dies kann uns nicht befriedigen. Die Übergangsfrist für die Altunternehmer ist nach unserer Meinung zu lang und sollte bis 1991 beschränkt werden. Durch diese Anpassung der Altfälle an die Vorschriften der neuen Spielverordnung würde sich die Zahl der Geldspielgeräte mit Gewinnerzielungsmöglichkeit um 30 bis 40 % verringern.

Sicherlich gibt es auch im Baurecht bestimmte Vorschriften für Kerngebiete, für Mischgebiete, für Wohngebiete: Mal sind sie zulässig, mal nur unter bestimmten Ausnahmeregelungen. Was wir aber kritisieren müssen, ist — unsere Kommunen erwarten dies eigentlich —: Immer wieder müssen Bebauungspläne aufgestellt werden, um Ausschlußregelungen einzuarbeiten. Zur Steuerung der städtebaulichen Entwicklung und insbesondere zur Vermeidung von Fehlentwicklungen in Gemeindegebieten kann es erforderlich sein, in bestimmten Bereichen einzelne an sich zulässige, aber städtebaulich nicht vertretbare Nutzungen oder Anlagen ganz oder teilweise auszuschließen oder auch nur einzuschränken. Ein teilweiser Ausschluß kann sich z. B. auf besonders schützenswerte Teilbereiche erstrecken oder nur bestimmte Geschosse betreffen, z. B. das Erdgeschoß in Einkaufsstraßen. Eine Einschränkung kann die Begrenzung der zulässigen Größen beinhalten. Das geltende Recht — § 1 Abs. 5 und 9 der Baunutzungsverordnung — bietet die Möglichkeit dazu nur in durch Bebauungsplan festgesetzten Baugebieten, nicht hingegen im unbeplanten Innenbereich. Soll hier, im unbeplanten Innenbereich, eine Fehlentwicklung verhindert werden, muß erst ein Bebauungsplan aufgestellt

werden, und dies dauert lange; wir wissen es alle. Häufig ist jedoch auch die Festsetzung eines bestimmten Baugebiets für einen solchen Bereich nicht erforderlich, weil z. B. die vorhandene Struktur bereits der Zielvorstellung der Gemeinde entspricht. Ein solcher Ausschluß und eine Einschränkung setzen bestimmte städtebauliche Gründe voraus, die extra genannt und erläutert werden müssen.

Die CDU-Landtagsfraktion hält eine Änderung des Bebauungsplanrechts im Interesse der Gemeinden für erforderlich. Sie sagt allerdings auch, daß allein dieses nicht ausreicht, um der Spielhallenentwicklung gegenzusteuern. Wir meinen zum Beispiel, eine Beteiligung der Jugendämter am Baugenehmigungsverfahren ist wichtig. Dies hat auch die Anhörung im Bundestag erbracht. Die Gemeinden sollen deshalb die Möglichkeit erhalten, einzelne Nutzungen oder Anlagen auszuschließen oder einzuschränken, ohne daß damit gleichzeitig ein bestimmtes Baugebiet festgelegt werden muß.

Die Forderung der CDU/FDP-Landtagsfraktion nach Ausstattung der Geldspielgeräte mit Gewinnmöglichkeit mit einem besonderen Zählwerk ist die Grundlage für eine direkte Besteuerung statt der Pauschalsteuer. Damit wäre endlich auch eine Umsatzkontrolle pro Gerät möglich.

Meine Damen und Herren, die CDU-Landtagsfraktion ist der Meinung, daß hier ein dringender Handlungsbedarf besteht. Sie hat ihren Antrag am 25. August dieses Jahres eingebracht. Die SPD-Fraktion hat ihren Antrag einen Monat später eingebracht. Ich meine, beide Anträge sind weitgehend konsensfähig, nur brauchte die SPD-Fraktion einen Monat länger zum Denken. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Adam [SPD]: Nein, wir haben sorgfältiger gearbeitet!)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Frau Kollegin Schliepack. — Ich denke, für das Parlament gilt allgemein: Denken schadet nicht. Manchmal hilft es sogar.

(Beifall bei der SPD.)

Nunmehr hat die Frau Kollegin Schneider das Wort für die Fraktion der FDP.

Frau Schneider (Berenbostel) (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will zwei Bemerkungen vorwegschicken. Erste Bemerkung: Ich werde mich ein bißchen emotiona-

ler zu diesem Thema äußern, als es Herr Hirche als Wirtschaftsminister getan hat. Zweite Bemerkung: Ich bin sehr froh, daß Anträge von SPD-, FDP- und CDU-Fraktion zu diesem Thema auf dem Tisch liegen.

(Beifall bei der SPD.)

Es könnte der Eindruck entstehen, als sei der Antrag der Koalitionsfraktionen darauf ausgerichtet, eine bestimmte Branche gewerberechtlich zu benachteiligen. Dies, liebe Kollegen, ist absolut nicht unsere Absicht. Jeder kleine Tante-Emma-Laden mit kärglichem Umsatz muß nach § 22 des Umsatzsteuergesetzes auf Heller und Pfennig abrechnen.

(Zuruf von der SPD: Das sagen Sie mal Herrn Hirche!)

Ich frage mich, warum das gleiche nicht für alle Gewerbe gilt.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Bei dem hohen technischen Standard der Geldspielgeräte dürfte es keine Schwierigkeit sein, einen Umsatzzähler bei Neugeräten anzubringen oder bei Altgeräten nachzurüsten.

Im Kern geht es mir — das wissen alle, die mich kennen — um das Schicksal der vielen jungen Leute, die in den Bann dieser Geräte geraten. Nicht nur mir allein, sondern uns allen muß es um deren Schicksal gehen. Wir Politiker haben auch eine sozialpolitische Verantwortung zu tragen, um die es mir in diesem Zusammenhang in erster Linie geht.

Gemäß § 33 e der Gewerbeordnung dürfen von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt nur solche Geräte zugelassen werden, bei denen die Gefahr ausgeschlossen ist, daß der Spieler unangemessen hohe Verluste erleidet. — Was, meine Damen und Herren, ist unangemessen für wen?

Es sind hauptsächlich die 18- bis 25jährigen, die an Geldspielgeräten spielen. Somit handelt es sich zumeist um Schüler und Auszubildende sowie um Arbeitslose mit geringem Einkommen. Ein Spiel kostet 30 Pfennig, die Mindestspieldauer beträgt 15 Sekunden. In zehn Minuten kann man also glatt 12 DM verlieren.

Die Geräte haben zwar eine gesetzlich festgelegte Ausschüttungsquote von 60 %. Aber diejenigen, von denen ich spreche, sind nun einmal keine Gelegenheitsspieler, sondern in der Regel Langzeitspieler. Damit sind Verluste wohl unumgänglich.

Frau Schneider (Berenbostel)

Ich kann verstehen, daß das verheißungsvolle Angebot der Geldspielgeräte mit ihren Sonder- und Risikospiele und dem in Aussicht gestellten Gewinn auf diese Gruppe sehr anziehend wirkt. Aber es ist nicht nur das Geld, das Anziehungskraft ausübt.

Der Beauftragte der Kripo Salzgitter in Jugendsachen ist der Meinung, daß die Gefährdungspotentiale von Spielhallen für Kinder und Jugendliche gar nicht so sehr in den Möglichkeiten des Zugangs zu diesen Einrichtungen, sondern mehr in der Ausstrahlung vieler Spielhallen liegen. Die wuchtige Werbung der Automatenbranche tut alles, um dies zu verstärken. Sind Jugendliche dann 18 Jahre alt, ist es ein logischer Schluß, daß sie der verheißungsvollen Werbung folgen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, selbst auf die Gefahr hin, daß ich meine Redezeit ein wenig überschreite, möchte ich Ihnen kurz einen Auszug aus einer Spielhallenspielerbiographie vorlesen und damit den Zusammenhang zwischen Spielhallen, Geldspielgeräten, Spielsucht und Beschaffungskriminalität darstellen. Wohlgemerkt, diese Spielerbiographie ist kein Einzelfall. Der Niedersächsische Sozialminister hat in einer Pressemeldung bestätigt, daß die Zahl der hilfesuchenden Spielsüchtigen in unseren Beratungsstellen steigt. Ich zitiere aus der Biographie:

„Wenn ich mich erinnere, wie es angefangen hat: Ich wollte doch nur die Wartezeit bis zum Beginn einer Veranstaltung überbrücken. Ich steckte 5 DM in den Automaten und siehe da, ich bekam den 20fachen Gewinn. Gleich am nächsten Tag ging ich wieder in die Spielhalle und gewann. Dann probierte ich weitere Automaten in anderen Spielhallen aus. Ich hatte immer das Gefühl, daß da irgend etwas ist, womit ich mein Leben ausfüllen kann. Immer häufiger verbrachte ich meine Tage von morgens um 9 Uhr bis in den späten Abend an den Automaten. Ich hatte immer seltener Glück. Trotzdem zog es mich immer wieder hin. Je länger ich spielte, desto schwieriger wurde es. Ich pumpete mal zehn, ich pumpete mal 20, von meinen Eltern schon mal 800, von meiner Großmutter 1 000 DM, um sämtliche Schulden bei meinen Freunden abtrottern zu können. Nach vier Jahren hatte ich mehr als 20 000 DM verspielt, habe Geld geklaut und unterschlagen. Ich verlor meine Freunde, und meine Eltern schenkten mir keinen Glauben mehr. Ich war nicht nur finanziell am Ende, sondern auch psychisch und körperlich.“

Dieser junge Mann war Patient von Professor Kellermann, Leiter der Suchtabteilung des Krankenhauses Ochsenzoll in Hamburg.

Um weiteren jungen Menschen diese bitteren Erfahrungen zu ersparen, genügt es selbstverständlich nicht, Jugendämter bei Bauordnungsentscheidungen zu beteiligen, wie der Herr Wirtschaftsminister vorgeschlagen hat. Wollen wir wirklich warten, bis die Geldspielgeräte mit 500er Serienspielen ausgestattet sind? Solche Geräte befinden sich meines Wissens schon in der Erprobung. Das wäre bereits eine Annäherung an amerikanische Verhältnisse, an die Slot-Maschinen amerikanischer Spieldorados.

Leider habe ich keine Redezeit mehr. Die Lampe blinkt. Ich könnte noch weiter auf die Zusammenhänge zwischen Beschaffungskriminalität und Spielen an Geldspielgeräten eingehen und auf viele andere Sachverhalte hinweisen.

Ich wünsche mir, daß wir in der Beratung in den vielen Ausschüssen, die heute genannt worden sind, zu einer Entschließung kommen, die wir mit einer breiten Mehrheit im Parlament tragen können. — Ich danke Ihnen.

(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und bei der SPD. — Adam [SPD]: Sehr gut, Frau Schneider!)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Frau Kollegin Schneider. — Mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor.

Die Fraktionen, die die Anträge eingebracht haben, haben mir signalisiert, daß sie sich auf eine Ausschußüberweisung geeinigt haben. Es wird vorgeschlagen, die Anträge zur federführenden Beratung und Berichterstattung an den Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Haushalt und Finanzen, an den Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen, an den Ausschuß für Jugend und Sport und an den Ausschuß für innere Verwaltung zu überweisen. Gibt es Widerspruch dagegen? — Das ist nicht der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen. Damit sind die Punkte 17 und 18 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe nunmehr auf den Punkt 19 unserer Tagesordnung:

Erste Beratung: **Förderung der soziokulturellen Zentren durch das Land Niedersachsen** — Antrag der Fraktion der Grünen — Drs 11/2989

Für die Beratung dieses Antrags stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 40 Minuten zur Verfügung. Die Einbringung kann bis zu fünf Minuten dauern. In der Beratung stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zu: CDU und SPD jeweils bis zu zehn Minuten, Grüne und FDP jeweils bis zu fünf Minuten.

Der Antrag wird von der Frau Kollegin Hammerbacher-Richter eingebracht. Sie wird auch einen Teil der allgemeinen Redezeit in Anspruch nehmen.

Frau Hammerbacher-Richter (Grüne):

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! 1976 sind in Niedersachsen die ersten drei Kultur- und Kommunikationszentren eröffnet worden. Das waren das Kommunikations- und Aktionszentrum Göttingen, das Pumpwerk Wilhelmshaven und die Lagerhalle in Osnabrück. Andere folgten, z. B. die Brunsviga in Braunschweig, der Kleinbahnhof in Osterholz, die Hermine in Stadthagen, die Kulturetage in Oldenburg, der Pavillon in Hannover. Insgesamt zehn dieser Zentren und eine Initiative, nämlich die Sülte Hildesheim, haben sich in der Landesarbeitsgemeinschaft soziokulturelle Zentren Niedersachsen zusammengeschlossen. Alle diese Zentren sind aus Bürgerinitiativen entstanden, die den etablierten Kulturbetrieb, gemessen an ihren kulturellen Bedürfnissen, als unzulänglich empfunden haben. Alle haben erhebliche Schwierigkeiten gehabt, überhaupt zustande zu kommen, weil sie von den Kommunalpolitikern und -politikerinnen als eine Art Schmutzkinder der Kultur empfunden wurden. Es fehlten nicht nur der festliche Aufzug und der festliche Anzug, den wir aus den Opern und Theatern kennen, sondern es war auch so, daß diese Zentren ein zumindest für die Nachkriegsbundesrepublik ganz neues Kulturverständnis transportierten. Wichtige Punkte dieses Kulturverständnisses sind z. B. die Orientierung an den Bedürfnissen der Nutzer und Nutzerinnen, das Eingehen auf Entwicklungen der Alltagskultur, der Versuch, verschiedene Altersgruppen, verschiedene soziale Schichten und verschiedene Nationalitäten zu integrieren, der Versuch, besondere Angebote und Aktivitäten für benachteiligte Gruppen zu organisieren, der Versuch, spartenübergreifend Kulturpolitik und Kulturarbeit zu machen, das Anknüpfen an Eigenaktivität der Nutzer und Nutzerinnen und schließlich eine demokratisch aufgebaute Selbstverwaltung.

1986, zehn Jahre später, hatten sich diese Einrichtungen vom Schmutzkind der Kulturpolitik

entwickelt zu einer Art von etablierten Einrichtungen — das sage ich in Anführungsstrichen —, etabliert nicht etwa in dem Sinne, daß sie gut finanziert wären, sondern etabliert in dem Sinne, daß sie auf tatsächliche Bedürfnisse in der Bevölkerung eingehen. 1987 haben wir 900 000 Besucher und Besucherinnen in den Kultur- und Kommunikationszentren, Tausende von Auftritten von Künstlern und Künstlerinnen finden dort statt. Ich habe gesagt: Sie sind nicht etabliert im Sinne einer etablierten Finanzierung. Sie werden stiefmütterlich finanziert.

(Frau Schreiner [Grüne]: Stiefväterlich auch!)

So stellt eine Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft fest: Gefordert sind vor allen Dingen Sofortmaßnahmen der Länder und Kommunen, und zwar insbesondere mit Blick auf technische Ausstattung und räumliche Situation. Die Studie stellt ausdrücklich fest, daß eine enorme Diskrepanz zwischen dem Bedarf und der Nutzung dieser Zentren auf der einen Seite und ihrer teilweise miserablen Ausstattung auf der anderen Seite herrscht.

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Ich glaube, es gibt keinen weiteren Bereich von kulturellen Einrichtungen — sei es in Niedersachsen oder der Bundesrepublik —, in dem durch so viel ehrenamtliches Engagement wie in den Kultur- und Kommunikationszentren Kulturarbeit gemacht wird. In den niedersächsischen Zentren arbeiten insgesamt — das ist der Stand 1986 — 732 Mitarbeiterinnen. Weniger als 40 von ihnen sind hauptamtliche Kräfte, also regulär bezahlte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. 73 % dieser Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen arbeiten ehrenamtlich. Der Anteil der ehrenamtlichen Kräfte ist in Niedersachsen im übrigen höher als im Bundesdurchschnitt der soziokulturellen Zentren. Ich denke, daß beides, nämlich die breite Nutzung durch die Bevölkerung und das ungewöhnliche ehrenamtliche Engagement, zeigt, daß hier wirklich ein großer Bedarf an solchen Zentren vorhanden ist.

(Beifall bei den Grünen.)

Dieses Engagement ist aber nicht vereinbar mit dem Zwang zur Kommerzialisierung, der durch die Sparpolitik der öffentlichen Haushalte in den letzten Jahren auf die Zentren zugekommen ist. Sie erwirtschaften bereits heute 53 % ihrer Einnahmen durch die Bereiche Gastronomie und Eintrittsgelder für Veranstaltungen.

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Unser Antrag zielt einerseits auf die landespolitische

Frau Hammerbacher-Richter

Anerkennung der Arbeit dieser Zentren; er zielt andererseits aber auch auf die Einführung einer Regelförderung der Zentren. Warum eine Regelförderung auch durch das Land — denn in der Regel fördern ja die Kommunen —? Es gibt dafür einige wichtige Argumente.

Das erste Argument: Es handelt sich hier um Einrichtungen, die dauerhafte kulturelle Bedürfnisse befriedigen. Das zweite Argument: Es handelt sich um Einrichtungen, die in ihrer überörtlichen Ausstrahlung den Theatern, die ja vom Land mit 123 Millionen DM jährlich gefördert werden, durchaus vergleichbar sind. Das dritte Argument: Die Kommunen, die bislang Hauptmitfinanziers sind — soweit es um öffentliche Gelder geht —, sind durch den steigenden Anteil der Sozialhilfekosten und aufgrund ungünstiger Einnahmewicklungen nicht in der Lage, Wesentliches hinzuzufügen. Hinzu kommt, daß der Anteil der Kulturausgaben der Kommunen an den Gesamtkulturausgaben in der Bundesrepublik seit 1975 im Steigen begriffen ist, während der Anteil der Länder im Sinken begriffen ist. Nicht gewünscht von den Zentren — insofern zieht ein Vergleich mit Oper und Theater dann in der Tat auch nicht — ist eine Vollsubvention. Sie würde sich mit dem Selbstverständnis dieser Zentren als Trägerinnen und als Promoterinnen von Kultur von unten, also von Kultur, die gegen den jeweiligen etablierten Strich geht, nicht vertragen, jedes Risiko nicht mehr tragen zu müssen.

(Schultze [SPD]: Wer bestimmt denn, was etabliert ist?)

Herr Cassens hat in einer Reaktion auf die Pressekonferenz, auf der wir diesen Antrag vorgestellt haben, ein bißchen voreilig gesagt, die Förderung der soziokulturellen Zentren sei keine Ländersache. Herr Cassens, Sie müssen sich zu den Argumenten, die wir hier vorgetragen haben, verhalten. Sie zeigen, daß Sie sachfremd reagieren, wenn Sie so etwas sagen. Ich meine, daß Ihre Reaktion ein unzulässiger Vorgriff auf die Ausschußberatungen gewesen ist. Immerhin liegt hier ein Antrag vor, der jetzt zunächst einmal parlamentarisch beraten werden muß. Im übrigen denke ich, Herr Cassens, daß das, was in Baden-Württemberg mit 500 000 DM im Jahr, in Nordrhein-Westfalen mit 300 000 DM im Jahr und auf Bundesebene mit 200 000 DM im Jahr möglich ist, auch in Niedersachsen möglich sein kann.

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Frau Kollegin. Für die Fraktion der Grünen verbleibt jetzt noch eine Redezeit von zwei Minuten. — Herr Minister Cassens, Sie haben ums Wort gebeten. Ich erteile es Ihnen.

Dr. Cassens, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst eine begriffliche Präzisierung vornehmen, weil mir dies notwendig zu sein scheint. Die soziokulturellen Zentren sind im allgemeinen Sprachgebrauch keineswegs so präsent, als daß wir gleich zur Tagesordnung übergehen könnten. Deshalb bin ich auch dankbar dafür, daß Sie mir die Gelegenheit geben, auf Ihre Gedanken und Ihre Argumente einzugehen.

Schon im Programm des Landes Niedersachsen zur Förderung des kulturellen Lebens aus dem Jahre 1981 werden die Ziele unserer Kulturpolitik ganz eindeutig und klar definiert. Die Landesregierung will das kulturelle Angebot in allen Landesteilen so vielschichtig erhalten, daß immer größeren Bevölkerungsgruppen eine Teilhabe eröffnet wird. Unsere Zielvorgaben sind und bleiben darauf gerichtet, möglichst allen interessierten Menschen die unterschiedlichsten Bedürfnisse nach eigener kreativer kultureller Betätigung zu erschließen. Das ist unsere Kulturpolitik. Sie ist offen gegenüber neuen Ideen und Strömungen, mögen sie auf den ersten Blick auch noch so verblüffend sein. Das gilt auch für die Mischformen zwischen professioneller Kunst und Laienkunst, die sich in der Arbeit gerade der soziokulturellen Zentren immer wieder zeigen.

Der Begriff „Soziokultur“ hat in den letzten Jahren in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland in der praktischen Kulturarbeit und auch in der kulturpolitischen Diskussion zunehmend an Bedeutung gewonnen. Nach einer Definition des Deutschen Kulturrats will er ja vielfältige Aktivitäten erschließen. Da ist einmal der Zugang zu Kunst und Kultur überhaupt zu erleichtern, statt des Kulturkonsums die künstlerische Selbsttätigkeit möglichst vieler Menschen zu fördern und die Möglichkeit zu eröffnen, ihre ästhetischen und auch ihre kommunikativen und sozialen Bedürfnisse und Fähigkeiten zu entfalten. Da sind schließlich neue Aktivitäten zu nennen, die die alltägliche Lebenswelt schlicht auch bei der Kulturerarbeitung einschließen und die zugleich natürlich eine Rückwirkung auf die so entstandenen Formen von Kunst und Kultur in unserer Gesellschaft erst ermöglichen.

Ich sehe hier überhaupt keinen Gegensatz, Frau Hammerbacher-Richter, zum althergebrachten Begriff der Kunst; denn ebenso wie unsere Gesellschaft befinden wir uns alle miteinander auch im Kunstbereich in einer Umbruchsituation, die immer wieder neue Fragen stellt und neue Antworten erfordert; Soziokultur kann in diesem Konzert von Fragen und Antworten eine wesentliche, aber auch wichtige und interessante Antwort sein. Da stimmen wir durchaus überein.

Im Rahmen dieser Definition betrachten sich die soziokulturellen Zentren als Orte kulturellen Engagements von Gruppen, Initiativen, Vereinen, kulturellen Klubs und auch freien Kunstschaffenden. Ihre Aufgaben sehen sie in der Förderung kulturellen Nachwuchses ebenso wie in der Ermöglichung neuer kultureller Formen und Tendenzen sowie auch in der Unterstützung von eigenständigen Aktivitäten von Gruppen verschiedenen Alters, verschiedener sozialer Herkunft und Nationalität.

Ihren Ursprung sehen die soziokulturellen Zentren unter anderem in der Stadterneuerung der 70er und der 80er Jahre. Viele Bürger möchten gern Kommunikationszentren in den Innenstädten gewissermaßen als Gegengewicht zu den — so wird es empfunden — unpersönlichen und nur dem Geschäftsbetrieb dienenden Fußgängerzonen und natürlich immer wieder auch als Ausgleich für Nachbarschaftsstrukturen, die infolge von Stadterneuerung und Flächensanierungen zerstört worden sind.

Damit wird klar, meine Damen und Herren, daß die soziokulturellen Zentren selbst ihre Ziele und Aufgaben in der Substanz nachbarschaftlich und damit vor allen Dingen auch kommunalpolitisch begreifen. Auch wenn der Arbeit der Zentren in ihrer Gesamtheit eine landesweite kulturelle Bedeutung nicht abzuspochen ist, sind Programm und Gestaltung immer wieder ganz bewußt auch kommunalpolitisch strukturiert. Der kulturelle Rang jedes einzelnen soziokulturellen Zentrums ist ganz bewußt auf die nachbarschaftliche, ja örtliche und regionale Arbeit begrenzt.

Es kann, meine Damen und Herren, nicht Aufgabe des Landes sein, Probleme zu lösen, die zu den ureigensten Aufgaben der Kommunen gehören. Eine institutionelle Förderung der Landesarbeitsgemeinschaft der soziokulturellen Zentren in der Weise, daß Investitionen mit prinzipiell kommunaler Aufgabenstellung gefördert werden oder aber über die Kosten der Verbandstätigkeit finanziert werden, verwischt im Grunde genommen diese klaren Verantwortlichkeiten. Die Praxis zeigt im übrigen, daß die Kommunen dies auch

als ihre Aufgabe nicht nur erkannt haben, sondern daß sie auch in entscheidendem Maße Ressourcen in ihren Haushalten zur Verfügung stellen. Diese Haltung teilt auch die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens. Ich möchte zitieren, was die kommunale Spitzenvereinigung dazu sagt:

„Ein Entwicklungsprogramm zur Schaffung und Unterstützung soziokultureller Einrichtungen in Niedersachsen und damit eine institutionalisierte Förderung halten wir für nicht angezeigt. Ob derartige Einrichtungen seitens der kommunalen Gebietskörperschaften gefördert werden, muß im Einzelfall unter Berücksichtigung der gesamten kulturellen Aktivitäten und der Förderung kultureller Einrichtungen vor Ort entschieden werden. Ansatzpunkte für ein überregionales Entwicklungsprogramm des Landes sehen wir ebenfalls nicht.“

Zu bemerken ist in diesem Zusammenhang außerdem, daß die Städte, Gemeinden und Landkreise in der Praxis der Kulturarbeit von einem umfassenden Kulturbegriff ausgehen, der auch die Arbeit soziokultureller Einrichtungen einschließt. Die kommunalen Gebietskörperschaften leisten hier im Rahmen der Selbstverwaltung bereits Erhebliches. Das Engagement der Kommunen ist zur Lösung bestimmter Problemlagen gefordert. Der Deutsche Städtetag hat in den vergangenen Jahren immer wieder auf die verstärkte kommunale Förderung hingewiesen, die organisatorische Maßnahmen, auch Investitionen und feste Zuschüsse zu den laufenden Sach- und Personalkosten einschließt.“

Soweit die doch sehr klare Position der kommunalen Spitzenverbände.

Es ist unbestritten: Die Arbeit der soziokulturellen Zentren wird mit Enthusiasmus von meist sehr vielen ehrenamtlich tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern getragen. Für ihre Arbeit steht ihnen nach Aussage der Landesarbeitsgemeinschaft immerhin ein Haushaltsvolumen zwischen 5,5 Millionen DM bis 6 Millionen DM zur Verfügung. Dieses Volumen ist deshalb beachtlich, weil es fast genau den Betrag erreicht, den beispielsweise — ich nenne nur dieses eine Beispiel — das Land aufwendet, um unsere beiden Landesbühnen an 95 Spielorten im gesamten Land Niedersachsen präsent zu halten.

Dr. Cassens

Da unsere Kulturpolitik weit über die Unterhaltung staatlicher Kultureinrichtungen hinausgeht und jede Form von Kunst und Kultur in jedweder Trägerschaft mit Landesmitteln fördert, hat das Land von Anfang an, wenn auch in geringem Maße — das gebe ich zu —, in und von soziokulturellen Zentren veranstaltete Aktivitäten gefördert. Die Hilfe des Landes wird weiterhin ergänzend und — hier bitte ich um Verständnis, daß wir da auseinandergehen — projektbezogen ausgerichtet sein. Für das Jahr 1989 haben wir dafür 75 000 DM vorgesehen.

Die Förderung in den einzelnen Ländern ist sehr unterschiedlich, wie Sie gerade eben geschildert haben. Die meisten Länder haben Mittel zur Verfügung gestellt. Die Förderungsmöglichkeiten reichen sehr unterschiedlich von Betriebskosten- zu Projektkostenzuschüssen über Investitionen bis hin zu Fehlbedarfsfinanzierungen. Auch der Bund fördert in der gesamten Bundesrepublik alle Einrichtungen mit 200 000 DM.

Insgesamt stehen wir also am Anfang der Entwicklung einer interessanten neuen Richtung unseres breiten Kulturspektrums. Solche Entwicklungen sind aber notwendig, weil wir sonst im Gewohnten erstarren würden. Die soziokulturellen Zentren können meines Erachtens eine ganz sinnvolle, hilfreiche Ergänzung unseres bestehenden Kulturbetriebes sein.

Ich möchte ein Fazit ziehen: Wir begreifen uns als Sachwalter kreativer Basis- und Laienkünstler.

(Lachen bei den Grünen.)

Neben einer sehr fürsorglichen Förderung der etablierten Kunst will ich auch das breit gefächerte soziokulturelle Angebot durchaus konzeptionell in meine Arbeit einbinden. Neuland zu betreten gehört zur Kunst und auch zur Kunstpolitik. Wir sind und bleiben offen gegenüber neuen Ideen, neuen Positionen und neuen Strömungen.

(Frau Hammerbacher-Richter [Grüne]: Nur, daß man das nicht merkt!)

Eines aber darf nicht verwischt werden: Es gibt klare Verantwortlichkeiten von Kommunen und Land. Wir wollen gern projektbezogen helfen, halten aber gegenwärtig wegen der klaren Aussage und auch wegen der Verantwortlichkeiten der Kommunen eine institutionelle Förderung von seiten des Landes für nicht opportun. Wir würden dennoch gern Ihren Appell aufgreifen, der in zwei Richtungen zielt.

Was die Anerkennung dieser Arbeit anbelangt, so steht diese unzweifelhaft fest. Sie ist auch entwicklungsfähig.

Was die projektbezogene Förderung anbelangt, so sollte diese weiterhin vom Land geleistet werden.

Der Appell geht allerdings auch in Richtung der Kommunen, die nicht unbeträchtlichen zusätzlichen Einnahmen, die sie beispielsweise in diesem Jahre erzielen werden, gezielt für diese wichtigen kulturellen Einrichtungen einzusetzen.

Das ist meine Position. Ich wollte daraus kein Geheimnis machen. Es bleibt Ihnen natürlich unbenommen, diese Fragen in der sogenannten Ausschußarbeit noch zu vertiefen.

(Frau Hammerbacher-Richter [Grüne]: Die sogenannte Ausschußarbeit!)

Aber Sie sollten von Anfang an auch meine klare Auffassung dazu hören.

(Beifall bei der CDU. — Frau Hammerbacher-Richter [Grüne]: Das war ja wohl ein starkes Stück!)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Herr Minister. — Frau Kollegin Auerbach hat nunmehr das Wort.

Frau Auerbach (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, ich muß wirklich sagen, es hat mir doch beinahe die Sprache verschlagen,

(Frau Hammerbacher-Richter [Grüne]: Das wäre aber schade!)

zu erleben, wie eine Rede mit Offenheit des Landes für die soziokulturellen Zentren beginnt und wie dann zum Schluß freundlich erklärt wird: Aber bitte schön, die Förderung doch bei den Kommunen und nicht bei uns, denn die Kommunen haben auch soviel Geld.

(Oestmann [CDU]: Im Vergleich stimmt das auch!)

Die Bildungs- und Kulturarbeit, meine Damen und Herren, gehört für die SPD seit ihrer Gründung vor 125 Jahren zur Tradition. Man denke z. B. an die Arbeiterbildungsvereine, den Arbeiterbuchclub — die Büchergilde —, die Arbeiter-sängerbünde und die Volksbühnenbewegung. Ziel war schon damals immer, auch jenen Bürgern den Zugang zur Kultur zu ermöglichen, die von ihrer familiären Herkunft und ihrer schulischen Bildung her diesen Zugang nicht bereits besaßen. Hierbei ging es sowohl um die Partizipation an der bürgerlichen Kultur als auch um die Entwicklung einer eigenen Arbeiterkultur.

Wir stehen heute eigentlich vor der gleichen Situation, wenn auch andere strukturelle Bedingungen gegeben sind; denn die sozialen Strukturen haben sich gewandelt. Mehr Bürgerinnen und Bürger als je zuvor haben höhere Bildungsabschlüsse erworben und nutzen die Angebote der Volkshochschulen und Musikschulen und natürlich auch Rundfunk und Fernsehen. Neben diesen vorwiegend dem kulturellen Lernen dienenden Einrichtungen und jenen Institutionen, die Gelegenheit bieten, kulturelle Darbietungen anderer, meist professioneller Künstler zu erleben, wie Konzertveranstalter, Museen, Theater und Galerien, entsteht aus der Bevölkerung heraus eine immer größer werdende Nachfrage nach Möglichkeiten, selbst kulturell tätig zu werden und auch die überlieferten Abgrenzungen der verschiedenen Kunstgattungen zu überwinden.

Aus dieser öffentlichen Anforderung heraus sind — unter den unterschiedlichsten Bezeichnungen; Frau Hammerbacher-Richter hat sie eben schon genannt — die soziokulturellen Zentren entstanden. Hier können die Besucherinnen und Besucher selbst produktiv kulturell tätig werden. Dies ist Kultur von unten, Kultur für alle. Hier werden alle Generationen und Angehörige aller Kulturkreise sowohl gruppenspezifisch als auch gruppenübergreifend angesprochen. Somit erbringen soziokulturelle Zentren eine wichtige integrative Leistung. Angesichts zunehmender Freizeit bieten sie auch den bisher kulturfernen Bevölkerungsgruppen eine Einstiegsmöglichkeit ohne Schwellenangst in eine sinnvolle und erfüllte Nutzung der zusätzlichen Freizeit.

Erst vor fünf Tagen wurden die Delegierten des Landesparteitages der SPD in Cuxhaven aufgerufen, die Kultur nicht zu ignorieren; denn sie ist unsere Wurzel für mehr Phantasie und Kreativität. Es muß uns gelingen, unseren kulturellen Reichtum allen Bürgerinnen und Bürgern immer wider erfahrbar zu machen.

Die soziokulturellen Zentren sind eine unverzichtbare Ergänzung zum traditionellen kulturellen Angebot, und sie dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von den Grünen.)

Es ist nicht zulässig, Herr Minister, zu sagen: Für die traditionelle Kultur — ich benutze absichtlich nicht das Wort „etabliert“ — ist das Land zuständig, und für die soziokulturelle Arbeit sind die Kommunen zuständig. Ich vermag keinen Unterschied zwischen einem Theater, das von seinem Standort ausstrahlend einen Bereich mit einem

Radius von etwa 50 km erfaßt, und einem soziokulturellen Zentrum, das das gleiche tut, zu sehen. Von daher leitet sich für mich jedenfalls eindeutig ab, daß das Land auch eine Aufgabe bei der Förderung der soziokulturellen Zentren hat.

Angesichts der Millionenbeträge, die die Landesregierung für die Förderung der traditionellen Kultur zur Verfügung stellt, ist die bisher geleistete Unterstützung der Arbeit dieser Zentren eher beschämend. So erfuhren wir im Ausschuß für Wissenschaft und Kunst, daß im laufenden Haushaltsjahr insgesamt 46 000 DM aus Spielbankmitteln über Einzelanträge zu bestimmten Projekten an die soziokulturellen Zentren gezahlt wurden. Im Fachkapitel kommen die soziokulturellen Zentren nicht vor. Im Entwurf für 1989 hat die Landesregierung 50 000 DM — wieder aus Spielbankmitteln — vorgesehen. Auf unsere Nachfrage hin wurde erklärt, daß aus dieser Summe selbstverständlich zunächst einmal wieder Projektförderung auf Einzelanträge hin geschehen soll. Das bedeutet, daß die Einzelanträge zunächst mit dieser vorgesehenen Summe verrechnet werden und daß eine reale Erhöhung der Zuschüsse für alle soziokulturellen Zentren im Land um ganze 4 000 DM geplant ist. Auch für 1989 erschienen die soziokulturellen Zentren im Fachkapitel des Haushaltsentwurfs nicht.

So offen, wie der Herr Minister das hier geschildert hat, ist sein Ministerium jedenfalls nicht. Die Kommunen zahlen durchaus nicht in der Höhe, wie der Minister uns das hier Glauben machen will, oder sie zahlen sehr wenig. Auch hier ist erforderlich, daß das Land durch seine Förderung ein Signal setzt. Wir wissen, daß die Landesförderung für die Förderung durch die Kommunen und für andere Institutionen ein ganz wesentlicher Faktor ist. Solange das Land diese Aufgabe ganz und gar an die Kommunen delegiert, wird es in vielen Kommunen nichts geben. Die Position des Deutschen Städtetages, der das empfiehlt, ist von genau dem gleichen Wert wie die Äußerung des Herrn Ministers: Auf dem Papier ist es wunderbar, aber in der Realität sehen diejenigen, die einen Antrag auf Bezuschussung stellen, keinen Pfennig.

(Zustimmung bei den Grünen.)

Herr Minister, nun zu dem Verweis auf die ungeheuren zusätzlichen Steuereinnahmen, die die Kommunen in diesem Jahr haben, und darauf, daß sie damit ja die Arbeit der soziokulturellen Zentren bezahlen können. Ihnen müßte doch auch klar sein, daß die Kommunen bereits jetzt — und zwar sowohl die CDU-regierten als auch

Frau Auerbach

die SPD-regierten — bemüht sind, für die Zeit nach 1990, wenn die Steuerreform ihre Einnahmen drastisch verringert, Rücklagen zu bilden, und insofern dieses Geld nicht an die soziokulturellen Zentren geben werden.

(Zuruf von Oestmann [CDU].)

Während der Ausschußberatungen hat die SPD-Fraktion den Antrag gestellt, in das Fachkapitel als Einstieg wenigstens 50 000 DM einzusetzen, um damit eine Regelförderung zu ermöglichen. Wir sind bei unserem Antrag sehr bescheiden geblieben.

(Frau Hammerbacher-Richter [Grüne]: Sehr!)

Denn wir wollten nicht, daß unser Antrag unter Hinweis auf die Unmöglichkeit, horrenden Summen zu gewähren, sofort abgelehnt wird. Aber selbst um diesen bescheidenen Antrag auf Einsetzung von 50 000 DM für diese wichtige Aufgabe wurde gefeilscht. Dann wurde ihm in halber Höhe, also mit gerade 25 000 DM, entsprochen. Dieser Beitrag hat nur Alibifunktion und zeigt, daß die Mehrheitsfraktionen die Förderung der soziokulturellen Zentren eigentlich nicht wollen, aber sich dann damit schmücken und sagen: In diesem Haushalt sind 75 000 DM vorgesehen. Sie waren nicht vorgesehen. Sie werden vorgesehen durch die Anträge, die bei der Beratung des Haushaltsplans gestellt wurden.

Wir unterstützen den Antrag der Fraktion der Grünen und hoffen, daß die Beratung im Ausschuß den Mehrheitsfraktionen noch einmal Gelegenheit geben wird, ihre Position zu überdenken, sich überzeugen zu lassen und den schönen Worten dann auch Taten folgen zu lassen. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Frau Kollegin Auerbach. — Das Wort hat der Kollege Graetsch.

Graetsch (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Soziokultur und die entsprechende kulturelle Praxis sind Antworten auf veränderte gesellschaftliche Bedingungen und Strukturen. Dieser gesellschaftliche Wandel hatte offenbare Defizite zur Folge, weil sich die kulturelle Praxis und die kulturellen Institutionen nicht entsprechend weiterentwickelt hatten. Die Geschichtsschreibung mag

klären, in welchen Dimensionen diese Defizite bestanden.

Der leichtfertige Umgang mit den Zeugnissen unserer Kulturgeschichte, die oft zitierte Unwirtlichkeit der Städte und auch die spürbare stärkere kulturelle Verarmung des ländlichen Raums, verbunden mit einer stärkeren Vereinsamung des einzelnen, führten zur Wiederentdeckung der Alltagskultur und der Kultur des Alltags. Es entstanden die alternative Kultur, die Basiskultur, die Soziokultur, oftmals in bewußter Ablehnung dessen, was als repräsentative Kultur gescholten wurde. Dieser Gegensatz wurde bereits 1979 von Hilmar Hoffmann in seinem Buch „Kultur für alle“ meines Erachtens zu Recht als ein falscher Gegensatz zitiert.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP].)

Er wies bereits damals auf den inneren Zusammenhang und die Wechselbeziehung zwischen alternativer und repräsentativer Kultur hin. In der Bundesrepublik gibt es heute etwa 120 soziokulturelle Zentren, davon zwölf, wie bereits angesprochen, in Niedersachsen, in die jährlich insgesamt etwa 5 Millionen Besucher gehen und die zusammen ein Haushaltsvolumen von etwa 40 Millionen DM haben. Das macht deutlich, daß sich die soziokulturellen Zentren als weitgefaßtes Praxisfeld einer neuen Breitenkulturarbeit mit unterschiedlichsten Arbeitsansätzen in unserer Gesellschaft durchgesetzt haben.

Soziokulturelle Zentren sind oder können zumindestens Beispiele für die Aufhebung der Trennung von Bildung und Kultur und der Trennung von Kunst und Alltag sein. Das macht sicherlich auch einen Teil der Problematik bei der Zuschussung dieser Zentren aus. Sie werden sicherlich immer wieder Probleme bei denjenigen haben, die Förderungen bewilligen, weil sie vielfältige Aspekte ansprechen, aber nie einer konkreten Schublade in voller Größe zuzuordnen sind und deshalb oft hin- und hergeschoben werden, ohne daß man ihren Anliegen in aller Breite gerecht wird.

Sicherlich geht es auch in dieser praxisnahen Kulturarbeit nicht ohne Geld. Die Finanzierung dieser freien Kulturarbeit ist sicherlich in erster Linie — da stimme ich Herrn Minister Cassens zu — eine Aufgabe der Gemeinden.

(Frau Hammerbacher-Richter [Grüne]: In erster Linie!)

Wir werden uns aber mittelfristig überlegen müssen, ob es nicht auch im Bereich der soziokultu-

rellen Zentren solche gibt, die sich eine überregionale Bedeutung erarbeitet haben. Wenn man sich die Ausstrahlung z. B. der Lagerhalle in Os nabrück oder des Raschplatz-Pavillons in Hannover — trotz all der Kritik an ihm, die laut geworden ist — ansieht, dann sind sicherlich die Einzugsbereiche dieser Zentren weiter als die jeweiligen Städte, in denen sie gelegen sind; d. h. sie haben ähnliche Ausstrahlungen in ihrem Bereich, wie sie auch Theater und ähnliche Einrichtungen im Bereich der repräsentativen Kultur haben. Sicherlich wird man sich deshalb mittelfristig die Frage stellen müssen, ob nicht — entgegen einer mittlerweile auch schon eine Reihe von Jahren alten Ansicht des kommunalen Spitzenverbandes — in bestimmten Fällen auch das Land dem überregionalen Anspruch der Zentren Rechnung tragen sollte. Ich glaube nicht, daß wir uns auf Dauer diesen Aufgaben werden verschließen können.

Dem steht sicherlich die konkrete finanzielle Situation des Landes entgegen, die zur Zeit Ausweitungen der Förderung im kulturellen Bereich schwierig macht. Wir haben dies bei den Beratungen über den Haushalt 1989 gesehen. Es ist zu Recht angesprochen worden, daß die Koalitionsfraktionen eine Aufstockung der Projektförderung um 25 000 DM auf nunmehr 75 000 DM vorgeschlagen haben. Man sollte ergänzen, daß der Titel für die Theaterwerkstatt Hannover, der mit rund 20 000 DM bislang in diesem Topf enthalten war, nunmehr anderweitig ressortiert, so daß für die effektive Arbeit der soziokulturellen Zentren im neuen Haushalt in der Tat deutlich mehr Geld zur Verfügung steht, allerdings sicherlich nicht soviel, wie die Zentren wünschen, und nach wie vor projektgebunden.

Ich habe nie ein Hehl aus meiner Meinung gemacht, daß man auch die Landesarbeitsgemeinschaft eines Tages wird institutionell fördern müssen, weil wir das auch im Falle einer ganzen Reihe anderer Landeskulturvereinigungen tun. Dies war bei der Beratung über den Haushalt 1989 nicht durchsetzbar, aber ich halte dies für eine Forderung, die wir mittelfristig immer wieder neu diskutieren sollten, insbesondere sobald die finanziellen Zwänge des Haushalts wieder etwas geringer sind und wir die Möglichkeit haben, wieder mehr im kulturellen Bereich zu tun.

Wir werden den Antrag der Fraktion der Grünen offen diskutieren, insbesondere was die Wertschätzung der Arbeit der soziokulturellen Zentren angeht. Wir haben das getan, was finanzpolitisch zu machen war, können aber sicherlich der institutionellen Förderung im neuen Landeshaus-

halt nicht Rechnung tragen. Ich glaube, daß auch die Ausschußberatungen uns dafür keine neuen Spielräume eröffnen werden.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP].)

Vizepräsident Ravens:

Vielen Dank, Herr Kollege Graetsch. — Das Wort hat nun der Kollege Wiesensee.

Wiesensee (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte dem Antrag insofern Rechnung tragen, als ich versuche, konkret auf die beiden Begehren der Fraktion der Grünen einzugehen. Zum einen wird eine grundsätzliche Anerkennung der landesweiten kulturellen Bedeutung der soziokulturellen Zentren gewünscht, die Herr Minister Cassens mehr oder weniger bejaht hat. Zum anderen wird aber auch eine Verankerung einer angemessenen institutionellen Förderung der soziokulturellen Arbeit im Haushalt gewünscht. Die Anerkennung ist, unter dem Gesichtspunkt der finanziellen Auswirkungen betrachtet, weiter kein großes Problem. Das muß nicht unbedingt Geld kosten, obwohl die Anerkennung, wenn sie erst einmal ausgesprochen ist, sicherlich zur Begründung von Anträgen herangezogen wird.

Mit der angemessenen institutionellen Förderung muß man sich allerdings einmal näher befassen. Man muß davon ausgehen, was zur Zeit wohl angemessen ist und was womöglich in Zukunft eine angemessene institutionelle Förderung darstellt. Zur Beurteilung der derzeitigen angemessenen Förderung könnte man den Antrag der Landesarbeitsgemeinschaft auf Förderung mit einem Volumen von 2,1 Millionen DM heranziehen, der an das Land gestellt worden ist, wobei die Verbandstätigkeit mit 100 000 DM, laufende Aktivitäten mit 500 000 DM und Investitionen mit 1,5 Millionen DM gefördert werden sollen. Die zukünftige angemessene Förderung ist schon schwerer zu greifen. Wenn ich mir einmal das Entwicklungsprogramm der Landesarbeitsgemeinschaft ansehe, mir also einmal anschau, welche Bereiche abgedeckt werden sollen — unter anderem Liedermacher, Kabarett, Jazz, Weiterbildung und benachbarte Gebiete —, so muß ich feststellen, daß das praktisch alles ist, was im weitesten Sinne an kultureller Arbeit vorkommen kann. Auch die Grundsätze der Landesarbeitsgemeinschaft sind recht weit gefaßt. Mit Basis- und Nutzerorientierung, Integration verschiedener Altersgruppen, sozialer Schichten und Nationalitäten, Offenheit

Wiesensee

und Transparenz — das sind nur einige — ist jedwede Aktivität auch in den Kommunen insgesamt abgedeckt. Man könnte an Jugendzentren usw. denken. In dieser Hinsicht sind die Dimensionen der möglichen Bezuschussung nicht mehr überschaubar.

Die Förderung in anderen Ländern wurde bereits verschiedentlich angesprochen. Die Flächenländer gewähren Investitionszuschüsse und haben zum Teil Projektförderung, wie wir sie bisher auch hier in Niedersachsen in geringem Umfang betrieben haben. Baden-Württemberg wird als das Beispiel für eine Förderung mit 0,5 Millionen DM für 1987/88 dargestellt. Für 1989/90 sind 1 Million DM im Gespräch und werden wahrscheinlich auch eingesetzt. Allerdings muß man berücksichtigen, daß sich die finanziellen Möglichkeiten Baden-Württembergs von den unseren nun einmal unterscheiden. Die Voraussetzungen, um solche Summen zu bewilligen, sind dort sicherlich anders als bei uns. Man kann aber feststellen, daß auch Baden-Württemberg einige Voraussetzungen an die Bezuschussung knüpft. Eine, wie mir scheint, wesentliche Voraussetzung ist, daß mindestens eine gleiche Bezuschussung durch die kommunale Ebene erfolgt.

(Frau Hammerbacher-Richter [Grüne]: Darüber können wir ja reden!)

Ich wundere mich ein wenig über Frau Auerbach, die kein Wort dazu gesagt hat, daß die Kommunen in dieser Hinsicht als erste in der Pflicht sind, denn in dem Grußwort, Frau Auerbach, das Sie einmal für die Landesarbeitsgemeinschaft geschrieben haben, haben Sie wörtlich ausgeführt:

„Vorrangig ist es Aufgabe der Kommunen, die soziokulturellen Zentren zu fördern. Die Gemeinden stellen in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die für ihre Einwohner erforderlichen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen öffentlichen Einrichtungen bereit.“

(Frau Auerbach [SPD]: Zu „vorrangig“ gehört auch immer „nachrangig“!)

— Sicherlich. Die Landesförderung ist ja nachrangig. Projektförderung ist durchaus nachrangige Förderung, wenn Sie so wollen.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Frau Auerbach ist immer bescheiden! Das wissen wir!)

Die Mitglieder des Arbeitskreises für Wissenschaft und Kunst der CDU-Landtagsfraktion haben ein Gespräch mit der Landesarbeitsgemeinschaft geführt. Herr Horrmann hat sich schriftlich dazu geäußert und unser grundsätzliches Wohl-

wollen gegenüber diesen soziokulturellen Zentren zum Ausdruck gebracht. Der Antrag, hierfür im Haushalt einen Ansatz in Höhe von 25 000 DM auszubringen, wird von uns ja auch unterstützt, allerdings sollen diese Mittel im Rahmen der Projektförderung bereitgestellt werden. Darüber hinausgehende Forderungen werden nicht erfüllt werden können — das hat auch Herr Graetsch bereits gesagt —, das wird der Haushalt nicht zulassen.

Wir müssen dabei aber auch bedenken, daß wir die Wünsche anderer Landesverbände, die im weitesten oder im engeren Sinne auch Kultur betreiben, wie zum Beispiel des Landestrachtenvereins, des Sängerbundes oder der niederdeutschen Bühnen, die zum Teil weitaus geringere Wünsche haben, nicht befriedigen können, obwohl es auch hier ein hohes Maß an ehrenamtlichem Engagement gibt, Frau Hammerbacher-Richter; das ist nicht nur in den soziokulturellen Zentren der Fall.

Wir sind der Meinung, daß wir im Ausschuß offen über Ihren Antrag diskutieren sollten. Wir werden dann ja sehen, was dabei herauskommt. — Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Herr Kollege Wiesensee. — Jetzt hat noch einmal die Frau Kollegin Hammerbacher-Richter das Wort; zwei Minuten Redezeit sind noch übriggeblieben.

Frau Hammerbacher-Richter (Grüne):

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Ich möchte auf einige Argumente eingehen, die hier angeführt worden sind. Es wundert mich nicht, Herr Cassens, daß die kommunalen Spitzenverbände sagen, sie möchten das Ganze gerne in kommunaler Hand behalten. Sie haben natürlich Angst davor, daß sie, wenn erst einmal eine Landesförderung einsetzt, unter Druck gesetzt werden, solchen Initiativen vor Ort dann eben auch von der kommunalen Seite entsprechende Förderung zukommen zu lassen. Es ist also eine finanzpolitische und nicht eine kulturpolitisch begründbare Aussage, die Sie da zitieren.

Ich kann daran gleich anknüpfen: Es ist nichts dagegen zu sagen, daß auch und in erster Linie die Kommunen die Finanzierung dieser Zentren garantieren müssen. Das kann gar kein Streitpunkt sein. Deswegen sollten wir da auch keine Front aufbauen. Das Argument in bezug auf den Haus-

halt generell — das muß ich sagen — zieht allerdings überhaupt nicht. Wenn man sich nur einmal vor Augen hält, daß für eineinhalb Millionen Theaterbesucher und -besucherinnen 123 Millionen DM ausgegeben werden, daß es jetzt aber nur 75 000 DM für 900 000 Besucher und Besucherinnen der Zentren gibt, dann wird offensichtlich, daß dieses Argument nicht zieht. Es ist wohl die Notwendigkeit deutlich geworden, daß insbesondere Herr Cassens — damit er seine Anschauung erweitert — vor Ort geht und mindestens einige der Zentren besucht, um sich dort zeigen zu lassen, daß es tatsächlich eine überörtliche Bedeutung der Zentren gibt, die der kommunalen Theater entspricht.

Noch ein Letztes, Herr Cassens: Ihren Begriff der „sogenannten Ausschußarbeit“ empfinde ich wirklich als eine Unverschämtheit.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Er zeigt, daß Ihr Demokratieverständnis offensichtlich unterentwickelt ist. Sie glauben, weil Sie der Meinung sind, daß es sich hier nicht um eine Aufgabe des Landes handeln kann, daß auch der Ausschuß nicht zu einer anderen Auffassung kommen könnte.

(Beifall bei den Grünen und Zustimmung von Frau Auerbach [SPD].)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Frau Kollegin. — Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Damit ist die allgemeine Aussprache beendet.

Wir kommen zur Ausschußüberweisung. Der Ältestenrat schlägt Ihnen vor, den Antrag der Fraktion der Grünen zur federführenden Beratung und zur Berichterstattung an den Ausschuß für Wissenschaft und Kunst sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Haushalt und Finanzen zu überweisen. Gibt es dagegen Widerspruch? — Daß ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen. Damit ist die Beratung des Tagesordnungspunktes 19 abgeschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 20 auf:

Besprechung: Wohngeld- und Mietenentwicklung — Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der FDP — Drs 11/2990 — Antwort der Landesregierung — Drs 11/3101

Für die Besprechung dieser Großen Anfrage stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 60 Minuten zur Verfügung, wovon den Fraktionen folgende Redezeiten zustehen: CDU bis

zu 22 1/2 Minuten, SPD bis zu 15 Minuten, Grüne und FDP jeweils bis zu siebeneinhalb Minuten.

Ich eröffne die Besprechung. Zur Einbringung hat der Kollege Menges um das Wort gebeten.

Menges (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die seit dem 1. Januar 1986 vorliegende Wohngeldbroschüre ist auf dem besten Wege, zu einem Bestseller zu werden. Sie enthält — für jeden lesbar — eine detaillierte Beschreibung des Wohngelds für Mieter bzw. der Lastenzuschüsse für Eigentümer. Jeder Bürger hat einen Rechtsanspruch darauf, neben seinem anderen Einkommen finanzielle Hilfen für Wohnungen und selbstgenutztes Wohneigentum zu erhalten.

In dem neuen Wohngeldgesetz, das seit dem 1. Januar 1986 gilt, sind erhebliche Leistungsverbesserungen aufgelegt, und zwar einerseits in den persönlichen Zuschüssen und Wohngeldleistungen, andererseits auch durch die erheblich angestiegenen persönlichen Bemessungsgrenzen. Ich darf hier nur einige Beispiele nennen: Die Bewohner von Altenheimen können, wenn sie ihr Zimmer allein bewohnen, bis zu 20 % und, wenn sie ihr Zimmer mit jemand anderem bewohnen, bis zu 15 % des Gesamtentgelts als Bemessungsgrundlage für das Wohngeld geltend machen.

(Plaue [SPD]: Ganz toll!)

— In der Tat ist das ganz toll; da muß ich Ihnen ohne weiteres beipflichten. — Auch für die über 65jährigen Alleinstehenden wurde eine erhebliche Verbesserung eingeführt. Bei 55 m² Wohnfläche mittlerer Qualität wurde früher bei 265 DM Miete gekappt. Heute können die Wohngeldempfänger und die über 65jährigen Alleinstehenden bis 360 DM Miete abrechnen. Ebenso sind die Grenzen für die Zweipersonenhaushalte auf bis zu 590 DM erhöht worden. Das heißt zu gut deutsch: Bei einer 70-m²-Wohnung mit einer mittleren Ausstattung können immerhin bis zu 7,50 DM Miete pro Quadratmeter verlangt werden. Unter diesen Voraussetzungen erhalten die Personen, die sich innerhalb der entsprechenden Einkommensgrenzen befinden, Wohngeld. Dankenswerterweise — dieses sollte auch einmal deutlich gesagt werden, wenn wir über das Thema Wohngeld und Mietenentwicklung sprechen — erhält heute eine Rentnerin bei einer Rente von 1 100 DM und einer zu zahlenden Miete von 450 DM ein Wohngeld von 72 DM. So haben wir, die CDU im Bund, mit der Novellierung des

Menges

Wohngeldgesetzes dazu beigetragen, daß heute auch die Rentnerinnen und die Einkommensschwächeren mit der Absicherung durch das Wohngeld ihre Haushaltungen wirklich alleine führen können. Eine weitere Komponente ist die Bezuschussung für Kinderreiche. Ein Haushalt mit vier Kindern mit einem Bruttoeinkommen von 4 000 DM kann heute immerhin noch eine Miete bis zu 930 DM abrechnen. — Das sind sozialpolitische Leistungen, die sich sehen lassen können.

(Beifall bei der CDU.)

In Niedersachsen, meine Damen und Herren, haben Land und Bund im Haushalt 1988 insgesamt 480 Millionen DM Wohngeld bereitgestellt. Antragsberechtigt waren nach den Statistischen Monatsheften Niedersachsen — ich sage antragsberechtigt, wobei die Bemessungsgrenzen natürlich geprüft werden müssen — insgesamt 3 Millionen private Haushaltungen. Aber gerade im Bereich der Empfänger von Hilfe nach dem BSHG hat das Wohngeld die Miete gesichert. Ich halte auch dies für eine wichtige Komponente, obwohl die Landkreise und kreisfreien Städte das Wohngeld mit der Sozialhilfe aus einer Hand auszahlen. Aber ohne dieses Wohngeld wären viele unserer Mitbürger, die Hilfe nach dem BSHG empfangen, überhaupt nicht mehr in der Lage, eine mittlere bis gute Qualität ihrer Wohnungen bei entsprechender Mietzahlung zu erhalten. Jeder, der die Voraussetzungen erfüllt, ist antragsberechtigt. Ich kann von dieser Stelle nur jeden bitten, einen Antrag zu stellen.

Wir wollten mit unserer Großen Anfrage zum Wohngeld und zur Mietenentwicklung den aktuellen Stand feststellen, um zu prüfen, ob die in der westlichen Welt einmalige sozialpolitische Leistung der Zahlung von Wohngeld, überhaupt der gesamten Wohngeldnovelle — diese Meinung teilen Sie mit Sicherheit —, noch weitere Verbesserungen erfahren kann.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Ravens:

Schönen Dank, Herr Kollege Menges. — Ich erteile nunmehr dem Herrn Minister das Wort.

Schnipkoweit, Sozialminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der zunehmenden Verbesserung der Wohnungsversorgung hat die soziale Absicherung des Wohnungsmarktes durch das Wohngeld immer mehr an Gewicht gewonnen. Vor dem Hintergrund eines weitgehend ausgeglichenen

Wohnungsmarktes ist das Wohngeld zum zentralen Instrument der Wohnungspolitik für einkommensschwache Bürger geworden. Mit dem Wohngeld können Mieter- und Eigentümerhaushalte gezielt unterstützt werden, um diesen ein angemessenes und familiengerechtes Wohnen wirtschaftlich zu ermöglichen.

In den letzten Jahren sind die Wohngeldleistungen für alle Empfänger stufenweise erheblich verbessert worden. Dabei hat insbesondere die Förderung des Wohnens kinderreicher Familien im Vordergrund gestanden. Auch dabei hat sich gezeigt, daß das Wohngeld das sozialpolitisch günstigste Förderungsinstrument im Wohnungsbau ist. Mit seiner Hilfe ist es möglich, auf veränderte Familiengrößen oder Arbeitslosigkeit personenbezogen und zielgenau zu reagieren. Gerade bei plötzlich eintretenden Einkommensverlusten hat sich das Wohngeld als geeignetes Instrument erwiesen. Die mit seiner Hilfe erreichte Wohnkostenentlastung hat häufig einen Verbleib der Familie in der bisherigen Wohnung ermöglicht.

Für das Wohngeld spricht darüber hinaus besonders, daß es auf einem Rechtsanspruch beruht. Es stellt damit eine stets verlässliche und kalkulierbare Hilfe für die Betroffenen dar.

Die Wohngeldausgaben des Bundes und der Länder haben sich seit 1980 mehr als verdoppelt. Zu dieser Ausgabenerhöhung hat die sechste Wohngeldnovelle wesentlich beigetragen. Mit ihr wurden zwischenzeitlich entstandene Verzerrungen beseitigt und vor allem entscheidende Leistungsverbesserungen eingeführt. Allein hierdurch haben sich die Wohngeldausgaben von Bund und Ländern in der Zeit von 1985 bis 1987 um rund 1,3 Milliarden DM auf rund 3,7 Milliarden DM erhöht.

Mit der sechsten Wohngeldnovelle sind die Einkommensgrenzen und die Grenzen für die zuschufähigen Wohnkosten jeweils um durchschnittlich rund 20 % angehoben worden. Bei diesen höheren Einkommensgrenzen kann beispielsweise ein Vierpersonenhaushalt in einer gut ausgestatteten Neubauwohnung noch bei einem Bruttoeinkommen von monatlich 4 100 DM Wohngeld beziehen.

Um die regionalen Wohnkostenunterschiede besser berücksichtigen zu können, wurden fünf Mietstufen eingeführt, die sich an dem örtlichen Mietenniveau orientieren. Hierdurch werden die Mieterhaushalte in Gemeinden mit einem überdurchschnittlichen Mietenniveau stärker entlastet.

Ganz besonders begrüße ich, daß es mit der sechsten Wohngeldnovelle gelungen ist, die familienpolitischen Komponenten des Wohngeldes entscheidend zu verbessern. Um das Zusammenleben mehrerer Generationen unter einem Dach zu erleichtern, ist ein Altersfreibetrag in Höhe von 2 400 DM eingeführt worden. Darüber hinaus wurde als familienpolitische Leistung ein Kinderfreibetrag für Kinder mit eigenen Einnahmen neu in die Berechnungsgrundlage eingestellt.

Diese Leistungsverbesserungen haben maßgeblich dazu beigetragen, daß in Niedersachsen im Jahr 1987 mit mehr als 510 Millionen DM die höchsten Wohngeldzahlungen seit Inkrafttreten des Wohngeldgesetzes geleistet wurden.

(Beifall bei der CDU.)

Allein in der Zeit von 1985 bis 1987 sind die Wohngeldleistungen in Niedersachsen um rund 159 Millionen DM gestiegen. Die Verbesserungen der sechsten Wohngeldnovelle haben bewirkt, daß mehr Haushalte und dabei vor allem Familien mit Kindern Wohngeld erhalten. Die Zahl der Wohngeldempfänger in Niedersachsen ist in der Zeit von 1985 bis 1987 um 27 % auf 246 000 Haushalte gestiegen.

13,5 % dieser Haushalte sind Eigentümer von Eigentumswohnungen oder Eigenheimen. Damit liegt deren Anteil deutlich höher als im Bundesdurchschnitt. Hierin spiegelt sich die hohe Eigentumsquote in Niedersachsen wider. Sie liegt mit 50 % weit über dem Bundesdurchschnitt, der 42 % beträgt.

Wir haben in Niedersachsen mehr kinderreiche Haushalte als im Bundesdurchschnitt. Deshalb kommen die zusätzlichen familienpolitischen Komponenten des Wohngelds bei uns überdurchschnittlich stark zum Tragen. In Niedersachsen sind 11 % der Haushalte, die Wohngeld beziehen, Familien mit fünf und mehr Personen. Im Bundesgebiet macht der Anteil dieser Haushalte lediglich 8,7 % aus.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß sich das Wohngeld insbesondere dann als wichtige Hilfe erweist, wenn sich das Familieneinkommen plötzlich verringert. So kann es z. B. bei Arbeitslosigkeit dazu beitragen, daß die Wohnkostenbelastung entscheidend gesenkt wird. Eine Familie mit fünf Personen, einem Einkommen von 2 000 DM und einer Miete von 800 DM erhält Wohngeld in Höhe von 318 DM. Die Familie wird damit zu 40 % von ihren Wohnkosten entlastet. Verringert sich das Einkommen dieser Familie durch Arbeitslosigkeit auf 68 % des bisherigen

Gehalts, steigt der Wohngeldanspruch auf 485 DM, d. h. mehr als 60 % der Wohnkosten werden durch das Wohngeld abgedeckt.

Meine Damen und Herren, nachdem ich die Familienfreundlichkeit des Wohngelds geschildert habe, weise ich gerade für die niedersächsische Situation darauf hin, daß sich das Wohngeld auch in der Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen immer stärker auswirkt. Die Bundesregierung hat in ihrem Wohngeld- und Mietenbericht 1987 dargestellt, daß inzwischen 38 % der Wohngeldausgaben von Bund und Ländern mittelbar den Trägern der Sozialhilfe zugute kommen. Hierdurch wurden die Kommunen 1986 bei ihren Sozialhilfeausgaben um rund 1,3 Milliarden DM entlastet. Bund und Land leisten mit ihren Wohngeldzahlungen also einen fühlbaren Beitrag zur Entlastung der Kommunen von ihren Sozialhilfekosten.

Hervorheben möchte ich schließlich die Entwicklung bei den Rentnerhaushalten, die Wohngeld erhalten. Trotz der Wohngeldverbesserungen ist die Zahl der Rentner in Niedersachsen, die Wohngeldleistungen erhalten, seit 1981 um 24 % gesunken. Dies ist eine erfreuliche Entwicklung. Sie ist Ausdruck für die Verbesserung der Einkommenssituation der Rentner durch die verschiedenen Rentnererhöhungen und für den sinkenden Anteil alter Menschen mit geringem Einkommen. Man muß einmal sehen, wie stark der Anteil alter Menschen gestiegen ist. Wenn die Zahl der Rentner, die Wohngeld erhalten, jetzt zurückgeht, dann spiegelt das wider, wie günstig sich die Renten entwickelt haben.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, insgesamt haben die Wohngelderhöhungen seit 1980 die Wohngeldempfänger fühlbar entlastet. Lag der durchschnittliche Wohngeldbetrag 1980 noch bei 88 DM, so ist er über 123 DM in 1985 auf heute 150 DM gestiegen. Allein durch die Leistungsverbesserungen durch die sechste Wohngeldnovelle ist z. B. das Wohngeld für einen Arbeitnehmerhaushalt mit fünf Personen, einem Bruttoeinkommen von 2 500 DM und einer Miete von rund 713 DM um 32 % auf 325 DM angestiegen. Die Leistungsentwicklung beim Wohngeld ist damit weit über den bloßen Anstieg der Lebenshaltungskosten hinausgegangen.

Das Wohngeld konnte in den letzten Jahren besonders wirksam von den Wohnkosten entlasten, weil die Mieten insgesamt immer geringer gestiegen sind. Noch 1983 betrug der durchschnittliche

Schnipkoweit

Mietenanstieg 5,4 %. In den folgenden Jahren konnte der Anstieg stark gebremst werden. So waren es 1985 noch 3,3 %, 1986 2 % und 1987 nur noch 1,8 %. Dies ist der geringste Anstieg der Mieten seit Bestehen des Mietenindex im Jahre 1962, meine Damen und Herren! Das muß man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen!

(Beifall bei der CDU. — Heineking [CDU]: Das muß einmal deutlich gesagt werden! — Gegenruf von Plaue [SPD]: Nicht so laut rufen! Darauf kommt gleich noch eine Antwort! — Oestmann [CDU]: Das besagt nichts über Qualität!)

Damit haben sich die Mieten langsamer entwickelt als die Monatsverdienste der Arbeitnehmer und die Wochenverdienste der Arbeiter.

Zu dieser positiven Entwicklung haben vor allem die Politik der Preisstabilität der Bundesregierung, die niedrigen Energiepreise und der insgesamt ausgeglichene Wohnungsmarkt beigetragen. Wenn wir diese guten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen beibehalten, werden sich die Mieten auch weiterhin günstig entwickeln.

Wenn von der Opposition soeben gesagt wurde, darauf komme noch eine Antwort, so muß ich sagen: Das ist mir klar. Eines muß ich aber deutlich machen: Das sind Fakten, die nun einmal vorhanden sind. Wenn ich dagegen daran denke, wie es war, als die SPD 1970 hier allein regiert hat, muß ich folgendes sagen: Da hat sie den öffentlichen Wohnungsbau so gefördert, daß man eine Mietsteigerung von 5 % pro Jahr für die nächsten 20, 25 Jahre allein durch die Förderung vorausgesetzt hat!

(Sikora [CDU]: So war das! — Plaue [SPD]: Wie hoch waren die Einkommenssteigerungen denn?)

— Bitte?

(Plaue [SPD]: Wie hoch waren die Einkommenssteigerungen?)

— Bei euch war das so: eine Einkommenssteigerung von 7 % und eine Preiserhöhung von 8 %. Dann meintet ihr noch, ihr hättet eine Einkommenssteigerung gehabt. Das ist ja das Verrückte! Diese Mengenlehre hat ja zuviel Unsinn in diesem Land angerichtet!

(Beifall bei der CDU. — Plaue [SPD]: Das stimmt zwar nicht, aber hört sich gut an!)

— Ja, das weiß ich.

(Auditor [SPD]: Diesen Quatsch erzählt er jedesmal!)

— Das ist kein Quatsch, Herr Kollege.

(Unruhe.)

Ich erinnere mich noch an die Zeit, als Sie Aktivist im Wohnungsbauausschuß waren, Herr Kollege.

(Plaue [SPD]: Sie bringen sich um Ihre Redezeit! — Auditor [SPD]: Jedesmal dasselbe!)

Sie haben mir ja selbst erzählt, wie Sie damals in Ihrem Wahlkreis Tag und Nacht mit einer Wohngeldfibel herumgelaufen sind, als es die sechste Novelle noch nicht gab, als Ihre Genossen in Bonn noch regiert haben, weil die Leute einfach nicht mehr wußten, wie sie vor Hunger in den Schlaf sinken konnten. Und jetzt, nachdem wir die sechste Novelle gemacht haben, ist die Welt wieder in Ordnung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Vizepräsident Ravens:

Danke schön, Herr Minister. — Das Wort hat nunmehr der Kollege Plaue.

Plaue (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der Großen Anfrage zur Wohngeld- und Mietentwicklung sind die Fraktionen von CDU und FDP aus ihrer wohnungspolitischen Lethargie erwacht. Das wurde auch langsam Zeit. Schon seit einigen Monaten jagt eine Brandmeldung über die immer kritischer werdende Lage auf dem Wohnungsmarkt die andere.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Schon seit Monaten mahnen die Verantwortlichen in den Kommunen bei den sozialen Betreuungsverbänden und sei es einiger Zeit nicht zuletzt auch bei der Wohnungswirtschaft immer lauter eine Reaktion der Wohnungsbaupolitiker an. Allerdings ist das Objekt, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, das Sie sich für Ihre Aktivitäten ausgesucht haben, völlig ungeeignet, wenn Sie sich selbst Leistungen bescheiden wollen; höchst ungeeignet für Sie, aber höchst geeignet für die Opposition. Die Große Anfrage zur Wohngeld- und Mietentwicklung ist sowohl im Hinblick auf die Fragen als auch im Hinblick auf die Antworten der Landesregierung ein deutlicher Beweis dafür, daß die Wohnungspolitik der Landesregierung und der sie tragenden Parteien gescheitert ist.

(Beifall bei der SPD. — Klare [CDU]: Es hätte mich auch gewundert, wenn Sie etwas anderes gesagt hätten!)

Meine Damen und Herren, manchmal sind Antworten ja entlarvender, als es der Antwortgebende beabsichtigt. Da stellt der Sozialminister in seiner Vorbemerkung fest — vorhin hat er das in ähnlicher Form wieder getan —, daß sich die Anzahl der Wohngeldempfänger auf mehr als 246 000 erhöht habe. Einige Zeilen später kommt es dann knüppeldick. Der Anteil der Arbeitslosen an den Wohngeldempfängern ist von 4,6 % im Jahre 1981 auf 18 % im Jahre 1987 gestiegen. Was beweist das denn? — Das beweist, meine Damen und Herren, daß Niedersachsen unter den Folgen der Massenarbeitslosigkeit schwer zu leiden hat und daß der Anteil der Dauerarbeitslosen permanent ansteigt.

(Zuruf von Oestmann [CDU].)

Die Leute, Herr Minister, können mit ihrem normalen Einkommen ihre Wohnungsmieten nicht mehr bezahlen. Das beweist das, was Sie vorgelegt haben.

(Beifall bei der SPD.)

Dies, meine Damen und Herren, ist eine Folge Ihrer Wirtschaftspolitik, die Sie zu verantworten haben.

(Rehkopf [FDP]: Das hat aber mit dem Wohngeld nichts zu tun!)

Bei dieser Gelegenheit möchte ich Sie noch einmal auf folgendes hinweisen: Während Herr Minister Hirche noch vor einiger Zeit von einem zu hohen Lohnniveau in Niedersachsen gesprochen hat, antwortet der Sozialminister an einer Stelle, an der er Vergleiche zum Bund anstellt: „Hierin wirkt sich“ — ich zitiere — „das in Niedersachsen niedrigere Lohnniveau aus.“ So sagt es der Sozialminister. Vielleicht sollten sich die Damen und Herren der Landesregierung einmal auf eine einheitliche Sprachregelung einigen.

Eine Ihrer Thesen, mit der Sie den Ausstieg aus der Wohnungsbaupolitik — und zwar aus der Objektförderung — und den fast schon abschließlichen Einstieg in die Subjektförderung begründet haben, hieß: Wenn die Mieter in den Stand versetzt werden, auch teure Mieten bezahlen zu können, wird die Bereitschaft bei den Investoren automatisch ansteigen, wieder mehr Wohnungen zu bauen. — Ich darf noch einmal nachfragen, Herr Minister: Haben wir in Niedersachsen nach Ihrer immerhin zwölfjährigen Tätigkeit als Wohnungsbauminister einen auch nur einigermaßen ausgeglichenen Wohnungsmarkt? Das kann hier doch wohl niemand allen Ernstes be-

haupten wollen. Wir haben diesen ausgeglichenen Wohnungsmarkt nicht.

(Oestmann [CDU]: Wollen Sie denn etwas bauen?)

— Ich komme gleich noch darauf zu sprechen, was im Hinblick auf Neubau noch erforderlich wäre. — Herr Minister, in Ihrer Antwort weisen Sie auf die Entwicklung des Mietenindex hin. Es wird wohl niemand bestreiten wollen, daß der Mietenindex seit Jahren in der Tat eine abflachende Tendenz aufweist. Allerdings weist die Landesregierung selbst darauf hin — das ist auch ihrer Antwort zu entnehmen —, daß der Mietenanstieg im Jahre 1987 mit 1,8 % deutlich über dem allgemeinen Anstieg der Lebenshaltungskosten lag, der im Jahre 1987 bei 0,2 % lag.

(Oestmann [CDU]: So ein Nippes!)

So, Herr Minister Schnipkoweit, werden Zahlen interpretiert, aber nicht so, wie Sie es machen, indem Sie nur die eine Seite betrachten.

(Beifall bei der SPD. — Zuruf von Kuhlmann [CDU].)

— Dies macht auch deutlich, Herr Kollege Kuhlmann, wie stark selektiv doch Ihre Betrachtungsweise ist. Ich hoffe, daß nur Ihre Betrachtungsweise und nicht auch Ihr Wahrnehmungsvermögen selektiv ist.

Warum hatten wir denn eigentlich diesen abflachenden Trend, Herr Minister? — Weil es in bestimmten Bereichen Wohnungsleerstände gegeben hat, die den Mietenanstieg massiv gebremst haben. Diese Wohnungsleerstände sind längst abgebaut. Mehr noch: Durch erhöhte Nachfrage aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge, durch rascheres Auftauchen der jungen Menschen auf dem Wohnungsmarkt ist es längst zu einer umgekehrten Marktsituation gekommen —

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

und dies nicht erst, Herr Kuhlmann, seit die Aussiedler in verstärktem Maße in die Bundesrepublik drängen und auf dem Wohnungsmarkt für eine zusätzliche Nachfrage und in einigen Bereichen bereits für katastrophale Verhältnisse sorgen.

Diese Entwicklung wurde begleitet und gefördert von einer viel zu geringen Neubaurate und von einer Reduzierung der Anzahl der Wohnungen durch Renovierung und Umbau, und zwar auch und gerade in den Sanierungsgebieten, auch und gerade z. B. durch Zweckentfremdung von Wohnraum. Statt der erforderlichen 250 000 Wohneinheiten, Herr Kollege Oestmann, die wir

Plau

eigentlich Jahr für Jahr als Neubaurate brauchten, haben wir schon seit Jahren eine viel zu geringe Wohnungsneubaurate. Sie liegt in diesem Jahr gerade mal bei 200 000 Wohneinheiten. Mit anderen Worten: Die Schere öffnet sich immer mehr. Deshalb dürfte eigentlich niemand darüber verwundert sein, daß die Situation auf dem Wohnungsmarkt längst umgekippt ist.

(Zuruf von Kuhlmann [CDU].)

Herr Minister, meine Damen und Herren von der Zählgemeinschaft, Sie müssen endlich zur Kenntnis nehmen, daß es in einigen Bereichen Niedersachsens wieder einen Wohnungsmangel gibt und daß sich diese Bereiche ausweiten.

(Vizepräsident Warnecke übernimmt den Vorsitz.)

Wer, wie es die Landesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage tut, noch immer von einem insgesamt ausgeglichenen Wohnungsmarkt spricht, der beweist, daß er die Lage entweder nicht begriffen hat oder daß er bewußt das Spielchen des Verbandes der Haus-, Wohnungs- und Grundstückseigentümer spielt. Wenn Sie, Herr Minister — das will ich Ihnen mal so sagen, weil Sie ein Freund von praktischen Beispielen sind —, Ihre Hand in 50 Grad heißes Wasser legen und ich meine Hand in 10 Grad heißes Wasser runke, dann haben wir beide zwar insgesamt angenehm warme Hände, wobei allerdings meine Hand langsam kalt wird und Sie sich die Finger verbrennen. Das ist die schmerzliche Wahrheit!

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von der CDU.)

Sagen Sie mir doch einmal, Herr Minister Schnipkoweit, wo es in Niedersachsen denn noch die großen Wohnungsleerstände gibt! Erklären Sie mir doch einmal, wo solche Leerstände noch in der Masse vorhanden sind!

• (Auditor [SPD]: In Sarstedt wahrscheinlich!)

Wo stehen denn die vielen leeren Wohnungen? Geben Sie mir bitte auch eine Antwort auf die Frage, wie es denn eigentlich mit den aktuellen Mietpreisen aussieht. Ich habe das Gefühl, daß Sie Ihre Antwort schon vor einigen Monaten formuliert haben, und zwar auf der Grundlage von Zahlen, die längst überholt sind. Sind denn in Ihre Zahlen die Canariaswege und wie sie alle heißen schon eingerechnet? Sie haben doch durch Ihre Untätigkeit in der Wohnungspolitik dazu beigetragen, daß durch das Auslaufen der Programme für Aufwendungsdarlehen und Aufwendungszuschüsse die Mieten so stark gestiegen

sind, daß die Leute vor Verzweiflung nicht mehr weiterkonnten, zu den Kommunalpolitikern gegangen sind und gesagt haben: Wir können diese Mieten nicht mehr bezahlen. Herr Minister, Sie haben dem Landtag in Ihrer Antwort nicht ein wahres Bild über die Lage draußen im Lande gegeben, sondern Sie haben etwas vorgetragen, was Sie sich vor drei oder vier oder fünf Monaten von alten Zahlen zusammengeschrieben haben.

Meine Damen und Herren! Niemand in diesem Hause wird die Notwendigkeit der Wohngeldzahlungen bestreiten wollen. Es muß aber deutlich gesagt werden, daß durch noch so viel Wohngeld, durch noch so viele Wohngeldzahlungen nicht erreicht wird, daß Wohnungen, die nicht vorhanden sind, gemietet werden können. Deshalb haben wir Sie bereits seit zwei Jahren eindringlich gewarnt vor Ihrer rigorosen Abkehr von der Wohnungsbauförderung, von der Objektförderung, vor Ihrer fast ausschließlichen Hinwendung zur Subjektförderung, zur Mietgeldzahlung, und Sie aufgerufen, wiederum Wohnungsprogramme, Wohnungsneubauprogramme aufzulegen. Sie haben sich diesem Aufruf, diesem Wunsch, verweigert. Erst nachdem die Anzahl der Aussiedler immer heftiger angeschwollen war, als diejenigen, die Sie gerufen haben, vor den gleichen Versorgungsproblemen standen, vor denen viele sozial schwache Bürgerinnen und Bürger bereits seit einiger Zeit stehen, bequemte sich die Landesregierung, an den Bund heranzutreten und ein Wohnungsbauprogramm zu fordern. Die Bundesregierung hat, wenn auch noch völlig unzureichend, was die finanzielle Dotierung und vor allem die zeitlichen Abläufe betrifft, endlich eingelenkt. Sie haben damit Ihr eigenes Eingeständnis abgeliefert, daß Ihre bisherige Wohnungsbaupolitik der Subjektförderung gescheitert ist.

(Beifall bei der SPD.)

Lassen Sie mich an dieser Stelle ein Wort zur Finanzierung des Aussiedlerwohnungsbauprogramms sagen. Herr Minister, selbst das von allen Beteiligten mit Ausnahme des Bundes als völlig unzureichend eingestufte Wohnungsbauprogramm würde das Land Niedersachsen 90 Millionen DM kosten. 90 Millionen DM sind nicht genug. Wenn man den Bedarf abdecken wollte, müßte man den Betrag mindestens verdoppeln, d. h. eigentlich wären 180 Millionen DM erforderlich. Nicht eine müde Mark von diesen erforderlichen Millionen ist in Ihren Haushalt eingesetzt worden. Ich frage Sie: Woher wollen Sie denn dieses Geld nehmen? Ich kann Ihnen ja ein-

mal einen Tip geben: Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesbauministerium, Ihr Parteifreund Echternach, hat am letzten Freitag auf einer Veranstaltung der LBS gesagt, die Länder hätten ja jetzt diesen Strukturhilfefonds. Die 652 Millionen DM, die Niedersachsen bekomme, könnte es ja für den Wohnungsbau einsetzen.

Meine Damen und Herren, ich stelle fest: Der Mann hat keine Ahnung, was in Niedersachsen eigentlich los ist. Der weiß nicht, daß die Landesregierung dieses Geld zum großen Teil dazu einsetzen will, sich eine Wahlkampfkasse anzulegen.

(Beifall bei der SPD. — Widerspruch bei der CDU.)

Der weiß nicht, daß der Rest des Geldes bereits mehrfach verplant ist und für den Wohnungsbau überhaupt nicht zur Verfügung steht.

(Heineking [CDU]: Keine Ahnung! — Kuhlmann [CDU]: Das hat der doch gar nicht gesagt! Sie haben nicht richtig zugehört! Das ist eine Lüge! Ich habe genau zugehört! Nehmen Sie das zurück!)

Zum Abschluß lassen Sie mich noch einige Bemerkungen zur Wohnungsgemeinnützigkeit machen.

(Weitere Zurufe von der CDU.)

— Sie können noch so laut dazwischenrufen; Sie werden mich nicht daran hindern, das, was ich denke, hier im Parlament auch zu sagen.

(Kuhlmann [CDU]: Eine Lüge war das!)

Zum Abschluß also noch einige Bemerkungen zur Wohnungsgemeinnützigkeit. Sie haben dazu ja auch einige Fragen gestellt.

(Zuruf von Kuhlmann [CDU].)

Meine Damen und Herren! Diese Wohnungsgemeinnützigkeit ist von der Koalition auch mit Zustimmung der Niedersächsischen Landesregierung bei der Kungelei um die Steuerreform geopfert worden. Ich weiß nicht, Herr Minister, woher Sie den Mut nehmen, ich möchte fast sagen: die Unverfrorenheit nehmen, hier noch zu antworten, die Landesregierung habe keine Zweifel, daß sich die gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen nach der Aufhebung der Wohnungsgemeinnützigkeit weiterhin ihrem sich selbst erteilten Auftrag verpflichtet fühlen würden. Soweit Ihr Zitat.

Herr Minister, Ihnen müßten doch eigentlich am letzten Mittwoch — nicht gestern, sondern vor acht Tagen — die Ohren geklingelt haben, als sich der Ausschuß für Städtebau und Wohnungs-

wesen mit den niedersächsischen gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen unterhalten hat. Die haben uns nämlich klipp und klar gesagt: „Wenn ihr uns in den freien Markt entlaßt, dann werden wir uns genauso verhalten, wie das alle Unternehmen auf dem freien Markt auch tun.“ So sieht es aus, und so haben wir Ihnen das bereits prophezeit. Ich hätte mich auch sehr gewundert, wenn die Reaktion der Unternehmen anders gewesen wäre.

Herr Minister, Sie haben sich — das ist nicht nur meine Auffassung, sondern auch die des bisherigen bayerischen Innenministers, Herrn Lang — ein wirksames sozialpolitisches Instrument der Wohnungsbaupolitik ohne Not aus der Hand nehmen lassen.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Die Koalitionsfraktionen haben sich und der Landesregierung mit ihrer Großen Anfrage zur Wohngeld- und Mietenentwicklung einen Bärendienst erwiesen. Sie haben sich zum falschen Zeitpunkt und mit dem falschen Thema zu Wort gemeldet. Wohnungsmangel zunächst nur mit örtlichen Schwerpunkten, dort aber um so dramatischer, Auslaufen von diversen Förderungsmaßnahmen — die Aufwendungsdarlehen habe ich genannt —, damit verbunden ein deutlicher Anstieg der Mieten, verstärkte Rückzahlung von öffentlichen Darlehen und somit eine Reduzierung der Anzahl von Belegungsrechtswohnungen, das sind die aktuellen Kennzeichen auf dem Wohnungsmarkt. Darüber können auch noch so schön abgedruckte Zahlenreihen über Wohngeld und veraltete, längst überholte statistische Aussagen nicht hinwegtäuschen.

Herr Minister, wir werden deshalb nicht lockerlassen. Die SPD-Fraktion wird demnächst eine Große Anfrage zur Städtebau- und Wohnungspolitik stellen und Sie erneut prüfen. Ich bitte Sie, überdenken Sie Ihre bisherige Haltung. Es ist an der Zeit, daß Sie Ihre wohnungspolitische Konzeptionslosigkeit aufarbeiten und Ihre finanzielle Handlungsfähigkeit zurückgewinnen. — Danke schön.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Warnecke:

Vielen Dank. — Das Wort hat der Herr Sozialminister.

(Auditor [SPD]: Jetzt kommt noch ein Märchen!)

Schnipkoweit

Schnipkoweit, Sozialminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jetzt kommt kein Märchen, sondern jetzt kommt die nackte Wahrheit!

(Beifall bei der CDU. — Zuruf von Auditor [SPD].)

So einfach können Sie sich das mit mir nicht machen.

(Plaue [SPD]: Die einfache Wahrheit reicht schon!)

Wenn man einen Neuling vor sich hat, der vor zwei Jahren in den Landtag gekommen ist, dann kann man solche Sprüche klopfen. Aber wenn Sie hier jemanden vor sich haben, der seit immerhin zwölfenhalb Jahren Minister ist und 25 Jahre lang den Wohnungsbau in Niedersachsen mitgestaltet hat — Sie erwähnten hier den Canarisweg in Hannover und machen die Landesregierung dafür verantwortlich —, dann müssen Sie sich folgendes sagen lassen: Das ist einer der Punkte, den ich immer ankreiden werde. Man hat von 1970 bis 1974, als die Sozialdemokraten in diesem Lande allein regiert haben, eine Wohnungsbaufinanzierung betrieben, die unverantwortlich war. Ich habe das damals immer wieder gesagt. Damals hat man keine DM Darlehen gegeben, sondern man hat mit fünf- und 15jährigen Aufwendungsdarlehen oder Aufwendungszuschüssen gearbeitet. In Hannover hat die Stadt auch für den Canarisweg ihre Aufwendungszuschüsse gezahlt. Jetzt sollen die Mieten um 4 DM erhöht werden. Bedingt durch den Wegfall von Landesleistungen beträgt die Erhöhung 80 Pfennig, die inzwischen aufgefangen ist. Aber der Wegfall der Mittel der Stadt macht 3,20 DM aus.

(Kuhlmann [CDU]: Hört, hört!)

Die Stadt hat damals zusammen mit dem Sozialminister — das war eine Mannschaft — gesagt: Wir finanzieren nach dem Motto „Nach uns die Sintflut“. Ich habe damals darauf hingewiesen, daß es unverantwortlich ist, wie Wohnungsbau betrieben wird. Irgendwann muß die Zeche bezahlt werden. Die müssen Sie jetzt bezahlen. Dafür halten Sie mal den Kopf hin. Ich werde jedem sagen: Bedankt euch bei euren Genossen, die solch eine verantwortungslose Politik gemacht haben.

(Beifall bei der CDU.)

Den Grünen kann man keinen Vorwurf machen, die waren damals nicht da. Das ist der Vorteil der großen Parteien: Die kann man auch in zehn, zwölf oder 15 Jahren noch für ihre Sünden verantwortlich machen. Dazu müssen Sie stehen, ob Ih-

nen das paßt oder nicht paßt. Ich sage Ihnen ganz offen: Ich würde meine Hand nie dafür hergeben, solch eine Wohnungsbaupolitik zu machen, wie Sie es in Ihrer eigenen Verantwortung gemacht haben, also nach dem Motto „Nach uns die Sintflut“ vorzugehen, ohne Bargeld einzusetzen. Anschließend wissen dann die Mieter oder Eigentümer nicht mehr, wie sie zurechtkommen sollen.

(Lüttge [SPD]: Sie haben doch auch mit Aufwendungsdarlehen finanziert! — Plaue [SPD]: Herr Schnipkoweit, Sie stehen doch vor einem Trümmerhaufen Ihrer Wohnungsbaupolitik!)

— Ich vor einem Trümmerhaufen, wieso denn?

(Lüttge [SPD]: Sie haben doch auch mit Aufwendungsdarlehen finanziert, genauso!)

— Aber doch nicht so, daß jemand aus dem Haus muß!

(Widerspruch bei der SPD.)

Wir haben weitestgehend mit zinslosen Darlehen finanziert. In den letzten Jahren, solange ich Minister bin, ist das weitestgehend so geschehen. Mit Aufwendungsdarlehen sind im Grunde genommen nur die finanziert worden, die höhere Einkommen hatten. Aber wir reden hier doch gezielt vom sozialen Wohnungsbau.

Vizepräsident Warnecke:

Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Auditor?

Schnipkoweit, Sozialminister:

Ja, sicher.

(Kuhlmann [CDU]: Das ist ganz neu, daß Auditor mal eine Zwischenfrage stellt; sonst kräht er nur!)

Auditor (SPD):

Herr Minister, gesetzt den Fall, man würde Ihrer Argumentation folgen, sind Sie der Meinung, daß aus dem Grunde die Mieter heute ohne Ihre Hilfe die Zeche zu bezahlen haben?

Schnipkoweit, Sozialminister:

Ich sage noch einmal: Die Mieter sollen sich bei der Sozialdemokratie bedanken, die damals so verantwortungslos gehandelt hat.

(Auditor [SPD]: Davon können die auch nicht die Mieten bezahlen!)

Wenn wir das alles geradebiegen sollten, was Sie damals fabriziert haben, dann müßten wir heute nachträglich Hunderte von Millionen DM einsetzen.

(Beifall bei der CDU. — Frau Goede [SPD]: Aber wie lange wollen Sie die Erblastgeschichte noch bringen?)

Ich bin dafür, daß durch Wohngeldleistungen den wirklich sozial Schwachen geholfen wird und daß die anderen Dinge anders bereinigt werden.

(Auditor [SPD]: Warum haben Sie den Härteausgleich aus dem Haushalt herausgenommen?)

Nun zum Thema ausgeglichener Wohnungsmarkt: Herr Kollege, wir haben nach wie vor generell in Niedersachsen einen ausgeglichenen Wohnungsmarkt. Sie können soviel herumkrähen, wie Sie wollen. Das nimmt draußen kein Mensch zur Kenntnis. Das hat Ihre Partei schon vor sechs Jahren versucht, und das werden Sie heute wieder versuchen, aber zur Kenntnis nimmt es doch niemand, weil es nicht stimmt, weil es nicht wahr ist. Herr Plau, fragen Sie doch Ihren Kollegen Bruns, auf dessen Platz Sie sitzen, wieviel Wohnungen in Emden leerstehen. Fragen Sie doch den Kollegen Groth, wieviel Wohnungen in Delmenhorst leer sind. Es stehen Hunderte von sozial geförderten Wohnungen leer.

(Lüttge [SPD]: Das stimmt doch überhaupt nicht! Wer hat das denn gesagt? — Weitere Zurufe von der SPD.)

— Das ist wahr, Leute. Allein die Neue Heimat hat in diesen beiden Städten — — —

(Zurufe von der SPD.)

— Sie können krähen, was Sie wollen. Das ist nun einmal so. — Die Neue Heimat hat nach wie vor in diesen beiden Städten Freistände. Mit unserer Hilfe ist es gelungen, daß in anderen Bereichen die Wohnungen der Neuen Heimat, die frei waren, heute weitgehend belegt sind. Wenn die große Zahl von Aussiedlern nicht in unser Land gekommen wäre — Herr Schmalstieg will es ja begrenzen; daran, zu welchen Tricks und Mitteln man hier greifen will, sieht man die Geisteshaltung der SPD —, dann gäbe es überhaupt keine Bereiche mit Wohnungsnotständen.

(Auditor [SPD]: Das stimmt nicht! — Plau [SPD]: Sie wissen selbst, daß das nicht stimmt!)

Ich weiß ziemlich genau Bescheid. Nehmen Sie den Raum Hannover. Wie lange ist es denn her, daß in Garbsen noch Wohnungen leerstanden? Wie lange ist es her, daß in Laatzen Wohnungen

leerstanden? Wie lange ist es her, daß in Sarstedt, in meinem eigenen Wahlkreis, Wohnungen leerstanden? Wie lange ist es her, daß in Braunschweig Wohnungen leerstanden? Das können Sie mir doch nicht erzählen.

(Plau [SPD]: Wie lange denn?)

— Bis vor wenigen Monaten haben die ihre Wohnungen wie sauer Bier angeboten. Erst jetzt, bedingt durch den Aussiedlerzustrom, gibt es aus wenigen Bereichen Niedersachsens wieder entsprechende Anträge. Wenn das stimmen würde, was Sie sagen, dann hätten wir doch mit Anträgen überschüttet werden müssen. Das sind wir aber doch gar nicht. Warum haben denn die Wohnungsbaugesellschaften gar nicht gebaut? Warum haben sie überhaupt keine Anträge gestellt? Warum hat die Neue Heimat bis heute überhaupt keinen Antrag gestellt, neu zu bauen? Sie können das hier erzählen; die Möglichkeit haben Sie. Aber wenn Sie draußen solch einen Quatsch erzählen, hört Ihnen kein Mensch zu.

(Beifall bei der CDU. — Widerspruch bei der SPD.)

Das nimmt Ihnen keiner ab, weil die Bevölkerung weiß: Wir haben die beste Wohnraumversorgung, die es in dieser Republik jemals gegeben hat.

(Ravens [SPD]: Aber denen, die keine Wohnung haben, ist damit nicht gedient, Herr Minister! — Patzschke [SPD]: Erzählen Sie noch einmal die Geschichte mit den Landeskrankenhäusern!)

— Herr Ravens, als Sie die Verantwortung getragen haben, gab es Notstände. Da gab es noch Probleme. Aber ich sage Ihnen noch einmal: Wir haben die beste Wohnraumversorgung, die es jemals gegeben hat. Es gibt einige Brennpunkte, nämlich dort, wo die Aussiedler hinströmen, zum Teil die Landeshauptstadt, der Raum Braunschweig, Salzgitter, Wolfsburg und Gifhorn.

(Lüttge [SPD]: Oldenburg, ohne Aussiedler!)

Vizepräsident Warnecke:

Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Schuricht?

Schnipkoweit, Sozialminister:

Ja, sicher.

Schuricht

Schuricht (SPD):

Herr Minister, ich habe im Ausschuß vor einem halben Jahr vorgetragen, daß die Probleme im Wohnungsbau in Wolfsburg schon damals angestanden haben. Bis heute ist noch keine Wohnung gebaut worden. Das ist anhand des Protokolls nachweisbar.

(Zurufe von der SPD.)

Schnipkowitz, Sozialminister:

Das stimmt nicht. Herr Kollege, damit es klar ist: In Wolfsburg sind Wohnungen gebaut worden. Ich weiß das ganz genau; denn wir haben aufgrund der Aussiedler gezielt in bestimmten Bereichen — Wolfsburg, Gifhorn — — —

(Zuruf von Frau Hammelstein [SPD]. — Weitere Zurufe von der SPD.)

— Das mit den Wohnungssuchenden ist ein Thema für sich. Wenn Leute eine Wohnung haben und sich bewerben, heißt das nicht, daß das Wohnungsnotstände sind.

(Zurufe von der SPD.)

Ich will nur eines sehr deutlich sagen: Sie können das hier alles erzählen, meine Damen und Herren. Nur, Sie müssen sich das Publikum suchen, das Ihnen den Kram glaubt. Das ist der entscheidende Punkt.

(Zustimmung bei der CDU.)

Ich bleibe dabei: Wir haben die beste Wohnraumversorgung, die es in dieser Republik jemals gegeben hat.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat der Abgeordnete Sikora.

(Zuruf von der SPD: Auch der noch!)

Sikora (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit geraumer Zeit läßt sich erkennen, daß sich der Kollege Plau einen Redestil angewöhnt hat, der eigentlich Herrn Schröder zuzuschreiben ist.

(Unruhe bei der SPD. — Plau [SPD]: Das ist durchaus ein Kompliment! — Weitere Zurufe von der SPD.)

Herr Plau, Sie versuchen ihn in einer Weise zu kopieren, die Ihnen eigentlich nicht gut ansteht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Plau widerlegt sich ja selbst. Er greift zu Formulierungen, um in der Not für die SPD einen Nachweis zu führen, daß nur sie den wahren Schlüssel zur Wohnungspolitik wiedergefunden habe und besitze. Weil er einfach nicht über die Fakten verfügt, bedient er sich dazu eines Vokabulars, das diesem Hause nicht würdig ist

(Lachen bei der SPD — Zuruf von der SPD: Und das sagen Sie!)

und das insbesondere diesem Thema nicht würdig ist.

(Lüttge [SPD]: Sagen Sie mal etwas zu dem Wohnungsnotstand!)

Denn wenn der Sozialdemokratischen Partei wirklich etwas am sozialen Wohnungsbau gelegen wäre, dann dürften wir doch allemal erwarten, daß Sie diese Dinge sachbezogen begleiteten und die Argumentation so führten, daß auch erkennbar wäre, was Sie wollen und wo Sie sich von der Politik unterscheiden, die wir, die Landesregierung und die sie tragenden Regierungsfaktionen, betreiben.

(Lüttge [SPD]: Zur Sache bitte! Wie viele Millionen wollt ihr einsetzen?)

Es gehört auch zu einer seriösen Betrachtung — damit das ganz deutlich gesagt wird —, daß Sie ordnungsgemäß mit den Fakten umgehen und sie nicht unredlich kaschieren und verdrehen.

(Auditor [SPD]: Sie sind doch letzte Woche verprügelt worden!)

Die Behauptung, die Wohnungspolitik der Regierung sei gescheitert, ist eine der primitivsten Bemerkungen, die man sich in der politischen Kultur nur vorstellen kann; denn es stimmt nicht. Von daher erlauben Sie mir diese Bemerkung. Sie können eine solche Formulierung doch nur dann gebrauchen — das will ich aus dem Demokratieverständnis heraus sagen —, wenn Sie wirklich den Beweis dafür liefern können.

(Lüttge [SPD]: Haben wir doch!)

Aber dies hier nur schlaglichtartig einzuführen, sich hinzustellen und auf Applaus zu warten und nicht auch nur annähernd einen Beweis dafür zu erbringen, ist in der Tat primitiv; ich bleibe dabei.

Die Wahrheit ist die — das ist das, was ich Ihnen, Herr Plau, als unredliche Argumentation vorwerfe —: Diese Landesregierung hat von 1976 bis heute mehr als 80 000 Wohnungseinheiten gefördert. Da kommen Sie hierher und sagen, das sei

gescheitert. Das ist völlig unverständlich. Wir haben mehr als 8 000 Altenwohnungen gefördert und gebaut. Herr Kollege Plau, Ihre Kollegen sind im Wettlauf mit anderen Kollegen dieses Hauses beim Minister gewesen und haben gesagt: Bitte bei mir zuerst den Wohnungsbau durchführen und nicht bei den anderen!

(Auditor [SPD]: Ja, weil sie Geld haben wollten! Als zweiter kriegt man ja nichts mehr!)

Weil sie sich mit den Maßnahmen der Landesregierung schmücken wollten, die die Gelder bereitgestellt hat, die die Förderung durchgeführt und die Wohnungen gebaut hat.

(Beifall bei der CDU.)

Nichts von dem, was Sie sagen!

(Zuruf von Deike [SPD].)

Die höchste Förderungsquote überhaupt im sozial geförderten Wohnungsbau in der Geschichte des Landes Niedersachsen ist in den letzten zwölf Jahren zu verzeichnen und nicht zu Zeiten, in denen es eine sozialdemokratische Regierung in Niedersachsen gegeben hat.

(Zurufe von der SPD.)

Es ist also unwahr, was Sie hier behaupten wollen, Herr Plau; es ist unredlich.

(Auditor [SPD]: Ja was denn nun? Primitiv!)

Ich muß sagen: In der Sache haben Sie als Sozialdemokratische Partei Ihrem sozialen Anspruch damit einen der schlechtesten Dienste erwiesen.

(Plau [SPD]: Sie müssen nicht glauben, daß Sie durch Frechheiten bei mir mehr Aufmerksamkeit erregen, Herr Kollege! — Weitere Zurufe von der SPD.)

Ich komme zur nächsten Behauptung, meine Damen und Herren. Zu der Behauptung, es gebe keinen ausgeglichenen Wohnungsmarkt — — —

(Biel [SPD]: Rede mal zur Sache! Was hat du denn eben zum Thema gesagt? Gar nichts!)

darf ich Ihnen sagen: Niedersachsen verfügt über 3,4 Millionen Privathaushalte und zur Zeit über einen Bestand von 3,11 Millionen Wohnungen. Herr Plau, das ist die Wahrheit zu Ihrer Aussage.

(Dr. Hansen [Grüne]: Wie werden die denn genutzt?)

Nichts von dem, was Sie glaubten hier vortragen zu müssen, ist wahr. Der Nachweis: ein ausgeglichener Wohnungsbestand, sehr verehrter Herr Kollege!

(Zuruf von Auditor [SPD].)

Das Zahlenwerk sollte nach Adam Riese auch Ihnen die Erleuchtung gebracht haben, daß das zu einem ausgeglichenen Wohnungsbestand führt.

(Zustimmung von Rehkopf [FDP].)

Meine Damen und Herren! Vom Kollegen Plau wird bedauert — ebenfalls eine falsche Aussage; das sage ich gleich vorweg —, daß der Wohnungsneubau darniederliege, er finde nicht statt, er sei gescheitert, eine Folge der Regierungspolitik.

(Zuruf von der SPD: Natürlich ist er gescheitert!)

Zu Beginn dieses Jahres stellt die Landestreuhandstelle dieses Landes Niedersachsen fest — das ist die letzte Erhebung; die weiteren werden andere, verbesserte Zahlen zeigen —, daß im Januar dieses Jahres — Sie können das alles nachlesen; ich weiß gar nicht, warum er so blind zwischen den Fakten herumläuft und Behauptungen in den Raum stellt, die einfach nicht haltbar sind — im Einfamilienhausbau — — — Herr Kollege Auditor, auch Sie sollten als Berufspolitiker in dieser Frage einmal einen Nachhilfekurs nehmen

(Auditor [SPD]: Wie kann man zwischen Fakten herumlaufen?)

und hier nicht als Berufspolitiker laienhaft argumentieren. Sie sind Berufspolitiker.

(Auditor [SPD]: Sie sollen mir nur sagen, wie man zwischen Fakten herumlaufen kann!)

Von einem Berufspolitiker kann man etwas anderes als von Laien auf der Straße erwarten. Herr Kollege Auditor, ich möchte Ihnen auch vor dem Hintergrund der Öffentlichkeit nachdrücklich empfehlen, das einmal ein bißchen tiefergehend zu betrachten.

Meine Damen und Herren! Im Einfamilienhausneubau ist im Januar eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 17,5 % — amtlich, statistisch, unverdächtig, parteipolitischer Couleur zu sein — festgestellt worden.

(Lüttge [SPD]: Aber ohne Hilfe der Landesregierung!)

Nächste Bemerkung: Im Mehrfamilienhausbau, wo die Sozialmieter untergebracht werden, ist

Sikora

eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 15 % zu verzeichnen. Und Sie sagen: Er liegt darnieder!

(Zuruf von Lüttge [SPD].)

Zu der nächsten Bemerkung, zum Mietpreisniveau, über das wir heute verfügen. Der Herr Minister hat im Rahmen der Antwort der Landesregierung darauf hingewiesen, daß wir jetzt immerhin eine Verringerung der Mietpreissteigerungsrate auf unter 2 % feststellen können. Dessen hat sich Herr Plau im Namen der Sozialdemokratischen Partei Niedersachsens — so darf man wohl hinzufügen, Herr Kollege Plau — in abträglicher Weise argumentativ bedient, und er hat dies auch noch in Zweifel gezogen. Die Wahrheit ist: 1982, als Sie, meine Damen und Herren, aus der Regierungsverantwortung in Bonn dankenswerterweise abgelöst worden sind, hinterließen Sie eine jährliche Mietpreissteigerungsrate von mehr als 5 %. Das haben Sie dem Mieter auf dem Markt noch als soziale Tat verkaufen wollen. Gleichzeitig hatten wir eine Inflationsrate von zeitweise 7 bis 8 % und einen der höchsten Kapitalmarktzinssätze, bis zu 14 %, die es in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik überhaupt gegeben hat. Wissen Sie, wer der Betroffene war? Der kleine Mann auf der Straße war derjenige, der die Last tragen mußte,

(Beifall bei der CDU)

dem es in den Jahren nach 1969 bis 1982 unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung nicht mehr möglich war, sein Einfamilienhaus zu bauen.

(Widerspruch bei der SPD.)

— Er konnte es nicht! Er war derjenige, der durch Ihre verfehltete Politik unter die Räder geraten ist. Und Sie kommen heute daher und wollen die Erfolge der Landesregierung und der Bundesregierung in Abrede stellen!

(Jahn [CDU]: Unglaublich ist das! — Auditor [SPD]: Die haben alle im Tessin gebaut, Herr Sikora!)

Sie können auch nicht annähernd einen Beweis dafür erbringen, meine Damen und Herren! Das ganze Gegenteil ist doch der Fall! Die amtlichen Blätter und die Informationen der Verbände und Organisationen beweisen das.

Wo sind denn Ihre Beweise? Wo sind denn in der Öffentlichkeit die Bataillone, die Ihre These vertreten?

(Zurufe von der SPD.)

Auch die gemeinnützigen Wohnungsbaubetriebe haben Ihre These bisher nicht vertreten, meine Damen und Herren!

(Zurufe von der SPD.)

So ist das!

Im Zusammenhang mit der Debatte über die Aufhebung der Gemeinnützigkeit gibt es eine interessante Bemerkung der ehemaligen SPDgeführten Bundesregierung, die nämlich festgestellt hat, daß es bei der Aufhebung des Gemeinnützigkeitsrechts zunächst einmal um nicht mehr als die Möglichkeit der Inanspruchnahme der wirtschaftlichen Vorteile geht, die sich bei Ausnutzung des Steuersystems ergeben. Das ist eine Feststellung, die im übrigen 1982 von der damaligen Bundesregierung durch Ihr Parteiorgan veröffentlicht worden ist. Sie waren diejenigen, die diese These politisch vertreten haben. Aber — füge ich hinzu — sie war damals eine der wenigen Thesen, die richtig waren. Sie hat nämlich auf die wirtschaftlichen Komponenten hingewiesen. Das ist es, worum es heute geht. Es ist falsch, was Sie wieder überall im Land behaupten, daß nämlich die Aufhebung des Wohnungsgemeinnützigkeitsrechts zu einer Erhöhung der Mietpreise führt. Das ganze Gegenteil ist bis zur Stunde der Fall.

(Auditor [SPD]: Dann haben die alle unrecht von der Wohnungswirtschaft?)

Alle Ihre guten Empfehlungen, meine Damen und Herren, die Sie in der Wohnungsbaupolitik uns und auch anderen gegeben haben, waren die schlechtesten Empfehlungen überhaupt. Wenn man Ihnen gefolgt wäre, wäre die Politik im Lande in der Tat gescheitert. Das sage ich Ihnen, Herr Kollege Plau.

(Beifall bei der CDU.)

Wie haben Sie sich denn verhalten? — Anfang der 70er Jahre gab es eine Wohnungsnot, gab es Wohnungsmangel. Daraus ist dann Ende der 70er Jahre ein ausgeglichener Wohnungsmarkt — sogar mit Überhängen — entstanden. Sie haben aber auch zu dieser Zeit — das können wir ja nachlesen — von einer Wohnungsnot gesprochen, obwohl am Markt schon die Sättigung eingetreten war.

(Zuruf von Auditor [SPD].)

Mitte der 80er Jahre — jetzt, in diesen Jahren — ist den amtlichen Angaben zufolge durch die Politik der Bundesregierung zum ersten Mal der Durchbruch zu einem global ausgeglichenen Wohnungsmarkt erreicht worden.

(Lüttge [SPD]: Global?)

Vor diesem Hintergrund reden Sie schon wieder von neuem Wohnungsmangel, also genau von dem Gegenteil dessen, was auf dem Markt geschieht!

(Auditor [SPD]: Jetzt hör einmal auf!)

Als wir im Jahre 1982 die Mietrechtsreform durchgeführt haben, haben sich Ihre Kollegen im Landtag hingestellt — — —

(Plaué [SPD]: Schickt doch einmal jemanden nach vorn, der etwas davon versteht! Das ist unglaublich! Kommen Sie aus Goslar vom Berg herunter, und gehen Sie in die Niederungen der täglichen Politik!)

— Nicht Sie, Herr Kollege Plaué. Sie waren doch zu der Zeit noch gar nicht Politiker.

(Weitere Zurufe von Plaué [SPD].)

— Ihre Argumente werden auch nicht besser, wenn Sie dauernd dazwischenrufen, Herr Kollege!

(Auditor [SPD]: Dann hat wohl Herr Schneider unrecht gehabt?)

Als wir 1982 mit Wirkung zum 1. Januar 1983 das Mietrecht neu formuliert und neu geordnet haben, waren Sie diejenigen, die wieder ins Land gezogen sind und dem Mieter erklärt haben — Sie wollten ihn aufwiegeln; das ist ja Ihre Politik —,

(Widerspruch bei der SPD)

dieses Mietrecht würde zu horrenden Mietpreissteigerungen führen. Meine Damen und Herren! Heute können wir darauf hinweisen — das ist das Ergebnis der Antwort auf die Große Anfrage, wenn Sie sie richtig lesen —, daß Ihre Behauptungen nicht eingetreten sind.

(Auditor [SPD]: Nein?)

Nichts von Ihren Behauptungen ist in Wahrheit übriggeblieben. Das ist ein weiteres Indiz für Ihre verfehlten politischen Ansichten zur Wohnungsbaupolitik.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die gegenwärtig sich am Markt abzeichnenden Engpässe in verschiedenen Ballungsgebieten, auf die wir selbst hingewiesen haben, stellen nichts Besonderes dar, sondern entsprechen zunächst einmal dem normalen zyklischen Schwankungsprozeß im Zusammenhang mit ausgeglichenen Wohnungsmärkten. Das haben wir in den 70er Jahren gehabt, und das haben wir jetzt in den 80er Jahren wieder. Das ist ein Schwankungsprozeß, den auch die Fachwohnungsbauwelt als völlig normal bezeichnet. Mit der zunehmenden Wohnungsnachfrage in den Ballungsgebieten — das haben Sie

gar nicht beleuchtet, Herr Plaué; das ist im übrigen eine hochinteressante wohnungsbaupolitische Betrachtung — geht aber gleichzeitig eine abnehmende Tendenz bei den Bevölkerungszahlen auf dem flachen Lande einher, so daß dort viele Wohnungen frei werden und als Leerbestände am Markt verfügbar sind. Die Stadt Delmenhorst liefert mit den dort im Augenblick leerstehenden 500 Wohnungen dafür einen Beweis. Andererseits ist natürlich in den Städten Hannover, Braunschweig, Gifhorn und Wolfsburg eine eklatante Zunahme bei der Wohnungsnachfrage zu verzeichnen. Allein deshalb kann man doch aber wohl nicht behaupten, es gebe einen allgemeinen Wohnungsnotstand und Wohnungsmangel, wie Sie das getan haben, Herr Kollege Plaué.

(Auditor [SPD]: Den Begriff des Wohnungsmangels hat Oscar Schneider ins Gespräch gebracht!)

Hier ist die sensible Frage im Wohnungsbau zu stellen: Ist es eigentlich richtig, Herr Kollege Auditor, mit neuen Baurekorden, deren Notwendigkeit Sie daraus ja ableiten, in den Ballungsgebieten neuen Wohnraum zu schaffen, der zu Lasten der Fläche geht? Denn dadurch werden zusätzlich Bürger angereizt, in die Ballungszentren zu gehen. Ich meine, dies ist eine strukturpolitische und wohnungsbaupolitische Frage, die man ganz seriös betrachten muß. Es ist mit Sicherheit aber nicht dazu angetan, zu einer derartig falschen Behauptung zu kommen, wie sie die SPD-Landtagsfraktion in die Debatte einzuführen versucht hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluß.

(Beifall bei der SPD. — Auditor [SPD]: Wir kennen Sie schon, Herr Sikora! Sie erzählen doch immer dasselbe!)

Sie haben ja gemerkt, daß der Kollege Plaué mit einer völlig falsch vorbereiteten Rede hierhergekommen ist; das ist sein Schicksal. Er ist ja noch neu im Landtag und lernt in dieser Legislaturperiode dazu.

(Auditor [SPD]: Wenn Sie noch länger reden, dann laufen alle raus!)

Die Beantwortung der Großen Anfrage hat deutlich gemacht, daß wir das beste Mietenniveau seit Bestehen des Mietenindex von 1962 haben.

(Auditor [SPD]: Das höchste Niveau!)

Ich wiederhole das ganz bewußt, damit Sie das im Protokoll noch einmal nachlesen können.

Sikora

Angesichts der hohen Wohngeldleistungen, die im Lande Niedersachsen mittlerweile mehr als eine halbe Milliarde DM ausmachen, können Sie doch wohl nicht sagen, daß nun ausgerechnet der Wohngeldempfänger seine Miete nicht mehr bezahlen kann. Genau das Gegenteil ist der Fall. Das Wohngeld führt dazu, daß den Betroffenen ein größerer Teil ihres Einkommens für andere Dinge zur Verfügung steht.

(Plaue [SPD]: Davon habe ich kein Wort gesagt!)

Die Mietbelastung, die vor Verabschiedung der Wohngeldnovelle 39 % ausmachte, ist in bezug auf das real verfügbare Einkommen auf 21 % gesenkt worden. Die Mietbelastungen sind also erheblich zurückgegangen.

Wesentliche und abschließende Bemerkung: Diese hohen Wohngeldleistungen zeigen, daß das Wohngeld eine der größten sozialen Leistungen in der Geschichte der Bundesrepublik ist. Das wollte ich Ihnen in diesem Zusammenhang noch einmal ganz deutlich gesagt haben.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat der Abgeordnete Mönninghoff.

(Zuruf von der SPD: Sag doch einfach: Dem habe ich nichts hinzuzufügen!)

Mönninghoff (Grüne):

Sonst habe ich immer vom „Ersatz-Geißler“ gesprochen; diesmal ist „Mini-Gauweiler“ wohl eher angebracht. Aber darauf will ich nicht näher eingehen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Daß Große Anfragen von Mehrheitsfraktionen immer Jubelanfragen für die Landesregierung sind, ist selbstverständlich.

(Lüttge [SPD]: Kein Grund zum Jubeln!)

Daß in diesem Fall aber eine sozialpolitische Schande, nämlich daß immer weniger Menschen ihre Wohnungen durch eigenes Einkommen oder durch ihre Rente bezahlen können, in einer Großen Anfrage und der Antwort darauf in eine soziale Wohltat in Form von Wohngeldzahlungen umgemünzt wird, ist eine Unverschämtheit.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Es geht hier um Wohnen und um die Selbstverständlichkeit, daß Menschen ihre Wohnung auch bezahlen können. Dahin müssen wir kommen und nicht dahin, daß Wohnungen immer mehr und vollständig von den Sozialämtern bezahlt

werden. Als Beispiel für die soziale Kälte, die hinter der Wohngeldzahlung steht, möchte ich das Rechenbeispiel mit den Rentnerinnen und Rentnern, das Sie aufgeführt haben, nennen. Ich weiß, wovon ich rede.

(Kohlenbach [CDU]: Das wissen Sie nicht!)

Seit dem Tod meines Vaters bekommt meine Mutter, die ihr Leben lang als Hausfrau und Erzieherin von Kindern gearbeitet hat, 800 DM Rente. Meine Mutter würde nie zum Sozialamt gehen und dort einen Antrag auf Wohngeld stellen, obwohl sie einen Rechtsanspruch darauf hat.

(Sehrt [CDU]: Wenn jemand einen Rechtsanspruch darauf hat, ist das keine Schande!)

Ihre Leute sind doch heilfroh, daß diejenigen, die diesen Rechtsanspruch haben, ihn nicht wahrnehmen; denn dann würden die Wohngeldzahlungen noch viel, viel höher sein.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.
— Kohlenbach [CDU]: Das ist, gelinde gesagt, eine große Frechheit!)

Das geht vielen Leuten so. Es gibt Untersuchungen darüber, wieviel Prozent der Bevölkerung ihren Rechtsanspruch auf Wohngeld nicht wahrnehmen. Es ist eine soziale Schande, daß es notwendig ist, in diesem Maße Wohngeld anzufordern.

(Sehrt [CDU]: Bei Ihrem Einkommen können Sie doch Ihre Mutter unterstützen!)

— Es reicht, daß solche Bemerkungen zu Protokoll genommen werden. Darauf gehe ich nicht ein. — Die Landesregierung schämt sich nicht, sich in ihrer Antwort — Seite 6 — lobend auf die Schulter zu klopfen, daß durch die Wohngeldnovelle eine Rentnerin, die 650 DM Realeinkommen hat und 200 DM-Miete zahlen muß, statt 28 DM jetzt 62 DM Wohngeld bekommt. Dieser Rentnerin stehen mit der Wohltat des Wohngeldes in Zukunft ganze 512 DM für ihre gesamte Lebensführung zur Verfügung, ganz abgesehen davon, daß sie erst einmal eine Wohnung finden muß, für die sie nur 200 DM Kaltmiete plus Nebenkosten plus Heizung zu bezahlen braucht. Meine Damen und Herren, 512 DM verfügbares Einkommen im Monat: Viele von Ihnen, die hier sitzen, erhalten neben Ihren Diäten eine höhere Aufwandsentschädigung pro Monat. Und da wagen Sie es, Wohngeld als eine soziale Großtat darzustellen!

(Beifall bei den Grünen.)

Die Antwort auf die Große Anfrage enthält eine Fülle von nichtssagenden Zahlen, die ich im Rahmen meiner knappen Zeit nicht detailliert durch Gegenrechnung widerlegen kann nach dem Motto: 'Trau' keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast.

(Beifall bei den Grünen.)

Ich will aber zwei kleine Beispiele für die Unseriosität des Zahlenwerks nennen. Sie setzen die Mietenentwicklung ausschließlich ins Verhältnis zum Anstieg des Bruttoeinkommens. Das ist unsinnig; denn die Leute müssen mit dem Nettoeinkommen rechnen. Das Nettoeinkommen lag bei gestiegenen Mieten 1986 aber unter dem Nettoeinkommen von 1979. Das ist eine Tatsache, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen.)

1986 mußten schon 20 % der Haushalte mehr als 25 % ihres Einkommens allein für die Kaltmiete aufwenden. In die Gesamtmiete müssen aber die Nebenkosten und die Heizkosten — das taucht in der Antwort überhaupt nicht auf — einbezogen werden. Dadurch ist der Anteil am verfügbaren Nettoeinkommen, der gerade von Familien mit geringerem Einkommen für die Miete aufgebracht werden muß, in den letzten zehn Jahren erheblich gestiegen. Darin liegt ein großes soziales Problem.

Meine Damen und Herren, die Bundes- und die Landesregierung betreiben zur Zeit eine Politik der systematischen Verknappung preiswerten Wohnraums. Der Nebeneffekt davon sind natürlich höhere Wohngeldzahlungen. Dahinter steckt System; denn es liegt ganz im Sinne der FDP als Partei der Immobilienmakler und der Haus- und Grundstückseigentümervereine, die in der CDU stark verankert sind. Beispiele: Der Bund hat sich völlig aus der Förderung von Sozialwohnungen herausbegeben. Zweitens. Das Land hat das Programm für den ersten Förderungsweg im Wohnungsbau zusammengestrichen. Drittens. Die seit 1978 geltende Neuregelung der steuerlichen Eigentumsförderung — § 10 Einkommensteuergesetz — hat den Druck auf die preisgünstigen Altbauwohnungen weiter erhöht, weil immer mehr günstige Altbauwohnungen in luxusmodernisierte Eigentumswohnungen verwandelt werden. Viertens sind die großen Probleme zu erwähnen, die durch den Wegfall des zweiten Förderungsweges entstehen. Ich muß dem Minister in diesem Punkt in der Tendenz einmal recht geben.

(Zustimmung bei der CDU.)

Natürlich ist es sozial unverantwortlich, eine Förderung des Wohnungsbaus zu betreiben, die zu diesen Mietpreissprüngen führt, wie sie jetzt zum Beispiel am Canarisweg in Hannover zu verzeichnen sind. Das war eine verfehlte sozialdemokratische Politik. Daß die Stadt Hannover in diesem Bereich überhaupt etwas tut, ist nur auf massiven Druck zurückzuführen.

Nur, meine Damen und Herren, es ist auch Aufgabe der jetzigen Landesregierung, Fehler vergangener Regierungen mit wettzumachen und soziale Härten auszugleichen, die durch den Wegfall des zweiten Förderungsweges und die daraus folgenden massiven Mietpreissteigerungen verursacht werden. Insoweit können Sie sich nicht auf die Aussage zurückziehen, das sei zu teuer.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Zerschlagung der Wohnungsgemeinnützigkeit unter dem Deckmantel der Steuerreform. Dazu ist vorhin schon etwas gesagt worden. Ich brauche das daher nicht weiter auszuführen.

Des Weiteren ist vorhin gesagt worden, wir hätten keinen Wohnungsmangel, wir hätten einen ausgeglichenen Wohnungsmarkt. Sie wissen ganz genau, daß das nicht wahr ist. Nach Schätzung der Wohlfahrtsverbände leben bereits heute mindestens 100 000 Menschen in der Bundesrepublik ohne dauerhafte Unterkunft. Mindestens weitere 200 000 Menschen leben in städtischen Notunterkünften. Nach den Schätzungen in einer Studie des Bundesfamilienministeriums sind mindestens 700 000 Menschen von akuter Wohnungsnot betroffen. Dazu kommt das Problem der Spätaussiedler und Spätaussiedlerinnen sowie der Asylbewerber und Asylbewerberinnen.

Meine Damen und Herren, wir brauchen dringend Initiativen zur Schaffung von Wohnraum, insbesondere zur Schaffung von preisgünstigem Wohnraum.

(Zustimmung bei den Grünen.)

Ich fasse zusammen:

Erstens. Der Anstieg der Wohngeldausgaben ist kein Erfolg der Wohnungsbaupolitik; er stellt vielmehr eine Bankrotterklärung der Sozialpolitik dar.

(Zustimmung bei den Grünen.)

Zweitens. In der Bundesrepublik fehlen preiswerte Wohnungen. Die Landesregierung und die Bundesregierung tragen die Verantwortung dafür, daß dieses Problem in den nächsten Jahren noch zunehmen wird.

Mönninghoff

Drittens. Das Wohngeld ist keine Alternative zur Wohnungsgemeinnützigkeit und zum sozialen Wohnungsbau. Denn Wohngeld bietet keinen Schutz vor Mieterhöhungen und überhöhten Mieten. Das Wohngeld ist in Wirklichkeit zum großen Teil eine indirekte Subventionierung der Besitzer von Miethäusern und der Immobilienmafia, die hinter dieser Mehrheit steckt. — Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen. — Rehkopf [FDP]: Das ist schlicht falsch, Herr Mönninghoff!)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat der Abgeordnete Rehkopf.

Rehkopf (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Freien Demokraten fühlen sich durch den Bericht des Sozialministers und im übrigen auch durch den Bericht der Bundesregierung zur Wohngeld- und Mietentwicklung in ihrer langfristigen Konzeption bestätigt, weg von der Gießkanne der Objektförderung und hin zu einer gezielten subjektiven Förderung der Mieter zu kommen.

Die Mietpreissteigerung hat im Jahr 1987 1,8 % betragen. Das möchte ich an dieser Stelle nur einmal erwähnen.

Ich glaube, daß wir eine zweite Feststellung treffen müssen, meine Damen und Herren: Der Anteil der Miete am verfügbaren Nettoeinkommen ist von 13 % auf 16 % gestiegen. Das hat seine Gründe. Die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner hat sich in der Bundesrepublik in wenigen Jahren von 24 m² auf 32 m² erhöht. Mehr Wohnfläche bedeutet mehr Miete. Das ist nun einmal so. Die Bevölkerung wünscht diese Wohnfläche.

Außerdem sind mit großem Aufwand Modernisierungen und Sanierungen durchgeführt worden, übrigens auch auf Wunsch der Mieter selbst. Ich glaube, wir können uns mit gutem Gewissen vor die Öffentlichkeit hinstellen.

Auch die Nebenkosten für Wasser, Abwasser, Müllbeseitigung und Stromversorgung sind nur in vertretbarem Maße gestiegen, obwohl Umweltschutzmaßnahmen und Modernisierungsmaßnahmen natürlich auch auf diesem Gebiet in die Kosten gehen. Der Anstieg der Gebühren ist spürbar. Er ist im Mietenindex inbegriffen. Wir müssen natürlich wissen, daß Umweltpolitik nicht zum Nulltarif zu haben ist. Ich sage das ausdrücklich, weil der Sozialminister diesen Aspekt nicht besonders hervorgehoben hat.

Allerdings haben die Entlastung bei den Energieversorgungskosten und die Stabilitätspolitik der Bundesregierung wesentlich dazu beigetragen, daß die Kaufkraft der Bevölkerung durch den Anstieg der Mieten nicht gelitten hat, meine Damen und Herren. Auch dem ist nicht zu widersprechen. Dies ist im übrigen auch eine ganz wesentliche Feststellung, weil das mit in die Gesamtbeurteilung hineingehört.

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch etwas zur Mietentwicklung in den Ballungsräumen sagen, weil das hier — auch vom Minister — angesprochen worden ist. Dort ist natürlich ein besonderer Bedarf vorhanden. Ich persönlich äußere hier in aller Öffentlichkeit meine Bedenken, wenn Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, in aller Öffentlichkeit die Mietentwicklung beispielsweise in den Ballungsräumen Niedersachsens — Hannover, Braunschweig, Osnabrück, Oldenburg — betrachten und feststellen, daß dort die drastischste Mietentwicklung von ganz Niedersachsen stattgefunden hat. Das stimmt zwar so, weil der Bedarf an Wohnungen größer geworden ist, da mehr Arbeitsplätze geschaffen worden sind und vieles andere mehr — ich nenne hier nur noch den Studentenzug —, aber ich bitte Sie wirklich, hierbei zu differenzieren, was das Land im übrigen betrifft.

(Plaue [SPD]: Das habe ich auch getan!)

— Okay. — Wir müssen feststellen, daß junge Menschen das Elternhaus heute früher als je zuvor verlassen, daß es mehr Alleinerziehende als je zuvor gibt, daß ältere Menschen allein wohnen — leider manchmal auch sehr allein — und man daher im Grunde genommen kleine und mittlere preiswerte Wohnungen braucht.

(Zustimmung von Fischer [Buxtehude] [FDP].)

Dem ist in Niedersachsen zum Teil Rechnung getragen worden.

(Auditor [SPD]: Zum Teil!)

Die Ergebnisse der Volkszählung werden uns sicherlich die notwendigen Daten für eine langfristige Anpassung der Wohnungsbaupolitik liefern. Herr Mönninghoff, vielleicht hat das mit der Volkszählung dann auch für Sie sein Gutes.

(Trittin [Grüne]: Wenn ich sehe, was da zusammengelogen worden ist!)

Ich glaube, daß wir auch über den Abbau der Bürokratisierung reden müssen. Diesbezüglich spreche ich insbesondere den Minister an, vielleicht im Bundesrat aktiv zu werden mit dem Ziel, daß

die Sozialhilfeempfänger nun wirklich so bald wie möglich von der Antragstellung befreit werden. Man muß einmal überlegen, ob das machbar ist. Einige Fälle sind uns bekanntgeworden. Herr Mönninghoff hat einen ganz besonderen Punkt genannt, der sicherlich kein Einzelfall ist, der aber auch nicht repräsentativ für das ganze Land ist. Darüber muß man nachdenken.

Damit bin ich beim Thema Wohngeld. Man müßte der Öffentlichkeit einmal sagen, wie sich das Wohngeld entwickelt hat. Ich will das an dieser Stelle noch einmal tun. 1965 wurden bundesweit 147 Millionen DM — 147 Millionen DM! — an 394 000 Wohngeldempfänger gezahlt. 1980 — damals gab es noch eine sozialdemokratisch/liberale Regierung in Bonn — waren es 1,8 Milliarden DM bei mehr als einer Million Wohngeldempfängern. 1986 wurden 3,3 Milliarden DM an 1,6 Millionen Wohngeldempfänger gezahlt. 1987 betrug die Wohngeldleistung 3,8 Milliarden DM, meine Damen und Herren.

(Fischer [Buxtehude] [FDP]: Das ist gewaltig!)

Dieses Wohngeld entfällt natürlich in besonderem Maße auf die Nichterwerbstätigen, auf die Rentner mit niedrigem Einkommen, auf die Arbeitslosen und die kinderreichen Familien. Eine bessere Wohn- und Mietpolitik kann man sich gar nicht wünschen, Herr Mönninghoff.

(Zustimmung von Fischer [Buxtehude] [FDP].)

Sie werden sich überlegen müssen, meine Damen und Herren von der Opposition — damit komme ich zum Schluß ob Sie aus der Opposition heraus und in der Opposition weiter mit Ihrer Mietideologie — um das Wort „Mietlüge“ zu vermeiden; sie kennen mich alle; ich möchte das hier nicht verwenden — leben können;

(Zuruf von Plaue [SPD])

denn ich halte es nicht für eine sozial verantwortliche Politik, wenn ich die Menschen mit Prognosen des Inhalts verunsichere, daß die Mieten ins Unermeßliche steigen, daß sie kaum noch bezahlbar sind, und wenn ich nicht nur den Menschen angst mache, die tatsächlich in Not sind, sondern auch noch jenen Menschen angst mache, die in gesicherten Mietverhältnissen leben, und das ist in diesem Lande weitaus die Mehrheit, meine Damen und Herren. Wir jedenfalls werden gegen diese Politik mit einer seriösen Wohngeld- und

Mietpolitik entscheidenden Widerstand leisten.

(Zustimmung von Fischer [Buxtehude] [FDP]. — Zustimmung bei der CDU.)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat der Abgeordnete Plaue.

Plaue (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, Sie haben in Sachen Canarisweg — das ist ja nur ein prägnantes Beispiel, das ich da genannt habe — gesagt: Das sind die Erblasten der Sozialdemokraten, und dafür bin ich nicht verantwortlich.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Wissen Sie, Herr Minister, Sie kamen mir an der Stelle so vor wie der Mann, der draußen im Regen steht und sich weigert, seinen Regenschirm aufzuspannen, weil er ja für den Regen nicht verantwortlich ist,

(Beifall bei der SPD)

nur mit dem Unterschied, daß hierbei nicht Sie im Regen stehen, sondern die Betroffenen draußen am Canarisweg, die auf die Hilfe des Staates warten.

(Zuruf von Auditor [SPD].)

Da kann ein verantwortlicher Wohnungsbaupolitiker des Landes doch wohl nicht sagen: Ich habe damit nichts zu tun; das haben meine Vorgänger gemacht. Ich sage Ihnen, Herr Schnipkoweit:

(Zuruf)

— Sie können sich gern noch einmal zu Wort melden — So wird sich die sozialdemokratisch geführte Landesregierung ab 1990 nicht verhalten. Dafür garantiere ich.

(Beifall bei der SPD. — Lachen bei der CDU. — Unruhe.)

Meine Damen und Herren, hier wurde die Frage gestellt — das wurde auch vom Minister angesprochen —: Warum bauen denn die Gemeinnützigen nicht, warum liegen denn die Anträge nicht vor? Herr Minister, Sie wissen ganz genau, daß diese Aussage nicht stimmt. Wir haben Ihnen im Ausschuß doch nachgewiesen, daß von Wohnungsbauunternehmen, die bauen wollten, Anträge gestellt worden sind. Diese sind vom Ministerium aber abgewiesen worden, weil kein Geld zur Verfügung stand. Deshalb sollten Sie sich hier bitte nicht hinstellen und Dinge sagen,

Plauc

die mit den Tatsachen überhaupt nicht übereinstimmen.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, Wohnungssuchende in Niedersachsen. Herr Kollege Rehkopf, ich habe in der Tat nicht davon gesprochen, daß es in Niedersachsen pauschal eine Wohnungsnot gibt. Ich habe mich allerdings mit Macht gegen die pauschale Behauptung der Niedersächsischen Landesregierung gewehrt, daß der Wohnungsmarkt ausgeglichen sei. Das stimmt doch nicht. Das ist eine selektive Betrachtungsweise.

(Glocke des Präsidenten.)

Ich darf Ihnen, Herr Minister — ich komme damit auch zum Schluß; ich muß auch zum Schluß kommen, Herr Präsident —, eine Aussage von Herrn Professor Jenkis vorlesen, der gesagt hat:

„Auf Veranlassung des Niedersächsischen Sozialministeriums wurde eine Umfrage nach der Verfügbarkeit von Wohnungen für Aussiedler Ende Juni 1988 durchgeführt. Von rund 267 000 WE standen lediglich 574 WE leer, davon waren rund 250 bis 300 WE temporär leer bzw. waren noch nicht modernisiert; der nachhaltige Leerstand belief sich somit auf etwa 250 bis maximal 350 WE.“

Demgegenüber gibt es in Hannover — das haben wir am Mittwoch auch schon gehört — etwa 4 000 und in Oldenburg etwa 700 Wohnungssuchende.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Und dann die Studenten in den Universitäten!)

— Ich habe die Studenten — danke für den Hinweis — dabei überhaupt noch nicht berücksichtigt.

(Glocke des Präsidenten.)

Da können Sie doch nicht behaupten, wir hätten einen insgesamt ausgeglichenen Wohnungsbau- markt in Niedersachsen.

(Beifall bei der SPD.)

Herr Minister, überdenken Sie Ihre Position und fangen Sie schnell damit an, Wohnungen neu zu bauen.

Vizepräsident Warnecke:

Herr Kollege Plauc, schließen Sie bitte Ihren Redebeitrag ab!

Plauc (SPD):

Die Wohnungen werden benötigt!

(Beifall bei der SPD. — Kuhlmann [CDU]: Thema verfehlt! 5! Hinsetzen!)

Vizepräsident Warnecke:

Das Wort hat der Abgeordnete Menges.

Menges (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für die Allgemeinheit: Das Thema heißt: „Wohngeld- und Mietenentwicklung.“ Ich möchte Ihnen, Herr Plauc, sagen: „Thema verfehlt!“ Ich sage Ihnen ganz besonders auch noch, daß die erhöhte Inanspruchnahme des Wohngeldes in erster Linie auf die Ausdehnung der Grenzen des Familieneinkommens zurückzuführen ist und nicht auf die Verelendung, wie Sie es hier darzustellen versucht haben. Sie machen aus unseren sozialpolitisch richtigen Dingen immer die These „Verelendung“. Wenn Sie an der Regierung gewesen wären, würde das Volk noch viel stärker merken, wo die Verelendung im Grunde genommen stattfindet. Da wir auch füreinander da sind und ich nicht weiß, ob ich Herrn Mönninghoff mit seinen Aussagen ertragen soll oder ob ich ihm raten soll, möchte ich ihm einmal folgendes sagen: Herr Mönninghoff, hier in unserem Staat braucht niemand Angst zu haben und sich auch nicht zu schämen. Wäre Ihre Mutter vernünftig beraten worden, wäre auch sie sicherlich in der Lage, das ihr zu Recht zustehende Wohngeld in Anspruch zu nehmen. Ich stelle mich hierfür gern zur Verfügung.

(Beifall bei der CDU. — Mönninghoff [Grüne]: Wissen Sie, wie viele Leute in Niedersachsen von ihrem Anspruch nicht Gebrauch machen?)

Vizepräsident Warnecke:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Ich treffe die Feststellung, daß die Große Anfrage erledigt ist.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 21 auf:

Besprechung: **Innere Sicherheit in Niedersachsen** — Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der FDP — Drs 11/2698 — Antwort der Landesregierung — Drs 11/3155

Für die Besprechung dieser Großen Anfrage stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 60 Minuten zur Verfügung. Den Fraktionen

stehen dabei folgende Redezeiten zu: CDU, SPD und FDP jeweils bis zu 15 Minuten, Grüne bis zu siebeneinhalb Minuten.

Ich eröffne die Besprechung. Die Große Anfrage wird begründet durch den Abgeordneten Rehkopf. Ich erteile ihm das Wort.

Rehkopf (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die Fraktionen der CDU und der FDP möchte ich folgende Ausführungen machen:

Kriminalitätsformen verändern sich ständig. Die Kriminalität steigt kontinuierlich an. Das Sicherheitsbedürfnis wächst insbesondere in Anbetracht der immer größer werdenden Zahl alter Menschen, aber auch aufgrund der zunehmenden Sensibilität gegenüber neuen Formen der Kriminalität wie z. B. der Umweltkriminalität. Die Aufklärungsquote ist erschreckend niedrig. Weniger als 50 % der Straftaten werden aufgeklärt. Die Vorgehensweise der Täter wird insbesondere dann, wenn es um viel Geld geht, immer vielfältiger, bedient sich zunehmend technischer Mittel. Die Täter gehen auf jeden Fall immer raffinierter vor. Der finanzielle Spielraum unseres Landes ist dagegen immer enger geworden.

Mit der Novelle zum Polizeigesetz haben CDU und FDP die nötigen rechtlichen Regelungen vorgeschlagen, die die schwierige Balance zwischen öffentlicher Sicherheit und individueller Freiheit halten.

Die Diskussion über innere Sicherheit in einem Land erschöpft sich aber nicht in gesetzlichen Regelungen. Sie bilden die Rahmenbedingungen, in denen sich polizeiliches Handeln zu bewegen hat und über die polizeiliches Handeln nicht hinausgehen darf.

Zur Diskussion stehen neben rechtlichen Fragen vor allem strategische Fragen zur Gewährleistung von innerer Sicherheit. Unser Interesse gilt in erster Linie den Strategien, die helfen, Kriminalität gar nicht erst entstehen zu lassen.

(Zuruf von Dr. Holtfort [SPD].)

— Das ist doch eine gute Maßnahme, so meine ich.

Die in der Großen Anfrage zur inneren Sicherheit gestellten Fragen sind in folgende Komplexe unterteilt: Erstens. Kriminalitätsentwicklung. Zweitens. Gewalt im Zusammenhang mit Demonstrationen. Drittens. Aus- und Fortbildung. Viertens. Forschung. Fünftens. Konzeption und Organisation. Wir haben in unserer Anfrage zu-

nächst den Stand der Kriminalität sowie die quantitativen wie vor allem die qualitativen Veränderungen bei den einzelnen Deliktgruppen abgefragt.

Da in letzter Zeit immer wieder Straftaten im Zusammenhang mit Demonstrationen geschehen und damit der Ruf nach schärferen Gesetzen in der Diskussion gewesen ist, haben wir zu diesem Bereich einen gesonderten Fragenkomplex formuliert. Wir wissen, daß 96 % aller Demonstrationen friedlich verlaufen. Dort, wo es zu Gewalttaten kommt, richten die Täter häufig erhebliche Schäden an. Hier gilt es, anhand empirischen Materials zunächst einmal zu überprüfen, welche administrativen Maßnahmen notwendig sind, um alle bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten zur Bekämpfung der Gewalt voll auszuschöpfen und die Lage der Polizei zu verbessern.

Wir wissen, daß in einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat die absolute Sicherheit nicht gewährleistet werden kann. Der Staat muß mit seinen Mitteln und Möglichkeiten aber versuchen, ein Optimum an Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger, für die Personen und für die Sachen zu leisten. Für den Staat gibt es allerdings Grenzen und Eingrenzungen. Selbstverständlich müssen Recht und Gesetz eingehalten werden. Das kann zur Folge haben, daß es bei der Verbrechensbekämpfung Einschränkungen gibt; denn dem Staat darf auch bei der Verbrechensbekämpfung nicht jedes Mittel recht sein.

(Zustimmung von Fischer [Buxtehude] [FDP]. — Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, das dürfte nach der gestrigen Debatte und nach den Ausführungen des Ministerpräsidenten auch heute noch klar sein.

Um eine effektive Verbrechensbekämpfung betreiben zu können, halten wir es für erforderlich, daß den gesteigerten Anforderungen und den Erkenntnissen von Kriminologie, Psychologie und Verhaltensforschung Rechnung getragen wird.

(Dr. Holtfort [SPD]: Gut!)

Deshalb haben wir u. a. Fragen nach der Aus- und Fortbildung der Polizeibeamten gestellt.

Für uns gilt der Grundsatz, daß das beste Mittel zur Verhinderung von Kriminalität und Gewalt nicht eine Verstärkung des repressiven Instrumentariums ist, sondern eine Politik, die bei den Ursachen ansetzt und Kriminalität und Gewalt erst gar nicht entstehen läßt

(Zustimmung von Fischer [Buxtehude] [FDP] und Dr. Holtfort [SPD])

Rehkopf

bzw. zu deren Abbau beiträgt. Wir wissen z. B., daß das Wohnumfeld und die familiäre Situation Auswirkungen auf die Kriminalitätsentwicklung haben. Angesichts dessen dürfen moderne Erkenntnisse insbesondere zur Bekämpfung der Ursachen abweichenden Verhaltens bis hin zu Kriminalität und Gewalt nicht dem Zufall überlassen werden, sondern es muß gezielt nach den Ursachen geforscht werden, um gezielt Maßnahmen treffen zu können.

(Zustimmung von Fischer [Buxtehude] [FDP].)

Deshalb haben CDU und FDP einen Fragenkomplex zur Forschung eingebracht. Wichtig ist vor allem, daß für die Kriminalitätsbekämpfung ein klares Konzept besteht, das einerseits den neuen und verstärkt auftretenden Kriminalitätsformen — wie z. B. der Umweltkriminalität, der Wirtschaftskriminalität, der Computerkriminalität, der Drogenkriminalität — Rechnung trägt und das andererseits auch den organisatorischen und personellen Bedarf abdeckt. Wir halten es aber auch für wichtig, daß ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen Bürger und Polizei besteht. Deshalb wurde hinsichtlich der Konzeption und Organisation nach der Bürgernähe der Polizei und nach Maßnahmen zu deren Verbesserung gefragt. Ferner haben wir nach der Konzeption für die Bekämpfung der soeben beispielhaft aufgezählten neuen bzw. verstärkt auftretenden Kriminalitätsformen sowie nach der personellen und sächlichen Ausstattung der Polizei, auch im Vergleich zu anderen Bundesländern, gefragt. Letztendlich wurde nochmals nach der Notwendigkeit eines grundsätzlichen Konzepts zur Polizeiorganisation im Lande Niedersachsen gefragt.

Rechtsbewußtsein und Vertrauen in Polizei und Justiz, das Wissen um das Recht und das Vertrauen in seine Wirksamkeit können sich nur bilden, wo nicht Heftigkeit, Emotionalität und politischer Opportunismus, sondern Sachgerechtigkeit, Stehtigkeit und Verlässlichkeit die Fortentwicklung der Rechtsordnung bestimmen.

(Zustimmung von Fischer [Buxtehude] [FDP].)

Ziel einer Politik der inneren Sicherheit und der Verbrechensbekämpfung muß vor allem eine Stärkung des Vertrauensverhältnisses zwischen Bürger und Polizei sein.

(Zustimmung von Fischer [Buxtehude] [FDP].)

Ausstattung und Arbeitsmethoden der Polizei sind an veränderte Kriminalitätsformen und da-

mit Einsatzbedingungen anzupassen, Aus- und Fortbildung der Polizei sind neu zu gestalten und zu intensivieren.

Ziel dieser Großen Anfrage ist es also, die konkrete niedersächsische Situation auf dem Gebiet der inneren Sicherheit und insbesondere bezüglich der personellen, technisch-materiellen und organisatorischen Ausstattung unserer Polizei zu erfahren. Nur so können wir als Parlamentarier die Notwendigkeit einzelner Maßnahmen auf dem Gebiet der inneren Sicherheit abwägen und die Landesregierung in ihrem Bemühen um eine bestmögliche Ausstattung und organisatorische Konzeption im Bereich der Polizei unterstützen. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und bei der SPD. — Dr. Holtfort [SPD]: Das war eine liberale Rede, Herr Rehkopf!)

Vizepräsident Warnecke:

Ich danke dem Kollegen Rehkopf für die Begründung der Großen Anfrage. — Sie wird namens der Landesregierung beantwortet durch den Herrn Innenminister. Bitte sehr, Herr Minister Hasselmann!

Hasselmann, Minister des Innern:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein umfangreiches Material liegt Ihnen vor. Ich möchte noch gern bestätigen, daß die Landesregierung die Anfrage begrüßt.

(Deike [SPD]: Deshalb ist sie ja auch gestellt worden!)

Sie war auch für die zuständige Abteilung wieder eine Verpflichtung, über alles nachzudenken, die Statistik zu sammeln und sie Ihnen vorzulegen. Sie gibt Gelegenheit, in einer Bilanz neben den Leistungen unserer Polizei auch deren Probleme darzustellen. Daneben bietet sie die Chance, unseren Bürgerinnen und Bürgern die Bedeutung der Sicherheitspolitik aufzuzeigen.

Ich würde mir wünschen, daß diese Diskussion auch Gemeinsamkeiten deutlich macht, mehr vielleicht, als hier und da im Lande zu lesen ist, politischen Konsens also, den unsere Polizei für ihre Arbeit so nötig braucht.

Es ist Aufgabe und Ziel der Beantwortung, den Sachstand umfassend darzustellen. Negative Faktoren und besorgniserregende Entwicklungen finden ebenso Erwähnung wie die außergewöhnlichen Leistungen — ich wiederhole: die außergewöhnlichen Leistungen — unserer Polizei und die

Anstrengungen, die Polizei in materieller und personeller Hinsicht durch die Regierung und durch das Parlament zu unterstützen, ihr also zu helfen.

Ich verhehle nicht, daß ich mich herzlich bedanken möchte bei den Mitgliedern des Haushaltsausschusses und des Innenausschusses, und zwar nicht für deren Wohlwollen, sondern für deren Entscheidungsbereitschaft, der Polizei mit den zur Verfügung stehenden Möglichkeiten und Mitteln Unterstützung zu gewähren.

Die zunehmende Kriminalität in unserem Lande ist ein deutliches Warnzeichen. Diese Entwicklung — der Kollege Rehkopf hat das deutlich unterstrichen — fordert nicht nur die gedankliche Auseinandersetzung mit ihren Gründen, sondern auch Entscheidungen und konsequentes Handeln. Dabei darf es keine rote oder schwarze — ich darf das einmal so formulieren —, keine rechte oder linke Bekämpfung von Verbrechen geben. Nur das Bemühen um eine gemeinsame Auffassung zu Zielen und Wegen der Kriminalpolitik sichert eine erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung. Die Erkennbarkeit gemeinsamer Verantwortung wird auch die bei der Polizei zunehmend um sich greifende Verunsicherung zurückdrängen. Ich glaube, nur über diesen Weg ist das zurückzudrängen.

Letztlich muß es aber auch Ziel unserer Bemühungen sein, dem Sicherheitsbedürfnis unserer Bürger Rechnung zu tragen. Es muß deutlich werden, daß die Bürger darauf vertrauen können, daß unser Staat sie schützen kann und schützen will.

Die langfristige Kriminalitätsentwicklung in unserem Lande ist ein Phänomen mit vielen bisher ungeklärten Ursachen. Besonders deutlich fällt dabei in Niedersachsen der überproportionale Zuwachs an sogenannter qualifizierter Kriminalität auf. 1987 wurden allein in der Landeshauptstadt und im Landkreis Hannover über 50 000 schwere Diebstähle, davon fast 30 000 aus Kraftfahrzeugen, registriert. Dieser Sachverhalt weist darauf hin, daß der dominierende Deliktbereich Diebstahl zusehends an qualitativer Bedeutung gewinnt.

Professionelle Täter verübten unter gezielter Gewaltanwendung Straftaten gegen das Eigentum, vornehmlich in Wohnungen, in Häusern und in Kraftfahrzeugen. Insgesamt ist durch den sogenannten schweren Diebstahl im Jahre 1987 in unserem Lande ein Vermögensverlust von über 265 Millionen DM eingetreten. Nicht gerechnet sind hierbei die bei der Tatausführung verursachten

Sachschäden und sonstige volkswirtschaftliche Aufwendungen.

Auf Seiten der betroffenen Bürger geht damit ein erheblicher Verlust an Sicherheitsgefühl einher. Die hohe Zahl und damit die Alltäglichkeit der Delikte können meines Erachtens nicht zu einem Verzicht auf strafrechtliche Sanktionen führen. Wir würden damit anerkannte Werte und geschützte Rechtsgüter gleichermaßen relativieren. Das verhilft weder dem Rechtsstaat zu mehr Geltung noch dem Bürger zu mehr Sicherheit.

Die Veränderung der Kriminalität hin zu intensiveren Begehungsformen läßt sich im Bereich der Raubstrafaten, der Rauschgiftkriminalität sowie der Betrugs- und Wirtschaftsdelikte ebenso feststellen. Man kann sich in diesem Zusammenhang die Frage stellen, ob wir bereit sind, ein bestimmtes Maß an Kriminalität auf Dauer zu akzeptieren. Eine allgemeingültige Antwort kann niemand liefern, da die Frage nach den Ursachen nicht abschließend beantwortet werden kann.

Die Kriminalitätsbekämpfung muß dauernd neu überdacht werden, und das Handeln muß neuen Entwicklungen angepaßt sein. Neben der bereits praktizierten Schwerpunktbildung, z. B. bei der Rauschgiftkriminalität, dem organisierten Verbrechen allgemein sowie der Wirtschafts- und Umweltkriminalität, ist die in erster Linie taterorientierte Straftatenermittlung erfolgversprechend. Gerade die Wiederholungs- und Intensivtäter bis hin zu den Strukturen des organisierten Verbrechens sind maßgeblich für das Gesamtvolumen der Kriminalität und ihre gefährlichen Erscheinungsformen verantwortlich. Hier wollen wir ansetzen. Zu diesem taterorientierten Grundkonzept gehören selbstverständlich flankierende Maßnahmen, wie sinnvolle Hilfeleistungen, um die Rückfallhäufigkeit gerade auch bei Jugendlichen zu mindern. Dies gilt in besonderem Maße für Abhängige und Suchtgefährdete vornehmlich im Rauschgiftbereich.

Als positiv, meine Damen und Herren, bleibt festzustellen, daß trotz der überproportionalen Belastung in kriminalistisch schwierigen Deliktbereichen die Aufklärungsquoten 1987 deutlich über dem Bundesdurchschnitt lagen und hier zum Teil sogar entgegen dem allgemeinen Trend gestiegen sind — ein Lob für unsere Polizei.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP.)

Unsere Polizei war und ist erfolgreich. Ich unterstreiche das noch einmal *expressis verbis* und besonders deutlich. Geführt wird sie von ausgebil-

Hasselmann

deten Beamten in allen Stufen und Ebenen. Wir müssen Entscheidungen, die sich vor Ort entwickeln, den polizeilich Verantwortlichen überlassen — das sind die Ausgebildeten — und — darum bitte ich — den handelnden Beamten auch politische Rückendeckung geben. Entscheidungen, die größere Dimensionen betreffen, dürfen wir nicht den unteren Polizeiführern aufbürden. Hier muß auf dienstlich höherer Ebene Verantwortung übernommen werden.

(Zustimmung bei der CDU.)

Das sage ich noch einmal, damit es auch leichter wird.

(Dr. Holtfort [SPD]: Vor allem vom Minister verantwortet wird!)

— Ja, im letzten auch. Ich habe Herrn Schnoor bewußt deshalb nicht angegriffen, weil er überhaupt nicht eingegriffen hat. Er hat das den ausgebildeten polizeilich Verantwortlichen überlassen. Deshalb bin ich auch nicht mit den Angriffen gegen Herrn Schnoor einverstanden. Wir haben das auf der Innenministerkonferenz im Kollegenkreis ausgesprochen sachlich diskutiert.

(Dr. Holtfort [SPD]: Ich habe es registriert!)

In Strafverfahren geht es auch darum, daß wir sagen, dann sind die Staatsanwälte mitverantwortlich, und sie übernehmen das auch. Das kann nicht allein bei der Polizei bleiben, sondern es muß auch jeweils die Staatsanwaltschaft dafür mit eintreten. Dann müssen wir das auch deutlich sagen dürfen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung wird deshalb auch in Zukunft die Leistungsfähigkeit der Polizei sichern. Ich bitte um Ihre Hilfe und Unterstützung. Niedersachsen als Flächenland hat außerordentliche Anstrengungen unternommen, um landesweit eine zufriedenstellende polizeiliche Infrastruktur zu gewährleisten. Ich verweise auf die detaillierten Ausführungen zur Konzeption und Organisation sowie zur personellen und materiellen Ausstattung der Polizei, die diese erfolgreichen Anstrengungen dokumentieren.

Schon allein die Haushaltsaufwendungen für die Polizei selbst, und zwar ohne Justiz, ohne Soziales, ohne Forschung oder ohne Umwelt, zeigen sowohl in ihrer tatsächlichen Größenordnung als auch im Vergleich zum Gesamthaushalt, welche Bedeutung wir der Sicherheit unserer Bürger beimessen. So hat sich der Personalhaushalt der Polizei — das Zahlenbeispiel sei mir erlaubt — seit 1976 fast verdoppelt. Auch der Investitionsbereich hat sich ähnlich positiv entwickelt. Schließ-

lich beweisen die weiteren Haushaltsaufwendungen in einzelnen Bereichen der personellen und materiellen Ausstattung der Polizei eine verantwortungsvolle Sicherheitspolitik. Die Sicherheitspolitik muß auch in finanzieller Hinsicht fortgesetzt werden, da nur sie der aufgezeigten Entwicklung Rechnung trägt. Dabei wird mit großer Sorgfalt darauf zu achten sein, welche Schwerpunkte sachlich, räumlich und auch zeitlich zu setzen sind. Dazu werden weitere Analysen der Aufbau- und Ablauforganisation der Polizei erforderlich sein, um einen noch effizienteren Einsatz von Personal und Haushaltsmitteln bei der Kriminalitätsbekämpfung zu erreichen.

Wir haben eine bürgernahe, präzise und leistungsfähige Schutz- und Kriminalpolizei. Die Erhaltung dieser Leistungsfähigkeit auch bei schwieriger Haushaltslage sollte unser gemeinsames Ziel sein. Wenn es in einem Personalkörper von über 20 000 Beamten Verfehlungen gibt, dann müssen wir sie klären, und dann müssen wir mit den zur Verfügung stehenden Rechtsmitteln und unter Wahrung geltenden Rechts gegen solche vorgehen. Daran besteht kein Zweifel.

(Zustimmung bei der CDU.)

Wenn es — ich darf das noch einmal sagen — rechtliche Lücken geben sollte, dann sprechen wir bitte darüber. Dann müssen wir sie ausräumen. Es kann, wie es heute morgen hier zu Recht hieß, keinem Polizisten abverlangt werden, sich mit seinem Leben, mit seinem ganzen Körper und seinem Geist einzusetzen, wenn er nicht auf rechtlich richtiger Basis steht und dabei Zweifel haben muß. Dazu können Sie immer auf meine Mitwirkung zählen. Lassen Sie uns darüber emotionsfrei ganz offen reden, wenn Sie der Meinung sind, hier gebe es Dinge, die der Regelung bedürften.

Ich richte Ihr Augenmerk im übrigen besonders auf die Ausführungen zum Themenkreis Konzeption und Organisation. Die bereits erwähnten Aufklärungserfolge finden hier ihre Erklärung. Ferner wird die Wechselbeziehung erkennbar, in der eine erfolgreiche Kriminaltaktik zu den rechtlichen Bedingungen der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr steht. Es gilt sicherzustellen, daß unverzichtbare Einsatzkonzepte, notwendige Ermittlungen sowie die Informations- und Beweiserhebung insgesamt auf klare und handhabbare Rechtsgrundlagen gestützt werden können.

Die Probleme der V-Mann-Führung und des Einsatzes verdeckter Ermittler sind dabei Teilaspekte eines umfassenden Bedürfnisses nach eindeutigen

und ausgewogenen Rechtsgrundlagen. Wir haben an anderer Stelle bereits darüber gesprochen. Ich habe in dieser Richtung viel angeordnet. Das Erarbeiten dieser Rechtsgrundlagen sollte vorurteilsfrei, sachgerecht, ohne Effekthascherei, also schlicht und einfach fair erfolgen, so wie es unsere Sicherheitsorgane und unsere Bürger verdienen.

Trotz der Bandbreite der Themen und der Vielzahl aufgeworfener Fragen will ich ein Fazit ziehen. Dabei ist ein Ergebnis unzweifelhaft: Die Sicherheit unseres Landes wird zunehmend durch Kriminalität beeinträchtigt. Trotz allgemein erfolgreicher Verbrechensbekämpfung hat die Kriminalitätsbelastung Niedersachsens eine besondere Quantität und Qualität erreicht. Damit wird deutlich, daß personelle und materielle Aufwendungen, organisatorische und administrative Maßnahmen allein diesem Phänomen nicht erfolgreich begegnen können. Herr Rehkopf hat darauf hingewiesen, was wir im Bereich der Vorbeugung tun müssen, damit es gar nicht erst so weit kommt. Ich glaube, dem sollten wir uns verstärkt zuwenden. Ich bin für die Bemerkungen dankbar. Meiner Meinung nach ist aber ein derartiges Ausmaß an Kriminalität in unserer Gesellschaftsordnung nicht zwingend schicksalhaft und auch nicht unabänderlich. Offenkundig gibt es aber Defizite in der sicherheits- und rechtspolitischen Übereinstimmung der politisch verantwortlichen Kräfte. Die Beseitigung dieser Defizite ist ein besonderes Anliegen der Regierung und von mir. Ich möchte keinen Streit. Ich möchte vor allem nicht unüberbrückbare Gegensätze in diesen für alle Bürger so wichtigen Bereichen. Nur das kann Vertrauen für die draußen Tag und Nacht handelnden Polizisten bringen.

Aus diesen Gründen haben auf Anregung Niedersachsens bundesweit die Vorbereitungen begonnen, ein neues Programm für die innere Sicherheit zu entwickeln. Das übereinstimmende Bedürfnis der Länder nach allgemein erarbeiteten Grundlagen und über ein einheitliches, für die Zukunft tragfähiges Sicherheitskonzept zu verfügen bietet die große Chance zu einem erneuten Konsens und damit zu einer insgesamt effektiveren nationalen Sicherheitspolitik. Damit gewinnt die innere Sicherheit als Thema bundesweit wieder die Bedeutung, die ihr zukommt und die die Bürgerinnen und Bürger ihr beimessen.

Ich glaube, daß der hiermit eingeschlagene Weg in unserem Land grundsätzlich richtig ist. Das wollte ich aufgrund der Großen Anfrage, die ich sehr begrüße, gern aufzeigen. Unsere Diskussion sollte vor falschen Weichenstellungen schützen und die gute Entwicklung weiterhin fördern. —

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Vizepräsident Warnecke:

Vielen Dank, Herr Minister, für die Beantwortung der Großen Anfrage. — Ich eröffne die Besprechung. Das Wort hat der Abgeordnete Milde.

Milde (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, Sie haben soeben politischen Konsens in Fragen der inneren Sicherheit erbeten. Wir als Opposition haben Ihnen zwölf Jahre lang diesen Konsens angeboten, aber Sie machen es uns immer schwerer.

(Minister Hasselmann: In den letzten zwei Jahren!)

Sie haben unsere jahrelang vorgetragenen Mahnungen in den Wind geschlagen. Sie sagen jetzt, Sie wollten keinen Streit. Sie haben erbeten, daß wir hier über die Probleme, die es in der Tat in großer Zahl gibt, emotionsfrei und offen reden. Das will ich tun.

Ich will mich aber zunächst dem Kollegen Rehkopf zuwenden, der die Große Anfrage begründet hat, und ihm sagen: Herr Kollege Rehkopf, wir sind mit den Schlußfolgerungen, die Sie gezogen haben, durchaus einig. Aber die Frage ist: Wie sieht es denn mit der konkreten Situation der inneren Sicherheit in unserem Lande aus? Da müssen wir uns seit mehr als vier Jahren mit Skandalen im Zusammenhang mit niedersächsischen Sicherheitsbehörden beschäftigen. Dennoch, meine Damen und Herren, gibt es — damit das eindeutig klar ist — keinen Polizeiskandal in Niedersachsen.

(Beifall bei der SPD.)

Der eigentliche Skandal ist seit über zehn Jahren der Umgang CDU-geführter Landesregierungen mit der inneren Sicherheit in unserem Land, nämlich der Umgang des Ministers Möcklinghoff und seines Nachfolgers Hasselmann mit unserer Polizei.

(Beifall bei der SPD.)

Die umfangreiche Antwort auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der FDP ist, wenn man sie richtig von Anfang bis Ende liest — es sind 110 Seiten —, ein Armutzeugnis, das dieses Versagen dokumentiert. Wir als Opposi-

Milde

tion könnten uns dafür bedanken; denn jede Opposition ist natürlich gut bedient, wenn ihr die Regierung die Arbeit erleichtert. Aber wir tun das nicht, weil der Anlaß dafür viel zu traurig ist.

(Zustimmung bei der SPD.)

Meine Damen und Herren! Das Verhältnis zwischen den Bürgern in unserem Lande und der Polizei ist grundsätzlich gut. Insoweit wird es zwischen uns keine Meinungsverschiedenheiten geben. Aber wenn wir es einmal genauer untersuchen, dann müssen wir doch feststellen, daß die Polizei stets dann in die Schußlinie der Kritik geraten ist, wenn infolge des Versagens der Politik die Polizei den Sündenbock abgeben mußte.

(Zustimmung bei der SPD. — Dr. Holtfort [SPD]: Sehr richtig!)

Politisches Versagen führte oft genug zur Überlastung der Polizei und zu den Zuständen, die wir hier und dort zu verzeichnen haben.

(Weiß [CDU]: Dann müssen Sie aber deutlich sagen, was für ein Versagen das ist!)

— Das will ich Ihnen gern sagen. Denken Sie z. B. einmal daran, wie viele Überstunden unsere Polizei im vergangenen Jahr leisten mußte, als die Studenten in Niedersachsen wegen der verheerenden Situation demonstrieren mußten. Das ist ein Musterbeispiel dafür. Das hätten wir uns alles sparen können. Die Regierung ist hinterher klug geworden, bis auf Frau Breuel — sie ist heute nicht hier —; sie fängt wieder mit dem gleichen Thema an und publiziert das. Die Polizei soll es dann wieder ausbaden.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen. — Jahn [CDU]: Aber die innere Sicherheit war dadurch nicht gefährdet!)

Meine Damen und Herren! Unsere Polizei kann nur handlungsfähig sein, wenn neben den sachlichen und fachlichen Voraussetzungen für eine ordnungsgemäße Arbeit auch die inhaltlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Diesbezüglich findet sich das erste Armutszeugnis in der Antwort auf die Große Anfrage. Trotz der eingeschränkten Aussagekraft jeder Kriminalstatistik — wir kennen das — fällt auf, daß die Kriminalität in der Zeit von 1972 bis 1987 bundesweit um 72,8 %, in Niedersachsen aber um 93,7 % gestiegen ist.

(Dr. Holtfort [SPD]: Hört, hört!)

In der Antwort auf die Große Anfrage heißt es hierzu:

„Hinsichtlich der Ursachen für das kontinuierliche Ansteigen der Kriminalität speziell in Niedersachsen sind eindeutige

Gründe nicht bestimmbar. Mangels abgesicherter Ergebnisse der kriminologischen Wissenschaft über die Ursachen der Kriminalität und die spezifischen Zusammenhänge der Kriminalitätshäufigkeit sind nur pauschale, mehr oder weniger hypothetische Umstände beschreibbar, die zumindest geeignet sind, die jeweiligen Deliktgruppen zu fördern.“

So etwas kommt heraus, meine Damen und Herren, wenn man Kriminalität nur aus dem eingegengten Blickwinkel von Law and order oder meinetwegen — ich kann es auch volkstümlich sagen — ohne Sinn und Verstand betrachtet.

(Beifall bei der SPD.)

Deswegen ist es auch nicht verwunderlich — ich sage im Gegensatz zum Herrn Minister jetzt nichts Neues —, wenn das Zutrauen in die Sicherheitsorgane des Staates immer mehr zu schwinden droht.

Allein die genannten Zahlen und die nicht daraus gezogenen Schlußfolgerungen dokumentieren, daß das Versagen der Landesregierung auf dem Gebiet der inneren Sicherheit in engem Zusammenhang mit dem sonstigen Politikversagen oder der Gesamtpolitik dieser Regierung und ihrer Vorgängerin steht. Es kann hier nicht allein um die Nutzung der Möglichkeiten der Kriminologie als Wissenschaft gehen. Auch deren Möglichkeiten sind in Niedersachsen äußerst begrenzt. Nein, es geht um die Unfähigkeit dieser Landesregierung, selbstkritisch die Folgen ihrer eigenen Politik zu begreifen und rechtzeitig zu korrigieren.

Es ist unstrittig, auch wenn dies Herrn Minister Hasselmann unbekannt sein mag, daß es keine oder sicherlich nur sehr begrenzte monokausale Zusammenhänge zwischen sozialen Krisen und Kriminalität gibt. So führen Massenarbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit und zunehmende Verarmung weiter Teile der Bevölkerung, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, nicht zwangsläufig zu einem Ansteigen strafbarer Handlungen der Betroffenen, die die Folgen der unsozialen Politik der Bundes- und dieser Landesregierung zu tragen haben. Wir müssen aber in dem Zusammenhang erwägen, daß die Ausgrenzung weiter Teile der Bevölkerung aus der Wohlstandsgesellschaft mit der Folge von Hunger und Not dazu führen kann, daß die Möglichkeiten strafbarer Handlungen zunehmen.

(Beifall bei der SPD.)

Weil Politik und Verwaltung selbst nur begrenzte Erkenntnismöglichkeiten haben, müssen sie auf

die Wissenschaften zurückgreifen. Dies müßte auch zu der Erkenntnis führen, daß man unsoziale Folgen der eigenen Politik zurücknimmt und damit auch Fehler eingesteht.

(Dr. Holtfort [SPD]: Sehr richtig!)

Dies ist aber nicht die Sache der Konservativen in unserem Land. Man verschließt die Augen und wartet, bis zu befürchtende Fehlentwicklungen eintreten, ruft dann nach Recht und Ordnung und verlangt, daß die Polizei ausbadet, was man ihr eingebrockt hat.

(Beifall bei der SPD.)

Im Kreuzfeuer der Kritik steht dann jeweils der einzelne Polizist oder die Polizei insgesamt. Das ist das Verhalten, das wir kritisieren und auf das in der Beantwortung der Großen Anfrage eben nicht eingegangen worden ist.

Meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, den ich geschildert habe, wird auch die Beziehungslosigkeit der einzelnen Teile der Antwort auf die Große Anfrage deutlich. Schon bei oberflächlichem Lesen wird klar, daß hier eine Vielzahl von Beamten nach bestem Wissen versucht hat, für ihren Aufgabenbereich niederzuschreiben, was sie zu diesem Thema zu sagen haben. Anschließend hat man das alles offenkundig zusammengeklammert. Ich sehe ein, daß man im Innenministerium jetzt sicherlich anderes zu tun hat. Man muß jetzt etwas anderes schwerpunktmäßig bearbeiten — die Diskussion der letzten Tage hat das gezeigt —, als sich um Konzeptionen zu kümmern, auf die das Parlament dringend wartet.

(Dr. Holtfort [SPD]: Leider!)

Man muß Skandale verschleiern, die schon längst bekannt sind,

(Isernhagen [CDU]: Herr Milde, das steht Ihnen nicht gut!)

oder man muß zittern, daß noch manches entdeckt wird, was der Öffentlichkeit bislang nicht bekannt ist. — Ich weiß das. Ich habe zwölf Jahre lang anders geredet. Jetzt will ich Ihnen das einmal offen sagen. Sie haben mir ja bislang nicht zugehört, wenn ich die Dinge etwas anders dargestellt habe.

(Knemeyer [CDU]: Wann denn?)

— Lesen Sie das einmal nach!

(Meyer [CDU]: Sie wissen selbst nicht, wo das steht!)

Die Große Anfrage dokumentiert auch die Tendenz der Regierungsmehrheit im Bund und in

Niedersachsen, auf Konflikte anstatt mit Vernunft mit Strafverschärfung zu reagieren. So können wir feststellen, daß der seit 1985 strafbare Landfriedensbruch durch passiv bewaffnete Personen praktisch ins Leere läuft. In Niedersachsen hat es kein Verfahren nach dieser Strafvorschrift gegeben.

(Sehrt [CDU]: Das ist doch gut!)

Bei den Fragen nach der Aus- und Fortbildung werden wir bewußt hinters Licht geführt. Da wird mehr das beschrieben, was sein soll, aber nicht das, was ist. Da hätte nämlich stehen müssen, daß die Aus- und Fortbildung, obwohl sie ein Schwerpunkt in der Sicherheitspolitik sein soll und mehr als bitter nötig ist, zur Zeit so gut wie eingestellt ist. Zwar soll es ein Streßprogramm geben. Aber mit keinem Wort wird der Erlaß Nr. 994 vom 19. Juli dieses Jahres erwähnt, aufgrund dessen die für das zweite Halbjahr 1988 bereits geplanten bzw. genehmigten Aus- und Fortbildungsmaßnahmen wegen unzureichender Haushaltsmittel 1988 nicht wie vorgesehen durchgeführt werden dürfen. Das ist verantwortungslos und steht im Widerspruch zu den eigenen Bekundungen der Landesregierung.

(Beifall bei der SPD. — Zuruf von Weiß [CDU].)

— Das mußte der Innenausschuß erst in Gang bringen, weil wir den Erlaß gelesen haben. Warum wird er uns denn nicht mitgeteilt? Nein, er wird verschwiegen und steht in der Antwort nicht drin.

(Weiß [CDU]: Das ist doch überholt!)

— Hoffentlich ist es überholt!

Meine Damen und Herren! Was uns hier als vorläufiges polizeiliches Präventionskonzept vorgestellt worden ist, ist ein Sammelsurium von Gemeinplätzen. Leerformeln wie „Es bedarf der Stärkung des Rechtsbewußtseins und der Achtung vor dem Recht“ erklären nichts und bewirken auch nichts. Wer nicht erklären kann und verstehen will, wie das Rechtsbewußtsein des einzelnen Bürgers und sein Verhältnis zum Rechtsstaat entsteht, immunisiert sich gegen Kritik an der eigenen Politik. Er blendet aus, daß diese Leerformeln denen wie Hohn im Ohr klingen müssen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt worden sind. Kriminalität, meine Damen und Herren, kann man nicht gesunbeten. Was den Innenminister zu der Hoffnung veranlaßt, dieses sogenannte polizeiliche Präventionskonzept würde zu einer deutlichen Verbesserung der Kommunikation und Information zwischen Bürgern und Polizei führen, steht in den Sternen.

Milde

Solange die Bürger damit rechnen müssen, daß eine Fabrik nicht von Verbrechern angesteckt worden ist und Sprengstoffanschläge nicht nur von Terroristen verübt werden, wird das Vertrauen zwischen Bürgern und Polizei Tag für Tag aufs neue beschädigt.

(Beifall bei der SPD. — Zustimmung von Trittin [Grüne].)

Was der Innenminister zu Teilbereichen der Kriminalität, der Computerkriminalität, abgeliefert hat, ist streckenweise unglaublich. Durch die Einführung der elektronischen Datenverarbeitung sind Straftaten möglich geworden, von denen man vor Jahren nichts geahnt hat. Wir müssen annehmen, daß eine Vielzahl von Straftaten auf diesem Gebiet nicht entdeckt wird oder im Falle der Entdeckung nicht aufgeklärt werden kann. Ausweislich der Antwort auf die Große Anfrage hat in den Jahren von 1977 bis 1987 zur Computerkriminalität ein einziger Lehrgang mit 21 Teilnehmern stattgefunden. Im Landeskriminalamt werden tatsächlich zwei Beamte speziell ausgebildet, die die Aufgabe haben, die ermittelnden Beamten mit ihrem Fachwissen sowie durch technische Mittel zu unterstützen. 4 900 DM werden für die Anschaffung eines PCs zur Verfügung gestellt, obwohl das Landeskriminalamt 25 000 DM für die Anschaffung einer Grundausstattung erbeten hatte. Das ist die Wirklichkeit! Das ist kein schlechter Scherz mehr, meine Damen und Herren, das ist ein Skandal auf diesem Gebiet!

(Beifall bei der SPD. — Zuruf von der CDU: Setzt doch einen Untersuchungsausschuß ein! — Jahn [CDU]: „Skandal“ ist heute das meistgebrauchte Wort!)

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt anführen. Daß die Drogenkriminalität extrem sozialschädlich ist, insbesondere die Folgen, die aus der Drogenabhängigkeit erwachsen, ist uns allen klar. Ob dabei Maßnahmen, die den Rauschgiftanbau, die Rauschgiftproduktion und den Rauschgifthandel eindämmen, und die Prävention, die ein Abgleiten in Sucht und Straffälligkeit verhindern können, dabei gleichrangig im Vordergrund stehen sollten, muß bezweifelt werden. Ich meine, daß, ohne die Notwendigkeit einer unnachgiebigen Verfolgung des Drogenhandels und der Drogenherstellung in Frage stellen zu wollen, der Prävention eindeutig der Vorrang eingeräumt werden muß. Offenkundig steht der Gebrauch von Drogen im Zusammenhang mit materieller, aber auch seelischer Not von Menschen.

(Zustimmung von Dr. Holtfort [SPD].)

Die zum Teil weitaus erschreckenderen Zahlen aus anderen Ländern unserer Erde legen hiervon Zeugnis ab. Die Landesregierung ist aber nicht in der Lage zu erklären, warum die Zahl der Rauschgiftdelikte im Zeitraum von 1972 bis 1987 bundesweit um 191 %, in Niedersachsen jedoch um 299,9 % zugenommen hat.

(Trittin [Grüne]: Dafür gibt es eine ganz simple Erklärung!)

Dies kann durchaus mit einer im Vergleich zum Bundesdurchschnitt erfolgreicheren Arbeit der niedersächsischen Polizei zu tun haben.

(Weiß [CDU]: Sehr richtig!)

Es ist aber auch möglich, daß die tatsächlichen Fallzahlen in Niedersachsen höher sind und die Aufklärungsquote geringer ist als im Bundesdurchschnitt. Hier hätte, wenn schon nicht eine präzise Antwort, zumindest Aufklärung darüber erwartet werden dürfen, Herr Kollege Weiß.

Meine Damen und Herren, das ist auch gar nicht verwunderlich — wenn ich das zusammengefaßt schildere —; denn es gibt auf diesem wichtigen Kriminalitätsfeld keine Konzeption und vor allem einen viel zu geringen Personaleinsatz. Folgerichtig ist dann auch, daß sich die jahrelange Konzeptionslosigkeit des Innenministers im Bereich der Polizeiorganisation und der Polizeipersonalplanung fortsetzt. Auch was uns hier geboten wird, ist eine Ansammlung von Allgemeinheiten und das Bekenntnis, daß über die Möglichkeit organisatorischer Verbesserungen nicht ernsthaft nachgedacht wird, weil man sich den damit zwangsläufig verbundenen Ärger nicht einhandeln will. Das ist die konsequente Fortsetzung der Linie von Herrn Möcklinghoff durch den jetzigen Innenminister Hasselmann.

(Zustimmung von Glogowski [SPD].)

Hier wird nach dem Motto gehandelt: Lieber nichts tun, damit es keinen Ärger gibt, und wenn sich später dennoch Probleme aufgrund meiner Untätigkeit einstellen, habe ich damit nichts mehr zu tun.

(Minister Hasselmann: Ich habe doch genug Ärger! — Glocke des Präsidenten.)

Ich hätte z. B. auch erwartet — ich komme zum Schluß, Herr Präsident —, daß man die Polizeiorganisation Niedersachsens kritisch mit Organisationsmodellen anderer Bundesländer vergleicht und Überlegungen anstellt, in welche Richtung möglicherweise Änderungen für erforderlich gehalten werden. Nichts von alledem findet man in der Antwort. Mängel im Vorstellungsvermögen

über eine zukünftige Polizeiorganisation führen auch zwangsläufig dahin, daß sich die Überlegungen hinsichtlich einer sachgerechten Personalstärke der Polizei auf Erwägungen hinsichtlich der Polizeidichte beschränken.

Es ist also nicht verwunderlich, daß die Unzufriedenheit bei der Polizei zunimmt. Ich nenne hier auch die Stichworte Beförderungsstau und Stellenobergrenzenverordnung. Das Einkommen dieser Beamten bewegt sich größtenteils am Rande des noch gerade Hinnehmbaren. Aber auch hier kann man von dem Innenminister weder kurz- noch langfristig eine der Arbeit der Polizeiangehörigen gerecht werdende Lösung erwarten.

Meine Damen und Herren, ich muß leider zum Schluß kommen. Wir werden von Minister Haselmann weiterhin verlangen — falls er nicht vorher gerechterweise zurücktritt —,

(Beifall bei der SPD und Lachen bei der CDU — Knemeyer [CDU]: Witzbold!)

daß er zu allen offenen Fragen von mir Stellung nimmt, so wie er es in Beantwortung dieser Großen Anfrage hätte tun müssen. Sie sagen „Witzbold“ — vielleicht gehen Ihnen eines Tages noch die Augen auf. Bislang schlafen Sie noch, meine Damen und Herren von den Regierungsfraktionen!

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Warnecke:

Vielen Dank. — Das Wort hat der Abgeordnete Trittin.

Trittin (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antwort auf die Große Anfrage wie auch die Einbringungsrede von Herrn Rehkopf zeichnen, wie kaum anders zu erwarten, das Bild einer gesteigerten Kriminalitätsentwicklung, deren wesentliche Erscheinungsform mit zunehmender Gewalt wie Beschaffungskriminalität sowie durch das vermehrte Auftreten des organisierten Verbrechens beschrieben wird. Dieses Szenario einer gefährdeten inneren Sicherheit wird dann — das ist die Struktur der Fragen wie der Antwort — im zweiten Teil benutzt, um Forderungen nach Aufstockung im personellen, materiellen wie auch im normativen Bereich der Polizei zu untermauern sowie veränderte, teils doch sehr umstrittene und fragwürdige Strategien zur Kriminalitätsbekämpfung — etwa den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel — als einen quasi unabänderlichen Sachzwang zu legitimieren.

Die Verfasser dieser Antwort hatten dabei allerdings eine schwierige Gratwanderung zu unternehmen. Einerseits mußten sie aus Legitimationsgründen die Kriminalitätsentwicklung dramatisieren und die Ineffizienz bisheriger Aufklärungs- und Verhinderungsmöglichkeiten beklagen, auf der anderen Seite mußten sie jedoch auf das Sicherheitsbedürfnis der Wählerinnen und Wähler Rücksicht nehmen und — u. a. aus aktuellem Anlaß — dem Minister wie der Polizei insgesamt erfolgreiche Arbeit bescheinigen.

Die Widersprüche in dieser Gratwanderung schlagen sich im Unterschied zwischen den Zahlen und den Bewertungen eben dieser Zahlen in der Antwort nieder. Zwar hat mittlerweile die Aufklärungsquote in Niedersachsen den Bundesdurchschnitt mühsam aufgeholt, ja übertroffen.

(Krapp [CDU]: Bedauern Sie das?)

Sie liegt hier bei 45,43 %, während sie im Bund 44,2 % beträgt. Auf Seite 110 wird aus dieser geringen Differenz von 1,2 Prozentpunkten die Aussage, die Aufklärungsquote in Niedersachsen liege weit über dem Bundesdurchschnitt. So wird die Wirklichkeit dann noch schöngelogen.

Diese Linie setzt sich fort. Das Ministerium muß entgegen anderslautender Behauptungen konzedieren, daß lediglich sieben Prozent aller Demonstrationen unfriedlich verlaufen.

(Jahn [CDU]: Was heißt hier lediglich?)

Das hindert aber nicht daran, auf Seite 82 das strafbewehrte Vermummungsverbot, das mit den angeblich vielen unfriedlichen Demonstrationen begründet werden soll, als „unumgänglich“ zu deklarieren.

Ein weiteres Beispiel: Zwar ist nach der Statistik selbst der Anteil ausländischer Tatverdächtiger drastisch zurückgegangen; dies hindert aber nicht daran, auf Seite 50 von einer vermehrten Kriminalität als Folge „zunehmenden Einwanderungsdrucks“ zu reden.

(Kempmann [Grüne]: Das ist Ausländerfeindlichkeit!)

Diese Zahlenspielerei ließe sich in der Tat beliebig fortsetzen. Ich sage Ihnen aber eines: Richtig sind diese Zahlen nicht. Denn schon das Rohmaterial, dem diese Zahlen entnommen worden sind, nämlich die Kriminalstatistik, taugt überhaupt nicht für irgendwelche Schlußfolgerungen.

(Beifall bei den Grünen. — Zustimmung von Dr. Holtfort [SPD].)

Trittin

Jeder Jurastudent im 1. Semester und jeder Sozialwissenschaftler im 2. Semester, der sich mit solchen Dingen beschäftigt, weiß, daß die Kriminalstatistik lediglich die polizeilich registrierte Kriminalität wiedergibt, den Gesamtumfang des als kriminell definierten Verhaltens in einer Gesellschaft aber nicht erfassen kann. Zu unterschiedlich sind die regionalen, sozialen und sonstigen Faktoren, die ein Phänomen wie die Kriminalität bestimmen.

(Dr. Holtfort [SPD]: Das stimmt!)

Hinsichtlich der Gesamtzahl der kriminellen Delikte und der Entwicklungen in einzelnen Deliktbereichen gibt es allenfalls grobe Schätzungen des Dunkelfeldes, die in der wissenschaftlichen Literatur etwa bei Betrug zwischen 1 : 12 und 1 : 100 differieren. Selbst bei Tötungsdelikten wird in der einschlägigen kriminalistischen Literatur eine Dunkelziffer von 1 : 3 angenommen.

(Präsident Dr. Blanke übernimmt den Vorsitz.)

Wegen der Aussagekraft der Kriminalstatistik, auf die sich diese Antwort stützt, ist im übrigen auch nicht damit zu rechnen, daß die Statistik, die sowohl nach der Zahl als auch im Verhältnis der Deliktgruppen zueinander ein falsches Bild ergibt, zumindest über Jahre Trends erkennen läßt. Die gegenseitige Abhängigkeit zwischen Dunkelfeld und polizeilicher Aufklärungsleistung wird gleichfalls durch eine derartige Vielzahl von Faktoren beeinflusst, daß sich das Verhältnis der erfaßten Kriminalität zum Dunkelfeld und die prozentuale Aufteilung auf die einzelnen Delikttypen von Jahr zu Jahr und von Delikt zu Delikt ändert.

Beispiele: Wenn etwa nach jahrzehntelangem Desinteresse heute vermehrt Umweltdelikte angezeigt werden, also ein Fall veränderten Anzeigeverhaltens vorliegt, heißt das nun, daß die Umweltkriminalität zugenommen hat? — Wohl kaum. Ich glaube, es handelt sich hierbei schlicht um eine Verschiebung der Relation zwischen Dunkelfeld und erkannter Tat.

Herr Milde hat eben den signifikanten Anstieg der Rauschgiftdelikte in Niedersachsen im Verhältnis zum Bund beklagt. Herr Milde, des Rätsels Lösung ist ganz einfach. Wird nämlich, wie in den letzten Jahren geschehen, entlang der niederländischen Grenze — davon haben wir in Niedersachsen nun einmal ein langes Stück — die Zahl der Personendurchsuchungen signifikant erhöht, so erhöht sich auch absolut wie relativ die Zahl der registrierten Drogendelikte. Unklar bleibt aber weiterhin, ob die Drogenkriminalität zu-

nimmt oder ob durch eine höhere Kontrolldichte ein größeres Segment eines an sich konstanten Dunkelfeldes erfaßt wird.

Meine Damen und Herren, es gibt allerdings einen Zusammenhang; er wird häufig als demagogisch bezeichnet. Ich denke aber, daß darin ein richtiger Kern steckt. Es ist nämlich so, daß eine vermehrte Polizeipräsenz und eine effektivere Arbeit der Polizei durchaus mit steigenden Deliktzahlen einhergehen. Wenn hier dennoch versucht wird, mit Hilfe der Kriminalstatistik neue Maßnahmen zu begründen, dann will ich Ihnen zum Abschluß einmal aufzeigen, wie Sie tatsächlich zu einem Rückgang nicht nur der registrierten, sondern auch der tatsächlichen Kriminalität kommen können: Verzichten Sie beispielsweise auf die Anstiftung zu Straftaten.

(Beifall bei den Grünen.)

Bekämpfen Sie Drogenkriminalität durch Methadon-Programme und einen Ausbau der ambulanten und stationären Hilfen.

(Beifall bei den Grünen.)

Entkriminalisieren Sie den Bereich des Bagatelldelictrechts, und hören Sie auf mit solchen Ammenmärchen, wie sie auf der Seite 58 Ihrer Antwort stehen, wo es heißt, Ladendiebstahl sei sozusagen der Nährboden für die organisierte internationale Bandenkriminalität.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.
— Jahn [CDU]: O Gott, o Gott!)

Führen Sie beispielsweise drastische Geschwindigkeitsverringerungen ein.

(Jahn [CDU]: Das sind Auffassungen!)

All dies, meine Damen und Herren, würde zu einer Verringerung der Kriminalität führen, einer Verringerung, die eben auch durch eine Politik gefördert würde, die etwas daransetzt, den Menschen in diesem Lande statt weiterer Verarmung ein Auskommen durch sinnvolle Arbeit, statt galoppierender Zerstörung der Lebensgrundlagen eine intakte Umwelt

(Jahn [CDU]: Ach, hör doch auf!)

und statt gewaltdominierter Alltagsstrukturen personelle Würde, Kommunikation und Liebefähigkeit zu ermöglichen.

(Beifall bei den Grünen. — Zustimmung von Dr. Holtfort [SPD]. — Jahn [CDU] lacht.)

— Das ist typisch, das ist ganz typisch, daß der Kollege Jahn bei einem solchen Begriff ausflippt.

— Von diesem Geist ist in der Antwort und ist in Ihren Reihen, Herr Jahn, tatsächlich nichts zu spüren.

(Jahn [CDU]: Nein, von diesem Geist, den Sie verbreiten, in der Tat nicht! — Dr. Holtfort [SPD]: Leider!)

Statt dessen gilt bei Ihnen, Herr Jahn, offensichtlich leider weiterhin das alte konservative Konzept, das da heißt: Wir kombinieren ökonomische Deregulierung mit einer repressiven Regulierung der Individuen,

(Zustimmung von Dr. Holtfort [SPD] — Jahn [CDU]: Ach Gott, so ein Schwachsinn!)

um die Opfer der Ellbogengesellschaft zu unterdrücken, anstatt das Entstehen von Kriminalität da zu bekämpfen, wo es eben entsteht.

(Beifall bei den Grünen. — Zustimmung von Dr. Holtfort [SPD]. — Jahn [CDU]: Was Kriminalität ist, bestimmen Sie doch nicht!)

Präsident Dr. Blanke:

Herr Kollege Trittin, danke schön. Ich habe diesen Schlußakkord nicht unterbrechen wollen, weise Sie aber jetzt daraufhin, daß Sie um gut eine Minute überzogen haben.

Das Wort hat der Abgeordnete Sehrt für die Fraktion der CDU.

Sehrt (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich gleich zu Beginn einige Sätze zu dem sagen, was der Kollege Milde vorgetragen hat, der eigentlich mit der üblichen Masche versucht hat, nur ein Negativbild zu zeichnen: Wir haben hier alles falsch gemacht. Wir haben zu wenig Beamte. Wir haben eine schlechte Aufklärungsquote.

(Milde [SPD]: Ich habe mich nur mit der Antwort beschäftigt!)

Wir benutzen die falschen Mittel. Wir setzen die falschen Leute ein, und wir haben die falsche Führung.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen. — Dr. Holtfort [SPD]: Ist das Selbsterkenntnis?)

— Ja, klatschen Sie ruhig. Hoffentlich klatschen Sie dann gleich auch noch einmal.

(Jahn [CDU]: Soviel Beifall hat der Milde nicht gekriegt!)

— Ja, Herr Milde hat nicht soviel Beifall bekommen. Das ist richtig. Das muß man besonders herausstellen.

(Milde [SPD]: So präzise habe ich das gar nicht gesagt!)

— Richtig. — So, und jetzt vergleichen Sie doch einmal mit den sozialdemokratisch regierten Ländern. Wo in der Bundesrepublik Deutschland haben wir denn die schlechtesten Aufklärungsergebnisse?

(Oh! bei der SPD und bei den Grünen.)

— Nur in Ländern, in denen die Sozialdemokraten die Regierung stellen, nämlich mit 35 %.

(Zustimmung bei der CDU.)

Wie können Sie sich als Sozialdemokrat überhaupt hier hinstellen und versuchen, alles besser zu machen und stärkere Forderungen zu erheben, während genau in den Ländern, in denen Sie die Verantwortung tragen, die schlechtesten Aufklärungsergebnisse zu verzeichnen sind?

(Zuruf von Milde [SPD].)

Dort liegen Sie nämlich bei 35 %. Auch das sind Zahlen, die man gleich zu Beginn einmal herausstellen sollte.

(Waike [SPD]: Ich hatte schon gedacht, daß Sie eine sachliche Rede halten!)

Herr Kollege Milde, dann haben Sie gesagt: Es ist ein Armutszeugnis, was die Beamten zusammengeschrieben haben.

(Milde [SPD]: Nein! Falsch!)

Ich muß ehrlich sagen: Das hat mich ein wenig erschüttert. Es gibt nur wenige Antworten auf Große Anfragen, die von seiten der Ministerialbeamten so präzise und so gründlich erarbeitet worden sind.

(Jahn [CDU]: So ist das!)

Ich möchte daher hier einen besonderen Dank dafür sagen, daß man dies so zusammengestellt hat.

(Beifall bei der CDU. — Zustimmung von Fischer [Buxtehude] [FDP].)

Hieraus kann man nämlich überhaupt erst einmal lernen, was das Land eigentlich alles getan hat, was das Land unternommen hat, damit die Beamten entsprechend ausgebildet werden. Hieraus können auch Sie von den Sozialdemokraten eine ganze Menge lernen, auch für Ihre Argumentation, und sehen, was hier Positives gemacht wird.

(Zuruf von Dr. Weber [SPD].)

Schrt

Herr Kollege Milde, Sie sagten, daß die Polizei viele Überstunden habe machen müssen, weil Studenten auf die Straße gegangen sind. Die Anführung dieses Beispiels halte ich für eine schlimme Sache. Wir sollten doch froh sein, daß in unserem Rechtsstaat Menschen auf die Straße gehen und ihre politische Meinung artikulieren können.

(Zurufe von der SPD.)

Dies hier aber als Ursache für den großen Überstundenbestand anzuführen halte ich wirklich für eine ganz schlimme Sache.

(Beifall bei der CDU. — Dr. Hansen [Grüne]: Sie haben doch den Anlaß dazu gegeben!)

Statt dessen sollten Sie, Herr Kollege Milde, einmal die Beispiele anführen, die belegen, wo sich Sozialdemokraten aus der Politik herausgelogen haben. Nehmen wir nur einmal das Beispiel der Kernkraftwerke. Sie haben Grohnde beschlossen. Als dieses Kernkraftwerk aber gebaut wurde, haben Sie sich verabschiedet. Dort mußte Polizei eingesetzt werden; dort mußten Überstunden gemacht werden. Oder nehmen wir Gorleben. Wie viele Überstunden sind dort durch die Polizei abgeleistet worden! Die Bundesregierung hat das Land Niedersachsen aufgefordert, Standorte zu bestimmen. Dies ist geschehen. Die Sozialdemokraten haben sich dann aber aus ihrer Verantwortung zurückgezogen, und die Polizei mußte im Interesse der Bürger dieses Landes versuchen, die Beschlüsse, die Sie einmal gefaßt haben, durchzusetzen.

(Beifall bei der CDU.)

Man kann Geld einsparen, wenn man eine glaubwürdige Politik macht. Man kann die Anzahl der durch die Polizei abzuleistenden Überstunden verringern, wenn man in seinem politischen Handeln glaubwürdig bleibt und nicht immer nur hinter politischen Tageserfolgen herläuft, wie Sie es derzeit in Emden im Hinblick auf die Verschiffung und viele andere Dinge tun, was eigentlich ganz schlimm ist.

(Zurufe von der SPD und von den Grünen.)

Sie haben es ja schon fast bedauert, daß Sie aus der Antwort auf eine Teilfrage unserer Großen Anfrage danach, wie viele Fälle des Landfriedensbruchs nach § 125 Abs. 2 des Strafgesetzbuches es gegeben hat, entnehmen mußten, daß es solche Fälle nicht gegeben hat. Sie sollten doch froh sein, daß solche Verfahren nicht gelaufen sind! Sie sollten es nicht bedauern, wenn sich jetzt herausstellt, daß solche kriminellen Taten nicht begangen und deshalb auch nicht geahndet worden

sind. Das kann man dann doch nicht als negativ herausstellen.

(Milde [SPD]: Sie haben den Sinn überhaupt nicht begriffen!)

Meine Damen und Herren, wir möchten von dieser Stelle aus all denjenigen, die die Antwort auf diese Große Anfrage erarbeitet haben, noch einmal Dank sagen. Die aktuelle Diskussion über Fragen der inneren Sicherheit und die von der Opposition heute noch einmal deutlich herausgestellten und bewußt gesteuerten Angriffe auf die politische Spitze der Polizei zeigen, daß die innere Sicherheit in unserem Lande Niedersachsen trotz der verbalen Angriffe gesichert ist und auch gesichert bleibt. Sicherlich können die präzisen Antworten in dieser Besprechung nicht alle gewertet werden. Wir werden aber bei unterschiedlichen Gelegenheiten sicherlich noch die Möglichkeit haben, uns mit den Aussagen im Detail zu beschäftigen.

Lassen Sie mich jetzt aber noch einige Punkte aus dem Fragenkatalog ansprechen.

(Milde [SPD]: Nein!)

Beginnen möchte ich mit der Frage nach den Demonstrationen. Die Antwort auf unsere Frage zeigt, daß wir in den letzten fünf Jahren landesweit mehr als 3 100 Demonstrationen zu verzeichnen hatten, davon 352 ungenehmigte und 299 spontane Demonstrationen. Bei 228 Demonstrationen ist es zu gewalttätigen Ausschreitungen gekommen. Ich stelle dieses hier deshalb so besonders heraus, weil diese zahlreichen Demonstrationen die polizeiliche Arbeit zusätzlich belastet haben. Gerade die Art und Weise, in der diese Demonstrationen aus polizeilicher Sicht begleitet worden sind, zeigt, daß unsere Polizeiführung und die Beamtinnen und Beamten motiviert sind und über die notwendigen rechtlichen und materiellen Instrumentarien verfügen, um auch die zum Teil unfriedlichen Demonstrationen zu meistern.

Aus der Antwort auf unsere Frage, wie die Beamten vorbereitet werden, können wir ersehen, wie umfangreich die einzelnen Spezialgebiete sind, die beherrscht werden müssen. Dieses sollte man sich wirklich einmal ansehen — das kann ich allen Kolleginnen und Kollegen nur empfehlen —, damit man weiß, womit sich Polizeibeamte in der Ausbildung zu beschäftigen haben. Vor allem das ständig zunehmende Erfordernis zur Rechtsauslegung einzelner Gesetze zwingt die Beamten, sich ständig weiterzubilden; denn von der Polizei wird ausschließlich die Sofortentscheidung verlangt.

Dem wollen wir haushaltsmäßig Rechnung tragen. Um die Aus- und Weiterbildung stets zu gewährleisten, müssen wir die notwendigen Finanzmittel vorhalten. Da der Kollege Milde weiß, daß wir im Innenausschuß einen Antrag eingebracht haben, damit die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden — dieser Antrag ist auch von ihm unterstützt worden —, ist es nicht ganz redlich, dies hier jetzt zu beklagen, obwohl sich der Sachverhalt inzwischen geändert hat.

(Milde [SPD]: Ist der Erlaß denn zurückgenommen worden?)

— Der Erlaß nicht, aber die Gelder werden zur Verfügung gestellt. Das ist der entscheidende Punkt.

(Waake [SPD]: Dann kann der Erlaß bestehenbleiben!)

Daß die Polizei gerade in den letzten Jahren viel zur Streßbewältigung beigetragen hat, zeigt, wie wenige Fälle der unmittelbaren Konfrontation sich heute noch ergeben. Wenn einem jungen Polizeibeamten in einer Dauerstreßsituation einmal die Nerven durchgehen, dann wird dies gleich mediengerecht aufgearbeitet. Die Umstände, die dazu geführt haben, werden oft nicht erläutert, aber die Einzelbilder über die Fehlhandlung des Beamten gehen durch die Medien.

(Dr. Hansen [Grüne]: Es geht nicht alles durch die Medien!)

Interessant ist sicherlich die Antwort auf die offenegebliebene Frage, ob sich durch die gute Zusammenarbeit zwischen Polizei, Jugendgerichtshilfe, Jugendstaatsanwalt und Jugendgerichten die erkennbar günstigere Entwicklung der niedersächsischen Jugendkriminalität erklären läßt. Gerade der Braunschweiger Modellversuch Täter/Opfer-Ausgleich für jugendliche und heranwachsende Straftäter scheint positive Ausstrahlung zu haben.

Die Antwort auf die Frage zur Bürgernähe der Polizei zeigt der Öffentlichkeit sehr deutlich, was gerade in den letzten Jahren zusätzlich geschaffen worden ist. Insbesondere die Präsenz mit mehr als 100 zusätzlichen Polizeiaußenstellen in den Kleinstgemeinden — d. h. in jeder Samtgemeinde oder Einheitsgemeinde ist jetzt eine Polizeidienststelle — zeigt, wie dankbar dies von der Bevölkerung angenommen wird. Dies sollte man an dieser Stelle auch noch einmal herausstellen.

(Beifall bei der CDU.)

In diesem Sinne ist auch der Notruf 110 zu erwähnen, über den jeder Niedersachse gebührenfrei eine Polizeidienststelle erreichen kann. Auch

dies sollte man herausstellen. Das war vor einigen Jahren nicht überall möglich. Des weiteren möchte ich darauf hinweisen, daß sich die Kontaktbeamten in den letzten zehn Jahren wirklich als Bindeglied zwischen Bürgern und Staat etabliert haben.

(Beifall bei der CDU.)

Heute sind Polizeidienststellen im übrigen nicht mehr die schäbigsten Gebäude in einer Stadt. Für Gebäude der Polizei sind in den letzten zehn Jahren Investitionen in Höhe von immerhin rund 500 Millionen DM getätigt worden. Schutz- und Kriminalpolizei sind rund um die Uhr für unsere Sicherheit präsent. Deshalb brauchen sie auch anständige Arbeitsräume.

(Rippich [SPD]: Und alles auf Pump!)

Dafür hat das Land Sorge getragen.

Besonders wichtig sind für uns die Antworten der Landesregierung auf die Fragen zu dem Zusammenhang zwischen Bevölkerungs- und Kriminalitätsentwicklung. Eine der Kernaussagen dazu lautet, daß es keinen weiteren Abbau von Polizeikräften geben darf. Auch die Feststellung, daß bis in die 90er Jahre hinein eine weiter zunehmende Belastung der Polizei zu erwarten ist, müssen wir bei der Bewertung der Antworten auf die Große Anfrage berücksichtigen. Bis ins Jahr 2 000 hinein wird sogar ein noch größerer Aufgabenzuwachs prognostiziert.

Gerade durch diese Antworten sind wir als Parlament aufgefordert, die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Wir müssen unseren Innenminister und sein Haus, die diese Antworten gegeben haben, unterstützen, indem wir bereit sind, in den nächsten Jahren hierbei zu helfen. Wir hoffen, daß wir auch dann noch den notwendigen Konsens aller Fraktionen finden werden, d. h. daß sich Ihre diesbezüglichen Hinweise nicht als Sprechblasen erweisen, sondern wir, wenn es dann zum Schwur kommt, die notwendigen Finanzmittel gemeinsam zur Verfügung stellen.

(Milde [SPD]: Dann schwören Sie mal gleich!)

Strafverfolgung mit der geballten Kraft des Staates kann und wird nicht oberstes Ziel zur Gewährleistung der inneren Sicherheit sein; vielmehr müssen die Präventivmaßnahmen, d. h. die Vorbeugungsprogramme, absoluten Vorrang haben. Dazu möchte ich als kleines Beispiel die Steigerung der Kriminalitätsrate beim schweren Diebstahl nennen. Die Untersuchungen zeigen, daß

Sehrt

der Anstieg der Anzahl jugendlicher Tatverdächtiger unter 25 Jahren zwar relativ gering ist. Gleichwohl wird immer noch mehr aus Autos geklaut. Der Minister hat das vorhin schon angeführt. Damit verbunden ist eine Sachbeschädigung, z. B. an den Autoschlössern, an den Scheiben oder an den Halterungen der Radios. Die gezielte Werbung für das feinste Hi-Fi-Radio mit allen technischen Raffinessen, die vielen spielerischen Instrumente in den Autos verlocken natürlich junge Straftäter. Muß nicht auch die Autoindustrie endlich einmal in der Lage sein, Autotüren und -schlösser zu produzieren, die nicht jeder von uns mit ein wenig Geschick mit einem Draht, mit einem Schraubenzieher knacken kann? Ich meine, die Autoindustrie — auch in unserem Lande werden ja Autos produziert — ist aufgefordert, entsprechende Voraussetzungen zu schaffen.

(Lellek [CDU]: Dann kommt man nicht mehr rein, wenn man den Schlüssel verißt!)

Selbst heute, im Jahre 1988, kann im Grunde genommen jeder Dritte sein Auto auf die soeben beschriebene Weise aufmachen. Auch hierüber muß nachgedacht werden, um die Zahl der schweren Diebstähle aus Autos einzudämmen.

Zum Schluß möchte ich für meine Fraktion festhalten: Die Mehrheit unserer Bürger wünscht einen starken und selbstbewußten Rechtsstaat, der die Rechte und die Sicherheit aller Bürger schützt. Innere Sicherheit ist aber auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe für die Familien, die Schulen, die Arbeitsstellen und auch für die Medien. Die umfangreichen Antworten auf die Große Anfrage sollten unseres Erachtens auch dazu genutzt werden, den Bürgerinnen und Bürgern noch fehlende Informationen über unsere bürgerfreundliche Polizei zu geben.

Abschließend möchte ich von dieser Stelle aus den Beamtinnen und Beamten unseren Dank sagen.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Das Wort hat der Abgeordnete Fischer (Buxtehude) für die Fraktion der FDP.

(Zuruf von der SPD: Endlich mal ein liberaler Vortrag!)

Fischer (Buxtehude) (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die Aussprache hat meines Erach-

tens deutlich gemacht, wie wichtig es ist, daß wir uns in diesem Hause über Fragen der inneren Sicherheit unterhalten. Ich glaube, wir können dankbar die Beantwortung unserer Großen Anfrage zur Kenntnis nehmen. Darin sind viele Dinge aufgezeigt, insbesondere die Tatsache, daß wir eine Polizei in diesem Lande haben, die in der Lage ist, mit den Problemen fertig zu werden.

Es gibt sicherlich einige Bereiche, in denen wir noch nachbessern können und nachbessern müssen. Das werden die weiteren Diskussionen zeigen. Auch über diesen heutigen Tag hinaus werden wir uns über die einzelnen Konzeptionen, die vorgestellt worden sind, bzw. darüber, wo noch Konzeptionen fehlen, in den Fachausschüssen zu unterhalten haben. Auf jeden Fall — insofern möchte ich mich dem Dank an die gesamte Polizei anschließen — ist deutlich geworden, daß keine Befürchtungen zu bestehen brauchen, daß innere Sicherheit in diesem Lande etwa nicht gewährleistet ist und nicht gewährleistet werden kann. Das sollte auch in einer derartigen Diskussion deutlich werden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Deshalb mein Dank allen Beamten, die vor Ort tagtäglich den Dienst ordnungsgemäß erfüllen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Das scheint in der Diskussion der letzten Tage etwas untergegangen zu sein. Ich glaube, wir sind uns wohl alle über eines einig: Wenn es Fehlverhalten einiger weniger an der Spitze der Polizei im Ministerium gibt, dürfen und können natürlich nicht die 20 000 Beamten vor Ort darunter leiden, denen wir vollen Respekt und Dank schulden. Das möchte ich für meine Fraktion auch heute hier mit aller Deutlichkeit bekunden.

(Beifall bei der FDP.)

Nachdem ich die Ausführungen von Herrn Trittin — darauf möchte ich an dieser Stelle eingehen — gehört habe, weiß ich gar nicht so recht, was die Grünen wollen. Was wollen Sie denn eigentlich? Wollen Sie dazu beitragen, daß wir innere Sicherheit in diesem Lande gewährleisten können, oder wollen Sie zur Verunsicherung beitragen? Mir ist Ihre Zielsetzung nicht deutlich geworden.

Wir als Freie Demokraten wollen eine demokratische Polizei, die personell und materiell so ausgestattet ist, daß sie den Bürgern jederzeit innere Sicherheit gewährleisten kann, damit die Bürger die ihnen von der Verfassung gewährten Grundrechte auch tagtäglich erleben können. Das muß

doch unser Ansatz sein; denn innere Sicherheit, eine wirksame Verhütung und Bekämpfung von Straftaten, ist ein ganz wesentlicher Auftrag in einem demokratischen Rechtsstaat. Die Bürger müssen darauf vertrauen können, daß sie die ihnen gewährten Rechte erleben können. Dazu, daß sie das können, trägt eben unsere Polizei bei.

Die Polizei ist aber auf das Vertrauen der Bürger angewiesen. Nur dann kann sie in einem demokratischen Rechtsstaat wirksam werden. Es ist hier schon gesagt worden, daß die große Mehrheit unserer Bürger der Polizei dieses Vertrauen schenkt.

Zur Festigung der inneren Sicherheit — gerade im Lande Niedersachsen — gehört natürlich auch, daß die bekanntgewordenen Mißstände im Innenministerium ausgeräumt werden. Wir haben uns gestern darüber unterhalten. Auch diese Diskussion wird sicherlich weitergehen. Dazu gehört natürlich auch Wahrhaftigkeit, dazu gehört, daß die Erklärungen, die aus dem Hause kommen, mit den Tatsachen übereinstimmen und nicht neue Verunsicherung in die Polizei hineingetragen wird.

Insofern möchte ich das wiederholen, was ich bereits gestern gesagt habe: Wir haben Erwartungen an die Spitze des Hauses, daß die Probleme nun endlich angepackt und ausgeräumt werden, und zwar auch aus fürsorgerischen Gründen gegenüber den einzelnen Polizeibeamten vor Ort, die, wie gesagt, tagtäglich ordnungsgemäß ihren schweren Dienst tun.

Präsident Dr. Blanke:

Wollen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Milde zulassen?

Fischer (Buxtehude) (FDP):

Bitte!

Milde (SPD):

Herr Kollege Fischer, stimmen Zeitungsberichte, wonach bei diesem wichtigen Gespräch, bei dem es ja um das Innenministerium ging, der Herr Innenminister nicht dabei war?

(Minister Hasselmann: Ja, das stimmt!)

Können Sie die Gründe dafür bekanntgeben?

Fischer (Buxtehude) (FDP):

Herr Milde, ich nehme an, daß Sie genau wissen, wer an diesem Gespräch teilgenommen hat. Insofern erübrigt sich eigentlich die Beantwortung Ihrer

Frage. Wenn Sie die Pressemitteilungen gelesen haben sollten — Sie lesen ja sonst auch sehr aufmerksam die Presse —, werden Sie feststellen, daß der Herr Innenminister an diesem Gespräch nicht teilgenommen hat. Das dürfte ja wohl kein Geheimnis sein.

(Theilen [SPD]: Warum nicht? — Döring [CDU]: Der fragt doch nur deshalb, weil er es weiß! Das ist doch ein ehemaliger Regierungspräsident! — Weitere Zurufe.)

Präsident Dr. Blanke:

Das Wort hat der Abgeordnete Fischer und nicht die übrigen Mitglieder des Hauses!

Fischer (Buxtehude) (FDP):

Meine Damen und Herren! Es dürfte doch wohl selbstverständlich sein, daß die Koalitionsspitzen mit dem Ministerpräsidenten dieses Landes wichtige Fragen auch der inneren Sicherheit und der Vorkommnisse im Hause des Innenministers besprechen. Es war vorher auch mit dem Herrn Innenminister abgesprochen, daß in diesem Gremium diese Probleme angesprochen werden und daß darüber nachgedacht wird, wie es zu Lösungen kommen kann. Herr Milde, das sollten Sie doch verstehen. Seien Sie doch dankbar dafür, daß wir als FDP die treibende Kraft sind, damit das, was abgeräumt werden muß, auch abgeräumt wird.

(Zurufe von der SPD.)

Dazu haben wir uns nicht nur in diesem Hause, sondern auch darüber hinaus wohl verständlich geäußert.

Ich möchte in der Kürze der mir noch zur Verfügung stehenden Zeit auf einige Problembereiche eingehen. Im übrigen haben Vorredner aus der Koalition im wesentlichen schon dazu gesprochen. Ich meine die Umwelt-, Wirtschafts-, Computer- und organisierte Kriminalität.

Die Bekämpfung der Umweltkriminalität muß — das ist auch das gewollte Ergebnis dieser Großen Anfrage — noch weiter verbessert werden. Es handelt sich hier um einen neuen Bereich der Kriminalität. Wir sind noch nicht ausreichend darauf eingestellt, dieser Kriminalität begegnen zu können. Eine Vielzahl von Polizeibeamten hat zwar eine umweltbezogene Aus- und Fortbildung durchlaufen, aber es fehlen noch Spezialsachbearbeiter auf diesem Gebiet. Diese Aufgabe wird noch zu lösen sein.

Fischer (Buxtehude)

Ähnlich verhält es sich bei der Bekämpfung der Computerkriminalität. Das Bisherige wird noch nicht ausreichen. Wir sind uns wohl auch mit dem Herrn Innenminister einig, daß in diesem Bereich, in dem sehr intelligente Straftäter am Werke sind, die Polizei und die Strafverfolgungsbehörden noch besser ausgebildet und ausgerüstet werden müssen, um dieser schweren Kriminalität wirksam begegnen zu können.

Ferner sind die Wirtschaftskriminalität, die Rauschgiftkriminalität und der Bereich zu nennen, den man jetzt mit „organisierter Kriminalität“ bezeichnet. Wo es um neue Formen der Kriminalität geht, müssen wir neue Konzepte und auch neue rechtliche Grundlagen zur Bekämpfung dieser gefährlichen Kriminalität entwickeln. Deshalb haben wir u. a. auch Möglichkeiten in der Novelle zum Polizeigesetz vorgesehen. Alle die, die diese Formen der organisierten Kriminalität mit uns bekämpfen wollen, werden uns dabei unterstützen, der Polizei dazu die erforderlichen Rechtsgrundlagen zu geben. Das darf natürlich nicht nach dem Motto geschehen: Der Zweck und der Erfolg heiligen die Mittel. Das soll — das betone ich noch einmal deutlich — in den Grenzen des Rechtsstaates erfolgen. Deshalb dürfen verdeckte Ermittler oder V-Leute in diesem Rahmen nur als Ultima ratio vorgesehen werden, und ihr Einsatz muß an strenge rechtliche Voraussetzungen geknüpft sein.

Die FDP-Fraktion ist der Auffassung — das sage ich abschließend —, daß uns mit der Beantwortung der Großen Anfrage eine gute Arbeit vorgelegt worden ist. Es gibt — wie auch in anderen Bundesländern — noch eine Reihe von Problemen, deren Lösung weiterbetrieben werden muß. Wir erklären dem Hause und dem Innenminister unsere Bereitschaft, gemeinsam daran zu arbeiten, um noch wirksamer als bisher Verbrechen bekämpfen zu können. Wir möchten aber auch — das ist schon von Vorrednern gesagt worden — dazu beitragen, Verbrechen erst gar nicht entstehen zu lassen, nämlich Verbrechen im Vorfeld zu verhüten. — Danke schön.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Wir sind damit am Ende der Besprechung. Die Große Anfrage ist erledigt.

Wir kommen zu Punkt 22 der Tagesordnung:

Erste Beratung: 9. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz — Weitere Einschränkungen bei der

Arbeitsförderung verhindern — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 11/3014

Für die Beratung dieses Antrages stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 40 Minuten zur Verfügung. Die Einbringung kann bis zu fünf Minuten dauern. In der Beratung stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zu: der CDU und der SPD jeweils bis zu zehn Minuten, den Grünen und der FDP jeweils bis zu fünf Minuten.

Der Antrag wird von der Abgeordneten Frau Pistorius eingebracht. Wenn ich es richtig sehe, nimmt sie gleichzeitig die Redezeit der Fraktion der SPD mit in Anspruch. Das macht insgesamt 15 Minuten, wenn ich richtig gerechnet habe. Bitte schön!

Frau Pistorius (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer auf Krücken gehen muß, ist arm dran. Dennoch sind sie für ihn die allerwichtigste Lebenshilfe. Das Arbeitsförderungsgesetz und vor allem die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind für uns Sozialdemokraten immer als eine Krücke zur Folgeabschätzung der hohen Arbeitslosigkeit angesehen worden, zumal es der Bundesregierung an der Fähigkeit zu einer vernünftigen aktiven Beschäftigungspolitik mangelt.

(Beifall bei der SPD.)

Wer sich aber erdreistet, diese Krücken wegzuschlagen, der sollte sich schämen, und der hat mit unserem erbitterten Widerstand zu rechnen.

(Zustimmung bei der SPD.)

Ich rede von der 9. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz, mit der die Bundesregierung durch einschneidende Maßnahmen bei der Bundesanstalt für Arbeit unser Land Niedersachsen mit seiner überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit wirtschafts- und strukturpolitisch trifft.

Die 8. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz hat uns hier vor einem Jahr beschäftigt. Wir Sozialdemokraten haben damals das Schlimmste verhüten wollen und mit unserer Initiative darauf hingewiesen, daß durch die Übertragung neuer Aufgaben — wie Benachteiligtenprogramm, Sprachförderung für Aussiedler, Beihilfe für arbeitslose Jugendliche — die Bundesanstalt für Arbeit belastet und der Bundeshaushalt entlastet würde mit der vorherrschbaren Folge eines Defizits bei der Bundesanstalt von 5,9 Milliarden DM. Die Bundesregierung ist, wie Sie wissen, nicht bereit, dieses Defizit abzudecken, und verlangt Einsparungen von mehr als 2 Milliarden DM, die durch die

besagte Novelle den gesetzlichen Rahmen erhalten sollen. Ich habe noch gut die Worte von Minister Schnipkoweit im Ohr, der zugab, daß sich die Landesregierung die Zustimmung zur 8. Novelle sozusagen habe abkaufen lassen in der Hoffnung, beim Länderfinanzausgleich entsprechend bedient zu werden.

Damals konnten wir mit unserem Widerstand Ihr Interesse an den Belangen der Arbeitslosen nicht wecken. Heute, wo die 9. Novelle noch viel nachhaltigere negative Auswirkungen auf Niedersachsen haben würde, hoffen wir jedoch sehr auch auf die Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion. Ich richte diesen Appell mit vollem Ernst an Sie alle.

Die Politik der Bundesregierung steht in eindeutigen Widerspruch zu ihren eigenen Absichten. Nach einhelliger Auffassung von Bundesregierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften verlangte die veränderte Arbeitslosenstruktur — nämlich mehr Langzeitarbeitslose und feststellbare Qualifizierungsdefizite — nach verstärkten Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen. So war es verabredet — Sie alle können sich sicherlich gut erinnern — und als Qualifizierungsoffensive verkündet, daß den entsprechenden Maßnahmen durch die Bundesanstalt dann auch die entsprechende Priorität zukommen sollte. Schon im vorigen Jahr mußte hier der Kollege Kirschner leider folgendes feststellen:

„Durch Erlass des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit vom Juli dieses Jahres ist diese Offensive bereits wegen Geldmangels gestoppt worden. Die blumigen Begründungen im Erlass, es müsse darauf hingewirkt werden, eine Konsolidierung zu erreichen und eine weitere Steigerung zu vermeiden, sind doch ein Beweis dafür, daß zur Zeit nur eine Arbeitsmarktpolitik der hohlen Worte stattfindet.“

Er nannte auch Zahlen. Nachtragshaushalt 1987 der Bundesanstalt für Arbeit: 150 000 Unterhaltsempfänger. Entwurf 1988: 130 000. Das war schon damals Abbau.

Mit der 9. Novelle wird der Konsens nun endgültig aufgekündigt. Der Rechtsanspruch auf Kostenerstattung bei Teilnahme an beruflichen Bildungsmaßnahmen wird zu einer Kannleistung reduziert. Bildungsanspruch ist künftig der Beliebigkeit des Bundesfinanzministers unterworfen. Diese Rückwende ist ein Rückschritt, ein Abbau des in den 60er Jahren erkämpften Bürgerrechts auf Bildung.

(Beifall bei der SPD.)

Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verlieren dann die Möglichkeit, ihre Chance auf dem Arbeitsmarkt entscheidend zu verbessern. Die Arbeitsverwaltung wird noch restriktiver als bisher sogenannten billigeren Maßnahmen den Vorzug geben müssen, um der großen Nachfrage gerecht zu werden. Billig kann z. B. bedeuten: Unterrichtskräfte nur stundenweise auf Honorarbasis, mangelhafte technische und Geräteausstattung, keine Übungsmöglichkeiten usw.

Nehmen Sie beispielsweise die arbeitslosen Arbeitnehmer in der Region Ostfriesland. Für sie wurden Einrichtungen geschaffen, die Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten auch und gerade für zukunftsweisende Berufe eröffnen. Die Nachfrage nach solchen Angeboten ist groß. Die Strukturprobleme dieses Landesteils können doch nur mit Erfolg bekämpft werden, wenn wir auf dem Gebiet der beruflichen Qualifikation der Arbeitnehmer einen Vorlauf erreichen. Wie will sonst Wirtschaftsminister Hirche ansiedlungswilligen Firmen die Frage nach qualifizierten Arbeitskräften beantworten?

Uns ist bei allen Gesprächen in verschiedenen Landesteilen immer wieder bestätigt worden, daß die Vermittlungsquote nach Abschluß der Qualifizierungsmaßnahmen bei ca. 70 % liegt. Dies beweist, daß die Fortbildung und die Umschulung einen erheblichen Beitrag leisten, damit Arbeitslose wieder einen Arbeitsplatz finden. Es kann doch nicht hingenommen werden, daß künftig ein Drittel aller Geförderten leer ausgeht.

In der Begründung zur 9. Novelle heißt es, daß die Zahl der Geförderten von 1982 mit 265 000 auf 596 000 im Jahre 1987 gestiegen sei. Insbesondere durch die Qualifizierungsoffensive sei die Zahl der Eintritte 1986 um 29,5 %, 1987 um 12,5 % und im ersten Halbjahr 1988 noch einmal um 5,8 % gestiegen. Das ist doch ein schöner Erfolg, denke ich, der angesichts der Arbeitslosenzahl und der Prognosen über die weitere Entwicklung der Arbeitslosigkeit aber auf keinen Fall aufs Spiel gesetzt werden darf.

Meine Damen und Herren! Die konkreten Zahlen sprechen auch bei uns in Niedersachsen eine deutliche Sprache. Mehr als 47 000 Frauen und Männer bildeten sich noch im Mai beruflich weiter oder schulten um. Davon waren mehr als 34 000 in einer Vollzeitausbildung, also in der Regel arbeitslos. Im Landkreis Aurich beispielsweise sind es gegenwärtig 778 Menschen, die sich weiterbilden lassen. Im Arbeitsamtsbezirk Osnabrück waren es im September 3 708.

Frau Pistorius

In der Begründung zur 9. Novelle heißt es weiter — ich zitiere —:

„Damit ist ein Finanz- und Maßnahmenrahmen erreicht, der es erforderlich macht, die Qualifizierungsoffensive zu konsolidieren. Dabei ist es wichtig, den qualitativen Standard der Bildungsmaßnahmen zu halten und, wo möglich, weiter zu verbessern.“

Was heißt das denn? Da wird eine erfolgreiche Maßnahme bei steigendem Bedarf und gleichbleibend hoher Arbeitslosigkeit in ihrer Wirkung entscheidend reduziert. Der Text der Begründung entlarvt ohnehin: Da wird konsolidiert, da werden Grenzen erreicht, freiwillige und gesetzliche Leistungen werden gezielt zurückgeführt, Prioritäten begrenzt. Im Klartext heißt das: Es wird gekürzt, wo immer möglich. Bei den Arbeitslosen wird abkassiert, weil der Bundesfinanzminister mit seiner Haushaltskonsolidierung und mit seiner Steuerreform nicht zurechtkommt und letztendlich mit leeren Taschen dasteht.

(Zustimmung bei der SPD und bei den Grünen.)

Die 9. Novelle wird nicht von der Bundesregierung, sondern von der Regierungskoalition eingebracht. Offensichtlich wollte man eine intensive Befassung und Beteiligung der betroffenen Verbände und Institutionen vermeiden. Wir Sozialdemokraten haben, wo immer es in der Kürze der Zeit möglich war, Gespräche mit Betroffenen, mit Trägern von Maßnahmen und mit der Arbeitsverwaltung geführt. Alle Gesprächspartner befürchten unabsehbare Auswirkungen für die Betroffenen, die eine Chance am Arbeitsmarkt ersehnen, und erneut natürlich auch für die Kommunen. Der Teufelskreis schließt sich dann wieder: Steigerung der Sozialhilfekosten, Rückgang der Investitionen, Verlust von Arbeitsplätzen, Steigerung von Sozialhilfekosten usw.

Die Arbeitsverwaltung selbst beklagt die Tatsache, daß der Gesetzgeber ihre Selbstverwaltung aushöhlt und unter Druck setzt. Auch Sie haben vermutlich von den massiven Protesten der Arbeitsverwaltung Kenntnis bekommen. Satzungsrecht war bisher: Nach Verabschiedung des Gesetzes zwölf Monate Frist für Satzungsänderungen. Jetzt sollen nur noch vier Monate gelten.

Meine Damen und Herren! Das arbeitsmarktpolitische Instrument der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, diese Krücke, wie wir sagen, wird bald keine Hilfe mehr sein. Ich bitte Sie zu bedenken, was es für die Mehrzahl der Träger bedeutet, daß der Höchstförderungssatz künftig nur noch 75 %

betragen soll. Selbst die Ausnahmeregelung, nach der eine Förderung zu 90 % in besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffenen Regionen möglich ist sowie bundesweit 10 % der Fälle vielleicht eine 100prozentige Förderung zugestanden wird, stellt einen nicht vertretbaren Einbruch dar.

(Beifall bei der SPD.)

Sie wissen alle aus den Landkreisen und Gemeinden, daß etwa ein Sechstel aller Arbeitslosen durch Maßnahmen der Arbeitsverwaltung eine Chance bekommen hat. Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit in Niedersachsen und eine zwangsweise Beendigung von wichtigen Projekten in den Bereichen Umweltschutz, Forschung an Hochschulen, Soziales, Kultur und bei Betreuungskonzepten verschiedenster Art wird unausweichlich die Folge sein.

In der Stadt Osnabrück wurden in den letzten Jahren bei einer Eigenfinanzierung von 500 000 DM jährlich 250 AB-Maßnahmen ermöglicht. 65 werden es bei dem gleichen Eigenmitteleinsatz höchstens noch sein, wenn der Fördersatz 75 % beträgt. Um aber vielleicht wieder 250 Menschen beschäftigen zu können, müßte die Stadt 3 Millionen DM aufbringen. Das ist unmöglich! Die Hälfte dieser 250 Personen sind darüber hinaus Frauen.

Warum und wozu werden übrigens 63- und 64jährige in die Beitragspflicht der Bundesanstalt einbezogen? Ich glaube, der Öffentlichkeit ist ebensowenig bewußt — schließlich handelt es sich auch um eine relativ komplizierte Materie —, wie jugend- und frauenfeindlich die Novelle ist. Den unter 20jährigen wird der Anspruch auf sechs, den unter 25jährigen auf neun Monate gekürzt, weil sie ja nicht so lange arbeitslos sind, wie es heißt.

Über 1 000 Auszubildende erhalten in Osnabrück Ausbildungsbeihilfe. Ein weiterer Punkt. Ob sich wohl jemand einmal gefragt hat und sich Gedanken darüber gemacht hat, warum das so ist? — Ich sage Ihnen, warum. Es gibt Ausbildungsberufe, in denen die Arbeitgeber sehr wenig zahlen; nicht im gewerblich-technischen Bereich, aber bei den Rechtsanwältinnen, Ärzten, Zahnärztinnen und bei den Friseurinnen. Das sind weitgehend leider immer noch Mädchenberufe. Die Ausbildungsvergütung deckt dort eben nicht den Lebensunterhalt! Letztendlich bezahlen damit wieder einmal die, die am wenigsten haben, die Steuerreform.

Kommen Sie mir bitte nicht mit der Formel, das seien alles nur unbedeutende Teilaspekte der Novelle! Bei der Beratung unseres Antrages zur

8. Novelle haben Sie, Herr Schnipkoweit, den Eindruck erwecken wollen — Sie können sich vielleicht erinnern —, als würden acht Jahre Lohnkostenzuschuß und Überbrückungsgeld für ältere Arbeitslose die übrigen Einschränkungen aufwiegen. Was ist daraus nach einem Jahr geworden? — Sie wissen es: Reduzierung dieser Maßnahme oder Wegfall, um sogenannte Mitnahmeeffekte zu verhindern, und letztendlich Einsparungsaufgaben von ungefähr 150 Millionen DM.

Heute werden Sie wahrscheinlich das Arbeitsteilzeitgesetz als großen Wurf loben. Ich sage Ihnen, was passieren wird, denn die 10. Novelle kommt bestimmt; da können wir ganz sicher sein.

(Groth [SPD]: Sie ist schon angedroht!)

Entweder ist die Akzeptanz groß, dann wird es dem Finanzminister letzten Endes zu teuer, und er wird die Zuschüsse wieder reduzieren, oder es wird ein Flop, und dann passiert das gleiche wie beim Vorruhestand. Übrigens sind beim Arbeitsteilzeitgesetz die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes ausgenommen.

Ich stelle fest, meine Damen und Herren: Die Bonner Koalitionsparteien haben der Bundesanstalt für Arbeit immense zusätzliche Lasten in Milliardenhöhe aufgebürdet, weil Bundesfinanzminister Stoltenberg mit seinem Haushaltslatein am Ende war. Seine Probleme hat er der Versicherungsgemeinschaft der Arbeitslosenversicherung aufgehälst.

(Groth [SPD]: Unerhört!)

Nach der 8. Novelle bringt die neue Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes weitere einschneidende Belastungen. Ich teile im übrigen die Einschätzung der oldenburgischen CDU-Sozialausschüsse — und komme damit zum Schluß —: Die Einschränkung der Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und berufliche Weiterbildung trifft Regionen mit struktureller Arbeitslosigkeit besonders hart. Diese Regionen werden wirtschaftlich und sozial zusätzlich belastet. — Wie wahr!

Ich fordere die Landesregierung auf, diesem Gesetzentwurf im Bundesrat die Zustimmung zu verweigern. Minister Schnipkoweit, der Sie sich ja immer als soziales Gewissen der Regierung feiern lassen,

(Lindhorst [CDU]: Er läßt sich nicht feiern, er ist es!)

Sie haben hier eine Gelegenheit, Ihre Durchsetzungsfähigkeit zu beweisen.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Das Wort hat der Herr Sozialminister.

Schnipkoweit, Sozialminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da ich bereits heute morgen zur Arbeitsmarktpolitik gesprochen habe, möchte ich nicht auf das eingehen, Frau Kollegin, was Sie im ersten Teil Ihrer Rede angesprochen haben. Ich vermute zwar, daß ein Teil derer, die jetzt da sind, heute morgen noch nicht da waren. Aber die sollten das dann lieber im Protokoll nachlesen. Aus Zeitgründen will ich es mir ersparen, das zu wiederholen. Ich möchte mich wirklich auf das beschränken, worum es hier bei diesem Antrag geht.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, Bund und Land haben ihre Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik in den letzten Jahren mit großer Energie erheblich intensiviert. Die Ergebnisse können sich sehen lassen. Die Zahl der ABM-Beschäftigten in Niedersachsen konnte von 1982 bis 1987 um fast 20 000 gesteigert werden. Die Mittel wurden auf 760 Millionen DM aufgestockt, also mehr als vervierfacht. Die Qualifizierungsoffensive der Bundesanstalt für Arbeit

(Dr. Riege [SPD]: Ist ins Stocken geraten!)

hat im Landesarbeitsamtsbezirk Niedersachsen/Bremen von 1982 bis 1987 zu einer Steigerung der Eintritte in Maßnahmen der Fortbildung und Umschulung um 57 000 oder 177 % geführt. Die Ausgaben hierfür erhöhten sich auf 970 Millionen DM; es fehlt ganz wenig an einer Milliarde. Deshalb kann man nicht so tun, als handelte es sich nur um Pfennigbeträge.

1987 mußten die bis dahin ständig angehobenen Leistungen auf dem erreichten hohen Niveau gefestigt werden. Dies führte im Bereich der beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen zu einer Umschichtung zugunsten von Qualifizierungsmaßnahmen für diejenigen, die bereits einen Arbeitsplatz haben. Der Anteil der zuvor Arbeitslosenging entsprechend von 74 % im Jahre 1987 auf 59 % im August 1988 zurück. Um diese unerwünschte Entwicklung zu Lasten der Arbeitslosen zu verhindern, habe ich auf der letzten Arbeits- und Sozialministerkonferenz vor 14 Tagen im Saarland einen Initiativantrag zur Qualifizierung Arbeitsloser eingebracht. Er fand die einhellige Unterstützung aller Länder und stieß auf Entgegenkommen der Bundesregierung. Wir hoffen, damit einen Beitrag zur notwendigen Konzentration der Arbeitsmarktpolitik leisten zu können.

Schnipkoweit

Der von den Koalitionsfraktionen im Bundestag eingebrachte Gesetzentwurf zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes und zur Förderung eines gleitenden Übergangs älterer Arbeitnehmer in den Ruhestand berücksichtigt dieses Anliegen der Landesregierung. Er sieht Steuerungsinstrumente vor, um die beruflichen Bildungsmaßnahmen vorrangig für Arbeitslose einzusetzen. Um die berufliche Weiterbildung derjenigen, die bereits einen Arbeitsplatz haben, müssen sich künftig verstärkt die Betriebe und Unternehmen kümmern. Die Wirtschaft muß die Ansprüche des technischen Fortschritts nicht nur durch neue Maschinen, sondern vor allem auch durch praxisnahe Qualifizierung ihrer Arbeitnehmer bewältigen. Dieses ist nicht Aufgabe der Bundesanstalt und ihrer Beitragszahler. Frau Pistorius, wenn es um Menschen geht, die keine Arbeit haben, dann finden Sie mich auf Ihrer Seite. Daß aber die Bundesanstalt mit Hunderten von Millionen DM Umschulungen in Fällen finanzieren soll, in denen jemand einen vernünftigen Arbeitsplatz hat und gar nicht weiß, ob er nach der Umschulungsmaßnahme einen Arbeitsplatz bekommt, geht in meinen Kopf nicht rein. Das will ich Ihnen schon einmal sagen.

(Beifall bei der CDU. — Frau Pistorius [SPD]: Vielleicht hat er keinen vernünftigen Arbeitsplatz, oder vielleicht verliert er ihn auch!)

Darüber können wir gerne streiten.

(Dr. Riege [SPD]: Der größte Teil sind doch Auftragsangelegenheiten!)

— Das ist ja nicht wahr! Es ist so, daß viele meinen, die Weiterbildung sei ein wichtiges Anliegen, und lassen sich deshalb umschulen. Ich sage noch einmal: Wenn es um Arbeitslose geht, voll d'accord. Aber daß jeder meint, er müsse sich zwei, dreimal in seinem Leben umschulen lassen, dafür habe ich zunächst einmal nicht so viel Verständnis, wenn es um das Thema Arbeitslosigkeit geht.

(Trittin [Grüne]: Sie haben ja auch vom Bergmann zum Minister umgeschult! — Weiterer Zuruf.)

— Das war aber nicht auf Regimentskosten. Das ist doch der gewaltige Unterschied. Ob ich es heute voll von der Bundesanstalt ersetzt bekomme oder ob ich damals 180 DM im Monat von meiner Gewerkschaft gekriegt habe, macht doch einen gewaltigen Unterschied. Wenn sich jemand weiterbildet, warum kann er nicht einen Teil

selbst leisten? Warum muß das alles die Gesellschaft aufbringen?

(Trittin [Grüne]: Da sind wir uns völlig einig, Herr Minister!)

— Wenn wir uns da einig sind, ist es ja prima.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Gesetzentwurf wird zur Zeit in den Ausschüssen des Bundestages beraten. Er liegt dem Bundesrat offiziell noch nicht vor. Die Landesregierung wird jedoch schon im Vorfeld der Beratungen im Bundesrat die einzelnen Regelungen sorgfältig prüfen. Sie betrachtet insbesondere die vorgesehene Reduzierung der Fördersätze von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit Sorge. Sie wird die ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, um negative Auswirkungen in strukturschwachen Gebieten zu verhindern. Das ist für uns wirklich ein Anliegen.

(Zustimmung von Menges [CDU].)

Das nun entstehende Defizit der Bundesanstalt ist im wesentlichen auf die durch die 7. und 8. AFG-Novelle bewirkten Leistungsverbesserungen und dabei vor allem auf die Verlängerung der Bezugsdauer für Arbeitslosengeld zurückzuführen. Auch die verstärkte Inanspruchnahme von Leistungen für Spätaussiedler hat das Defizit mitbegründet. Nach Absicht der Bundesregierung soll das Defizit 1988 und in den Folgejahren im wesentlichen durch einen Bundeszuschuß und zu einem geringeren Teil durch Einsparungen ausgeglichen werden. Eine Erhöhung des Bundeszuschusses errechnet sich insbesondere durch die vielen Aufgaben, die von der Bundesanstalt zur allgemeinen Förderung des Arbeitsmarktes vorgenommen werden.

Mit der 9. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz ist beabsichtigt, den gleitenden Übergang in den Ruhestand als neues Instrument der Arbeitsmarktpolitik einzuführen. Dies entspricht den Wünschen vieler älterer Arbeitnehmer. Auf diese Weise können die großen Erfahrungen älterer Arbeitnehmer weiter genutzt werden, ohne sie im Alter durch eine Vollzeitbeschäftigung zu überlasten. Der allmähliche Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand ist somit auch ein Beitrag zur Humanisierung unserer Arbeitswelt.

Frau Pistorius, Sie haben gefragt, ob das auch funktioniert. Ich habe heute morgen schon darauf hingewiesen, daß dies natürlich auch eine Frage der Tarifpartner ist. Ich hätte mir gewünscht, daß mehr Tarifvertragsparteien ähnliche Regelungen wie die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten vereinbart hätten: Für die älteren Ar-

beitnehmer — 58, 59 oder 60 Jahre alt — in der Zigarettenindustrie ist die Möglichkeit geschaffen worden, nur noch 20 bis 25 Stunden pro Woche zu arbeiten. Ich habe nie verstanden, daß es richtig sein kann, daß jemand bis zum 65. Lebensjahr 40 Stunden pro Woche arbeiten muß und von einem zum anderen Tag in Rente geht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Es wäre viel besser gewesen, wenn mehr Rücksicht auf die Bedürfnisse älterer Menschen genommen worden wäre. Aber das hätten die Tarifpartner tun müssen. Vom Gesetzgeber kann man nicht alles erwarten. Wir hoffen jedenfalls, daß hier zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Meine Damen und Herren, auch wegen dieser arbeitsmarktpolitisch prinzipiell positiv zu bewertenden Neuerung bedarf die 9. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz einer differenzierten Betrachtung und einer genauen Prüfung. Ich habe heute morgen noch einmal die Auffassung der Bundesanstalt für Arbeit zu den einzelnen Punkten gelesen. Es ist ja nicht so, daß die Gremien der Bundesanstalt, egal ob das jetzt der Verwaltungsrat ist, in dem ja Arbeitnehmer und Arbeitgeber sitzen, sagen, das ist alles falsch, sondern es wird sehr differenziert betrachtet, so wie es auch von uns differenziert zu betrachten ist. Ich hoffe jedenfalls, daß unsere Bemühungen für die besonderen Probleme Niedersachsens im Bundesrat oder bei der Bundesregierung zum Erfolg führen.

Gestatten Sie mir eine Schlußbemerkung. Ich kann dem letzten Redner vielleicht nicht zuhören. Das ist aber keine Böswilligkeit, sondern heute abend findet die Abschlußveranstaltung der ersten Landesausstellung „Natur im Städtebau“ in Munster statt. Daran möchte ich gerne teilnehmen. Ich habe es zwar nicht nötig, mich feiern zu lassen, aber ich werde bestimmt wieder gefeiert, Frau Kollegin. — Danke.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Präsident Dr. Blanke:

Herr Minister, ich wollte gerade sagen, Sie haben dem letzten Redner zugehört, nämlich sich selbst. Aber inzwischen liegt noch eine Wortmeldung vor. Das Wort hat die Abgeordnete Frau Dr. Dückert von den Grünen.

Frau Dr. Dückert (Grüne):

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Die Fraktion der Grünen unterstützt den Antrag der

SPD, weil es natürlich ein Unding ist, daß in einer Zeit der langandauernden Massenerwerbslosigkeit die Leistungsfähigkeit der Bundesanstalt für Arbeit zum wiederholten Male eingeschränkt werden soll.

(Zustimmung von Frau Langendorf [Grüne].)

Aber, meine Damen und Herren von der SPD, auch Sie wissen — das ist aus den Ausführungen des Ministers wieder einmal deutlich geworden —, es ist — wie heißt das? —

(Dr. Riege [SPD]: Vergebene Liebesmüh!)

— vergebene Liebesmüh, dieses Thema hier überhaupt noch zur Sprache zu bringen. Wir haben heute morgen von seiten der CDU Beispiele dafür geliefert bekommen, daß wieder einmal versucht worden ist, die Existenz der Arbeitslosigkeit herunterzuspielen. Es hat sich jemand hier hingestellt und darauf hingewiesen, daß es ein Unternehmen im Landkreis Lüchow-Dannenberg gibt, das 14 Arbeitskräfte sucht und nicht finden kann.

Wir haben eben vom Minister gehört, daß die einzige Form der aktiven Beschäftigungspolitik, die die Bundesregierung und die Landesregierung betreiben, die Politik der Bundesanstalt für Arbeit ist. Es ist geradezu ein Anachronismus, das hier auch noch zuzugeben. Ich glaube, Ihnen ist gar nicht mehr bewußt, was Sie da eigentlich sagen. Sie sagen damit nämlich, daß Ihre angeblichen Erfolge im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik, soweit sie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, F- und E-Maßnahmen usw. betreffen, gar nicht Ihre Erfolge sind. Denn genau diese Politik macht die Bundesanstalt für Arbeit. Sie fördert Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, fördert über das AFG F- und E-Maßnahmen usw. Das hat mit Ihrer Politik als Landesregierung zunächst einmal gar nichts zu tun. Die Notwendigkeit einer solchen Beschäftigungspolitik der Bundesanstalt für Arbeit entsteht einfach deshalb, weil sowohl die Bundesregierung als auch die Landesregierung durch ihre Politik in hohem Maße Arbeitslosigkeit mit verschuldet haben.

(Beifall bei den Grünen. — Zustimmung bei der SPD.)

Da muß die Bundesanstalt einspringen. Genau in dem Moment, in dem sie das tut, schneiden Sie ihr auch noch die finanziellen Möglichkeiten ab, die sie benötigt, um auf diesem Gebiet aktiv tätig zu werden.

Meine Damen und Herren, die Stunde ist fortgeschritten. Wir werden das in den Ausschüssen

Frau Dr. Dücker

noch weiter beraten. Ich möchte Sie aber noch auf folgendes hinweisen: Gerade weil wir von den Grünen wissen, daß wir bei der Regierungskoalition auf taube Ohren stoßen, wenn es um Probleme der Arbeitslosigkeit geht,

(Lindhorst [CDU]: Das ist doch übertrieben! — Fischer [Göttingen] [CDU]: Das ist doch dummes Zeug!)

hat die Bundestagsfraktion der Grünen beschlossen, sämtliche juristischen Mittel auszuschöpfen — etwa eine Normenkontrollklage oder eine Verfassungsbeschwerde zu erheben —, um gegen dieses unglaubliche Gesetz, gegen diese unglaubliche 9. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz vorzugehen.

(Beifall bei den Grünen. — Zustimmung bei der SPD.)

Präsident Dr. Blanke:

Will der Abgeordnete Küpker noch erläutern, daß er keine tauben Ohren hat? Wollen Sie noch sprechen?

(Küpker [FDP]: Herr Präsident, ich kann darauf verzichten, für die FDP-Fraktion einen Beitrag zu leisten. Ich denke, daß unsere Freunde in Bonn wissen, was hier läuft.)

— Wenn Sie das begründen wollen, dann bitte von hier vorn.

(Küpker [FDP]: Ich verzichte, Herr Präsident!)

Wir sind damit am Ende der Beratung dieses Tagesordnungspunktes. Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Sozial- und Gesundheitswesen sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Wirtschaft und Verkehr zu überweisen. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Das ist so beschlossen.

Wir kommen zu Punkt 23 der Tagesordnung:

Erste Beratung: Vollständige Erstattung der den Städten und Gemeinden durch die Volkszählung entstandenen Kosten — Antrag der Fraktion der SPD — Drs 11/3015 — Berichtigung — Drs 11/3081

Für die Beratung dieses Antrags stehen nach der Vereinbarung im Ältestenrat maximal 40 Minuten zur Verfügung. Die Einbringung kann bis zu fünf Minuten dauern. Die Redezeiten der CDU und der SPD betragen jeweils bis zu zehn Minu-

ten, die der Grünen und der FDP jeweils bis zu fünf Minuten.

Ich eröffne die Beratung. Zur Einbringung hat der Abgeordnete Boekhoff das Wort.

Boekhoff (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte diesen Antrag mit aller Sachlichkeit einbringen. Denn ich glaube, daß die Ausschußberatungen zu diesem Antrag ganz klar ergeben werden, daß unser Antrag berechtigt war, den wir vor etwa einem Jahr gestellt haben, um eine großzügigere Erstattung der Kosten der Volkszählung für die Kommunen zu erreichen.

Die tatsächlichen Kosten der Volkszählung — das ist aus unserem Antrag ersichtlich — liegen um ein Vielfaches höher als die tatsächliche Erstattung. Den Kommunen geht es auch keineswegs ausnahmslos besser, wie hier behauptet wird. Viele Kommunen schleppen Erblasten mit sich; das hat die Kommunalwahl zutage gebracht.

(Zustimmung bei der SPD.)

Denken Sie nur an Oldenburg, oder denken Sie an Wilhelmshaven!

(Beifall bei der SPD.)

Die Belastungen, die die Kommunen in den letzten Jahren haben hinnehmen müssen, werden deutlich, wenn man nur an die Deckelung der Finanzzuweisungen oder die höheren Kosten z. B. beim Personalausweis oder auch beim Paß denkt.

Zusammengefaßt möchte ich sagen, daß unser Antrag seine Berechtigung hat, daß er — das wünschen wir uns — in aller Sachlichkeit und Offenheit beraten werden möge. Wir setzen auf eine intensive Beratung im Innenausschuß und hoffen auf Ihre Unterstützung. Ich bitte Sie schon heute darum.

(Beifall bei der SPD. — Adam [SPD]: Sehr gut!)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Das Wort hat der Abgeordnete von Wangenheim für die Fraktion der CDU.

Freiherr von Wangenheim (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf gleich zu Beginn sagen, daß ich mir soeben den Auftrag habe geben lassen, auch für die FDP-Fraktion zu sprechen. Ich mache also den Standpunkt der Koalition deutlich. Ich bitte, das als ei-

nen Beitrag zur Verkürzung der Beratung freundlich anzunehmen.

(Zuruf von Wernstedt [SPD].)

Ich möchte vorab noch bemerken: Der Antrag der SPD-Fraktion ist durch die Berichtigung natürlich sehr viel schöner geworden. Es ist nun nicht mehr nötig, noch einmal etwas zu dem Fehler zu sagen, der sich zunächst eingeschlichen hatte.

Deswegen nun nur zu der Frage: Wie können wir damit umgehen? — Im Grunde ist diese Angelegenheit auch aus der Sicht des Landtags seit längerer Zeit erledigt. Insofern ist es schade, daß wir uns doch noch einmal damit befassen müssen.

Ich will nur noch einmal kurz die Fakten feststellen: Der Bund hatte beschlossen — das ist wohl auch als ein endgültiger Beschluß anzusehen —, je Einwohner 4,50 DM zu erstatten. 3,50 DM hat das Land den Gemeinden tatsächlich gegeben, darüber hinaus noch einmal 10 000 DM pauschal für jeden Landkreis. Die Erhöhung um 1 DM war im Landtag seinerzeit schon, 1987, beschlossen worden.

Nun haben die Spitzenverbände gerechnet und festgestellt, daß bei den Kommunen im Durchschnitt Kosten von rund 6 DM, ganz genau: 6,08 DM, je Einwohner angefallen sind. Ich nenne einmal die Zahlen, die man kennen muß: Das Land hat aus der Volkszählung Kosten von insgesamt 54,8 Millionen DM gehabt. Die Bundeserstattung, die das Land erhalten hat, betrug 32,4 Millionen DM. Saldo, also Eigenbelastung, die beim Land hängenbleibt und über die Landeshaushalte bereits erledigt ist: 22,4 Millionen DM. Das bedeutet faktisch je Einwohner einen Betrag von rund 3 DM. Wenn man von 6 DM Gesamtbelastung ausgeht, kommt man zu der Feststellung, daß das Land nach der Erstattung an die

Kommunen einen Eigenanteil von 3 DM behält, während die Kommunen einen Eigenanteil von 2,50 DM haben. Diese schlichte Rechnung zeigt doch sehr deutlich, so glaube ich, daß das Land diesbezüglich mit den Kommunen sehr großzügig umgegangen ist, daß es für sich selbst einen höheren Anteil der Kosten behalten hat und daß die Kommunen mit dem, was ihnen erstattet worden ist, zufrieden sein sollten.

Wir halten es für völlig ausgeschlossen, daß man über diese ganze Frage mit dem Bund noch einmal in neue Verhandlungen eintritt. Uns scheint das nicht sinnvoll zu sein. Deswegen halten wir auch wenig davon, den Antrag noch einmal sehr lange in unseren Ausschüssen zu beraten. Wir werden am Ende wahrscheinlich nicht zu einer neuen Auffassung kommen können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Boekhoff [SPD]: Das ist bedauerlich!)

Präsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Wir sind damit am Ende der Beratung dieses Tagesordnungspunktes. Wir haben aber noch über die Ausschußüberweisung abzustimmen.

Der Ältestenrat schlägt Überweisung zur federführenden Beratung und Berichterstattung an den Ausschuß für innere Verwaltung sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Haushalt und Finanzen vor. Wer dem zustimmen möchte, möge, ehe er den Saal verläßt, sein Handzeichen geben. — Das ist so beschlossen.

Wir treffen uns morgen früh um 9 Uhr wieder.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 18.40 Uhr.

LLP 11/62

S. 5958